8c

Tagebuch 1 9 4 1

Band IV

1.Oktober bis 31.Dezember

923

IX/3

1. bis 13. Oktober 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

A k t e n n o t i z

In einer Besprechung mit SS-Gruppenführer S t r e c k e n b a c h am 11.Oktober 1941 wies der Generalgouverneur auf die unmöglichen Verhältnisse hin, die sich aus der unmittelbaren Berichterstattung des SD über die Verhältnisse des Generalgouvernements an oberste Reichs- und Parteidienststellen ergeben. Der Generalgouverneur sei wiederholt gezwungen gewesen, derartige Berichte zu korrigieren. Er habe daher Anweisung gegeben, dass der Leiter des SD im Generalgouvernement vor Weiterleitung ihm zugegangener Meldungen diese dem Generalgouverneur zuerst zur Kenntnis bringe.

SS-Gruppenführer Streckenbach bemerkt, dass es sich bei derartigen Berichten lediglich um Propagandameldungen handele, denen keine amtliche Beurteilungsabsicht zugrunde liege. Es sei allgemein üblich, dass die Berichte seitens der Partei-Kanzlei oder des Reichsministers Lammers auszugsweise den Dienststellen, über die berichtet würde, zur Unterrichtung weitergeleitet werden. Er erklärte sich jedoch damit einverstanden und versprach, entsprechende Weisungen zu geben, dass die Berichterstattung über das Generalgouvernement zunächst auch dem Generalgouverneur unmittelbar zur Kenntnis gebracht werde.

Berlin, 11.Oktober 1941

[signature]

Aktennotiz

Staatssekretär Dr. Freisler berichtet am 11.Oktober 41 dem Generalgouverneur über seine Arbeiten im NSRB und die von ihm geplanten Beteiligungen der Untergliederungen. Besonders auf die Lage des Reichsjustizministeriums zu sprechen kommend, weist Staatssekretär Dr. Freisler auf die Schwierigkeiten hin, die durch die Ausschaltung des Oberreichsanwalts bei dem Verfahren in Prag entstanden sind. Insbesondere sind die Vorwürfe zu beachten, die von ihm gegen den Präsidenten des Volksgerichtshofs, Thierack, vorgebracht werden.- Zu erwähnen ist noch das Verhältnis zwischen dem Oberreichsanwalt und dem Präsidenten des Volksgerichtshofs, nachdem der Präsident des Volksgerichtshofs in einer Gnadensache bei den verschiedenen Parteidienststellen gegen den Oberreichsanwalt Stimmung zu machen versuchte. Staatssekretär Dr. Freisler betonte die schwierige Stellung des Reichsjustizministeriums, die sich aus diesen ganzen Verhältnissen ergeben habe. Es erscheine nahezu unmöglich, die Ansprüche der Polizei auf Übertragung der Staatsanwaltschaft abzuweisen, wenn die obersten Gerichte des Reiches selbst sich mit der Ausschaltung des Staatsanwalts gegenüber der SS einverstanden erklären.

Der Generalgouverneur bat dann Staatssekretär Dr. Freisler, anlässlich der Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht in Berlin einen Vortrag über "Die Strafrechtsentwicklung seit Kriegsbeginn" zu halten. Er unterrichtete ihn, dass ein gleiches Ersuchen dem Unterstaatssekretär Dr. Hueber für das zivilrechtliche Gebiet übermittelt werde. Staatssekretär Dr. Freisler erklärte sich bereit, den Auftrag zu übernehmen.

Berlin, 11.Oktober 1941

Dr. Hueber

A k t e n n o t i z

Am 13. Oktober 1941 unterrichtete der Generalgouverneur Staatssekretär Dr. S t u c k a r t von seinen Plänen, dem Führer einen Verordnungsentwurf bezüglich der Erklärung des Generalgouvernements als Reichsgebiet vorzulegen. Das äusserliche Zeichen der Heranführung des Generalgouvernements an das Reich sei in der vom Führer genehmigten Führerbriefmarke für das Generalgouvernement zu erblicken.

Staatssekretär Dr. Stuckart äusserte die Meinung, dass das Vorgehen reiflich zu überlegen sei. Im Laufe der Besprechung wies er dann darauf hin, dass es für ihn vorerst noch nicht wünschenswert erscheine, das Generalgouvernement etwa der Reichsverwaltung eingegliedert zu sehen. Für seine Bestrebungen auf dem Gebiet der Verwaltungsreform sei es von entscheidender Bedeutung, dass die im Generalgouvernement durchgeführte Einheit der Verwaltung sich erst stabilisiere, damit nicht bei einer zu frühzeitigen Überführung die einzelnen Reichsressorts die dort geleistete Aufbauarbeit wieder zerschlagen.

Im Anschluss an den Bericht über seine eben beendete Dienstreise durch Elsass, Lothringen und Burgund kam Staatssekretär Dr. Stuckart weiterhin auf die Versuche zu sprechen, durch Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Grundstücken, die durch die Realteilung zersplittert wurden, Siedler für die Ostgebiete zu gewinnen. Er berichtete eingehend über die im Gau Württemberg in dieser Beziehung unternommenen Versuche. Man hoffe, durch derartige Massnahmen ca. 3 bis 4 Millionen Bauernfamilien für die Ostsiedlung nach dem Kriege zu gewinnen.

Auf die allgemeine Verwaltungsreform zu sprechen kommend, betonte er die Notwendigkeit der Zusammenlegung von Landkreisen, die heute in der Form vorbereitet werde, dass -

insoweit irgendmöglich - bei den durch Einberufung vakanten Landratsstellen Personalunion in der Verwaltung durchgeführt würde.

Eingehend erörtert wurde dann die Frage des Dienststellenplans für das Generalgouvernement. Staatssekretär Dr. Stuckart erklärte sich bereit, mit den Sachbearbeitern der Regierung des Generalgouvernements und den entsprechenden Referenten der Obersten Reichsbehörden eine abschliessende Besprechung einzuberufen, um die Verkündung anlässlich des 2. Jahrestages der Gründung des Generalgouvernements in Krakau zu ermöglichen.

Auf den vom Generalgouverneur geäusserten Wunsch, dass Staatssekretär Dr. Stuckart anlässlich der Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht im November über "Die Entwicklung des Verwaltungsrechts seit Kriegsbeginn" sprechen solle, erklärte sich Staatssekretär Dr. Stuckart zur Übernahme des Vortrags bereit. Ausserdem sei er bereit, auf einer Tagung des Reichsrechtsamtes im Januar 1942 inMünchen ein Referat über "Rasse, Staatsbürgerrecht und Volkstum" zu übernehmen.

Im Laufe der Unterhaltung wurde auch die Frage des Aufbaues der Verwaltung in den besetzten Ostgebieten, insbesondere des Reichsministeriums Rosenberg besprochen, nachdem sich bei den verschiedenen Verhandlungen der Regierungsstellen des Generalgouvernements die Reichsstellen stets auf übertriebene Forderungen der Dienststelle Rosenberg berufen hatten. Staatssekretär Dr. Stuckart bemerkte, dass es von seiten der Reichsverwaltung unmöglich sei, die z.T. fantastischen Verlangen zu erfüllen. So seien nicht nur für das Reichsministerium selbst 5 Staatssekretäre, sondern auch für die Reichskommissare, denen der Rang eines Reichsministers zugebilligt wurde, noch jeweils ein Reichsstaatssekretär verlangt worden. Im übrigen habe er lebhaft

-3-

gegen den Gebrauch der Dienstbezeichnung "Kommissar" Einspruch erhoben. Es sei daher auch beabsichtigt, in Zukunft die dem Reichskommissar nachgeordneten Dienststellen als Gouverneure und Kreishauptleute wie im Generalgouvernement zu bezeichnen. Der Generalgouverneur bemerkte, dass ihn diese Frage vor allem wegen der Einstufung der Gouverneure des Generalgouvernements besonders interessiere und er schon heute bei einer Höhereinstufung der für die Ostgebiete vorgesehenen Gouverneure die gleiche Behandlung für die Dienststellen der Generalgouvernements verlange.

Berlin, 13.Oktober 1941

A k t e n n o t i z

Am Nachmittag des 13. Oktober 1941 fand eine Besprechung zwischen dem Generalgouverneur, Reichsminister R o s e n - b e r g und dem Bevollmächtigten des Generalgouverneurs statt. Zu Beginn der Unterhaltung erklärte Reichsminister Rosenberg, dass Prof. Koch in Lemberg die ihm gegebenen Vollmachten selbstverständlich überschritten habe. Es sei nicht seine Sache gewesen, ukrainische Politik zu betreiben, sondern lediglich beratend und helfend einzugreifen. Im wesentlichen treffe die Schuld bezüglich der dort eingetretenen Verhältnisse die Wehrmacht, die selbst durch die Ausrufung einer ukrainischen Regierung seitens ihrer Vertrauensleute überrascht worden sei. In der Zwischenzeit sei für die Abstellung derartiger Vorkommnisse durch Inschutzhaftnahme der betreffenden Persönlichkeiten Vorsorge getroffen worden.

Auf die Frage des Generalgouverneurs, ob mit einer Abtretung Podoliens und Wolhyniens gerechnet werden könne, erklärte Reichsminister Rosenberg, dass er die von der Abteilung Raumordnung vorgebrachten Gründe als keineswegs stichhaltig für eine derartige Massnahme ansehen könne. Man müsse immerhin bedenken, dass für die Ukrainer der Verlust Galiziens mit Rücksicht auf die historischen Verhältnisse und die Ausdehnungsmöglichkeiten im Osten ertragbar sei. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass den Rumänen nicht nur Odessa, sondern das gesamte Gebiet bis zum Bug zugesprochen werden solle, sodass für das ukrainische Volkstum beachtliche Gebietsverluste zu verzeichnen seien. Die von den Rumänen aufgestellten Gebietsforderungen sollen anscheinend als Kompensationsobjekt für Siebenbürgen dienen.

Bezüglich der vom Generalgouverneur gestellten Frage über das Schicksal der ukrainischen Universität in Lemberg erklärte Reichsminister Rosenberg, kein Interesse an der

-2-

Fortführung dieses Instituts zu haben. Es bestehe immerhin die Möglichkeit, die Ukrainer darauf zu verweisen, dass eine Eröffnung der Lemberger Universität solange unmöglich sei, solange nicht eine entsprechende Hochschule in Kiew ihre Tätigkeit aufgenommen habe. Eine Überführung der Lemberger ukrainischen Hochschullehrer nach Kiew halte er für absolut unerwünscht wie er überhaupt den Generalgouverneur bitte, ihn von jeglichen ukrainischen Emigranten zu verschonen.

Im Laufe der weiteren Unterhaltung über die Verhältnisse in den galizischen Gebieten bemerkt der Generalgouverneur, dass er den Ukrainern weitgehendst entgegengekommen sei. Er habe ihnen auf religiösem Gebiet grundsätzlich jede nur denkbare Freiheit durch Zulassung der verschiedensten Religionsbekenntnisse und Sekten gewährt.

Reichsminister Rosenberg betonte, dass der ursprünglich von ihm erwogene Plan, einen ukrainischen Staat zur Abschirmung gegen die russischen Einflüsse zu schaffen, aufgegeben worden sei. Die in den besetzten Gebieten vorgefundene Bevölkerung sei keineswegs in der Lage, die ihr zugedachten politischen Aufgaben zu erfüllen; es sei denn, dass man sich hier selbst die Mühe machen würde, eine deutsche Erziehungsarbeit durchzuführen. Er halte jedoch bereits heute schon die Zweckmässigkeit dazu nicht mehr gegeben.

Der Generalgouverneur kam dann auf die Möglichkeit der Abschiebung der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements in die besetzten Ostgebiete zu sprechen. Reichsminister Rosenberg bemerkte, dass ähnliche Wünsche bereits seitens der Militärverwaltung in Paris an ihn herangetragen worden seien. Im Augenblick sehe er jedoch für die Durchführung derartiger Umsiedlungspläne noch keine Möglichkeit. Für die Zukunft erklärte er sich jedoch bereit, die Juden-

emigration nach dem Osten zu fördern, zumal die Absicht bestehe, überhaupt die asozialen Elemente innerhalb des Reichsgebiets in die dünn besiedelten Ostgebiete zu verschicken.

Der Generalgouverneur lenkte dann das Gespräch auf den Aufbau des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete. Reichsminister Rosenberg bemerkte, dass sein Vertreter der Reichsstatthalter Gauleiter Dr. Mayer sei, dem zunächst die 4 Hauptabteilungsleiter im Range eines Ministerialdirektors unterständen. Inwieweit sich bei Bewährung ihre Höhergruppierung als Unterstaatssekretäre durchführen lasse, müsse sich in der Zukunft erweisen. Im übrigen haben die verschiedenen Reichskommissare und Gebietskommissare ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Schwierigkeiten wegen der Wirtschaftsverwaltung seien in der Zwischenzeit durch Bildung eines Generalrats der Wirtschaft und Übernahme der Wirtschaftsabteilung seines Ministeriums durch Min.-Rat Dr. Schlotterer des Reichswirtschaftsministeriums behoben, da Dr. Schlotterer auch der Vertrauensmann des Vierjahresplans sei. Nicht so günstig würden die Verhältnisse bezüglich der Zusammenarbeit mit der Polizei liegen. Hier hätten sich nach Berichten von Gauleiter Lose, Koch und Kube unerträgliche Verhältnisse herausgebildet. Die mit dem Reichsführer SS Himmler getroffene Vereinbarung, dass alle Anweisungen über sein Ministerium an die unteren Stellen weiterzuleiten seien, würden systematisch durch persönliche Besuche des Reichsführers und mündliche Befehlserteilung umgangen. Ausserdem ergeben sich Schwierigkeiten durch die Tatsache, dass die SS in verstärktem Masse Wirtschaftsbetriebe in den besetzten Ostgebieten unter ihre eigene Verwaltung zu bringen versuche. Er habe die Verhältnisse bereits dem Führer vorgetragen. Dieser habe jedoch mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse und die Notwendigkeit der Truppenversorgung seine Zustimmung erteilt und Reichsminister Rosenberg auf die Möglichkeit einer späteren

Berichtigung verwiesen. Die Forderungen der SS seien in der ursprünglichen Form nicht durchgegangen. So sei es ihm vor allem möglich gewesen, das Verlangen der SS, als Vertreter ... zivilen Verwaltungsbehörden den höheren SS- und Polizei-...er allgemein einzusetzen, abzulehnen. Er sehe mit Bedauern ...ich in der Zusammenarbeit mit der SS ergebenden Schwierigkeiten, zumal sich aus dem Verhalten der Polizei auch schwere politische Bedenken erheben, die teilweise durch ...reilte Massnahmen die in den baltischen Ländern vorhandene deutschfreundliche Stimmung beeinträchtigen würde. Man habe an sich keine Vorstellung von den Drangsalen, die die dortige Bevölkerung unter dem kurzen sowjetischen Regime zu ertragen hatte, die zu verzweifelten Gegenmassnahmen der Bevölkerung führte.

Das Gesamtbild im Osten sei die völlige Vernichtung des russischen Volkes, die selbst von den Emigranten, soweit sie in die Verhältnisse Einblick gewonnen haben, zugegeben werde. Er bemerkte dabei, dass dieser Gedankengang für unsere zukünftige Politik vor allem gegenüber dem russischen Emigranten besondere Bedeutung gewinnen würde. Ihm erscheine es notwendig, dass sowohl Leningrad als auch Moskau als russische Idee beseitigt werden würde. Er sehe in ihnen nur Materialreserven für zukünftige deutsche Siedlungen. Besonders wichtig erscheine ihm der Ausbau der Krim als deutsches Gibraltar im Schwarzen Meer.

Abschliessend kam Reichsminister <u>Rosenberg</u> dann noch auf die Einrichtung des <u>Sonderdienstes</u> im Generalgouvernement zu sprechen. Mit Rücksicht auf die geringen ihm zur Verfügung stehenden Polizeikräfte gewinne diese Einrichtung ganz besondere Bedeutung. Er würde es begrüssen, wenn die Frage, die im Augenblick in seinem Ministerium erörtert würde, auch über den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs mit der Regierung des Generalgouvernements besprochen werden könne.

Berlin, 14. Oktober 1941

A k t e n n o t i z

Auf Veranlassung des Generalgouverneursmeldet sich der Dienstleiter des Reichspropagandaamtes der NSDAP, Oberregierungsrat R a e t h e r, wegen Durchführung der Filmarbeit im Generalgouvernement. Seitens der Reichspropagandaleitung wurden der Regierung des Generalgouvernements ursprünglich 16 Filmvorführgeräte nebst den erforderlichen Wagen für die Durchführung der gesamten propagandistischen Aufgaben zur Verfügung gestellt. Nach dem Aufbau des Arbeitsbereichs Generalgouvernement seitens der NSDAP sollte - wie auch im Reich - seitens der Filmstellen des Arbeitsbereichs der NSDAP die Wehrmachtsbetreuung und die Betreuung der Volksdeutschen übernommen werden. Die Reichspropagandaleitung wollte daher von den ursprünglich für die Filmarbeit im Generalgouvernement zur Verfügung gestellten Apparaturen wieder 9 zurückkaufen. Die restlichen sollten der Hauptabteilung Propaganda für die Polenbetreuung zur Verfügung stehen, während im Reich die Reichspropagandaämter in den Gauen, die an die Weisungen des Propagandaministeriums gebunden sind, keine eigene Filmarbeit durchführen. Die an die Filmstelle des Arbeitsbereichs abzugebenden 9 Apparate waren zum 1.7.1941 geschätzt. Es war vereinbart, dass alle Einnahmen vor diesem Termin der Hauptabteilung Propaganda der Regierung in Krakau verbleiben sollten.

Die Übernahme der Apparate hat sich jedoch durch die einzuholende Genehmigung des Reichsschatzmeisters der NSDAP verzögert. Nun werden seitens der Hauptabteilung Propaganda der Regierung Schwierigkeiten gemacht, die ihrerseits behauptet, jetzt erst die Genehmigung der Hauptabteilung Finanzen einholen zu müssen. Bei Durchführung dieses Verfahrens würde immer wieder eine Genehmigung durch eine andere einzuholende Genehmigung überholt werden. Ausserdem würde

-2-

die vorher getroffene Vereinbarung durch die infolge der Verzögerung notwendige neue Schätzung wieder hinausgezögert.

ORR. Raether bittet nun um baldige Bereinigung der Angelegenheit. Er erklärt sich bereit, die der Hauptabteilung Propaganda seit dem 1.7.1941 erwachsenen Unkosten bis zum Tage der Übernahme zu erstatten. Ihm sei das Verhalten des Hauptabteilungsleiters der Regierung unverständlich, zumal er auf der anderen Seite als Leiter der Filmabteilung im Arbeitsbereich genau die gleichen Einflussmöglichkeiten habe wie bisher.

Der Bevollmächtigte setzte sich wegen der Regelung der Angelegenheit mit dem Vertreter des Präsidenten Ohlenbusch, der zur Teilnahme an der Ostmesse in Königsberg weilt, in Krakau in Verbindung. Dieser teilt mit, dass er die Angelegenheit nur teilweise kenne und Präsident Ohlenbusch veranlassen werde, sich fernmündlich mit dem Bevollmächtigten in Verbindung zu setzen. Soviel ihm bekannt sei, habe die Hauptabteilung Propaganda der Regierung in Krakau der Filmstelle des Arbeitsbereichs die Apparate ausgehändigt, um die Durchführung der Wehrmachtsbetreuung zu ermöglichen. Diese habe jedoch die Apparate wieder zurückgegeben mit dem Bemerken, dass sie nicht in der Lage sei, die ihr gestellten Aufgaben durchzuführen und daher bitte, dass die Hauptabteilung Propaganda der Regierung weiterhin die Filmbetreuung übernehme. Seines Wissens sei auch seitens des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement der Wunsch geäussert worden, dass die Wehrmachtsbetreuung wie früher durch die Regierungsstelle durchgeführt werde.

Präsident O h l e n b u s c h, der sich am gleichen Tage noch mit dem Bevollmächtigten fernmündlich in Verbindung setzte, bestätigt diesen Bericht seines Vertreters. Nach

-3-

seiner Meinung ergeben sich Schwierigkeiten nicht bezüglich der Aufgabenübertragung, sondern nur wegen Finanzierung der Filmstelle des Arbeitsbereichs der NSDAP im Generalgouvernement, da diese eine wünschenswerte Personalunion ablehne, andererseits der Reichsschatzmeister wohl den Erwerb der Apparate, nicht aber Mittel für die Personalunkosten der Dienststelle des Arbeitsbereichs in Krakau bewilligt habe. Es ergebe sich nun die Tatsache, dass die NSDAP im Generalgouvernement die inzwischen aufgelaufenen Personalunkosten in Höhe von etwa 70.000.-- Zl. abdecken müsste und die erforderlichen Mittel von der Regierung erwarte. Eine Entscheidung hierüber sei ihm allein nicht möglich, vielmehr bedürfe er dazu der Genehmigung der Finanzabteilung. Er werde im übrigen Gelegenheit nehmen, in den nächsten Tagen bei seiner Anwesenheit in Warschau dem Generalgouverneur über die tatsächliche Lage Bericht zu erstatten.

Berlin, 15. Oktober 1941

[signature]

IX/3

Warschau

Dienstag, den 14. Oktober 1941

10^{21} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Warschau-Hauptbahnhof.

12^{30} Empfang des Gauleiters Rainer und Gattin in der Szopena 13.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

20^{00} Abendessen bei Gouverneur Dr. Fischer.

IV/ IX/3 Warschau

Mittwoch, den 15. Oktober 1941

10⁰⁰ Regierungssitzung im Palais Brühl mit den Abteilungsleitern des Amts des Distrikts Warschau und den Kreishauptleuten des Distrikts Warschau.
(Protokoll s. Beiakten)

13³⁰ Mittagessen im Deutschen Haus.

16²⁰ Besprechung im Schloß Belvedere. An dieser Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Fischer
Präsident Dr. Emmerich
Vizepräsident Fatken
Finanzpräsident Spindler
Amtschef Dr. Hummel
Stadthauptmann SA-Oberführer Leist
Präsident Westerkamp
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Geschf. Hauptabteilungsleiter Naumann.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß er einige Probleme, die in der Regierungssitzung am Vormittag aufgetaucht seien, im engeren Kreise besprochen sehen möchte. Ein Punkt davon sei das Verhältnis des Distrikts zur Ostbahn. Der Gouverneur habe zu verstehen gegeben, daß die gegenseitige Zusammenarbeit etwas zu wünschen übrig lasse.

Gouverneur Dr. Fischer stellt fest, daß die Zusammenarbeit durchaus kameradschaftlich sei. Es sei nur nicht möglich, von der hiesigen Stelle der Ostbahn eine Benachrichtigung zu erhalten, wenn Bahnsperren verhängt würden. Eine rechtzeitige Benachrichtigung des Distrikts würde manche Schwierigkeiten ausräumen. So habe er einen

Antrag auf Zurverfügungstellung von 60 Waggons für die Zwecke eines Pendelverkehrs gestellt und auch die mündliche Zusage bekommen. Da aber diese Waggons nicht verfügbar würden, habe er nochmals bei Präsident Gerteis die telefonische Zusage eingeholt. Nach einigen Tagen habe er erfahren, daß von der Warschauer Eisenbahndirektion die Gestellung dieser Waggons als undurchführbar bezeichnet worden sei. Daraufhin habe er an Präsident Gerteis ein Telegramm geschickt und um nochmalige Bestätigung der Zusage gebeten. Eine Antwort sei aber bis heute nicht eingegangen. Seiner Ansicht nach müsse er, wenn eine einmal gegebene Zusage nicht eingehalten werden könne, verständigt werden.

Präsident Fatken nimmt zu diesen Ausführungen Gouverneur Fischers Stellung: er habe den Wunsch des Gouverneurs, 60 Waggons zur Verfügung zu stellen, die im Pendelverkehr zwischen den einzelnen Bahnhöfen eingesetzt werden sollten, gleich am nächsten Tage Präsident Gerteis übermittelt. Gouverneur Dr. Fischer habe am gleichen Tage von Präsident Gerteis trotz anfänglicher Bedenken die Zusage erhalten. Man habedaran gedacht, daß dem Distrikt Warschau für den Transport von Lebensmitteln eine gewisse Anzahl Waggons gegeben werden müßten, die täglich aufs neue auf normalem Wege angefordert werden sollten.

Die Transportlage und die Lage auf dem Gebiete der Wagengestellung sei im Generalgouvernement zur Zeit äußerst schwierig, da es als Nachschubsammelgebiet für die ganze Ostfront fungieren müsse. Täglich liefen 100 Nachschubzüge vom Westen ins Generalgouvernement. Ein Teil dieser Züge bleibe auf Bahnhöfen des Generalgouvernements stehen, ein anderer Teil, der nach Osten weiterlaufen solle, werde von den östlichen Wehrmachtsdirektionen nicht abgenommen, weil drüben die Verkehrslage dies nicht zulasse. Es passierten noch täglich auf den weiter östlich gelegenen Strecken Sprengungen durch die Russen, durch die ganz plötzlich ein Über-

gang wieder gesperrt werden müsse. Dadurch ergebe sich für die Ostbahn die unangenehme Situation, daß wohl vom Westen viele Züge hereinkämen, die aber nach Osten nicht weitergeschafft werden könnten. So seien z.B. im Distrikt Warschau 100 Züge abgestellt.

Selbstverständlich müsse die Ostbahn auch die einzelnen Bedürfnisse der Distrikte berücksichtigen. Der Ostbahn sei bei allen Konferenzen mit der Wehrmacht immer wieder auf diesen Hinweis gesagt worden, daß die Notwendigkeiten der kämpfenden Front vor allen Fragen der Ernährungs- und Kohlenversorgung der zivilen Bevölkerung unbedingt den Vorrang haben müßten. Die Ostbahn sei mit ihren Wünschen nicht durchgedrungen, und die Transportlage sei in den letzten Wochen immer gespannter geworden, sodaß man für öffentliche Zwecke bis zu 70 % der benötigten Wagen nicht habe stellen können. Weiter müsse die Ostbahn auf der Strecke Kielce-Warschau zum Beispiel statt wie bisher 36 Militärzüge jetzt 60 Züge fahren. Dies erfordere einen stärkeren Ausbau der Bahnstrecken, Herstellung von Überholungsgleisen, Errichtung einer großen Anzahl von Lok-Schuppen und Wasserversorgungsanlagen. Durch diese im Vordergrund stehende Maßnahme träten ebenfalls gewisse Schwierigkeiten auf.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Fatken um seine Stellungnahme zu der Frage, ob nicht trotz all' dieser Schwierigkeiten der Wunsch des Gouverneurs Dr. Fischer erfüllt werden könne.

Vizepräsident Fatken teilt mit, daß das Telegramm des Gouverneurs bei Präsident Gerteis eingegangen sei, er auch sofort Weisung gegeben habe, Gouverneur Dr. Fischer die entstandenen Schwierigkeiten auseinanderzusetzen. Das sei offenbar nicht geschehen, und Präsident Gerteis werde diese Unterlassung sicherlich sehr bedauern.

Gouverneur Dr. Fischer erklärt, daß der Vorschlag der Zurverfügungstellung von 60 Waggons das Ergebnis einer Besprechung mit Herrn Seufert gewesen sei. Die Herren der Ostbahndirektion Warschau hätten zugegeben, daß immer noch die Möglichkeit gegeben wäre, diese Züge in den allgemeinen Verkehr einzuschieben, auch wenn der Verkehr der Wehrmacht noch so stark sei.

Vizepräsident Fatken berichtet, daß er mit Herrn Seufert darüber gesprochen und ihn gebeten habe, die Wünsche des Gouverneurs durch tägliches Ausbalanzieren soweit wie möglich zu berücksichtigen. Auf die tägliche Gestellung von 60 Waggons könne man sich allerdings nicht festlegen.

Auf die Frage Gouverneurs Dr. Fischer, warum eine feste Zusage nicht möglich sei, erwidert Vizepräsident Fatken, daß zur Zeit 4 000 Waggons aus dem Generalgouvernement in die Operationsgebiete nach dem Osten abgezogen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur unterstreicht die von Gouverneur Dr. Fischer in die Debatte geworfene Bemerkung über die Notwendigkeit einer Versorgung der Stadt Warschau mit lebenswichtigen Gütern und stellt abschließend fest, daß die Ostbahn grundsätzlich alles in ihren Kräften stehende tun werde, um die angeforderten Waggons zur Verfügung zu stellen.

Gouverneur Dr. Fischer schneidet als zweiten Punkt die Frage der Kohlenverteilung an die polnischen Angestellten der Ostbahn an.

Vizepräsident Fatken geht davon aus, daß diese Kohlenbelieferung an die polnischen Eisenbahner eine Selbsthilfeeinrichtung darstelle, die im Benehmen mit allen beteiligten

15.10.1941

Stellen schon im Vorjahre stattgefunden habe. Die Ostbahn beschäftige nahezu 70 000 Polen, deren Zahl durch das Hinzukommen des Distrikts Galizien sich noch wesentlich erhöhen werde. Die Leistungen dieser polnischen Eisen- bahner seien absolut zufriedenstellend. Ihre Versorgung sei aber äußerst mangelhaft. Die Ostbahn könne ihnen nicht zusätzliche Lebensmittel geben, sondern sei nur in der Lage, ihnen durch Lieferung von Heizmaterial zu helfen. Sie habe mit dem Kohlenkommissar die Vereinbarung getroffen, ihren Angestellten je 1 t Kohle jährlich zu geben.

Auf die Frage Gouverneurs Dr. Fischer, ob auch nichtwiederbeschäftigte polnische Eisenbahner diese Deputatkohle erhielten, erwidert Vizepräsident Fatken, daß er die Einstellung der Kohlenlieferung an diese Angestellten bereits angeordnet habe.

Während Gouverneur Dr. Fischer für eine Einstellung der Kohlenlieferung an die polnischen Eisenbahner eintritt, solange die Kohlenlage in Warschau derartigen Schwierigkeiten begegne und die deutschen Dienststellen nicht ausreichend mit Kohle versorgt seien, sprechen sich Staatssekretär Dr. Boepple und Finanzpräsident Spindler für eine Weiterbelieferung aus.

Finanzpräsident Spindler begründet seine Einstellung mit der Unmöglichkeit, den Gefolgschaften finanziell zu helfen.

Präsident Dr. Emmerich spricht sich ebenfalls nach Rücksprache mit Präsident Gerteis für die Beibehaltung der Deputatkohle aus, da nach dessen Meinung nach Einstellung dieser Lieferungen die Kohlendiebstähle stark überhandnehmen würden.

6

15.10.1941

Vizepräsident Fatken berichtet, daß zur Zeit in die Stadt Warschau täglich 5 Kohlenzüge gelangten. Mit dem Reichskohlenkommissar sei vereinbart, täglich 10 600 t Kohle ins Generalgouvernement zu transportieren.

Präsident Dr. Emmerich stellt die Unmöglichkeit der Versorgung Warschaus mit den angeforderten 200 t Kohle monatlich fest, da das ganze Generalgouvernement zur Zeit monatlich nur 260 - 280 000 t erhalte. Es liege in den Händen des Kohlenbeauftragten für den Distrikt Warschau, im Rahmen einer Dringlichkeitsskala die Kohlenmengen zu verteilen, die man dem Distrikt Warschau zur Verfügung stellen könne.

Als dritten Verhandlungspunkt dieser Sitzung bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Ernährungslage, zu der geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann das Wort ergreift.

Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe vor Beginn der Lieferungen an die Wehrmacht Anordnung gegeben, daß aus den Distrikten Lublin und Radom ungefähr 60 000 t Kartoffeln nach Warschau transportiert werden sollten. Durch die Forderungen der Wehrmacht sei sie aber gezwungen worden, diese 60 000 t der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen.

Die Lage im Distrikt Warschau sehe nun folgendermaßen aus: im Distrikt seien 125 000 ha mit Kartoffeln angebaut. Bei Zugrundelegung von 1,5 Million Menschen und einer Versorgung mit zwei Zentnern pro Kopf benötige man 150 000 t, dazu kämen nochmals 30 000 t für Rüstungsarbeiter und B-Karteninhaber, insgesamt 180 000 t Kartoffeln. Diese Menge erfordere einen Ertrag von 1,5 t pro Hektar. Zum Vergleich führe er an, daß in Mitteldeutschland die Landwirtschaft pro Hektar 7 t abliefern müsse. Eine Erfassung von 1,5 t pro Hektar müsse also durchführbar sein. Dazu komme dann

noch die Versorgung der 400 000 Menschen des Distrikts Warschau, sodaß man mit einer Umlegungsziffer von 2 1/2 t pro Hektar zu rechnen habe. Eine Versorgung des Distrikts Warschau aus der Ernte des Distrikts müsse also möglich sein.

Die polnischen Bauern hielten mit der Ablieferung zurück. Der MiG habe sich bereiterklärt, Kompanien zu Zwecken der Erfassung zur Verfügung zu stellen. Man müsse also mit Hilfe von Wehrmachtsformationen versuchen, vom Hektar 2 1/2 t für die Versorgung des Distrikts Warschau mit Kartoffeln zu erfassen.

Gegenwärtig benötige die Hauptabteilung zum Transport von Kartoffeln, Getreide und Zuckerrüben pro Tag 870 Waggons, nur durchschnittlich 430 würden aber für die Belange der Landwirtschaft gestellt. Praktisch würden der Hauptabteilung also nur 50 % der angeforderten Waggons zur Verfügung stehen, und er müsse daher an die Ostbahn die Bitte richten, wenigstens im Oktober und November an die Zahl von 870 Waggons heranzukommen. Man habe auch im Reich 500 Lastautos angefordert. Die bisher gelieferten 70 habe man angesichts der miserablen Transportmöglichkeiten dem Distrikt Galizien abgeben müssen. Auch die nächste Sendung müsse nach dort geschafft werden.

Gouverneur Dr. Fischer habe die vollständige Stillegung der Brennereien im Distrikt Warschau angeregt. Dadurch würden 47 000 t Kartoffeln, die für diesen Zweck vorgesehen seien, frei. Diese Stillegung ergebe aber wieder weitgehende Folgerungen. Durch Brennen der Kartoffeln entständen Abfälle zum Mästen von Vieh. Weiter müsse Sprit für die Erfassung der nächsten Ernte hergestellt werden. Aus diesen Erwägungen heraus zögere die Hauptabteilung, diesem Wunsche nachzukommen. Für dieses Jahr hätten für die Umtauschaktion 3 Millionen l Sprit zur Verfügung gestanden, während man im nächsten Jahr schon 5 Millionen l benötige.

15.10.1941

Dem Herrn Generalgouverneur erscheint die Erhöhung der Spritproduktion angesichts des bevorstehenden schwierigen Winters sehr riskant zu sein.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann erwidert auf eine diesbezügliche Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß für diese Erhöhung der Spriterzeugung 47 000 t Kartoffeln vorgesehen seien.

Finanzpräsident Spindler beziffert den Einnahmeausfall, der dadurch für die Finanzabteilung entstehen würde, mit 47 Millionen Zloty.

Demgegenüber bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln als wichtiger. Aus fiskalischen Gründen dürfe man im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu einer Mehrproduktion von Sprit schreiten.

15.10.1941

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob man angesichts dieser Grundlage nicht auf die Vermehrung der Spritproduktion verzichten könne.

Stadthauptmann Leist schlägt vor, daß die einzelnen Distrikte mit überwiegend ländlicher Bevölkerung zugunsten der Stadt Warschau auf ihren Kartoffelüberschuß überhaupt verzichteten.

Finanzpräsident Spindler gibt zu bedenken, daß die Finanzverwaltung bereits eine starke Steigerung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol einkalkuliert habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird allgemein zur Frage der Ernährung der Bevölkerung Stellung genommen.

Zu der von Gouverneur Dr. Fischer beantragten Erhöhung der Judenrationssätze bemerkt geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß diese Erhöhung der Sätze bei Brotgetreide 10000 t ausmachen würde. Die Verteilung einer solchen Menge könne noch nicht zugesagt werden, wohl aber werde es möglich sein, 50 g Fett, 300 g Zucker, 100 g Marmelade, 1 Ei zu verteilen. Eine Erhöhung der Fleischration um 100 g sei unmöglich.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß für die jüdische Bevölkerung weitere Lebensmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch für die polnische Bevölkerung werde, abgesehen von der Erhöhung der Brotration auf 1 400 g, kaum noch etwas zur Verfügung gestellt werden können. Im übrigen müsse darauf Bedacht genommen werden, noch mehr als bisher Einrichtungen für Massenspeisungen zu schaffen.

Auf die Transportfrage eingehend bemerkt Präsident Westerkamp, daß das Reichsverkehrsministerium ernsthaft gewillt sei, dem Generalgouvernement zu helfen. So sei

z.B. die Zurverfügungstellung von 75 Lastkraftwagen angekündigt. Vor kurzem habe er aber erfahren, daß der MiG. 50 Lastkraftwagen für den Transport von Gefangenen fordere. Diese Forderung müsse seines Erachtens abgelehnt werden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß die Gefangenen auf Lastkraftwagen transportiert werden sollten, während die deutschen Divisionen tausende von Kilometern marschierten.

Im Zusammenhang mit der Transportlage kommt der Herr Generalgouverneur auf den gegenwärtigen Zustand des Bahnhofsgebäudes in Warschau zu sprechen und gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß hinsichtlich der Ausbauten immer noch nichts durchgreifendes geschehen sei.

Vizepräsident Fatken weist auf die Schwierigkeiten der Beschaffung des Baumaterials hin, kann aber zusagen, daß die zweite Ausgangshalle bald in Benutzung genommen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm baldmöglichst ein Plan über den Ausbau des Warschauer Bahnhofs vorgelegt werde.

Im Anschluß an die Besprechung legt Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über

Strafandrohung (Todesstrafe) bei ungerechtfertigtem Verlassen des jüdischen Wohnbezirks

- Dritte Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen im Generalgouvernement -

vor.

Der Verordnungsentwurf wird vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

15.10.1941

17[25] Besprechung im Schloß Belvedere mit Staatssekretär Dr. Boepple, Finanzpräsident Spindler, Präsident Dr. Emmerich, Präsident Westerkamp und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist der Stellenplan.

Präsident Westerkamp weist darauf hin, daß bei Ernennungen, Versetzungen und Beförderungen von Beamten nach dem Wunsche des Reichsinnenministeriums der Herr Generalgouverneur im Einvernehmen mit dem Fachminister federführend sein solle.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bemerkt Finanzpräsident Spindler, daß z.B. bei der Ernennung eines Kreishauptmanns oder Vizegouverneurs, des bisherigen Amtschefs, der Herr Generalgouverneur den Antrag stellen und der Reichsinnenminister ihn mitzeichnen müßte, weil die Stelle des betreffenden Beamten im Haushalt des Reichsinnenministeriums stehe.

Präsident Westerkamp weist gegenüber den vom Herrn Generalgouverneur geäußerten Bedenken darauf hin, daß Versetzungen aus dem Generalgouvernement ins Reich vom Fachminister unter Beteiligung des Herrn Generalgouverneurs ausgesprochen werden sollten. Bei der Vesetzung ins Generalgouvernement werde die Berufung durch den Herrn Generalgouverneur nach Zurverfügungstellung des betreffenden Beamten durch den Fachminister vorgenommen. Nach Ansicht des Reiches müsse hier eine solche Regelung stattfinden, da ja in alle möglichen besetzten Gebiete Beamte abgeordnet würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche nach einer gleichmäßigen Behandlung der Berufung, Ernennung und Versetzung von Beamten Ausdruck. Hier müsse ~~ähnlich~~ alles einheitlich geregelt sein. Alle diese Berufungen und Versetzungen müßten im Einvernehmen mit ihm, dem General-

gouverneur, vorgenommen werden. Es sei z.B. völlig ausgeschlossen, daß Beamte ohne seine Einwilligung abberufen würden. Es sei ihm unverständlich, weshalb vom Reich derartige Schwierigkeiten gemacht würden, wo doch Staatssekretär Stuckart und Staatssekretär Reinhardt in allen diesen Fragen bisher mit ihm völlig einig gegangen seien. Wenn hier keine ihn befriedigende Einigung erzielt werde, dann werde eben der ganze Vorschlag des Stellenplans scheitern.

19^{00} Besuch des Stadttheaters Warschau.

Zur Aufführung gelangt die Operette "Der Vogelhändler" von Karl Zeller.

Anschließend: Empfang im Deutschen Haus (gegeben von Gouverneur Dr. Fischer).

II/3 Warschau

Donnerstag, den 16. Oktober 1941

10^{00} Fortsetzung der Regierungssitzung.
(Protokoll s. Beiakten)

13^{30} F r ü h s t ü c k bei General von Unruh.

23^{30} Abfahrt des Sonderzuges nach Lublin.

IX/3 Lublin

Freitag, den 17. Oktober 1941

8^{10} Ankunft des Sonderzuges in Lublin.

8^{30} Der Herr Generalgouverneur wird auf dem Bahnhof von Gouverneur Zörner empfangen und begibt sich in dessen Wohnung.

10^{00} Regierungssitzung mit den Abteilungsleitern des Amts des Distrikts Lublin und den Kreishauptleuten des Distrikts Lublin im Distriktsgebäude.
(Protokoll s. Beiakten)

13^{00} Gemeinsames Mittagessen.

14^{45} Fortsetzung der Regierungssitzung (s. Beiakten).

16^{10} Besichtigung des Stadttheaters.
Zur Aufführung gelangt ein Akt des Schauspiels "Die Gattin" von Bokay.

17^{10} Besichtigung des Dienstgebäudes des Stadthauptmanns.

17^{30} Besichtigung des "Hauses der Justiz."

18^{10} Der Herr Generalgouverneur stattet in Begleitung der Verbindungsoffiziere der Wehrmacht und Gouverneur Zörner dem Ortslazarett einen Besuch ab.

20^{00} Kameradschaftliches Beisammensein der Teilnehmer an der Regierungssitzung im Distriktskasino.

B e s p r e c h u n g in Lublin
am 17. Oktober 1941
-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Anwesend:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k,
Staatssekretär Dr. B o e p p l e,
Gouverneur Z ö r n e r,
Amtschef Oberregierungsrat E n g l e r,
SS- u.Polizeiführer, Brigadeführer G l o b o c n i k.

Es wurde folgendes festgelegt:

1. Gendarmerie:

a) Der Kreishauptmann hat unbedingte Weisungsbefugnis gegenüber dem Gendarmerie-Kreisführer seines Kreises.

b) Der Gend.-Kreisführer ist verpflichtet, den Kreishauptmann über alle Vorkommnisse im Kreise ständig zu informieren.
(Es wird festgestellt, daß die höchste Polizeigewalt innerhalb des Bereiches einer Kreishauptmannschaft dem Kreishauptmann zusteht).

2.) Wohnungsfragen:

a) Die Vetter-Schule in Lublin wird vom SS- und Polizeiführer freigegeben.

b) In einigen Wochen hat eine gemeinsame Besprechung zwischen Gouverneur, SS- u.Polizeiführer unter Zuzug des Stadthauptmannes stattzufinden wegen Freigabe von Unterkünften, welche von der SS.bezw. Polizei nicht belegt sind, insbesondere auch Verlegung des SS-Baustabes aus der Schreck-Kaserne,

- 2 -

welche dem Distrikt zur Verfügung zu stellen ist. Unterbringungsraum für den SS-Baustab ist vom Stadthauptmann bereitzustellen.

c) Von der SS. und Polizei dürfen Dienst- und Wohnräume nur auf dem ordnungsmäßigen Weg über den Stadt- bezw. Kreishauptmann (Wohnungsamt) in Anspruch genommen werden.

3. Judenfrage:

Die Juden sollen - bis auf unentbehrliche Handwerker und dergl. - aus Lublin evakuiert werden. Zunächst werden 1000 Juden über den Bug überstellt werden. Den Vollzug übernimmt der SS- und Polizeiführer. Die Auswahl der zu evakuierenden Juden erfolgt durch den Stadthauptmann.

4. Maßnahmen bei Unruhen:

Der SS- und Polizeiführer wird im Falle von Unruhen (Zusammenrottungen, planmäßiger Aufstand) die Notwendigkeit der Erklärung des Alarmzustandes dem Gouverneur vortragen. Für die Erklärung des Alarmzustandes (Alarmstufen) ist der Gouverneur zuständig, der bei Erklärung des Alarmzustandes mit der Durchführung der notwendigen polizeilichen Exekutivmaßnahmen den SS- und Polizeiführer beauftragt.

Der Generalgouverneur ersucht den Gouverneur sowie den SS- und Polizeiführer um dauernde Zusammenarbeit, die von beiden Seiten zugesichert wird. Es sollen auch beiderseits Schreiben stets rechtzeitig beantwortet werden.

gez. Frank
" Dr. Boepple
" Zörner
" Globocnik
" Engler.

IX/3 Radom

Sonnabend, den 18. Oktober 1941

1^{48} Abfahrt des Sonderzuges nach Radom.

7^{05} Ankunft in Radom.

9^{00} Der Herr Generalgouverneur wird auf dem Bahnhof vom Gouverneur Kundt empfangen.

10^{00} Regierungssitzung mit den Abteilungsleitern des Amts des Distrikts Radom und den Kreishauptleuten des Distrikts Radom im Haus der Kreishauptmannschaft.
(Protokoll s. Beiakten)

14^{10} Gemeinsames Mittagessen im "Reichshof".

IX/3 Krakau

Sonntag, den 19. Oktober 1941

0^{32} Abfahrt des Sonderzuges nach Krakau.

8^{56} Ankunft in Krakau.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Teilnehmer am Schachtournier und überreicht den Siegern die Preise.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

IX/3 Krakau

Montag, den 20. Oktober 1941

10^{30} Regierungssitzung mit den Abteilungsleitern des Amts des Distrikts Krakau und den Kreishauptleuten des Distrikts Krakau im Alten Palais am Adolf Hitler-Platz.

(Protokoll s. Beiakten)

13^{30} Mittagessen im Haus Krakau.

22^{25} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Lemberg.

Dienstag, den 21. Oktober 1941

8^{41} Ankunft des Sonderzuges in Lemberg.

Begrüßung durch Gouverneur Dr. Lasch und Abschreiten einer Ehrenkompanie.

Anschließend: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Wohnung des Gouverneurs Dr. Lasch.

10^{00} Regierungssitzung mit den Abteilungsleitern des Amts des Distrikts Galizien und den Kreishauptleuten des Distrikts Galizien im Distriktsgebäude.

(Protokoll s. Beiakten)

14^{30} F r ü h s t ü c k im Kasino Lemberg, das in den Räumen des ehem. polnischen Adels-Klubs als Gefolgschaftsheim zum ersten Mal benutzt wird.

Im Anschluß an das Frühstück macht der Herr Generalgouverneur mit Gouverneur Dr. Lasch eine Stadtrundfahrt.

17^{15} Gefolgschaftsappell im Festsaal des Landtages.

Nach Abschreiten einer Ehrenformation vor dem Landtagsgebäude begibt sich der Herr Generalgouverneur durch ein Spalier ukrainischer Mädchen in ihren malerischen Trachten in den festlich geschmückten Saal.

Nach dem Vortrag eines Stabmusikkorps der Luftwaffe unter Leitung von Musikmeister Eckhardt und Begrüßungsworten durch Gouverneur Dr. Lasch ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Kameraden und Kameradinnen! Diese Kundgebung ist für uns in einem Augenblick, da die Weltgeschichte zu ihrer großartigsten Entwicklung ausholt, eine schöne Feierstunde. Lemberg, der Hauptort des in das Deutsche Reich neu eingegliederten Landes Galizien,

ist nunmehr mit dem ganzen Land Euch anvertraut. Jeder Einzelne und jede Einzelne an seinem Platz und an ihrem Platz muß versuchen, hier ein Stück deutschen Lebens zu gestalten.

Unsere Zeit brachte unvorhergesehene Entwicklungen. Wenn Sie sich daran erinnern, meine Kameraden und Kameradinnen, daß noch vor wenigen Wochen hier in der Stadt das Sowjetbanner wehte, daß hier vor allen öffentlichen Gebäuden die Standbilder Stalins standen, daß hier die Rote Armee paradierte, daß hier mit einer Gewalt sondergleichen ein Notregiment geführt wurde, das aus der inneren Kraft des unterjochten Volkes heraus nicht mehr beseitigt werden konnte, - dann spüren Sie die Veränderung, die heute eingetreten ist. Heute stehen die Truppen des Führers einige tausend Kilometer von hier, ostwärts im eroberten Land, fern am Don, bei Moskau und Leningrad.

Sie, meine Kameraden und Kameradinnen, können sich wohl sagen, an dem ersten, aber vielleicht nicht unwichtigsten Stück dieses Heldenweges der Deutschen Wehrmacht, zu stehen, um das, was durch Waffenmacht, durch den heroischen Einsatz der besten Soldaten der Welt erobert wurde, und was durch Tausende und Abertausende erkämpft und erkauft werden mußte, in das Gesamtgefüge des Deutschen Reiches immer fester hineinzuarbeiten. Denn so, wie die Fahne des Dritten Reiches hier vom Führer eingerammt wurde, so wird sie nunmehr in alle Zukunft hier auch eingerammt bleiben.

(Lebhafter Beifall)

Dies ist der Appell, den ich an Sie, meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, zu richten habe. Sie müssen sich bei all' der Ungunst des Dienstes in einem fremden Land, mit fremden Menschen, in fremdem Volkstum, unter ungünstigen und unfreundlichen, kriegsmäßig schlechten Lebensbedingungen immer der hohen Sendung klar bleiben, die mit Ihrer Aufgabe verbunden ist. So haben wir vor zwei Jahren das Generalgouvernement überhaupt begonnen: als wir damals - wir waren ganze 11 Mann - an einem trüben Herbsttag aus Berlin los-

fuhren, nur die Verordnung des Führers in der Tasche, und mit einem armseligen alten Wagen nach Posen kamen und das aufzubauen begannen, was heute bereits als Generalgouvernement ein fester Begriff, ein nationalsozialistisches Nebenland des Deutschen Reiches geworden ist, waren die Verhältnisse noch ungünstiger. Damals fehlte uns, was wir heute haben, die Erfahrung, Kenntnis des Ostens und vielleicht auch die wegweisende große Klärung der Entwicklung dieses Krieges. Heute ist das alles klar. Lemberg ist wieder zusammen mit Galizien in den Bereich des großen Reiches Adolf Hitlers eingetreten.

Meine lieben Mitdeutschen! Das Durchhalten ist nunmehr die Hauptaufgabe. Wir sind wenige in diesem Land. Es trifft auf jeden Einzelnen ein gehäuftes Maß an Arbeit. Das Reich wird uns nur wenige Kräfte nachschicken können. Es können zwar die Behörden und Dienststellen in den Bereichen der Polizei, der Sicherheit, der Eisenbahn, der Post einzelne Beamte oder Angestellte aus dem Reiche bekommen, solange der Krieg dauert. Im allgemeinen ist aber damit zu rechnen, daß die Arbeitslast des Einzelnen nicht geringer wird.

Über eins müßt Ihr Euch klar sein: Ihr müßt Eure Pflicht als Deutsche auf diesem vorgeschobenen Posten mit einem steten Hinschauen auf das noch viel größere Opfer, das der Mann an der Front bringt, erfüllen. Ein Gang durch die Lazarette, ein Gang durch die Gräberreihen der in diesem Krieg Gefallenen, Gespräche mit den Müttern, den Frauen und Kindern derer, die den Heldentod starben, sind eine ernste Mahnung. Daran kann man erkennen, daß das, was auch immer hier in unserem Dienst geleistet wird, unvergleichbar wenig ist im Hinblick auf den riesigen Einsatz von Mannesmut, Tapferkeit und Lebenshingabebereitschaft, mit dem heute Millionen unseres Volkes zu Lande, in der Luft und auf dem Meere für unser aller Glück und aller Freiheit kämpfen.

(Lebhafter Beifall)

21.10.1941

Die furchtbare Barbarei des Bolschewismus, diese echte und von uns alten Nationalsozialisten immer vorausgeschaute Zusammengehörigkeit der Judenknechte, der Freimaurer mit dem bolschewistischen Gesindel, dies alles überrascht uns nicht. Diese furchtbare Grausamkeit, die wahrhaft nicht mehr vorstellbare abgrundtiefe Verkommenheit dessen, was sich sowjetische Soldateska nennt, zu bekämpfen, ist die Aufgabe für das lichte Schwert des deutschen Soldaten.

In der Welt hat es noch niemals einen Soldaten gegeben wie den deutschen. Aber auch von den Kriegen, die das deutsche Volk und deutsche Soldaten geführt haben, hat es noch keinen glorreicheren gegeben als den, zu dem Adolf Hitler seine Wehrmacht aufgerufen hat. Wir können wahrlich sagen, daß die Vernichtung des Bolschewismus die Wiedergeburt der Kultur, die Wiederaufrichtung der Menschlichkeit auf der Erde, die Wiederherstellung von all'dem, was das Leben schön macht, darstellt.

Sie können in Lemberg am ehesten ermessen, was aus dieser Stadt, in die schon so viele deutsche Generationen beste Arbeit hineingeprägt haben, geworden wäre, wenn die Bolschewisten noch zwei oder drei Jahre hier gehaust hätten. Das Reich Adolf Hitlers wird durch diesen Krieg dafür sorgen, daß für alle Zukunft Schluß gemacht wird mit den Bemühungen der Verderber der Kultur um eine irgendwie geartete Ausbeutung der Menschenkraft.

(Beifall)

Wir müssen davon überzeugt sein, daß Lemberg in dieser deutschen Front ein Fort sein wird und daß vor uns weit nach Osten hin die Kommissariate des Reiches liegen, aus denen sich das deutsche Volk die notwendigen Kräfte und die notwendigen Nahrungsmittel holen wird, um endlich einmal für die hundert Millionen unseres Volkes ausreichende Lebensmöglichkeiten und Brot sicherstellen zu können. Und auf Euch, meine Kameraden und Kameradinnen kommt es dabei

21.10.1941

an.

Wenn heute ein Soldat aus dem alten Deutschen Reich über Krakau, Przemysl, Lemberg nach dem Osten fährt, so verläßt er mit Lemberg die letzte Stadt europäischen Charakters, und wenn einer weit aus dem Osten zurückkehrt, so wird er mit Lemberg die erste Stadt europäischer Art begrüßen. Seid Euch dessen bewußt! Nicht fern, verlassen in einem vergessenen Winkel seid Ihr abgestellt und tätig, sondern in einer der wichtigsten Brückenlagen der Gegenwart und auch der Zukunft seid Ihr zu wichtigster Arbeit aufgerufen.

Danken möchte ich Euch für Euren Mut, die Treue und Einsatzbereitschaft, die Ihr hier, Männer und Frauen Deutschlands, in allen Dienststellen zeigt. Ich bin glücklich und dankbar und möchte Euch sagen, wie der Führer, als ich wenige Tage vor dem Krieg mit Sowjet-Rußland bei ihm war, anerkennend von den Leistungen im Generalgouvernement gesprochen hat. Wir haben in den zwei Jahren viel dazu beigetragen, daß unsere Wehrmacht eines großen Stückes Arbeit der Vorbereitung zur Verteidigung des Landes gegen den drohenden bolschewistischen Angriff enthoben wurde. So kam es auch, daß uns der Führer zum zweiten Jahrestags des Generalgouvernements die hohe Auszeichnung verliehen hat, daß das Generalgouvernement als einziges Nebenland des Deutschen Reiches die Ehre haben wird, eine Briefmarke mit dem Führerkopf herauszugeben, eine Briefmarke, die zum Ausdruck bringt, daß der Führer sich auch zum Generalgouvernement als Führer bekennt.

(Stürmischer Beifall)

Um weiter zum Ausdruck zu bringen, daß das Generalgouvernement vom Führer der Ehre würdig gehalten wird, dem Deutschen Reich ganz nahe zu sein, wird künftig die amtliche Bezeichnung lauten: Deutsches Reich - Generalgouvernement.

(Lebhafter Beifall)

21.10.1941

Meine Kameraden und Kameradinnen! Damit ist uns der schönste Lohn zuteil geworden. Was der Einzelne an Sorgen und Nöten mit sich abzumachen hat, das ist und bleibt im allgemeinen das Schicksal der Menschen. Jeder lebt, ringt, kämpft, hat ein Ziel, hat eine Aufgabe, kommt vorwärts und erlebt Rückschläge, aber letzten Endes ist sein Leben immer eingefügt in das Leben seines Volkes. Jeder Deutsche, der heute lebt, die Gestalt des Führers im Herzen, das Führervorbild und den Glauben an die ewige Sendung unserer Zeit, der Höchstzeit germanischer Rasse, vor sich, soll sich aufrichten an der Größe unserer Zeit.

Ich war neulich in einem Lazarett des Ostens. Da lagen die blassen Soldaten des Heeres, der eine schon 8 Wochen im Streckverband, dem anderen die Augen ausgeschossen, anderen die Beine weggeschossen, lauter Schwerverwundete, wie sie jeder Krieg mit sich bringt, mit Verletzungen, die aber in diesem Krieg bei weitem nicht in dem Umfang und in der Zahl vorkommen, wie das der Größe des Krieges entspräche. In den Herzen dieser Männer brannte aber nur der eine Wunsch, wenn es irgend wie geht, wieder an die Front zurückzukommen, wieder eingereiht zu werden mit der eigenen Kraft und dem eigenen Einsatz in die große, gewaltige Machtsymphonie unseres Dritten Reich. Tränen konnten einem in die Augen kommen, wenn man diese jungen Krieger sprach und sie mit kaum zitternder Stimme antworteten: ich möchte wieder 'raus, ich möchte wieder zu den Kameraden. Das ist das Größte und ist nicht etwa der Hurra-Patriotismus von früher, dieses Jubilieren satter Spießer, dieses Fahnengeschwinge, - nein, hier marschiert das deutsche Volk in die Freiheit. Wir stehen vor dem Tor, das wir aufgestoßen haben. Hier leuchtet uns die Freiheit, und niemand mehr ist da, sich dem Marsch unseres Volkes in die Freiheit entgegenzustemmen. Der Herrgott selbst will, daß unser Reich lebt. Ein Jahrtausend haben wir darum gekämpft, und nunmehr steht vor uns sieghaft strahlend das ewige herrliche Reich unseres Führers Adolf Hitler.

21.10.1941

Seid dessen eingedenk! Das ist der Idealismus dieser Zeit und das ist die Liebe dieser Zeit. Das ist das Menschenband zwischen uns und das ist das gemeinsame Erleben in uns. Wenn Ihr Nöte und Sorgen im Leben erfahrt, dann muß es Euch ein Trost sein, daß Ihr Mitgestalter dieser Zeit sein dürft. Ich weiß, daß dies der Geist Eurer Gemeinschaft ist. Euren Gouverneur, den ich seit Jahren als Idealisten kenne, habe ich auf diesen Platz gestellt, daß er mit Rat und Tat vor Euch marschiere. Ihr alle, ganz gleich, wo Ihr steht, werdet im Distrikt Galizien sicherlich den Stolz haben, es der Wehrmacht, dem siegenden Schwert gegenüber gleichzutun.

So seid bedankt und von mir mit dem stillen Wunsch bedacht, daß Ihr aus Eurer Dienstzeit im Generalgouvernement, aus Eurer Arbeit hier, für Euer ganzes künftiges Leben, ganz gleich, wo immer das Schicksal Euch hinführen wird, eine schöne Erinnerung behalten möget. Das wünsche ich Euch!

(Lebhafter Beifall)

Im Namen seiner Mitarbeiter verspricht Gouverneur Dr. Lasch weitere treueste Pflichterfüllung. Der Gruß an den Führer und die Lieder der Nation geben der Feier ihren erhebenden Ausklang.

18^{30} Festaufführung im Lemberger Opernhaus: "Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß in ukrainischer Sprache.

Anschließend: Kameradschaftsabend im Kasino Lemberg.

23^{30} Abfahrt des Sonderzuges nach Stanislau.

Mittwoch, den 22. Oktober 1941

9^00^ Ankunft des Sonderzuges auf dem Bahnhof in **Stanislau**.

Begrüßung durch Gouverneur Dr. **Lasch** und Kreishauptmann Dr. **Albrecht** auf dem Bahnsteig.

In der Bahnhofshalle werden dem Herrn **Generalgouverneur** durch ukrainische Schulkinder Blumen überreicht.

10^00^ Im Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft werden dem Herrn **Generalgouverneur** die deutschen Dienststellenleiter und die Mitglieder einer ukrainischen Abordnung vorgestellt.

Nach grundlegenden Ausführungen des Kreishauptmanns Dr. **Albrecht** über die Gegebenheiten und Möglichkeiten seines Kreises hält der Herr **Generalgouverneur** folgende Ansprache:

Herr Kreishauptmann! Sie haben eben ein schönes Wort geprägt: Mit dem Blick nach dem Osten und mit dem Herzen in der Heimat! Das ist der Sinn der Sendung, die hier vor uns liegt.

Ich bin sehr beeindruckt von dem ersten knappen Bericht, den Sie mir schon heute nach der kurzen Zeit von 2 Monaten erstatten können. Stanislau ist mir vom Herrn Gouverneur als zweiter Punkt der Besichtigungsfahrt auf meiner kurzen, nur zweitägigen Reise nach Galizien vorgeschlagen worden, und ich muß sagen, ich bin sehr froh, daß ich diese Ergänzungsreise zur Fahrt nach Lemberg gemacht habe; denn diese Fahrt gibt uns einen unmittelbaren Einblick in die immensen Schwierigkeiten, die sich in unserer Auseinandersetzung mit den Problemen von Raum, Zeit und Menschen ergeben.

Das Generalgouvernement ist nicht etwa die Wiederherstellung oder auch nur die schemenhafte Fortführung eines von Deutschland als nebensächlich betrachteten polnischen Staatsgebildes, sondern eine Einrichtung

des Reiches Adolf Hitlers, den Völkern hier in diesem großen östlichen Raum in der Form eines geschlossenen Staatsmechanismus Frieden, Arbeit und Brot in ihrem eigenen Interesse, allerdings auch im Interesse des Gesamtgefüges der von Deutschland geführten europäischen Neuordnung zu gewährleisten. Das Generalgouvernement ist daher auch nicht irgendwie die Fortsetzung polnischer Traditionen in diesem Raum, es ist vielmehr eine Führungseinrichtung des Großdeutschen Reiches, die keinesfalls nationale Vernichtung bewirken oder den Völkern in diesem Raum die Möglichkeiten kultureller und religiöser Entwicklung nehmen will. Hier soll vielmehr endlich wieder einmal nach vielen Jahrzehnten schwerster Prüfung der Glaube an den höheren Sinn menschlichen Lebens vermittelt werden.

Dies ist eine ernste, hohe und stolze, aber auch einmalige Aufgabe. Gewisse Notwendigkeiten müssen wir verlangen: wir müssen verlangen, daß die Völker, die des Glückes teilhaftig werden, von dem kulturvollsten Regime, dem des Nationalsozialismus, betreut zu werden, dieses Werk durch Loyalität und absolute Einordnung in die notwendige Ordnungsgemeinschaft unterstützen. Auch dieser Raum wurde nur frei von den Verbrechern der polnischen Republik und des Stalin'schen Moskowitertums durch den Heldenmut deutscher Männer, in-dem deutsche Soldaten hier kühn und stolz die Fahne des Reiches Adolf Hitlers unter Einsatz ihres Lebens hineingetragen haben.

Noch sind wir mitten im Kriege. Zwar wankt das moskowitische Ungeheuer schon, zwar ist durch den unvergleichlichen Sieg der besten Soldaten der Welt schon heute der Bolschewismus dem Abgrund nahe, aber noch zuckt er fackelgleich aus seiner Versenkung heraus. Man vergesse das nicht! Auch das Volkstum Galiziens möge das nicht vergessen! Es waren nicht nur die Gebete, nicht die nationale Sehnsucht, nicht der Schrei gequälter Seelen, es war der kühne, einmalige Entschluß des genialsten und größten Mannes der Weltgeschichte, Adolf Hitlers, der auch diesem Land die Freiheit

22.10.1941

wiederherstellte. Keine Freiheit, um sie müßig zu verspielen und zu verträumen. Wo die Fahne des Reiches steht, bleibt sie.

Ich weiß, daß es viele geben mag, die sich eine andere Lösung erträumt hatten. Aber das Deutsche Reich hat mit Fug und Recht darauf hinzuweisen, daß dieses Gebiet seit 1772 von bestem deutschen Verwaltungsgeist, dem Österreichs, mit saubersten Straßen, besten Gebäuden und auch einer menschlichen Ordnung erfüllt wurde, in der die Volkstümer dieses Raumes friedlich nebeneinander leben konnten.

Frieden, Arbeit, Segen und Glauben gewähre ich im Namen des Führers, und ich verlange Ordnung, Arbeitsbereitschaft und Loyalität. Ich glaube, Sie, Herr Kreishauptmann, sind hier am richtigen Platze. Ich habe das Gefühl, daß das schöne Wort von der Kameradschaft eine große Auswirkung unseres alten nationalsozialistischen Grundsatzes der Volksgemeinschaft und der Disziplin ist, und ich weiß aus Ihrem Wirken, daß dies auch für die in diesem Kreis tätigen Deutschen von maßgebender Bedeutung ist.

Der ukrainischen Volksgruppe in diesem Kreis gilt unserer besonderer Gruß. Das Leid und der Schmerz dieses Volkes sind groß und namenlos. Seine Kultur wurde schwer mißachtet und getreten. Jetzt unter dem Schutz des großen Deutschen Reiches soll sie erblühen. Wir kommen mit den besten und großzügigsten Absichten in diesen Raum. Daß die Kriegsnotwendigkeiten uns zwingen, die Ordnung nunmehr in den Vordergrund zu rücken, hindert uns nicht, die vorher aufgezeigte Einstellung dem ukrainischen Volkstum gegenüber in die Tat umzusetzen. Die Notwendigkeiten des Krieges gehen eben allem anderen voran, und ihnen gegenüber müssen alle Sonderinteressen zurücktreten. Jetzt muß jeder, der die Hoffnung hegt, daß die Menschheit frei wird, sich in diese Gemeinschaft einfügen.

Herr Kreishauptmann, Sie haben mein Vertrauen! Der Staat ist eine Einheit, das Reich ist die große Ordnungsfunktion Europas. Wie zu Zeiten der großen fränkischen Kaiser steigt jetzt das Symbol der Macht Deutschlands auf.

22.10.1941

Ich glaube, daß dieser größte Krieg, der den deutschen Soldaten in seinem Ruhm zu den Sternen erhebt, auch der letzte Krieg in Europa gewesen sein wird. Denn von jetzt ab wird unter dem Schutz des deutschen Schwertes in den weiten Räumen des eurasischen Kontinents Friede und Ordnung herrschen. Möge der Herrgott seinen Segen dazu geben! Möge Ihnen, Herr Kreishauptmann, aus Ihrer Arbeit hier viel Freude und der Bevölkerung dieses Gebietes Segen erstehen!

10^{40} Besichtigung der Ausstellung "Wirtschaft und Kunst im Kreis Stanislau" im Gebäude des Sokol.

11^{00} Beginn des Vorbeimarsches von Reiter- und Trachtengruppen aus dem Karpathenvorland und Bezirk Rohatyn vor der Kreishauptmannschaft.

12^{05} Kundgebung am Adolf Hitler-Platz.

Dem Herrn Generalgouverneur wird durch eine ukrainische Bäuerin Brot und Salz überreicht. Sodann übergeben ihm zwei ukrainische Bauern ein gesatteltes Pferd als Ehrengabe.

Bischof Chomyschyn begrüßt im Namen des Klerus und seiner Gläubigen den Herrn Generalgouverneur als Vertreter des Deutschen Reiches, des genialen Führers Adolf Hitler. Er spricht die Hoffnung aus, daß die siegreiche deutsche Wehrmacht den baldigen Endsieg über den bolschewistischen Koloß erkämpfen werde, unter dessen tyrannischer Herrschaft sein Volk so schreckliche Tage habe durchleben müssen.

Der Vertreter des Ukrainischen Komitees Dr. Nedelski begrüßt darauf den Herrn Generalgouverneur im Namen der Bevölkerung Stanislaus und verspricht, im vollen Vertrauen zu Adolf Hitler und zur deutschen Regierung stärkste loyale Mitarbeit am Endsieg der deutschen Waffen und

<u>22.10.1941</u>

am Neuaufbau Europas. Er bittet den Herrn Generalgouverneur, dem ukrainischen Volke volles Vertrauen zu schenken.

Der Herr Generalgouverneur:

Ich danke Ihnen, Herr Bischof, und ich danke Ihnen, Dr. Nedelski, für die Grüße und Wünsche und die Erklärungen, die Sie im Namen des ukrainischen Volkstums hier im Kreis Stanislau abgegeben haben. Ich bin glücklich über den herzlichen Empfang, den die Bevölkerung von Stanislau mir bereitet hat.

Der Sieg der deutschen Waffen, der dieses Gebiet von dem bolschewistischen Terror befreit hat, ist auch ein Sieg der Menschlichkeit und der Kultur, des Christentums und des Glaubens über Barbarei und Untergang. Insbesondere kann die Bevölkerung hier der Meinung sein und darf es auch sein, daß der Führer Adolf Hitler das persönliche Wohlergehen der Bevölkerung nicht nur im Deutschen Reich, sondern in allen Gebieten, die von Deutschland regiert werden, als obersten Grundsatz betrachtet.

Das deutsche Volk bringt schwerste Opfer um den Sieg dieser Sache. Tausende und Abertausende bester deutscher Männer müssen fallen, um auch die Freiheit dieses Volkes hier sicherzustellen. Aber der Sieg über den Bolschewismus ist erkämpft. Der bolschewistische Terror wird niemals wiederkehren. Jeder kann in Frieden und Freiheit seiner Arbeit und seinem Glauben dienen, seiner Familie und dem Glück seines Lebens.

Der ewige Herrgott hat das Werk unseres Führers gesegnet. Und wir alle wollen zum ewigen Gott flehen, daß er das Werk des Führers weiter segnen möge. Gerade Ihr Ukrainer könnt überzeugt sein, daß Euer Schmerz, Eure Leiden, die Ihr erlebt hab[illegible] vom deutschen Volke mit wärmster Anteilnahme verfo[illegible]den. Das Generalgouvernement ist nicht die Fortsetzung eines polnischen

22.10.1941

Staates oder eines polnischen Systems, sondern eine Einrichtung des Deutschen Reiches. Ich bitte Euch alle, mit Vertrauen und Arbeit an dem Aufbau eines ewigen, großen Werkes des europäischen Friedens mitzuarbeiten. Ihr könnt froh und zuversichtlich an Eure Arbeit gehen, unter dem Schutz des Deutschen Reiches werdet Ihr glücklich sein. Meine Aufgabe ist es, Euch dieses Glück zu vermitteln. In diesem Sinne sollt Ihr Vertrauen zu den deutschen Behörden haben, die in dieses Land Frieden und Freiheit gebracht haben. Ich wünsche dem ukrainischen Volkstum das Beste und Schönste. Die Zeiten der Unterdrückung sind vorbei.

Nach einem auf den Herrn Generalgouverneur ausgebrachten "Hoch" findet die Kundgebung mit einem Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation ihren Abschluß.

13^{30} Mittagessen im Hotel Kiew.

Stadthauptmann Beau begrüßt im Namen der Stadt Stanislau den Herrn Generalgouverneur und die Regierungsmitglieder und verspricht weitere zäheste Arbeit für Führer und Reich.

Der Herr Generalgouverneur spricht seinen Dank für die Ermöglichung der Reise nach Stanislau aus und gibt seiner Genugtuung und Freude über die Erlebnisse des Tages Ausdruck.

14^{30} Festakademie zu Ehren des Besuches des Herrn Generalgouverneurs in Stanislau, veranstaltet von der Abteilung Kultur und Propaganda beim Kreishauptmann unter Mitwirkung des Ballets und des Ensembles des ukrainischen Theaters. Vorgeführt werden Huzulentänze und der zweite Akte des Singspiels "oj ne chody, Hryciu" (Gehe nicht, Gregor).

22.10.1941

16^{15} Abfahrt nach Lemberg.

21^{45} Ankunft in Lemberg.

0^{1o} Weiterfahrt nach Krakau.

9^{15} Ankunft in Krakau.

IX/3 Krakau

Donnerstag, den 23.Oktober 1941

10^{30} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

10^{40} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Pulawy Professor Christiansen-Weniger in Gegenwart des geschäftsführenden Hauptabteilungsleiters Naumann.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur bespricht sich mit seinen Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

13^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Donnerstag, den 23. Oktober 1941

13^{15} F r ü h s t ü c k .

16^{20} Gründung der Arbeitsgemeinschaft zur Behebung volksdeutschen Notstandes.

Konstituierende Sitzung des Arbeitsbereichs im Hause der NSDAP.

Dienstleiter Schalk führt einleitend aus, daß die Bildung der Arbeitsgemeinschaft zur Behebung volksdeutschen Notstandes angesichts der schlechten Lebensverhältnisse der Volksdeutschen im Generalgouvernement dringend notwendig sei. Verschiedene Dienststellen im Generalgouvernement hätten bereits von sich aus die Initiative ergriffen, um in ihrem Bereich für Abhilfe dieses Notstandes zu sorgen. Es bedürfe aber darüber hinaus der Zusammenfassung aller Führungssektoren von Partei und Staat zu einer Arbeitsgemeinschaft, die auf ein Ziel ausgerichtet sei. Eine ähnliche Aktion habe Gauleiter Bracht in Oberschlesien ebenfalls unter Mitwirkung von Partei, Staat und Wirtschaft eingeleitet. Bei der Aktion, die unter Führung aller Dienststellen des Generalgouvernements eingeleitet werden solle, werde man auch insbesondere auf die kameradschaftliche Unterstützung des Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums rechnen können.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die Arbeit des Staates zur Betreuung der Volksdeutschen im Generalgouvernement im Jahre 1940 von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß, wie vom Reichsführer SS- angekündigt, eine baldige Umsiedlung der Volksdeutschen ins Reichsgebiet bevorstehe. Deshalb hätten die vom Staat eingeleiteten Maßnahmen keine Dauereinrichtung schaffen können. Sie seien

behelfsmäßig gewesen und hätten dazu gedient, gewisse Notstände dieses Teiles des deutschen Volkes im Generalgouvernement zu beheben. Immerhin sei man vom Staate aus daran gegangen, die Volksdeutschen im Generalgouvernement zu erfassen, ihre Volkszugehörigkeit zu überprüfen, sie nach Möglichkeit in Arbeit und Verdienst zu bringen und sie auch im übrigen hinsichtlich der äußeren Lebensbedingungen dem Niveau der übrigen im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen anzugliedern. Nachdem nunmehr feststehe, daß die Volksdeutschen in absehbarer Zeit ihre Heimstätte nicht verlassen würden, bedeute es eine besonders hervorragende Maßnahme, wenn der Herr Generalgouverneur die Partei zur Betreuung dieser Volksdeutschen aufrufe. Er könne versichern, daß von der Regierung aus der gesamte staatliche Apparat bis zur untersten Instanz für die Erfüllung dieser großen Aufgabe zur Verfügung gestellt werde. Auch werde die staatliche Exekutive für die Durchführung dieser Aufgabe eingesetzt werden.

Der Herr Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank ergreift hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossinnen und Parteigenossen! So einfach die Sitzung heute aussieht, so - man möchte fast sagen - improvisiert sie erscheint, von so großer Bedeutung ist die Wucht des Beschlusses, den wir heute fassen. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die große Heimat des weltgeschichtlichen Geschehens, der Träger dieses Geschehens von heute, schickt sich an, im Generalgouvernement nunmehr nach Vollendung des äußeren Aufbaues des Staates und der Parteiorganisation sich der Menschen anzunehmen, denen wir uns rassisch und blutmäßig am meisten verbunden fühlen. Ich möchte Ihnen, Parteigenosse Schalk, Ihnen, Herr Staatssekretär, und Ihnen, SS-Obergruppenführer Krüger, danken, daß Sie sich so schön zusammengefunden haben und ein so hervorragendes Vorbild der großartigen Gemeinschaftsarbeit geben, die ich als Generalgouverneur

von Ihnen erwarte.

Das Generalgouvernement verfügt in seinen bisherigen Grenzen über eine Bevölkerung von etwa 18,4 Millionen Menschen. Davon sind alles in allem, hoch gerechnet, 100 000 bis 150 000 als Volksdeutsche im heutigen schon jetzt feststellbaren Sinne zu betrachten. Die Partei im Generalgouvernement kann nun nicht etwa den 18 Millionen Polen, Ukrainern, Goralen, Juden usw. Weltanschauung beibringen. Hier hat es die Partei mit der Durchdringung des Gesamtlebens aller Deutschen im Raum mit Nationalsozialismus zu tun. Die Regierung als Nebenlands-, als Staatsregierung des Generalgouvernements und des Deutschen Reiches hat es mit den übrigen 18 Millionen zu tun. Es ist daher ganz klar, daß entsprechend dem grundsätzlich kameradschaftlichen Charakter unserer Zusammenarbeit im Generalgouvernement nunmehr die Partei als hochwillkommen, man möchte sagen, als primär legitimiert erscheinen muß, den Volksdeutschen in diesem Raum zu helfen.

Die Volksdeutschen! - Ich entsinne mich noch eines Referats, das der Pg. Mehling uns vor einiger Zeit in diesem Saal gehalten hat. Ich kann nur sagen, daß mich dieses Referat aufs tiefste beeindruckt hat. Er hat damals von einer Reise berichtet, die er zu einigen völlig von jedem Verkehrszentrum abseits liegenden deutschen Menschen gemacht hat. Er hat gesagt, daß der Geist dieser Menschen, die nicht einmal einen Rundfunk haben, großartig wäre, daß sich in diesen Dörfern, weit abseits von jedem Verkehr, Hitler-Jugend gebildet habe, daß die Sehnsucht nach dem Bekenntnis zum Deutschtum gerade in diesen isolierten und losgelösten Deutschtumsinseln des Generalgouvernements besonders stark sei. Wir haben aber überhaupt Gelegenheit, immer wieder festzustellen, wie die Volksdeutschen dieses Raumes darauf warten, daß ihnen endlich einmal die Sonne des großdeutschen Gemeinschaftslebens scheint. Es ist eine herrliche Aufgabe, die der Partei hier vom Generalgouverneur übertragen wird.

23.10.1941

Oberschlesien hat uns heute seinen Sendboten geschickt. Auch ich freue mich sehr, daß Pg. Bracht einen Vertreter in unsere Gemeinschaft gesendet hat. Denn selbstverständlich ist der Begriff der Volksdeutschen weder im Westen noch im Osten der Grenzen des Generalgouvernements irgendwie eingeschlossen. Auch in Oberschlesien findet sich der Begriff dessen, was wir als Volksdeutsche den Reichsdeutschen gegenüberstellen oder anreihen, noch in voller Geltung. Und östlich vom Generalgouvernement, in der Ukraine, in der Krim, ja, im Kaukasus und an der Wolga leben zu Tausenden, zu Hunderttausenden die Volksdeutschen.

1. Es ist ganz selbstverständlich: der Staat kann nicht alles machen, insbesondere heute nicht, wo er mit einem Minimum an Personal unerhörteste Kriegsaufgaben zu erfüllen hat. Die Volksdeutschen warten auf uns. Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß das Lebensniveau, ganz allgemein gesagt, der Lebensstandard der Volksdeutschen im Generalgouvernement nach Möglichkeit demjenigen der Durchschnittsreichsdeutschen angeglichen wird.

2. Der Volksdeutsche, der im Dienste des Generalgouvernements oder des Arbeitsbereiches steht, muß dem Reichsdeutschen restlos gleichgestellt werden.

3. Die Klarlegung des Begriffes "Volksdeutscher" bedarf im Generalgouvernement der grundsätzlichen karteimäßigen Erfassung. Es hat sich herausgestellt, daß sich um diesen Begriff am Rande unendlich viel zweideutige Erscheinungen gruppieren. Hier darf man nicht verzweifeln. Hier darf man nicht, wie es neulich ein Kreishauptmann tat, sagen: ich kenne mich mit den paar hundert Volksdeutschen, die ich habe, überhaupt nicht aus; man weiß nicht: neigen sie mehr zu den Polen oder zu uns? Da kann man nur sagen: Geduld, Geduld! Denn das Deutsche Reich alter Prägung - ich möchte sagen: wilhelminischer Prägung hat für das Volksdeutschtum leider fast nichts übrig gehabt. Der Begriff des Volksdeutschen lebte vor 1914 eigentlich nur im Bereich des deutschen Volkstumskampfes in Österreich-Ungarn. So können auch wir

23.10.1941

nur sagen: die Volkstumsarbeit, staatlich gesehen, kann sich hier nicht allein durchsetzen; denn sie bedarf der Aufhellung der Grenswerte des Volksdeutschtums, sie bedarf der liebevollen Hingabe. Wir wissen aus der verdienstvollen Arbeit des Pg. Globocnik vom Distrikt Lublin, daß es seit vielen Jahrhunderten hier lebende volksdeutsche Familien gibt, deren Nachkommen die Kenntnis der deutschen Sprache verloren haben, die man erst wieder darauf zurückführen muß, daß sie sich auch sprachlich und der ganzen Lebenshaltung nach zum Deutschtum bekennen.

4. Es geht hier um eine der wichtigsten Fragen des Grenztums überhaupt. Wir feiern in den nächsten Tagen den Tag des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements als Staatsfeiertag. Wie Sie wissen, hat mir der Führer genehmigt, eine Briefmarke herauszubringen, auf der zum ersten Male steht: Deutsches Reich- Generalgouvernement. Darin liegt eine großartige Auszeichnung, daß der Führer aus einem besetzten Gebiet in zwei Jahren einen Bestandteil des Deutschen Reiches machen läßt. Dies verpflichtet uns im Namen des Reiches und des Deutschen Volkes, auf diesem vorgeschobenen Posten dafür zu sorgen, daß der Volksdeutsche des Generalgouvernements eine Steigerung seiner Lebensfreude erfährt, nicht aber, daß sich in ihm die Meinung ausbreitet: ach Gott, da hat sich nicht viel geändert; Staat ist Staat - wir müssen Steuern zahlen, wir werden zu allerhand Verpflichtungen herangezogen, aber eigentlich kümmert sich im Grunde niemand um uns.

5. Der Krieg ist keine Entschuldigung dafür, daß auf diesem Gebiete nichts geschieht. Es hat keinen Sinn,zu sagen: jetzt ist Krieg, jetzt können wir uns um all' das nicht kümmern. Nein, gerade um diesen Volksdeutschen, um dem deutschen Menschen des Generalgouvernements die Zukunft unseres herrlichen Reiches zu geben, sind wir hier im Raum. In unserer Verwaltung wie auch in der Partei hier sind wir ein Kind des Krieges. Wir kommen nicht aus dem Frieden, die Gesetzlichkeit des Lebens in diesem Raum

23.10.1941

ist kriegsmäßig. Daher ist die Auswirkung unserer Aktivität in das Kriegsgeschehen eingeschlossen. Wenn nun weiter im Osten, Tausende und Abertausende von Kilometern nach Osten reichend, neue Räume der deutschen Führung unterstellt werden, so schauen wir zunächst einmal auf die Energie, die wir hier nunmehr aufwenden.

6. Im wesentlichen ist nichts auf diesem Gebiete geschehen. Mit dem, was bis jetzt geschehen ist, bin ich gar nicht zufrieden. Weder ist es so, daß die Volksdeutschen den Eindruck haben, daß wir uns hier vollkommen für sie einsetzen, noch sind sie in den Fragen, die ich eben angeschnitten habe, was die Gehaltsverhältnisse und den Lebensstandard angeht, den Reichsdeutschen völlig gleichgestellt, noch sind sie, was die Verbindung zu ihnen angeht, mit dem Gefühl erfüllt, daß man sich ihrer restlos annimmt.

So glaube ich denn, daß es wirklich eine der schönsten Einweihungen des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements und ein Nachklang der Feier des einjährigen Bestehens des Arbeitsbereiches ist, wenn sich nun diese Arbeitsgemeinschaft zusammenfindet. Ich werde vom staatlichen Sektor aus finanzielle Mittel in jedem nur irgendwie benötigten Umfange, soweit es möglich ist, nach der Etatslage des Generalgouvernements zur Verfügung stellen. Ich wünsche, daß die Partei ihre große fruchtbare Arbeit beginnt. Man soll sagen: die NSDAP im Generalgouvernement hat dieses Problem gelöst. Das ist unser Dank für viele Jahrhunderte des Opfers und des Dienstes des deutschen Volkes. Ich weiß, daß manche Klagen über die Volksdeutschen zu hören sind, daß wir manche Akten bei den staatlichen Gerichten und teilweise auch beim Parteigericht haben, in denen von der Zusammenarbeit zwischen Polen und Volksdeutschen die Rede ist. Das berührt aber nicht den Kern des Problems, daß wir die Menschen mit innerer Strahlkraft der Idee Adolf Hitlers erfüllen müssen, daß wir wie Samariter und Wohltäter, wie Befriedungsmänner in diesen Bereich einzudringen haben.

Dies um so mehr, als jedes Argument, daß das Generalgouvernement etwa eine Art polnischer Reststaat oder etwas ähnliches wäre, wegfällt. In dem Augenblick, in dem der Führer genehmigt hat, daß wir sagen: Deutsches Reich - Generalgouvernement, sind wir nunmehr ein deutscher, ein deutsch bestimmter Bereich. Je mehr wir im Osten an Land erobern, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß wir die Juden und die asozialen Polen loswerden, daß wir im Laufe der Zeit im Gesamtsiedlungsprogramm des Ostens uns darauf einrichten dürfen, daß dieses Weichselland bis weit bis an den Pruth hin deutsches Siedlungsland wird. Das Fundament aber dafür sind die Volksdeutschen in diesem Raum. Darum muß man sich um die Wohlfahrt, um die Schulen, um die Erziehung, um die Verkehrswege, vor allem um die Verbindung dieser Menschen mit der Partei kümmern. Wir können nicht einfach mit dem Ergebnis einer 20jährigen Parteigeschichte vor diese Menschen treten, sondern müssen sie mit Geduld, Liebe und Zuneigung allmählich in unsere Begriffswelt einführen, genau so, wie wir es in tausenden von Versammlungen im Reiche getan haben. Die älteste Gruppe wußte wohl, worum es geht, aber in die anderen Kreise haben wir in hunderten von Versammlungen immer wieder unsere Lehre getragen, die uns der Führer gepredigt hat. So muß es hier auch geschehen. Ich erwarte sehr viel von der Partei. Und so frage ich Sie, Parteigenosse Schalk: ist die Partei imstande, diese Aufgabe zu übernehmen?

(Dienstleiter Schalk: Jawohl!)

Dann frage ich Sie, Herr Staatssekretär Dr. Bühler: sind Sie willens, im Rahmen des Staates diese Aufgabe zu fördern?

(Staatssekretär Dr. Bühler: Ich werde die Aufgabe mit allen Kräften unterstützen.)

Parteigenosse Krüger hat schon erklärt, daß er bereit sei, für die Festigung des Deutschtums zu wirken.

Das Inkrafttreten der Arbeitsgemeinschaft zur Behebung volksdeutschen Notstandes hat einen tiefen Sinn. Im zweiten

23.10.1941

Vollzug des Jahres des Generalgouvernements tritt damit die Partei im Generalgouvernement an die größte, menschlich höchste Aufgabe heran, den Volksdeutschen hier eine deutsche Heimat zu geben und ihnen damit eine Brücke zum deutschen Leben in diesem Raum zu schaffen.

Ich erkläre die Arbeitsgemeinschaft zur Behebung volksdeutschen Notstandes nach dem Vorschlage, den ich Ihnen, Pg. Schalk, übergebe, für gegründet.

Dienstleiter Schalk:

Reichsleiter! Sie haben uns wiederum ein Ziel gezeigt, das wir mit der Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft zum Wohle der uns anvertrauten Menschen zu erreichen haben. Wir werden in der nächsten Zeit zu einer Beratung zusammentreten, um festzustellen, wo sofort geholfen werden muß, was sofort getan werden kann, Ferner werden wir ein Programm aufstellen, das sich über eine längere Zeitspanne erstreckt, auf Grund dessen wir dann alles erreichen können, was Sie, Reichsleiter, von uns verlangen. Was die Deutsche Gemeinschaft unter Führung der Bewegung in politisch-kultureller Hinsicht zu geben versucht, wird vor allem für die materiellen Dinge des Lebens diese Arbeitsgemeinschaft zu ergänzen haben. In dem Zusammenwirken der Regierung, des Reichskommisars zur Festigung deutschen Volkstums und der Partei mit allen ihren wertvollen Einrichtungen, vor allem der NS-Volkswohlfahrt, muß es gelingen, das Ziel zu erreichen.

Wenn Sie, Reichsleiter, mir die Führung der Arbeitsgemeinschaft übertragen haben, dann darf ich vorschlagen, dem Pg. Mehling zu meinem Vertreter zu bestimmen. Er hat in seiner Tätigkeit als Amtsträger in Radom das Leben der Volksdeutschen und ihre Nöte kennengelernt und wird ein berufener und beredter Sprecher sein.

Ich danke Ihnen, Reichsleiter, daß Sie mit der Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft Ihrer nationalsozialistischen Kampfbewegung im Generalgouvernement einen schweren Auftrag

23.10.1941

gegeben haben. Aber schwere Aufträge sind schön, weil sie uns anspornen und anfeuern. Wir alle versprechen Ihnen, daß wir alles tun werden, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 16^{40} Uhr.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/3 Kressendorf

Freitag, den 24. Oktober 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

7^{50} Eintreffen des Herrn Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete Reichsminister Dr. Seyß-Inquart mit Gattin.

13^{00} Mittagessen zu Ehren des anwesenden Reichsministers Dr. Seyß-Inquart.

18^{50} Eintreffen des Herrn Generalgouverneur auf der Burg zu Krakau.

19^{30} K o n z e r t der Philharmonie des Generalgouvernements mit anschließendem Abendessen mit Damen auf der Burg zu Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 25. Oktober 1941

10^{00} Betriebsappell der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements aus Anlaß des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Ich melde Ihnen die Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements zum Betriebsappell angetreten, desgleichen 150 Arbeiter, Angestellte und Beamte zur Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes.

Der Herr Generalgouverneur:

Zum zweiten Mal jährt sich der Tag, an dem der Führer das Generalgouvernement geschaffen hat. Für uns alle ist es daher eine Stunde ernster Besinnung und eine Art Rechenschaftsablegung für das, was mitten im Kriege unter den schwersten Ereignissen, in den großartigsten und von unerhörtester Einmaligkeit getragenen, schicksalsgewaltigen Kriegsläuften geschah. Als wir vor zwei Jahren in diesem vom Kriege zerstörten Lande die Arbeit aufnahmen, fanden wir nichts vor, an das wir hätten anknüpfen können, es sei denn, daß wir versuchten, in diesem fremden von unseren Soldaten dem deutschen Volk und dem Deutschen Reich wieder angefügten neuen Machtbereich die Tradition bester deutscher Verwaltungskunst, bester deutscher völkischer Führungsarbeit und hervorragendster Kolonialpionierarbeit aufzunehmen. Es erfüllt uns heute in diesem Augenblick am Sitz der Regierung des Generalgouvernements, inmitten all' der Treue unermüdlicher Helfer und Helferinnen aller Bereiche das stolze Empfinden, daß wir es geschafft haben. Was einmal nur kühn gedankliche Konstruktion gewesen sein mochte, heute ist es Wirklichkeit; was einmal nur Plan war, heute steht es fest; was einmal nur gewollt war, wurde gekonnt. Dank Eures gemeinsamen unermüdlichen Einsatzes steht heute das Nebenland Generalgouvernement im Bereich des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers als eine festgefügte autoritätsdurchzogene Staatsbildung auf dem Machtboden des

25.10.1941

Hakenkreuzes.

Daher ist es für uns ein Gemeinschaftserlebnis; denn dieses Generalgouvernement ist ein Kriegskind, es ist mitten im Kriege geschaffen worden und hat die Nöte und Sorgen der ersten Kindheit, des ersten Entwicklungsstadiums nun hinter sich.

Wir haben im Laufe der letzten Monate durch den Hinzutritt des Distrikts Galizien vom Führer ein neues gewaltiges Stück Arbeit erhalten. Die Arbeit in den alten Distrikten des Generalgouvernements wurde dadurch noch vermehrt, mußten wir doch den Personalbedarf für diesen neuen Distrikt aus den Beständen des Generalgouvernements decken. Das Reich konnte uns nur ganz unwesentlich durch Zurverfügungstellung von einzelnen, ganz wenigen Hilfskräften helfen. Auch in den kommenden Wochen und Monaten, da der Krieg nunmehr in sein entscheidendstes, wahrscheinlich in sein Schlußstadium eintritt, bedarf es daher Eurer intensivsten und treuesten weiteren Pflichterfüllung. Die Regierung des Generalgouvernements dankt es Euch, das deutsche Volk und das Deutsche Reich danken es Euch. Durch den schon in nächster Zeit in Kraft tretenden Stellenplan wird die Möglichkeit geschafffen sein, daß jedem Beamten, jedem Staatsangestellten, jedem Staatsarbeiter hier im Generalgouvernement, die Rechte, die ihm aus seinem öffentlichrechtlichen Dienstverhältnis zum Reich erwachsen, genau so gewahrt werden, wie es etwa in einem Dienstverhältnis der Heimat der Fall ist.

Wie deutlich und symbolhaft der Führer unsere Entwicklung sieht, erkennen Sie aus der Briefmarke, die wir morgen ausgeben. Als einzigem Nebenland des Großdeutschen Reiches, als einzigem der neubesetzten Gebiete ist uns das Recht verliehen worden, das Führerbild mit der Aufschrift: "Deutsches Reich - Generalgouvernement" auf die Marke zu bringen. Das, Kameradinnen und Kameraden, muß uns weiter zusammenfügen.

25.10.1941

Ich weiß um Eure Nöte und Sorgen. Ich weiß sehr wohl, was es bedeutet, fern der Heimat unter teilweise denkbar schlechten Lebensverhältnissen hier den Kampf um Arbeit und Brot zu führen. Ich kann aber auch sagen: Was von Seiten der Regierung geschehen konnte, ist geschehen, um Euch in diesem Ringen, in der Durchsetzung und Ermöglichung Eurer Leistungen zu helfen. Ihnen, Herr Staatssekretär, wie allen Mitgliedern der Regierung danke ich für die treue, unermüdliche Fürsorge, die Sie dem Beamtentum und Angestelltentum des Generalgouvernements nicht nur in der Regierung, sondern auch in allen Distrikten zuteil werden lassen. Wir danken es auch den Gouverneuren und allen Behördenchefs. Ich darf wohl sagen: was aus dem polnischen Dreck von einst vielfach schon geworden ist, wäre selbst im Reich vorbildlich. Vor allem aber vorbildlich ~~aber~~ ist der Geist, in dem sich die Arbeit hier vollzieht, und den zu bewahren wir uns alle bemühen wollen. Im Generalgouvernement hat sich eine Schar von entschlossenen Männern zusammengefunden, um ein völlig neues Werk, das ohne Vorbild in der Führungsgeschichte des Reiches ist, aufzurichten, getreu dem Befehl des Führers. Das hat Euch die Befugnis gegeben, für alle Zukunft Eures Lebens zu sagen: wir haben uns in einer der schwierigsten Verwaltungsaufgaben des Großdeutschen Reiches und in einem der schwierigsten Zeitpunkte bewährt.

Ich danke Euch dafür und wünsche, daß sich die Arbeit in diesem Geist fortsetzen möge. Nehmt Euch dabei immer auch das Opfer der Front als Vorbild. Wenn Ihr mit dem einen oder anderen auch unzufrieden seid, wenn Ihr da oder dort klagen zu sollen glaubt, - denkt immer daran, ob angesichts des Opfervorbildes der Front Eure Klagen und Nöte wichtig genug sind, daß man ihnen nachgeht. Der Lebenseinsatz, in dem die Front ununterbrochen steht, ist der höchste Einsatz.

Freilich können auch wir darauf hinweisen, daß viele aus den Reihen der Verwaltung des Generalgouvernements durch Mörderhand gefallen sind, daß der Haß des früher noch

4

25.10.1941

so feindselig gesinnten Volkstums dieses Bereiches über 200 Männer der Verwaltung, der Polizei, der Forstverwaltung, der Eisenbahn usw. aus unserer Mitte genommen hat. Dieser Kameraden gedenken wir in treuer Dankbarkeit.

Ihr alle seid zu lebensvollster Tat und zur Fortsetzung des Werkes aufgerufen. Über den Untergang dieses Staatswesens, wie es früher durch das polnische oder bolschewistische Regierungssystem dargestellt wurde, habt Ihr mir ein deutsches Staatssystem aufzubauen geholfen. Laßt uns so weiter zusammenbleiben und zusammenmarschieren: es wird zum Segen unseres Volkes sein.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Ich möchte den heutigen Anlaß des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements nicht vorbeigehen lassen, ohne Ihnen namens der Gefolgschaft auch weiterhin Gefolgschaftstreue, Gehorsam und Pflichterfüllung bis zum letzten zu versprechen.

Es folgt die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse an 150 Mitglieder der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements.

Der Betriebsappell findet mit einem von Staatssekretär Dr. Bühler auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil und den Liedern der Nation seinen Abschluß.

25.10.1941

11^{30} Eröffnung der Buch- und Dokumentenschau "Kampf im Osten" in den Ausstellungsräumen der Tuchhalle.

Zu Beginn der Feier wird vom Orchester des Staatstheaters unter Leitung seines Dirigenten Antolitsch das "Allegro" von Gluck zum Vortrag gebracht.

Nach der Begrüßungsrede des Präsidenten Ohlenbusch von der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda und nach der Festrede des Staatssekretärs Gutterer vom Reichspropagandaministerium, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich danke Ihnen, Herr Staatssekretär, und ich danke Ihnen, Herr Präsident der Hauptabteilung Propaganda, für die Durchführung dieser heutigen Veranstaltung und für den Aufbau dieser Ausstellung. Es ist für uns ein Beglückendes, zu wissen, wie sehr die prominenteste Reichsinstanz auf dem Gebiet der Kultur und der Propaganda, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, durch einen seiner berufensten Vertreter uns hier zu Hilfe gekommen ist. Es ist das ein Zeichen dafür, wie sehr auch die großen Zentralen des Reiches Adolf Hitlers uns mit zunehmendem Maße unterstützen können, und es vermögen, durch die einheitliche Ausrichtung aller ostpolitischen Faktoren, die Energie dieses Ringens im Osten geistig und geschichtsmethodisch zu verstärken.

Fünf Regeln, fünf Gesichtspunkte, fünf Grundsteine sind es, auf denen unsere Arbeit im Osten, unser Anspruch beruht. Aus den Reden des Herrn Staatssekretärs Gutterer und des Herrn Präsidenten können wir sie kurz wiederholen:

Der erste Grundstein, warum wir hier sind und bleiben werden, ist die germanische Epoche. Hier ist die Heimat der Goten, der Vandalen und anderer edelster Stämme. Die Ausstellung, die unlängst das Institut für Deutsche Ostarbeit hier in diesen Räumen zeigte, machte klar, welch' wahrhaft monumentalen Werke und geschichtlich einmaligen Entwicklungsdokumente in Stein, Marmor, Gold und anderen Metallen diese

Erde birgt und durch die Ewigkeit trägt als unverrückbare Beweise; das in einer Zeit, in der hier Mutter Natur noch völlig unberührt war, in der durch die Weite des Urwaldes des Ostens die Weichsel, kaum dem Urmeer der Vorzeit entsprungen, urstromtalartig sich breitete. Da zog am hellen Morgen der Menschheitsgeschichte als erster Spähtrupp und ihm folgend die große nordische Armee des Germanentums in diesen Raum und machte ihn zum Besitz des weiten deutschen Reiches. Freilich, einige Stämme zogen später wieder ab. Sie waren berufen, noch in andere Positionen der Erde germanische Stärke zu bringen.

Dieser erste Punkt unserer deutschen Kraft in diesem Raum muß feierlich und monumental allen slawischen Aspirationen auf diesem Raum entgegengehalten werden. Wir wissen nicht, wo die Heimat der Slawen ist, wohin sie gehören. Vermutlich gehören sie weitab östlich des Urals.

Die zweite Position, der zweite Grundstein liegt schon in einem staatlich gewordenen Bereich Europas, als sich die Reiche und jene Mechanismen bildeten, die man der Einfachheit halber Staaten nennt. In jener ersten geschichtlichen Staatenperiode Europas war hier im germanischen Raum des Weichsellandes durch die eingedrungenen fremdvölkischen Slawen ein sogen. polnisches Staatswesen in den verschiedensten Schattierungen, Formungen und inneren Zerwürfnissen entstanden. Dieses polnische Staatswesen kullerte von Anfang an ohne jedes Fundament hin und her, es irrlichterte in der Geschichte herum, es hat keine rechte Bleibe, keine rechte Verwurzelung. Wo immer man die polnische Staatsgeschichte anpackt, ob in der frühesten Periode oder in der späteren uns näheren, es ist niemals etwas Festes, niemals etwas Klares, niemals etwas geschichtlich monumental Eindeutiges, sondern immer nur etwas Gallertartiges, ein ununterbrochen gefährdetes, krankes, innerlich morsches Gebilde zweifelhaftester Abkunft, zweifelhaftester jeweiliger Gegenwart und todsicherster jeweiliger Vergänglichkeit. Diese merkwürdige polnische Staatsbildung schwankte immer wieder, und

25.10.1941

es war nichts naheliegender, ja notwendiger, als daß aus dem fortwirkenden Ausstrahlen der germanischen Kraft in diesem Raum auch in diesen sogen. polnischen Staatschefs immer die Unterwerfungsbereitschaft unter das stärkere Reich der Deutschen vorhanden war.

Das zweite Fundament unserer Berechtigung, unserer Legitimität der Führung in diesem Raum ist daher verbunden mit dem Begriff der Lehensabhängigkeit, der Machtunterworfenheit des jeweiligen polnischen Staates gegenüber dem Deutschen Reich. Wenn in dieser Periode, die sich über viele Jahrhunderte erstreckt, in der das Band bald lockerer, bald fester geschlungen war, überhaupt von einer polnischen Staatlichkeit in diesem Raum gesprochen werden kann, so konnte sie doch zweifellos nur gedacht, nur ertragen werden, weil über ihr die Herrlichkeit des großen Reiches der deutschen Nation stand.

Das Reich der Deutschen machte dann seine eigene Krisis durch und es kam jene wundersame Kraft unseres Volkes zum Durchbruch, die uns das dritte Fundament unserer Legitimation in diesem Raum gab. Als die Deutschen wieder einmal anfingen, zu träumen, und mehr nach den Sternen als nach den Gassen schauten, da formte sich das Individuum der deutschen künstlerischen, geistigen Persönlichkeiten. Der kühne deutsche Mut, der sich soldatisch-staatlich nicht mehr stark ausprägen konnte, da ein mächtiges Reich mit gigantischen deutschwürdigen Aufgaben nicht vorhanden war, zog sich zurück, formte sich um und erblühte neu in jenen stählernen Persönlichkeiten, die durch viele Jahrhunderte der deutschen Sendung auf allen Gebieten der geistigen Begabung, auch auf allen Gebieten der praktischen Betätigung, wie des Handels, der Wirtschaft usw. hier im Osten die Verwurzelung gaben. Aus diesem dritten Fundament ragen noch heute die Bauten dieses Gebietes auf. Alles, was schön, alles, was monumental, alles, was erhaben, was kunsterfüllt ist, ist deutsch in diesem Raum. Die Bibliotheken sind voll von den Zeugnissen deutschen Geistes, Urkunden, Bücher und

25.10.1941

Werke sprechen davon, was damals hier geschah. Die Plastiken, Malereien, die Altäre, die Kirchen, die Rathäuser sprechen ebenso davon wie der kühne Mut der Fugger, die hier in ihren wahrhaft einzigartigen mittelalterlichen Handelspalästen den deutschen Willen zu Pracht und Stärke und Lauterkeit dokumentieren.

Die ganze Fülle dieses dritten Punktes steht im Mittelpunkt des deutschen Lebens in diesem Raum. In jener Zeit kamen auch die Deutschen sogar auf Einladung der damaligen staatlichen Funktionäre Polens ins Land, wurden hereingerufen und es wurden ihnen Städtegründungen anvertraut. Man holte ihnen ihr Recht mit herein. Kurz und gut, man stellte fest, daß das Polentum auf allen Gebieten restlos abhängig war von der geistigen und schöpferischen Kraft des Deutschtums. Da leuchten sie alle auf, die Namen Kopernikus, Veit Stoß, Hans Dürer usw., und es begann jene herrliche Blüte einer deutschen Ostkultur von monumentalster Herrlichkeit und Erhabenheit. Es muß uns mit tiefer Dankbarkeit, ja mit demütiger Ergriffenheit erfüllen, wenn wir an die Kraft dieser Männer denken, die, umtost vom Haß einer fremden, neidigen, unterwürfig falschen Pseudo-Nation, unsterbliche Meisterwerke schufen.

Dann erstrahlte das vierte Fundament: das Reich erstand wieder und schaute sich nunmehr in seiner Stärke um, was deutsch ist in der Welt. Alles, was ringsum an den Grenzen uns abgenommen werden konnte, weil das Reich schwach geworden war, fühlte plötzlich den Umschwung der geschichtlichen Situation. Aus der Mitte, die einmal schwach und Beuteobjekt schien, ~~wurde~~ wuchs wieder die machterfüllte Ordnungszentrale des Kontinents. Mit Adolf Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung, seinem Reich der Deutschen, erstand auch wieder die deutsche Wehrmacht. Der deutsche Genius besann sich wieder auf seine Kraft. Das Reich der Deutschen holte diesen Weichselraum mit der Waffe zurück, - nicht als blindwütiger Eroberer, nicht um eine neue Kolonie zu gründen, nicht um etwa den ausschließlichen Anspruch zu

erheben, man hätte mit Waffengewalt irgendein fremdes Land erobert und wolle es behalten, - nein, die Waffen des Deutschen Reiches, die deutschen Soldaten, waren nur die Vollstrecker einer längst in die Jahrtausende eingegangenen geschichtlichen Beziehung Deutschlands zu diesem Raum. Der Krieg von 1939, durch polnische Anmaßung herbeigeführt, hat nun dieses Gebiet endgültig dem deutschen Raum beigegeben und eingefügt. Das Generalgouvernement insbesondere als Kernstück dieses Weichselbereiches ist seit 1939 berufen, dieses Bollwerk deutscher Führung im Osten zu sein.

Aber noch konnte man sagen: es ist da die große Barriere weiter im Osten des Generalgouvernements. So kam nunmehr der fünfte und entscheidende Schlußpunkt unter die Entwicklung, die Vernichtung des Bolschewismus. Wir können im Zusammenhang mit dem 2. Jahrestag des sw Bestehens des Generalgouvernements dieses einmaligen weltgeschichtlichen Ereignisses nicht gedenken, ohne die unmittelbaren Folgerungen zu beachten, die für das Generalgouvernement, für die deutsche Arbeit im Weichselraum neu entstanden sind. Schon bislang war kaum anzunehmen, daß dieses Gebiet jemals wieder sich der deutschen Führung entziehen könnte. Nunmehr ist durch die Öffnung des Tores nach dem Osten, durch die Einbeziehung des natürlichen Lebensraumes der deutschen Kraft, das Generalgouvernement als Brücke, als tragende Verbindung von West nach Ost auch die starke zentrale Mitte geworden. So sehr im Westen und so sehr nunmehr auch ganz im Osten die deutsche Führung klar ist, so sehr wird sie auch rein geschichtlich-logisch aus der Mitte nicht mehr weggedacht werden können.

Dieser fünf Punkte, die in kurzer Rückschau 2 000 Jahre äußerer und innerer Geschichte durchziehen, gedenken wir an diesem Tage, in dieser Stunde, in der wir voll stolzer Beglücktheit, Zeitgenossen dieser Ereignisse hier im Osten und Vorkämpfer des Führers und seines Reiches an diesem Platz sein zu dürfen, diese Ausstellung eröffnen. Gehen

25.10.1941

Sie mit der weihevollen Ergriffenheit über die Leistungen der Generationen vor uns durch die Ausstellung. Mögen wir uns ihrer würdig erzeigen! Was da aus Dokumenten, aus Pergamenten, aus Büchern und aus Kunstwerken aufsteigt, ist schlechterdings die Monumentalität des deutschen Lebens überhaupt. Mit allen Sehnsüchten, Nöten, Glaubensinhalten, zusammen mit allem, was stark ist im Leben und doch wieder herbstlich-melancholisch sein kann, mit allem, was im Künstlerisch-bildhaften ebenso einmalig ist wie in der Leistung der Feldzüge, hat der Schöpfer im Volk der Deutschen unserer Erde das Größte gegeben. Seien wir beglückt und wollen wir gottesdienstgleich diesem schöpferischen Werk, dem deutschen Volk, dienen!

Das Sieg-Heil auf den Führer und die Lieder der Nation beenden die Feierstunde.

13^{00} F r ü h s t ü c k in Kressendorf.

17^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

17^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Pressechefs Gaßner, die im Generalgouvernement tätigen Schriftleiter und die übrigen Angehörigen der Presse.

Nachdem der Pressechef der Regierung Gaßner dem Herrn Generalgouverneur für das Entgegenkommen, das er jederzeit der Pressearbeit gezeigt habe, gedankt hat, richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Schriftleiter:

7

25.10.1941

Meine Herren! Wir haben im Generalgouvernement uns zu einer Arbeit zusammengefunden, die einzigartig ist und einzigartig bleiben wird. Ich möchte den Anlaß des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements dazu benutzen, um Ihnen, meine Herren von der Presse, für das große Verständnis und das großartige Unterstützungswerk zu danken, das Sie dem Aufbau des Generalgouvernements und seiner Führung gegeben haben. Vor allem danke ich Ihnen für die so außerordentlich eindrucksvolle und nützliche Aufklärungsarbeit, die Sie im Hinblick auf die Verhältnisse des Generalgouvernements geleistet haben. Ich kann hier feststellen, daß Sie durch eine absolut einwandfreie Berichterstattung der breitesten Öffentlichkeit in Artikeln konkreter und abstrakter Art ein Bild vom Generalgouvernement gegeben haben. Sie würden mich verpflichten, wenn Sie vielleicht zwei Dingen, die für Sie in der nächsten Zeit von Wichtigkeit sind, besondere Aufmerksamkeit zuwenden wollten. Das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches stellt eine geschlossene einheitliche Staatsverwaltung dar. Die Briefmarke mit dem Führerbild, die morgen ausgegeben werden wird, trägt die Aufschrift: Deutsches Reich - Generalgouvernement. Schon vielfach ist die Frage an mich herangetreten, ob diese Bezeichnung irgendwie eine Änderung der staats- und völkerrechtlichen Situation des Generalgouvernements zur Folge haben wird, ob sich daran das geringste geändert hat, daß es nach wie vor bei der völlig autonom-autarkischen Position im Generalgouvernement bleibt. Wohl soll aber durch diese Briefmarke zum Ausdruck gebracht werden, daß es genau wie im ganzen deutschen Machtbereich nur einen Souverän gibt, Adolf Hitler, daß hier nicht etwa eine polnische Tradition fortgesetzt, sondern die Tradition der deutschen Verwaltung gepflegt wird. Zweitens: Im Hinblick auf die Tatsache, daß jetzt zum Generalgouvernement im Osten neue Bereiche hinzukommen, sind wir nicht mehr lediglich ein polnisch betontes Bevölkerungsgebilde, sondern wir jetzt

auch unter den 18 Millionen Menschen 5 Millionen Ukrainer. Diesen wichtigen Gesichtspunkt bitte ich Sie dem deutschen Volk pressemäßig so nah wie möglich zu bringen. Es ist uns aufgegeben, Lemberg zu einer Art geistigen Sammelpunktes jenes Ukrainertums zu machen, das uns volkspolitisch so viele Sorgen bereitet. Ich habe vor wenigen Tagen in Stanislau inmitten des ukrainischen Siedlungsgebietes einen Vorbeimarsch von vielleicht 20 000 Ukrainern erlebt und habe eigentlich feststellen können, daß, abgesehen von ganz wenigen Fanatikern, die in der Herstellung eines eigenen ukrainischen Staates ihr Sehnsucht erblicken, die große Bevölkerung der Ukrainer mit der Lösung, die jetzt gefunden worden ist, zufrieden ist.

Das Generalgouvernement ist ein Unikum und soll es nach dem Willen des Führers offenbar auch bleiben. Es ist ein Versuchsfeld für neue Formen kolonial-imperialistischer Verwaltungskunst.

Leider haben wir immer noch große Sorgen mit der Ernährung der Bevölkerung. Auch die mit dem Krieg und der Kriegswirtschaft zusammenhängende Kohlensituation ist schwierig. Seuchen und Krankheiten stellen uns ebenfalls vor eine außerordentlich ernste Aufgabe.

Aber wir werden es schaffen. Praktisch sieht es so aus, daß das Generalgouvernement einem großen Teil der Bevölkerung eine gewisse Grundlage des Lebens gegeben hat. Wir müssen daher entschlossen sein und dürfen nicht in den Fehler verfallen, durch die Schwierigkeiten des Raumes, aus der Notlage, vor der wir nicht die Augenverschließen dürfen, uns entmutigen zu lassen.

Auf dem durch die bisherigen Leistungen geschaffenen festen Untergrund werden wir auch im dritten Jahre weiterbauen können, mit dem Herzen in der Heimat, mit dem Blick nach dem Osten.

25.10.1941

Pressechef **Gaßner** dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht namens der Schriftleiter weitere treue Pflichterfüllung.

Der Herr **Generalgouverneur** überreicht sodann einigen Schriftleitern, die bereits seit zwei Jahren im Generalgouvernement sind, ein Bild.

Anschließend findet ein Tee-Empfang statt.

19[30] **Festaufführung** im Staatstheater "Iphigenie in Aulis" von Gluck.

Anschließend: Empfang im Haus Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

IV. IX/3 Krakau

Sonntag, den 26. Oktober 1941

9^{00} Staatsakt aus Anlaß des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements im Großen Saal der Burg.

Die Feier wird eingeleitet durch die sinfonische Dichtung von Lißt "Les Préludes". Es spielt das Orchester des Staatstheaters unter Leitung seines Dirigenten Antolitsch.

Sodann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Wir feiern heute den zweiten Jahrestag des Bestehens des Generalgouvernements. Ich heiße Sie alle, die Sie zum Festakt hier auf der alten Burg zu Krakau erschienen sind, als unsere Gäste herzlich willkommen. Ich begrüße den Herrn Reichsminister Reichskommissar Seyß-Inquart, der als Mitbegründert des Generalgouvernements heute am zweiten Jahrestag seines Bestehens hier in unserer Mitte erschienen ist, mit besonderer Herzlichkeit, ich begrüße an der Spitze der Vertreter der Wehrmacht vor allem auch Sie, hochverehrter Herr General von Gienanth, Militärbefehlshaber im Generalgouvernement. Es ist für mich und die Regierung des Generalgouvernements eine besondere Freude und Auszeichnung, Ihnen, Herr General, und in Ihnen allen Wehrmachtsstellen des Generalgouvernements, des Heeres und der Luftwaffe den verbindlichsten Dank des Generalgouvernements zum Ausdruck zu bringen für die gar nicht abschätzbare Hilfe, die Sie, Herr General, Ihre Dienststellen und alle Wehrmachtsteile im Generalgouvernement unserer Arbeit geleistet haben, als ein Zeichen treuesten kameradschaftlichen Zusammenstehens auf diesem vorgeschobenen Posten. Ich begrüße als Vertreter der Partei Sie, Pg. Schalk, und ich weiß, daß ich in der Partei eine der wesentlichsten Stützen der staatlichen Arbeit des Generalgouvernements besitze. Weiter heiße ich alle Mitglieder der Regierung herzlich willkommen, die Vertreter der Polizei und der SS, an ihrer Spitze den Höheren SS- und

26.10.1941

Polizeiführer, SS-Obergruppenführer Pg. Krüger, Vertreter des Arbeitsdienstes, des Sonderdienstes und der übrigen Formationen.

In einem Zeitpunkt, in dem der Koloss des Bolschewismus unter den ungeheuren Schlägen, die ihm die siegreiche deutsche Wehrmacht Adolf Hitlers zufügt, dem Ende entgegenwankt, können wir hier im Generalgouvernement den Abschluss der Konsolidierungsarbeit des vergangenen Jahres im Aufbau der Führung undder Verwaltung feiern. Konsolidierung in Führung und Verwaltung: Der grossartige Aspekt, den wir von Anfang an in die Aufgabe des Ostens als Fanatiker jener Ostidee gebracht haben, die der Führer in seinem Buch "Mein Kampf" schon mit geradezu einmaliger Vision entwarf, dieses pionierentschlossene Handeln vom ersten Tag an hat uns nun ermöglicht, aus dem vor zwei Jahren kaum vorgedachten ersten Rohentwurf einer staatlichen Organisation dieses Binnenraumes des deutschen Ostinteressenbereiches eine festgefügte Führungsmechanik und -maschine zu machen. Das Deutsche Reich kann auf das Generalgouvernement schauen als einen absolut in den Händen der Führung klar befindlichen Machtblock deutschen Willens hier in diesem Raum. Ich kann ruhig sagen, dass wir stolz darauf sind, dass uns in diesem Nebenland die völlige Vereinheitlichung von Staatsführung und Staatsverwaltung geglückt ist. Freilich hat uns hierbei nicht etwa nur dieeigene Kraft Hilfe geleistet, die alle angesetzt haben, die Sie, meine Herren Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements, an Ihrer Spitze Sie, Staatssekretär Dr.Bühler, Sie, meine Herren Gouverneure der nunmehrigen fünf Distrikte des Generalgouvernements, die Herren Kreishauptmänner aller Kreise des Generalgouvernements und alle Dienststellen gezeigt haben, nein, es war vor allem von

Anfang

26.10.1941

an zu prüfen, dass dieses Kriegskind Generalgouvernement den starken Atem einer undenkbar grossen Entschlossenheit in sich trägt und dass die Mission des Deutschen Reiches durch die Ausweitung des Begriffes und seine gleichzeitige Zurückführung auf seine frühere Bedeutung als zentrales Ordnungsinstrument des Kontinents auch uns den Flügel lieh zu einer aufwärts steigenden Entwicklung. Denn das Generalgouvernement ist der erste Ausdruck gewesen, dass das Deutsche Reich nunmehr unter Adolf Hitler wieder jene Führungsmission übernimmt, die all den Völkern in Europa, die nicht imstande sind, in den Zeitläuften der Massenbewegungen, der grossen Volksversorgungsnöte, der gigantischen Industrialisierung undder Verkehrssteigerung sondergleichen in eigenen Staatsgebilden das Zusammenwachsen des Kontinents zu fördern, zugute kommt.

Wir haben hier nunmehr 18 Millionen Menschen fremden Volkstums zu leiten, Polen und Ukrainer. Es ist selbstverständlich, dass hierbei zum erstenmal in Erscheinung trat, dass hier alles nur durch die deutsche Führung zu geschehen hat, dass aber auch die deutsche Führung ein Interesse daran hat, dass diese Volkstümer zur Arbeit und Ordnung angehalten werden im eigenen Interesse, im eigensten, wohlverstandenen, Interesse. Die Zeit der kleinen Völkerstaaten in Europa ist vorbei. Es ist nicht wahr, dass die höchste Schicksalsform der Vollendung völkischer Kraft in der Staatsgestaltung liege; daher ist es kein Minus und keine Beraubung und Wegnahme eines urtümlichen Staatsbildungsprinzips, das etwa in allen auch den kleinsten Völkern als urberechtigt vorhanden anerkannt werden müsste, wenn etwa ein Volk wie die Polen einen eigenen Staat nicht behalten. Nunmehr kann d die höchste Sendung eines in Europa vorhandenen Volkstum nur sein, in der von Adolf Hitler aufgezeigten Ordnung

den

26.10.1941

jedem Volkstum in Europa zukommenden Platz einzunehmen. Dies zum erstenmal ganz deutlich in die Tat umgesetzt zu haben, ist die geschichtliche Führungsaufgabe des Generalgouvernements gewesen. Die höchste Form des Daseins eines Volkes auf dieser Erde ist nicht die Eigenstaatlichkeit sondern die Einbezogenheit in die schicksalhafte höhere Gemeinschaft. Dies vorausgesetzt bedeutet demnach das Generalguuvernement den ersten staatlichen Repräsentanten der neuen Ordnung Adolf Hitlers in der charakteristischen Art, wie sie nun einmal den östlichen Völkern zukommt. Die Reichsidee ersteht.

Für uns in der Führung, - ich spreche zunächst nur von der Führung, nicht von der Verwaltung des Generalgouvernements, - bedeutet die absolute Einbezogenheit der Sendung dieses Raumes in das Kriegsgeschehen das charakteristische Merkmal. Nicht darauf kommt es an, dass hier in diesem Nebenland etwa eine künstliche Scheinblüte, eine Art Insel der Entwicklung aufgebaut werden sollte, sondern nur darauf, ob es der deutschen Führung dieses Raumes gelingen würde, innerhalb der Notwendigkeit dieses Krieges aus einem völlig zerstörten Gebiete, aus einem völlig zusammengebrochenen fremden Volkstum wieder wirkende Faktoren im Dienste der Siegbarkeit des deutschen Volkes zu machen. Das Generalgouvernement hat schlechterdings nur Kriegsaufgaben. In diesem Zusammenhang hatte die Führung des Generalgouvernements von Anfang an eine klare Linie: Alles, was dem deutschen kämpfenden Volk, der deutschen Wehrmacht, dem Deutschen Reich dient, dient auch dem Generalgouvernement. Die Interessen des Reiches und die eines Nebenlandes können nicht konträr sein. Das Interesse des Reiches hat in jedem Fall den Primat vor den Interessen des Nebenlandes. So einfach diese Sätze klingen, so schwer waren sie in Wirklichkeit durchzuführen. Denn wenn das Generalgouvernement eine geschlossene Maschinerie im Dienste des Reiches zu sein hatte, dann hatten auch das Reich und

alle

26.10.1941

Reichsinstanzen ein Interesse daran, die Geschlossenheit und absolut einheitliche territoriale Führung des Generalgouvernements im Sinne des Führererlasses unter allen Umständen zu wahren. Es ist das wie eine Waffe, die nur dann funktionieren kann, wenn sie in ihren sämtlichen Bestandteilen wohlgefügt in der Hand dessen ist, der von ihr Gebrauch macht.

In diesem Kriegsgeschehen gebührt nun tatsächlich dem Generalgouvernement und allen Dienststellen die Anerkennung einer grossen Leistungssteigerung. Vor zwei Jahren ein totes, entleertes Gebilde, ist heute im weiten Raum des Generalgouvernements allüberall ein Aufstieg der Arbeit, der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung dieses Gebietes festzustellen, der uns zu den grossartigsten Hoffnungen berechtigt. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz des täglichen Ringens mit den Problemen des Krieges, der Kriegsnotwendigkeiten, haben wir die grosse ostpolitische Linie des Reiches und des Volkes immer wieder einzuhalten. Dass in den Tagesnöten nicht die ideale Konseption dieser Raumaufgabe verlorenging, war unter den gegebenen Umständen eine der schwierigsten geistesgeschichtlichen Positionen, die es jemals im Ablauf der Geistesgeschichte unseres Volkes gegeben hat.

Wir sind in dieses Land gekommen, um der deutschen Führung über führungsbedürftige staatsunberufene Völker Ausdruck zu verleihen. Die Erforschung des idealen Untergrundes und der Energiegeballtheit, die aus dieser völkischen Notwendigkeit immer wieder in die einzelnen Tagesvorgänge eindringen muss, zu erzielen, war eine der grossen Aufgaben in diesem Raum.

Was hier geschehen ist verdient meine Anerkennung. Alle Instanzen in diesem Raum haben sich zusammengefunden, um immer wieder klar das Bild der geistig

notwendigen

26.10.1941

Grundhaltung als Führungsuntergrund festzuhalten. Was hier geschah, was die Partei, die einzelnen Weltanschauungsrepräsentanten, das Institut für Deutsche Ostarbeit, unsere Presse und Propaganda, unsere Theater- und Kultureinrichtungen, was unsere Gemeinschaftsarbeit auf allen Gebieten und in allen Zonen unermüdlich geschaffen haben, das sei mit Dank in dieser Stunde festgestellt.

Und nun trat in diesem Jahr, über das ich heute kurz zu berichten habe, die Öffnung des Ostens, ein Ereignis, das für die Geschichte dieses Raumes auch in seiner Struktur eine ungeheure Ausweitung, eine ungeheure energische Umformung bedeutet. Zum erstenmal tritt den Polen der Deutsche auch im Osten entgegen, zum erstenmal in der Geschichte ist das Gebiet östlich des polnischen Siedlungslandes auch der deutschen Führung unterstellt. Das ist eine völlige Aufteilung des bisher einseitig antiwestlich Horizontrichtungspunktes der Mentalität der Fremdvölkischen in diesem Raum. Für uns im Generalgouvernement- und ich spreche immer von der Führung - ist diese Öffnung des Ostens durch die Wehrmacht und die Beseitigung dieser uns sehr schmerzenden künstlichen Interessengrenze, vor allem auch die Umformung der eigenen Funktion der Führung des Generalgouvernements von höchster Bedeutung. Wir sind nunmehr die Brücke geworden, das Umformungsgebiet aus dem westbetonten Binnendenken zu dem raumlos sich weitenden Ostgedanken. Das ist eine völlig neue und auch wiederum in der Geschichte des deutschen Lebens eine einmalige Situation. Wir können hier sagen, dass diese Funktion vom Generalgouvernement mit Stolz, innerer Beglückung und absolut klarer Selbstsicherheit ohne jede Verwischung an den Rändern unseres Gebietes übernommen wird. Das Generalgouvernement in diesem grossen Strom aus dem unendlich fein gegliederten alten

26.10.1941

Reichsgebiet hinüberzuleiten zu dem fast entgliederten, nur grossförmig, weiträumig und doch extensiv geführten Ostraum, bedeutet für uns eine notwendige Doppelstellung Wir müssen dafür sorgen, dass im ganzen deutschen Volk, in den Altbereichen des Deutschen Reiches die Lockung des Ostens zu einer Lebensbewusstheit wird. Was so oft lähmend auf unserem völkischen Leben im Altreich lag, die Freude an der Enge, die Sehnsucht nach dem Idyll, die Verbundenheit mit der bescheidenen Art des Lebens, mit der spiessig kleinmeierlichen Form, der noch aus der Kleinstaaterei und dem Biedermeiertum stammenden Verwaltungsart, es muss aufgelockert werden. Dem Deutschen muss gesagt werden: "Erwache zu dem Weltreich, das Dir Adolf Hitler und seine Soldaten erkämpft haben; zweitausend Jahre schauen Dich an, deutscher Mann, deutsche Frau, zweitausend Jahre wollen von Dir erhört werden."

So ist das Generalgouvernement die Mahnstätte, von der aus wir den Appell im Dienste des Führers zur Einholung der völkischen Ernte zweier Jahrtausende zu richten haben. Nicht Oder und Weichsel sind Grenzbegriffe, die Grenze ist da, wo jeweils das deutsche Schwert das Banner Adolf Hitlers aufpflanzt.

Und die geistige Sendung der Führung dieses Raumes hat die Bedeutung, dass wir mit allem brechen müssen, was früher die Ostarbeit mit einem verächtlichen Nebengedanken umgab: Früher hiess es: Wer in den Osten kommt, ist verloren, oder: Der Osten ist kulturlos, er hat nicht diese prunkende Süsse des Südens. Der Osten ist freilich der grosse Erziehungsraum unserer Rasse, der grosse Raum für den Bewährungskampf des Deutschen, des Germanen. Wir nehmen damit die Sendung wieder auf. Wir im Generalgouvernement sind uns mit Stolz dessen bewusst, dass wir stete klare Mahner sein müssen, dass man das, was uns der deutsche Soldat Adolf Hitlers gibt, nicht mit jenen Prinzipien

führen

26.10.1941

oder verwalten kann, die noch teilweise im 18.Jahrhundert der deutschen Kleinstaaterei wurzeln. Wir stehen hier vor dem grössten Umbruch. Wir legen plötzlich die kleinen Kammern nieder und über den Deutschen wölbt sich der neue Himmel. Das ist auch die Aufgabe, die unserer Generation gestellt ist. Der deutsche Verwaltungsmann muss im Osten anders sein, als er es etwa zur Zeit Reuss jüngerer Linie war; der deutsche Bauer wird anders sein als jener kleine Bauer, der sich auf seinen drei oder vier Hektar mühselig durchbringt. Das ist der Sinn des wahren Herrentums, dass man in fernen Landen nicht die Fremdvölkischen arbeiten lässt,um in der Heimat mühelos die Gewinne zu verzehren, sondern dass man als erdverbundener Träger einer Sendung dort arbeitet, wo man dem deutschen
Volke mit fremden Einsatz an Ort und Stelle den Charakter einer Führungsnation vermittelt. Hier muss uns das Schicksal der alten Weltreicheeine stete Mahnung sein. Dies ist die Erziehung im Generalgouvernement. Darin liegt auch der tiefere Sinn, warum die Führung dieses Gebietes in eine totale Einheit zusammengefügt werden muss. Warum hier manche Verbindungslinien der altgewohnten Praxis sich nicht durchsetzen können. Wir haben hier im Generalgouvernement eine Tradition, die ebenso kurz und knapp ist, wie die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.Mit uns setzt sich nichts Altes in der neuen Form fort, sondern in uns stirbt das Alte, damit die Endform der deutschen Weltreichsgeltung vorbereitet werden kann. Das grossräumige Denken ist daher auf das Generalgouvernement konzentriert; diese erste grosse Schule der Führung, die das deutsche Reich hat, tritt nun in das dritte Jahr seines Bestehens. Wir

<u>sind</u>

26.10.1941

hier, um die Führungsnotwendigkeiten, die aufsteigen aus der germanischen Geschichte, um die erste Formung des mit neuem Inhalt erfüllten Reichsgedanken in die Tat umzusetzen.

Dieser Führungsaufgabe entspricht auch der Aufbau der Verwaltung. In den schriftlich uns vorliegenden Betrachtungen staatsrechtlicher Denker bildet das Generalgouvernement ein häufig abgewandeltes Thema. Man fragt sich: Was heisst eigentlich Nebenland, was bedeutet Einheit der Verwaltung? Im allgemeinen kümmern mich keine Theorien. Ob etwas theoretisch richtig ist, ist mir gleichgültig, wenn der tatsächliche Erfolg des Generalgouvernements für sich spricht, dann wird sich eine Theorie allmählich schon von selber bilden. Also Theorien sind für uns nicht vorhanden. Wir stehen mitten im Leben, wir sind mit unserer Verwaltung so sehr in ein neues Gebiet hineingebaut, dass wir auch hier die Verwaltung ohne Vorbild aufbauen müssen. Sicher ist jedenfalls, dass die Einheit der Verwaltung im Generalgouvernement so durchgeführt ist, wie sie nach der gegenwärtigen Entwicklungslage staatsrechtlich durchgeführt werden kann. Diese Einheit bedeutet nicht eine Körperschaft oder Einheitlichkeit oder Zentralisierung, sondern diese Einheit ist, möchte ich sagen, eine geistige. Es ist lächerlich, von Einheit der Verwaltung sprechen zu wollen, wenn man damit Zentralisieren meint. Einheit heisst: Persönlichkeiten mit ganz klaren Aufgaben und möglichst weitreichenden Vollmachten auf einheitlicher, weltanschaulich, führungsmässig klar ausgerichteter Basis zu versehen. So, wie die Geschichte nur von Männern gemacht wird, so, wie die Führung eines Volkes nur von Männern ins Werk gesetzt werden kann, so wird auch die Verwaltung von Männern durchgeführt. Es kann sich hier im Generalgouvernement daher auch nicht ohne weiteres ein Gebilde entwickeln, das nun

für

andere Bereiche ohne weiteres geeignet wäre. Denn die Autorität des Staates Generalgouvernement hängt von der Autorität der Persönlichkeiten ab, die im Namen des Generalgouvernements tätig sind. Es ist wirklich ein einzigartiger Vorgang, wenn z.B. einer unserer Kreishauptmänner mit 2,3 oder 4 Hilfskräften Kreise von 4 - 5000 qkm Grösse mit einer Bevölkerung von annähernd einer halben Million fremdsprachlicher Menschen führt, leitet und verwaltet. Ich bin stolz darauf, sagen zu können: Die Männer der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement haben das Ansehen der Verwaltungskunst im Deutschen Reich wieder aufgerichtet. Und nun wäre es eine der schwersten Sünden und einer der schwersten Verstösse, wenn etwa ein Kriterium wie das der Bürokratie oder eine sonstwie abwegige verächtliche Bemerkung für diese Art Verwaltung im Generalgouvernement angewendet werden würde. Wir sind stolz darauf, dass diese Männer die Verwaltung stark in Händen halten. Es sind die Förster, die Finanzer, die Eisenbahner, die Postbeamten, es ist vor allem auch unsere Polizei und Gendarmerie. Kurz es sind die Männer, die draussen in geringer Anzahl in weitem Raume die Ordnung und Autorität aufrecht erhalten. Hier kann es keinen Standesdünkel geben, keinen Hinweis auf die geballte Wucht der Zahl, sondern nur den Einsatz bis zum Äussersten. Das ist schon eine kriegsmässige Verwaltung, die sich sehen lassen kann.

Das Generalgouvernement ist ein wirklich befriedetes Gebiet, ein Gebiet, in dem die Verwaltung in allen Teilen und vor allem auch gerade das scharfe, am Anfang ungewöhnliche Vorgehen unserer polizeilichen Kräfte dafür gesorgt hat, dass sich die Autorität in diesem Raume durchsetzt.

So konnten wir den Distrikt Galizien am 1. August dieses Jahres als eine grosse neue Arbeitssteigerung übernehmen. Mit dem Distrikt Galizien hat das Generalgouvernement eine sehr wichtige für die Verkehrs-, Ernährungs- und die ganze Wirtschaftsstruktur aussergewöhnliche

26.10.1941

Erweiterungen erfahren. Ich möchte auch hier allen Dienststellen der Regierung und der Distrikte meinen Dank für die zur Verfügungstellung von Beamten aller Art sagen. Mit diesem Gemeinschaftsopfer aller Verwaltungsbereiche des Generalgouvernements wird dem Distrikt Galizien in kurzer Zeit das Gesicht einer werdenden Ordnung gegeben werden.

Die Arbeit, die uns nunmehr im dritten Jahre bevorsteht, ist, kurz gesagt, die weitere Mitarbeit des Generalgouvernements am Siege Adolf Hitlers auf allen Gebieten. Was immer wir planen, projektieren, was immer wir einrichten, schaffen, was immer wir an Nöten haben, es kann nur nach der Frage beurteilt werden: Dient dieses Vorhaben irgendwie dem Siege? Nach dem Sieg erst wird sich dieses ganze Gebilde in seiner herrlichen Kraft und auch seiner territorialen Schönheit entfalten, es wird ein blühender Bereich, ein wahrhafter Garten im grossdeutschen Machtraum sein. Mit den Karpaten im Süden bis zur Weichsel hin und zu den weiten Feldern und zu dem schimmernden Kranz der Wälder steht dieses Generalgouvernement in festen Händen, seiner Zukunft gewiss, da. Alle Organe sind mit letzter Energie in diesem Reiche eingesetzt. Die Ernte, die uns in diesem Jahre geschenkt wurde, war hervorragend. Ich darf hier ausdrücklich feststellen, dass die Ernte des Generalgouvernements fast um 50 %, manchmal allerdings nur um 10 bis 15 %, durchschnittlich jedenfalls aussergewöhnlich höhere Erträge als 1940 gebracht hat. Das Generalgouvernement ist völlig imstande, sich selbst, die gesamte Bevölkerung in jeder Richtung zu ernähren. Darüber hinaus ist es imstande, zu helfen, dass dringende Ernährungsbedürfnisse, die der Krieg diesem Gebiet auferlegt, aus eigener Kraft gedeckt werden können. Das ist ein hervorragender Erfolg. Er bedeutet auch die Bewährung unserer Erziehungsgrundsätze gegenüber den fremdvölkischen Bauern.

Die Transportlage des Generalgouvernements ist infolge der Kriegsanforderungen sehr angespannt. Alle

mit

26.10.1941

dem Transportwesen verbundenen Einrichtungen der Ostbahn, die Einrichtungen unseres Nahverkehrs haben hier vorbildliches geleistet. Was vor allem die Ostbahn im Zusammenhang mit den Kriegsaufgaben dieses Jahres geleistet hat, bleibt ein unvergänglicher Ruhmestitel der Verkehrsgeschichte des Deutschen Reiches.

Nach wie vor schwierig ist die Lage auf dem Gebiet der Kohlenversorgung. Hier wäre sehr zu wünschen, dass das Deutsche Reich dem Ersuchen der Regierung des Generalgouvernements entsprechen könnte, einige der Gruben in Oberschlesien dem Generalgouvernement zu den im Generalgouvernement üblichen Produktionsbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenhang mit dieser Kohlenversorgungsfrage des Gebietes ist der ständige Aufstieg der Industrialisierung des Generalgouvernements ein erfreuliches Zeichen der Verwertbarkeit dieses Gebietes im Rahmen der Kriegsindustrie. Den verschiedensten Stellen der Wehrmacht, dem Rüstungsinspektor, aber auch allen anderen Dienstbereichen, die sich, wie vor allem auch die Hauptabteilung Wirtschaft, mit der Industrialisierung des Generalgouvernements beschäftigen, ist es zu danken, dass sich ein grosser Teil von reichsdeutschen kleinen Industrieunternehmungen immer mehr im Generalgouvernement eine arbeits- und versorgungsmässig sichere Grundlage durch Errichtung von Fabrikationsstätten schafft.

Einen gewichtigen Faktor bildet die Ölproduktion im Generalgouvernement. Sie hat nunmehr durch den Hinzutritt Galiziens eine hocherfreuliche und im Kriegsablauf auch ungewöhnliche entscheidungsstarke Vermehrung erfahren. Dadurch wird das Generalgouvernement in seiner Jahresproduktion auf etwa 800 000 to Rohöl kommen können. Diese Entwicklung ist daher für dieGesamtlage des Generalgouvernements wie auch der angrenzenden Gebiete von hervorragender Bedeutung.

Die Holzversorgung und Holzfabrikation des Generalgouvernements

26.10.1941

ist gleichfalls durch den Hinzutritt Galiziens zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor des Generalgouvernements geworden.

Einen stolzen Ausdruck fand dieses Aufsteigen des Wirtschaftslebens in allen seinen Ausstrahlungen in den immer wieder feststellbaren erhöhten Beteiligung des Generalgouvernements an den grossen Messen des Reiches, um das nötige Interesse für die Produkte unseres Landes zu erwecken.

Im Rahmen der Arbeitsmöglichkeiten entwickelt sich die Finanzlage des Generalgouvernements in ausgezeichneter Weise. Wir haben fast kein Defizit. Der Etat ist ausgeglichen. Das Generalgouvernement ist darüber hinaus imstande, vielfachen Anforderungen, die der Krieg an uns stellt, zu genügen. Ein deutlicher Ausdruck dieser klargelegten Finanz- und Etatslage wie der aufsteigenden Wirtschaftslage ist ein ungemindertes, völlig gleichgebliebenes Vertrauen in die Währung, dem Zloty. Wenn wir den Zloty als Währung im Generalgouvernement haben, so nicht, um eine polnische Tradition fortzusetzen, sondern um eine möglichst zweckmässige Zwischenwährung zwischen Mark und Rubel aufzubauen. Daher wird auch auf den Noten der Emissionsbank schon in absehbarer Zeit der deutsche Text führend in Erscheinung treten. Da die ukrainische Bevölkerung der besonderen Fürsorge der Regierung des Generalgouvernements sicher sein darf, wird auch ein ukrainischer Aufdruck auf die Noten erfolgen.

In allen Bereichen der Arbeit tritt somit das Entwicklungsprinzip der Führung, und der Erfolg der einheitlichen Führung des Gebietes in Erscheinung. Besonders erfreulich ist es, dass das Generalgouvernement, so lange nicht die Kriegsnotwendigkeit eine nahezu völlige Unterbindung der Bauten notwendig machte, noch in seinem weiteren Bereich eine Reihe von erforderlichen Bauten errichten konnte. Allen am Bauwesen interessierten

und

und in ihm beschäftigten Personen des Generalgouvernements vor allem der Hauptabteilung Bauwesen, gebührt der Dank der Regierung für die Erstellung von Dutzenden von Gemeinschaftshäusern, deutschen Kasinos, Beamtenwohnungsgebäuden, Sportplätzen, für den Ausbau der Dienststellen der Behörden, der Bahnhöfe usw. Eben solche Anerkennung verdient die Errichtung eines kriegstauglichen und sehr verwendungsfähigen modernen Strassennetzes von weit mehr als 2000 km Länge, das in zwei Jahren ausgebaut wurde. Das sind ganz nüchtern festgestellt Ergebnisse, die, zusammen mit den Arbeiten an der Flussregulierung, am Ausbau der Weichsel und des Kanalsystems ferner der grosse Wasserkraftwerke ein einzigartiger Ausdruck von starkem deutschen Wirken in diesem Raum darstellen, und das ist mitten im Kriege unter den grössten Schwierigkeiten geglückt. Im Namen des Führers übermittle ich Ihnen, meine Herren, als Generalgouverneur und oberste Instanz des Reiches in diesem Raum den Dank des Reiches. Wir können diese Arbeit leisten, indem wir uns vor allem auf unsere Deutschen stützen. Ich muss aber auch der loyalen Mitarbeit von Tausenden und Abertausenden polnischer und ukrainischer Arbeitskräfte in Staat, Verwaltung und Verkehr erkennend gedenken. Tausende und Abertausende von Angehörigen fremder Völker haben sich in diesem Raum ausgezeichnet bewährt und sich pflichtbewusst verhalten. Insbesondere hat sich der polnische Baudienst und der ukrainische Heimatdienst ein grosses Anerkenntnis erworben.

Es oblag mir in dieser Feierstunde, Ihnen einen einen kurzen Bericht über die Lage im Generalgouvernement am Tage, da das dritte Jahr unseres Bestehens beginnt, zu erstatten. Der Führer hat uns zu diesem heutigen Tage in symbolhafter Weise hervorragend ausgezeichnet: Er hat uns als bisher einzigem Nebenlande und besetzten Gebiet des Reiches seine Führermarke zu drucken erlaubt, er hat darüber hinaus auf einen Antrag von mir die Aufschrift "Deutsches Reich-Generalgouvernement" genehmigt.

26.10.1941

Der Führer hat durch diese Marke nicht nur unsere Post ausgezeichnet, sondern auch anerkannt, dass die Arbeit in diesem Raum deutsche Arbeit ist, und es unser aller Gemeinschaftsarbeit ist. Ich nehme hier niemanden aus, sondern beziehe alle restlos mit ein. Niemand steht ausserhalb dieser Gemeinschaftsarbeit, mag da oder dort auch ein Streit oder ein Missverständnis geherrscht haben,- die grosse einheitliche Zielsetzung hat uns immer wieder zusammengefügt. Und so können wir dann in das dritte Jahr mit dem stolzen Gefühl eintreten, dass das Haupt des Führers über unserem Gebiet strahlt. Die Marke ist symbolisch, der Beginn der engsten Verbindung des Generalgouvernements mit dem Reich. Wenn auch heute an der staats- und völkerrechtlichen Struktur des Generalgouvernements nach dem bisherigen Verhältnis zwischen Generalgouvernement und Reich nichts sich geändert hat, wenn wir auch nach wie vor ein völlig selbstständiges autark-autonomes Nebenland des Grossdeutschen Reiches unter der ausschliesslichen Führung des Generalgouverneurs darstellen, so ist uns doch mit diesem symbolischen Einbeziehen des Generalgouvernements in das Deutsche Reich der Weg vorgezeichnet: über die Arbeit in diesem Raum hinweg hinein in das unsterbliche grosse Reich Adolf Hitlers und seiner herrlichen unvergleichlichen grossen deutschen Nation! -

Die Lieder der Nation beenden den Staatsakt.

12.00 Vorbeimarsch von Einheiten der Wehrmacht, der Polizei, des Sonderdienstes, des Arbeitsdienstes, des Zollgrenzschutzes, des Bahn- und Postschutzes und der Gliederungen der Partei auf dem Adolf Hitler-Platz.

Anschließend: Fahrt nach Kressendorf.

1009

26.10.1941

16.00 Empfang des französischen Botschafters Graf de Brinon in Kressendorf in Gegenwart des Gesandten von Wühlisch.

20.15 Erstaufführung des Films "Heimkehr" in der Skala. Anschließend Empfang im Haus Krakau.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/3 Krakau

Montag, den 27. Oktober 1941

11^{50} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{50} Empfang von im Film "Heimkehr" mitwirkenden Künstlern unter Führung von Präsident Ohlenbusch.

13^{10} F r ü h s t ü c k .

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

10 11

IX/3 Kressendorf

Dienstag, den 28. Oktober 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

IX/3 Krakau

Mittwoch, den 29. Oktober 1941

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Präsident Dr. Emmerich und Präsident Bauder in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet den beiden Präsidenten, daß in seiner Vertretung Staatssekretär Dr. Bühler die für 11^{00} Uhr angesetzte Wasser- und Energiewirtschaftssitzung leiten werde. (S. Beiakten)

11^{15} Besprechung mit Dienstleiter Schalk in Gegenwart von Präsident Dr. Emmerich.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Gruppenführer Lehmann, Stabsleiter Stahl, Standartenführer Peltz und Pg. Thüringer in Anwesenheit von Dienstleiter Schalk.

Dienstleiter Schalk führt zu Beginn der Besprechung aus, daß der Stabchef der SA auf Anweisung des Herrn Generalgouverneurs um Unterstützung bei der Aufrichtung der Schützengemeinschaften im Generalgouvernement gebeten worden sei. Die Oberste SA-Führung habe diesem Ansuchen entsprochen und zur Einführung des vorgesehenen Organisators der Schützengemeinschaften Standartenführer Peltz, den Gruppenführer Lehmann als Bevollmächtigten entsandt.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß es in erster Linie darum gehe, die deutschen Männer im Generalgouvernement zu einer verteidigungsfähigen Gruppe zusammenzufassen. Die Partei müsse über eine Art Miliz verfügen können. Das Wichtigste sei die Ausbildung im Schießen. Die Durchführung des Planes werde großen Schwierigkeiten begegnen.

29.10.1941

Er schlage vor, daß die Partei im Benehmen mit dem Staatssekretär der Regierung eine Anordnung vorbereite, die er dann als Reichsleiter des Arbeitsbereiches erlassen werde: in dieser ersten grundsätzlichen Anordnung werde von ihm verfügt, daß die Schützengemeinschaften gegründet und innerhalb des Arbeitsbereiches dafür ein eigenes Amt eingerichtet und zur Leitung Standartenführer Peltz in unmittelbarer Unterstellung unter Dienstleiter Schalk eingesetzt werden soll. Darauf werde von ihm Standartenführer Peltz den Auftrag zu einer logischen Entwicklung dieses Planes erhalten. Die Gemeinschaften müßten ein Sammelbecken der Gliederungen sein, aus dem heraus die Angehörigen ihren Gliederungen treu bleiben könnten. Primär müßten die Reichsdeutschen erfaßt werden; die Volksdeutschen seien mehr für den Sonderdienst vorgesehen.

Die Uniformierung, die Dienstleiter Schalk anschneidet, will der Herr Generalgouverneur im Benehmen mit Präsident Dr. Emmerich, dem Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, geregelt wissen. Mit der Schaffung einer Disziplinarbefugnis in beschränktem Rahmen innerhalb der Organisation ist der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Für die Bewaffnung, für die in der Hauptsache Pistolen vorgesehen sind, stellt der Herr Generalgouverneur seine Mithilfe in Aussicht. Als Grundsatz müsse man unbedingt beachten, daß die Wehrschützengemeinschaften nicht eine Konkurrenz-, sondern eine Auffangorganisation darstellen sollten, man müsse sie als eine Vorschule der Gliederungen ansehen. Die Angehörigen müßten sich deswegen aus folgenden Gruppen rekrutieren:

1. aus den Gliederungsangehörigen, die bereits im Generalgouvernement sind;
2. aus den Beamten und Angestellten männlichen Geschlechts im Generalgouvernement, die keiner Gliederung der Partei angehören,

die aber durch diese Organisation zu einer männlichen Haltung erzogen werden sollen;

3. aus volksdeutschen Hitler-Jungen, die für die Aufnahme in die Partei in Frage kommen und erst eine zweijährige Bewährung ableisten sollen;
4. aus Volksdeutschen, die dafür geeignet erscheinen, für den Sonderdienst nicht in Frage kommen oder ihn bereits abgeleistet haben.

Jede dieser vier Gruppen müsse bei Standartenführer Peltz ihren Verbindungsmann haben.

Von den Angehörigen der Wehr- und Schützengemeinschaften müsse er volle Einsatzbereitschaft bis zum Einsatz des Lebens verlangen können, damit man sie bei eventuell auftretenden Aufruhren wie eine Polizeitruppe verwenden könne. Diese Pflicht müsse ihnen vor ihrem Eintritt offen vor Augen gehalten werden.

Als Organisationsgerippe für die zu gründenden Wehr- und Schützengemeinschaften sind nach den Worten des Dienstleiters Schalk die bereits bestehenden Hundertschaften des Generalgouvernements vorgesehen.

Abschließend ersucht der Herr Generalgouverneur, auf Grund der vorher dargelegten Grundsätze den Plan zu bearbeiten, und regt zur Klärung noch vieler offenstehender Fragen, wie die der Finanzierung, Bewaffnung, Uniformierung usw. eine neue Besprechung an, wenn die Vorarbeiten etwas weiter gediehen seien.

13[00] Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Luxenberg.

Landgerichtsrat Dr. Luxenberg berichtet dem Herrn Generalgouverneur vom Plan der Errichtung einer Reichsverwaltungsschule im Generalgouvernement.

29.10.1941

13^{10} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

Pressechef Gaßner überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Sonderheft der "Leipziger Illustrierten" "Zwei Jahre Generalgouvernement" und Zeitungsausschnitte über den Verlauf des zweiten Jahrestages.

13^{20} Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

13^{25} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

13^{30} F r ü h s t ü c k .

15^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Zakopane.

In Zakopane nimmt der Herr Generalgouverneur an einem Kameradschaftsabend im Haus "Frontkämpferdank" gemeinsam mit dem Reichskriegsopferführer Oberlindober teil.

1016

II/3 Zakopane

Donnerstag, den 30. Oktober
Freitag, den 31. Oktober
Sonnabend, den 1. November 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Z a k o p a n e .

19^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Krakau.

20^{00} Besuch der Vorstellung "Iphigenie in Aulis" im Staatstheater.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.)

IX/3

Krakau

Sonntag, den 2. November 1941

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt zusammen mit Dienstleiter Schalk und Pg. Kobusch den Oberdienstleiter Marrenbach.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsapothekerführer Gruppenführer Schmierer.

12^{30} Mittagessen.

14^{20} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warschau.

IX/3

Warschau-Krakau

Montag, den 3. November
bis
Mittwoch, den 5. November 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Schloß Belvedere in Warschau.

11^{20} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

12^{00} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Verlagsleiter Strozyk.

17^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Dr. Haupt, Schriftleiterin der B.Z. am Mittag, in Anwesenheit von Pressechef Gaßner.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf. Anschließend: Fahrt nach München.

1019

IX/3 Berlin

Donnerstag, den 6. November 1941
bis
Mittwoch, den 19. November 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

1020

Berlin

Montag, den 17. November 1941

9[10] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Anhalter Bahnhof und Fahrt nach Berlin-Dahlem.

Am Vormittag empfängt der Herr Generalgouverneur den Bevollmächtigten Dr. Heuber, den Vizepräsidenten der Akademie für Deutsches Recht Emge, Direktor Dr. Gaeb und Direktor Herbst von der Akademie für Deutsches Recht.

1021

Berlin

Dienstag, den 18. November 1941

16^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Ministeramt. Anschließend hält Staatssekretär Dr. Boepple dem Herrn Generalgouverneur Vortrag.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur hält im Auditorium Maximum der Friedrich-Wilhelm-Universität vor den Mitgliedern der Verwaltungsakademie Berlin und geladenen Gästen im Rahmen einer von der Verwaltungsakademie veranstalteten kriegswehrwirtschaftlichen Vortragsreihe einen Vortrag über:

"Das Generalgouvernement."

(s. Anlage).

Anschließend Empfang im Hotel Kaiserhof.

Rede des Herrn Generalgouverneurs am 18.Nov.1941 im Auditorium Maximum der Friedrich-Wilhelm-Universität vor den Mitgliedern der Verwaltungsakademie Berlin und geladenen Gästen über "Das Generalgouvernement".

Der Herr Generalgouverneur führt aus:
Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Kommilitonen und Kommilitoninnen!

Es ist für mich eine seltsam ergreifende Stunde, daß ich auf ihre liebenswürdige Einladung, lieber Parteigenosse Neef, hier an dieser Stelle wieder sprechen darf, von der ich zuletzt vor einigen Jahren eine Rede über den Aufbau des nationalsozialistischen Rechtsgedankens halten durfte. So steigt denn für mich in diesem Auditorium jetzt der grosse geistige Zusammenhang jenes deutschen Idealismus auf, dem diese Universität, in schwerster Stunde Preußens gegründet, die Existenz verdankt. Wir haben in diesem monumentalen Geschehen der Gegenwart immer wieder Anlaß, auf die geistige Bedingung des geschichtlichen Geschehens hinzuweisen und uns immer wieder gläubig daran aufzurichten, daß das geschichtliche Geschehen und jene geschichtliche Gestaltung in diesem großen geistigen, idealistischen Glaubenszusammenhang der Bewußtheit einer völkischen Einheit und ihrer abgesonderten Berufung ihren Ursprung hat.

So ist das Generalgouvernement ein Teil der Erfüllung jenes die Jahrhunderte beherrschenden Ringens um die Wiedergewinnung eines Raumes, der seit Beginn des ersten Jahrhunderts nach der Zeitwende immer wieder von dem deutschen geistigen Leben und von der deutschen Raumsehnsucht erfüllt war. Aus 5 Wurzeln erwächst unser Recht auf den Weichselraum. Ich möchte den Kommilitonen, die hier anwesend sind, diese fünffache Begründung besonders ans Herz legen.

denn sie zeigt in einer monumentalen Selbstsicherheit durch sämtliche Formen der geschichtlichen Gestaltung hindurch die Beharrung des Deutschtums dem Osten gegenüber.

Das Erste, worauf wir die Arbeit im Weichselraum gründen, ist die stolze Bewußtheit, daß lange, bevor dort Slawen irgendwelcher Art zu siedeln begannen, die Germanen in ihren stolzesten Vertretern dort weilten, wohnten und wirkten. Und es war ein ungeheuer erschütternder Augenblick, als zu Beginn der Arbeit im Generalgouvernement, zu Beginn des Jahres 1940, in einem Dorf der Lysa Gora im Distrikt Radom bei Ausgrabung alter Siedlungen ein germanisches Schwert, zweifellos vandalischen Ursprungs, an das Licht kam, ein Vandalenschwert in goldener Scheide, in prachtvollster kulturbewußter Ausarbeitung. Und dieses germanische Schwert zeigt zusammen mit tausend und abertausend Funden, mit Wohnstätten, Grabstätten, mit Ausgrabungen von Siedlungen, Straßen usw., mit Funden aller Art, daß die Goten und Vandalen vor ihrem schicksalhaften Zug nach dem Süden zur gänze im Weichselraum lange Jahrhunderte weilten.

Dies ist für uns der erste Ausgangspunkt. Wir müssen lernen, Geschichte in Zeitmaßen von Jahrtausenden zu erfassen. Große Räume, die wir nunmehr territorial den herrlichen Taten der Wehrmacht Adolf Hitlers verdanken, müssen ideell von uns erfaßt werden. Nicht als alt und weitzurückliegend kann etwa als belanglos abgetan werden, was vor Jahrtausenden geschah; denn die Ur-, ~~und~~ Urabkömmlinge dieser Goten, die damals im Weichselraum saßen, sind 1939 in diesen Raum zurückgekehrt.

Man darf diese germanischen Uransiedlungen in diesem Raum auch nicht nur als eine Art durchgangsstationärer Belanglosigkeit behandeln. Nach den Funden und sehr systematischen Ausgrabungen, die wir mit allen Mitteln fördern, steigt eine völlig im Eigenbeharren

verwurzelte

Kulturwelt auf.

Aber die Germanen zogen davon. Wenig Reste blieben. Und dann kam der Einbruch dieses Völkergemisches, das wir entgegenkommenderweise mit dem Namen "Polen" belegt haben. Dann kamen die Versuche dieses polnischen Etwas, Staaten zu gründen. Und nun ergab sich von Anfang an der zweite grosse Untergrund unseres nunmehrigen Herrschaftsanspruches auf den Weichselraum: von Anfang an stand auch dieser sogenannte eigenpolnische Staat in allen seinen Formen seit dem 7.Jahrhundert in unmittelbarer und beiderseits anerkannter staatlicher Abhängigkeit vom Deutschen Reich. Die polnischen Herzöge zogen an den deutschen Königshof und bekannten sich tributär abhängig dem Reich gegenüber. Wenn damals das Reich hätte stark bleiben können, wenn uns nicht ein Schicksal die herbe Prüfung der Jahrhunderte gegeben hätte, dann wäre diese Abhängigkeit des polnischen Staates auch niemals verschwunden. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß dieses Polen schon in seiner Geburtsstunde im Jahre 912 genau so wie bei dem letzten Versuch der Gründung eines polnischen Staates 1916 auf 1917 nur aufgrund deutschen Entgegenkommens, aufgrund deutscher staatlicher Genehmigung zustande kam. Diese Abhängigkeit des polnischen Staates zeigt aber, daß weit über die germanische Siedlung des Raumes hinaus dem deutschen Volk schon damals die stärkste Beharrung im Ostzusammenhang gegeben war. Daran ändern auch nichts Rückschläge, daran ändert nichts das Vorprellen der Slawen bis an die Elbe, daran ändert alles nichts, was man im allgemeinen eine teilweise Rückgewinnung ostelbischen Raumes durch Slawen nennen könnte.

Die Grundtendenz, die durch die germanische Urbesiedelung des Weichselraumes gegeben war, wirkte sich wiederum in der starken Abhängigkeit des vormittelalterlichen Polens aus. Dann allerdings kam die Periode, da das Reich, geschwächt, mit sich beschäftigt und unter ungeheueren Schwierigkeiten mühevoll dem Zusammenbruch des dreißigjährigen Krieges entgegenwankend, keine Sendboten der Macht und der Herrschaft mehr in diesen Ostraum schickte. Dafür aber erstanden nun jene Sendboten des Deutschtums im Weichselraum, die das dritte Fundament der deutschen Herrschaft dort errichteten.

Als die deutschen Herrscher, Könige und Kaiser, die deutschen Feldherren und Fürsten sich aus dem Weichselraum zurückgezogen hatten, kam als der leuchtende Repräsentant der deutschen seelischen Welt der deutsche Künstler, der deutsche Städtebauer, in den Weichselraum, der großartige deutsche Baudenkmäler dort schuf. Es kam die große Reihe derer, die ihre Kulmination in Veit Stoß, Kopernikus, Hans Dürer und einer endlosen Zahl anderer fand. Wir selber waren ergriffen, als wir im vorigen Jahr die erste Ausstellung deutschen geistigen Schaffens im Weichselraum in Krakau eröffneten. Es war ein Gang durch die genialste Kunstformung. Alles, was nur im Raum der Weichsel ist, geht auf deutschen Ursprung zurück. Alles, was hochragt in den Städten Polens, es verdankt sein Entstehen deutschen Baumeistern und Architekten: Die Rathäuser, die Kirchen, die Paläste.

Mit den Künstlern und mit den Denkern und Wissenschaftlern kam vor allem aber das deutsche Recht in diesen Raum. Dieses deutsche Recht als Ausdruck der genialen, schöpferischen Urkraft unseres Volkes zur Eigenordnung gab überhaupt erst diesem Gebilde, fern von deutscher staatlicher Abhängigkeit, die

eigne

1026

Sicherheit. Städte wie Krakau wurden Hansestädte. 181 Städte des Generalgouvernements verdanken ihr Entstehen dem deutschen, dem magdeburgischen Recht. Ich werde jetzt in allen diesen Städten auf dem Hauptplatz zum Gedächtnis daran eine Roland-Säule aufstellen lassen.

Mit der Gestaltung der geistigen Linienführung kam aber auch der deutsche Wirtschaftler in den Raum. Es ist ein wundersames Erlebnis, wenn man auf diesem, durch die preußische und polnische Mißwirtschaft verwahrlosten und versandeten Weichselstrom herabfährt und plötzlich wieder bei Kasimiercz am Ostufer der Weichsel 12 hohe Fachgiebelhäuser sieht, Fuggerstadel, Fuggerlagerhäuser an der Weichsel, die zeigen, daß die Wirtschaftsführung dieses Weichselraumes fest verwurzelt in deutscher Hand lag.

Ich komme nun zu den zwei letzten Fundamenten unserer Ordnung. Das erste Fundament gaben die Germanen, das zweite war die staatliche Abhängigkeit, das dritte die künstlerische und rechtsorganisatorische Verankerung des deutschen Lebens in diesem Raum. Das vierte Fundament war der Krieg gegen Polen von 1939. Der Führer mußte diese Frage klären, nachdem alle seine Versuche, durch einen Apell an die Vernunft, den Frieden in diesem Raume zu gewährleisten von jenen abgelehnt wurde, die sich allerdings von der Grundströmung der fanatisierten Mehrheit des polnischen Volkes in die Arme Englands geworfen hatten. Dieser unerhört grandiose heroische Feldzug gegen Polen, der dieses Staatsgebilde in 18 Tagen zertrümmerte, hat Polen nunmehr für alle Zukunft vernichtet. Ein polnischer Staat, der gegen Deutschland wieder aufstehen könnte, wird niemals mehr sein.

(lebhafter Beifall)

Dieser Krieg von 1939 hatte die endgültige Sicherung des deutschen Lebens in diesem Raum zum Ziel. Er war nicht, wie wir nun gesehen haben, plötzlich und unbegründet, ohne Zusammenhang mit der bisherigen Entwicklung, sondern er lag vollkommen in der Entwicklung der Beziehungen Deutschlands zum Osten: das Weichselgebiet gehört zu Deutschland und muß bei Deutschland bleiben.

Und der letzte und wichtigste großartige Schlußpunkt dieser Fundierung des deutschen Führungsanspruchs im Weichselraum: der Krieg 1941, der zur Abwehr der von Sowjetrußland geplanten und vorbereiteten Angriffe auf Deutschland geführt wird, - dieser einmalige, weltgeschichtlich unvergleichliche Krieg gegen Sowjetrußland - gibt der Geschichte des Weichselraumes eine Wendung, die noch niemals vorhanden war. Denn nunmehr hat der Weichselraum auch im Osten deutsche Führung; nicht nur mehr aus dem Westen spürt der Weichselraum den deutschen Einfluß. Künftig wird auch von dem besetzten Raum des bisherigen Sowjetrußland in den Weichselraum hinein das deutsche Leben pulsieren und ihn in seine stolze Einwirkungszone bringen. Dieses Ergebnis ist jetzt schon deutlich. Das Generalgouvernement, bisher an den äußersten Grenzpunkt des Ostens gesetzt, ist nunmehr Verbindungszone zwischen dem Deutschen Reich und den Reichskommissariaten des bisherigen Rußland geworden: - Eine völlige Umstellung der Bedeutung des Raumes an sich mit vorerst noch gar nicht absehbaren Entwicklungen. - Aber dies sei vorausgeschickt: ich sehe die Aufgabe des Generalgouvernements daher nicht etwa in der Sendung, ein vorübergehend besetztes Gebiet verwaltungsmäßig zu regieren, sondern wir müssen uns von Anfang an die Aufgabe klar so gestellt haben, daß wir sagen: Deutschland ist nicht aus

irgendeiner

gegebenen weltpolitischen Situation heraus mit einem Kriege in dieses Gebiet eingezogen, nein, Deutschland ist in diesen Raum, der ihm von Anfang an zugehörte, zurückgekehrt. Und nicht wir sind die Fremdvölkischen da drüben, sondern die Polen sind es. (Lebhafter Beifall).

So muß man denn auch verstehen, daß eine völlig eigenartige Entwicklung in der Führung dieses Raumes notwendig war. Das Generalgouvernement ist heute das zeitlich älteste der seit Kriegsbeginn 1939 dem Deutschen Reich durch Besetzung zugekommene Gebiet. Und die Aufgabe war von Anfang an, Ordnung, Arbeits- und Wirtschaftsmöglichkeiten dieses Raumes so sicher zu stellen, daß sich dieses Gebiet entsprechend den Notwendigkeiten des Krieges dem Deutschen Reich nützlich zeigt. Ich kann ruhig sagen, daß es im wesentlichen geglückt ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Heute ist das Generalgouvernement vom Führer als Bestandteil des Deutschen Reiches anerkannt. Das ist für uns alle, die wir im Generalgouvernement tätig sind, eine große Genugtuung.

Der Führer hat in seiner Rede am 8.November 1941 vor den alten Kämpfern das Wort gesprochen: "Das Großdeutsche Reich mit Protektorat und Generalgouvernement hat mehr Einwohner als die Vereinigten Staaten von Nordamerika." Auch in diesem Wort des Führers sowohl wie in der von ihm genehmigten neuen dienstlichen Bezeichnung "Deutsches Reich - Generalgouvernement" auf unserer Briefmarke zeigt sich die Einbezogenheit dieses Gebietes in das Grossdeutsche Reich.

Die Struktur dieses Landes - es ist ein Nebenland des Großdeutschen Reiches geblieben - ist von Anfang an so einfach wie nur möglich gehalten und hat sich vor allem deshalb offenbar auch bewährt. Wir brauchten

1029

keinerlei Tradition bürokratischer Geformtheit zu überwinden oder zu beseitigen. Wir konnten sozusagen frisch ans Werk gehen. Wir haben nüchtern die Möglichkeiten geprüft, wie man soetwas überhaupt macht, wir haben uns gefragt, wie man ein Land mit einer Fläche von über 100.000 qkm mit damals 12 Mill. Einwohnern - mit Einschluß Galiziens beträgt die Fläche des Generalgouvernements annähernd 170.000 qkm mit 18 Mill. Einwohnern - regieren könnte. Kommilitonen, Sie sind ja alle brave Hörer der Vorträge der Verwaltungsakademie und auch als wohlerzogene Zeitungsleser sämtlich vollauf über die Voraussetzungen unserer Verwaltungsordnung im Bilde. Sie werden also wissen, daß wir im Generalgouvernement Distrikte, daß wir Kreise haben, daß die Verwaltung von einer Regierung geführt wird, und daß schließlich alles beim Generalgouverneur zusammengefaßt ist, daß also sämtliche Hoheiten, die der Führer im Reich ausübt, im Generalgouvernement vom Generalgouverneur ausgeübt werden. Das setze ich in diesem Gremium als bekannt voraus.

Entscheidend ist aber bei dieser Frage allein die Leistungskraft. Nicht darauf kam es an, Schule zu machen oder irgendwie eine feingegliederte Normierung im legislatorischen Sinne zu schaffen, sondern lediglich und immer wieder darauf, dem Zwecke der möglichsten Kriegsgeeignetheit dieser Verwaltung zu entsprechen.

Die fünf Distrikte, die unter Gouverneuren stehen, sind Gebilde etwa von der Grösse Belgiens. Es bedeutet daher schon ein großes Maß von Verantwortung, wenn Sie bedenken, daß in einem Bereich wie etwa dem Distrikt Galizien mit einer Größe von annähernd 50.000 qkm unter dem Gouverneur 10 Kreise

mit

einer Fläche von annähernd 4.000 - 5.000 qkm und mit annähernd 300- bis 400 000 Einwohnern stehen, - wenn Sie weiter bedenken, daß ein Kreishauptmann mit ganz wenig deutschen Beamten nun in einem solchen Kreise von etwa 4.000 qkm Größe die Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen hat. - In einem Kreise gibt es gegenwärtig neben dem Kreishauptmann 10 - 15 deutsche Beamte, dazu nochmals vielleicht 15, 20 - 30 Angestellte, wozu selbstverständlich die Forstbeamten und die Polizeibeamten gehören. Aber ich muß gerade hier im Rahmen der Verwaltungsakademie davon sprechen, Was diese aus dem Deutschen Reich ins Generalgouvernement abkommandierten Beamten und Angestellten an Leistungen vollführt haben, gehört mit zu den stolzesten Daten der deutschen Verwaltungsgeschichte.

(lebhafter Beifall)

Über solche Dinge kann man nicht etwa im statistischen Sinne sprechen oder berichten. Sie dringen zum ersten Male in den leider so vielfach verächtlich behandelten sogenannten bürokratischen Raum ein. Ich darf daher wohl von der <u>geschichtlichen Berufung</u> dieser Ordnungspotenzen sprechen. Wohin wäre ich wohl im Generalgouvernement gekommen, hätte ich nur Politiker oder Redner gehabt, nicht aber die nüchternen, kleinen braven, sachlichen <u>Archiv- und Ordnungsfanatiker,</u> wie sie mir die deutsche Beamten- und Angestelltenschaft zur Verfügung gestellt hat.

(lebhafter Beifall)

Das darf man nicht vergessen. Ich habe einmal vor einem Gremium der deutschen Beamten und Angestellten gesagt: Daß ich als Jurist einen schweren Kampf führe, das weiß ich; die Zeit ist dem Rechtsgedanken nicht sehr erschloßen, aber ich bekenne mich mit Stolz dazu, daß das vielgeschrieene Schimpfwort vom Bürokraten im Generalgouvernement einen

<u>neuen</u>

neuen Inhalt erhalten haben. Es ist schwerer, vom Büro aus zu regieren nur mit der Waffe der Ordnung und des Bedürfnisses, der Gemeinschaft eine Ordnung zu geben, als wenn man immer gleich mit Säbel, Revolver oder Gewehr kommen kann. Der Bürokrat muß aus diesem Grunde auch in der allgemeinen Diskussion der deutschen Öffentlichkeit eine Genugtuung erfahren. Es ist ja natürlich nicht möglich, die Verdienste der Menschen immer und ewig an die große Glocke zu hängen. Daß aber diese meine Beamten und Angestellten ihre Anerkennung im dritten Reich finden, dessen will ich Zeuge sein.

(Lebhafter Beifall).

Das Leben im Generalgouvernement stellt die Menschen vor Probleme, die unberechenbar sind. Was an einem Tage auf einen Kreishauptmann einströmt und einstürzt, ist nicht zu beschreiben. Sie müssen sich vorstellen, daß unter dem einzelnen Kreishauptmann die sogenannten Woits als Vertreter der Bevölkerung die eigentlichen Verbindungsleute zur Bevölkerung sind. Sie sehen hier übrigens in diesem Wort die Wiederkehr eines deutschen Wortes: Woit ist der alte Voigt des deutschen Rechtes. Diese Woits oder, wie wir sagen: Verwaltungsvögte, sind das Gremium, an das der Kreishauptmann die Weisungen der Regierung weiterleitet, mit dem er arbeitet; durch die Woits tritt er mit dem Volk in Verbindung. Die Woits sind sozusagen unsere kleinen Gouvernementsmaharadschas, die wir als Zwischenstufe zwischen uns und der Bevölkerung pfleglichst behandeln. Sie sind ungeheuer wichtig. Man muß sie mit Humor und Wodka traktieren, ihnen immer wieder gut zureden, sie veranlassen, in ihrem Dienst die höchste Wichtigkeit einer auch persönlichen Sendung zu erblicken.

(Heiterkeit)

Dieser Woit ist für uns im Generalgouvernement eine der wichtigsten Figuren, vor allem auch deshalb, weil er einer zu 50 % des Lesens und Schreibens unskundigen Bevölkerung gegenüber die einzige Möglichkeit gibt, die Regulative der Regierung klar zu machen. Diese Woits verdienen eigentlich auch eine Anerkennung. Es sind biedere kleine Leute, die sich so aus der Bevölkerung heraus entwickelten. Jeder Kreishauptmann hat sie sich genau angesehen. Sie werden immer wieder systematisch zusammengerufen und können auch - als Woits - eine gewiße Autorität ausüben. Heute hat sich dieses System so völlig eingespielt, daß ich sagen muß: wenn wir das Generalgouvernement nochmals aufbauen müßten, dann würden wir es genau so wiedermachen; es gibt keine andere Möglichkeit als diese.

Neben dieser Regierung des Gouverneurs, neben den Kreishauptmännern und den Woits gibt es nun die großen Stadtverwaltungen von Krakau, Warschau, Lemberg, Lublin, Radom, Kielce usw. Siehaben an der Spitze den Stadthauptmann, der unter sich einen polnischen oder ukrainischen Stadtvertreter hat. Auch hier möchte ich zur Beleuchtung der Schwierigkeiten der Verwaltungsarbeit im Generalgouvernement ein Beispiel anführen: der Stadthauptmann von Warschau hat eine Stadt mit einer Bevölkerung von 1,7 Mill. Menschen zu betreuen. Er hat neben sich ganze 12 deutsche Beamte, unter denen 7.000 polnische Beamte und Angestellte allein in der Stadtzentrale arbeiten. Sie können daraus ersehen, was diese 12 oder 14 deutschen Männer zu leisten haben, wenn die Anforderungen des Krieges, der Verpflegung, Ernährung, des Transportwesens, Gesundheitswesens usw. von dieser Stelle aus für diese Millionenbevölkerung geregelt werden muß. Daher können Sie auch vielleicht meine Freude begreifen, wenn ich in manches Ministerium eines kleineren deutschen Staates komme und mir manchmal

die Frage vorlege, ob es nicht doch möglich wäre, daß der Eine oder Andere für den Dienst im Osten noch zur Verfügung gestellt werden könnte.

(Heiterkeit und Beifall).

Es ist klar, daß in dem Gefüge des Generalgouvernements der Polizei eine besonders wichtige Mission zufiel. Ich muß auch hier wieder sagen, daß das, was die wenigen deutschen Polizisten, die wir drüben haben, - es sind unverhältnismäßig wenige -, in den 2 Jahren an Erfüllung von Ordnungsaufgaben geleistet haben, wirklich auch ein stolzes Denkmal deutscher polizeilicher Tätigkeit darstellt. Sie müssen bedenken, daß die wenigen Polizeibataillone, um der Sicherheit im ganze Lande willen, auch nicht völlig aufgeteilt werden können, da sie immer irgendwie in den Zentren zusammenbleiben müssen, und daß in einem Kreise von 3 - 4.000 qkm Fläche 35, 40, höchstens vielleicht 45 deutsche Gendarmen Dienst machen. Das beweist, wieviel mehr Verantwortung hier den Einzeln trifft.

Da die Polizeihoheit im Generalgouvernement auch beim Generalgouverneur liegt, so gibt uns diese Struktur die Möglichkeit, auch Polen und Ukrainer zum polizeilichen Dienst heranzuziehen. Ich muß nun aufgrund meiner 2jährigen Erfahrungen bekennen, daß diese polnische und ukrainische Polizei ihren Dienst unter den schwierigsten Umständen vollauf getan hat. Jeweils unter deutscher Führung, unter deutscher Aufsicht, aber durchaus im Zusammenhang mit den Notwendigkeiten des Dienstes, dient sie einer Aufgabe, deren Erfüllung wiederum notwendig ist, weil ja angesichts auch der sprachlichen Schwierigkeiten gerade den Angehörigen der polnischen und ukrainischen Polizei die besondere Rolle des Dolmetschers zufällt.

Eine Eigenart des Generalgouvernements liegt im sogenannten Sonderdienst, einer polizeitechnischen Hilfsorganisation der staatlichen Verwaltung. Der Sinn dieser Organisation ist der, daß jeder Kreishauptmann unmittelbar zu seiner eigenen Verfügung 50 - 100 Mann aus den Volksdeutschen sich rekrutierende Sonderdienstmänner hat, die ihm ausschließlich unterstehen. Dieser Sonderdienst, der schon viele tausend Mann umfaßt, - wenn Sie wollen, eine Art Landespolizei des Generalgouvernements,- hat sich ganz ausgezeichnet bewährt.

Daß neben den eigentlichen staatlichen Faktoren im Generalgouvernement auch die Partei eingesetzt wurde, muß hier besonders betont werden. Mir untersteht in meiner Eigenschaft als Reichsleiter der Arbeitsbereich "Generalgouvernement". Ebenso, wie der Staat von dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung beherrscht wird, steht auch drüben im Generalgouvernement das Parteileben unter diesem Grundsatz der Einheit. Da wir alles in allem mit Volksdeutschen, Reichsdeutschen usw. etwa 200.000 Deutsche im Generalgouvernement sind, hat die Partei eine völlig eigenartige Aufgabe, die sie nur erfüllen kann, wenn sie das Prinzip der Einheit von Führung, Verwaltung und Gliederung genauso durchführt, wie das im staatlichen Sektor geschehen ist. Daher ist der Parteibereich für alle Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP, die hier im Reich ein Sonderleben führen können, die einzige Heimstätte. Wir haben z.B. keine eigenen Organisationen der SA, der SS, des NSKK, der Arbeitsfront und der anderen angeschlossenen Verbände, sondern alles läuft hier im Arbeitsbereich Generalgouvernement und dessen Führung zusammen. Der Partei ist die große Aufgabe gestellt, die nationalsozialistische

Sendung unserer Zeit im Generalgouvernement zu wahren und immer dafür zu sorgen, daß die große Bewußtheit dieses Zeitgeschehens bis in die letzte Zelle deutschen Lebens im Generalgouvernement dringt.

Für den großen Bereich der Wirtschaft war es selbstverständlich auch notwendig, gerade im Hinblick auf die Bedürfnisse des Krieges eine eigenartige Organisation aufzubauen. Hier bin ich als Generalbevollmächtigter des Reichsmarschalls im Generalgouvernement der Chef des Vierjahresplans und seiner Organisation und habe somit die Möglichkeit, in unmittelbarstem Einklang mit den staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten jeweils die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Abgesehen von diesen großen Gebieten der allgemeinen Verwaltung, der Polizei, der Partei und Wirtschaft, hat ein Mann im Generalgouvernement eine für uns ungewöhnliche Bedeutung. Mir ist es in diesem Augenblick eine ganz besonders angenehme Pflicht, der unermüdlichen Mitarbeit der deutschen militärischen Dienststellen des Generalgouvernements zu gedenken. Der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement Freiherr von Gienanth ist der Repräsentant der territorialen Aufgaben des militärischen Lebens im Generalgouvernement. Da ist ein wirklich hervorragender Zusammenarbeits- und Zusammenwirkensbereich, den das Generalgouvernement hier sowohl für die Militärs wie für uns darstellt. Ich glaube, daß sich das sowohl für uns wie für die Militärs im Generalgouvernement außerordentlich nützlich gezeigt hat. Wir sind drüben aufeinander angewiesen, und nicht nur das - wir sind zusammen vom Führer zu einem großen Gemeinschaftswerk aufgerufen.

1036

Nun lassen Sie mich nach diesem kurzen Überblick über die allgemeine Struktur des Generalgouvernements einige Daten aus der Entwicklung dieses Bereiches geben. In großzügigsterWeise hat das Reich mir die Finanzhoheit des Gebietes übertragen, d.h.: die Kosten des gesamten Apparates trägt vom Augenblick des Entstehens an das Generalgouvernement. Das ist eine für uns herbe Sprache des Gesetzgebers damals gewesen. Ich hatte eigentlich beinahe versucht, wenigstens einen kleinen Vorschuß von meinem Freund, dem Reichsfinanzminister, herauszuholen, hatte mir dann aber doch gedacht:" Es ist vielleicht besser, wenn man sich aus dem Nichts emporarbeitet." Und ich kann ruhig sagen; das hat sich sehr gut bewährt. Der Etat des Generalgouvernements bewegt sich in seinen Abschlußzahlen etwa um 1,6 - 1,7 Milliarden Zloty. Darin sind alle Kosten des gesamten staatlichen Haushalts im ordentlichen Etat enthalten. Im außerordentlichen Etat beträgt die Zahl etwa 400 Millionen Zloty. Der Zloty ist gewissermaßen die Rückerinnerung an Polen. Er ist von uns auch vom ersten Tage an als eine solche Rückerinnerung gewertet worden. Die Reichsbank legte damals großes Gewicht darauf, daß an der Tradition des Zloty möglichst nicht gerüttelt wird. Wir haben uns dem gefügt, und das hat sich auch bewährt. Der Umtausch der alten Noten ist glatt vonstatten gegangen. Das Deutsche Reich war so großzügig und hat mir einige hundert Millionen Zloty, die in den angegliederten Ostgebieten gefunden wurden, nicht auf Rechnung gesetzt.

(Heiterkeit)

Es ist alles gut gegangen, und es ergab sich, daß der Zloty doch ein volkstümliches Währungsinstrument geblieben ist. Der Zloty hat einen festen

Kurs ,

sein Wert ist = RM 0,50. Das ist absolut eine, wie ich wohl mit Bestimmtheit sagen kann, richtige Bewertung. Es ist klar, daß wir an der Stabilität des Zloty dadurch stark interessiert sind, da uns die Relation zur Mark einen gewißen Rückhalt gibt.

Der Umlauf der Zlotynoten ist nicht wesentlich erhöht worden, auch nicht durch die letzten kriegerischen Ereignisse. Er schwankt um 1 Milliarde.

Was die finanzielle Seite angeht, so haben wir nicht nur bei den Einnahmen die allgemeinen Steuern in Rücksicht zu ziehen, die allenfalls 40 - 45 % der gesamten Einnahmen des Generalgouvernements ausmachen, sondern vor allem auch die Monopole des Generalgouvernements, die eines der wichtigsten Fundamente unseres Finanzlebens darstellen. Monopole haben wir so ziemlich auf alles gelegt, woraus ein Staat Geld machen kann. Wir haben, glaube ich, die Höchstzahl von Monopolen in der ganzen Welt. Auch haben wir vor einem Jahr ein Erdölmonopol eingeführt, das uns ziemlich viel Geld einbringt. Tabak, Sprit, Erdöl, Spielkarten, Zündhölzer, Salz alles ist monopolisiert. Ich bin so der größte Kaufmann und Geschäftsmann, den es gibt, und die Monopole tragen fast 50 % der Einnahmen des Generalgouvernements, und das ist auch gut so, denn auf diese Weise entwickelt sich keine echte oder getarnte Kapitalsplutokratie. Der einzige Plutokrat ist das Generalgouvernement selbst.
Die Monopole geben auch eine gewiße Möglichkeit zur Überwachung und Steuerung des Konsums. Das ist umso notwendiger, als aus den Produktionsmonopolen wir die Möglichkeit haben, den Bedürfnissen auch des Reiches mit zu entsprechen.

Für uns ist es eine große Freude, daß eine der Zigarettensorten des Tabakmonopols im Generalgouvernement,

die Möve, diejenige ist, die die deutsche Marine für die U.-Boot-Besatzungen bezieht. Die U.-Boot-Mannschaften sagen, es sei die einzige Zigarette, die sie den Salzgeruch vergessen ließe. Es war natürlich notwendig, bei der Tabak- und Zigarettenfabrikation dem deutschen Geschmack zu entsprechen. Wir haben auch viele starke Raucher, und ich muß doch einen kleinen Ausgleich dafür bieten, daß ein Deutscher im Generalgouvernement lebt. Ich will nicht haben, daß sich die Deutschen des Generalgouvernements nach Tabakwaren anstellen. Daher gibt es sogar Zigarren bei uns, die wir in einer eigenen Fabrik erzeugen, die jetzt errichtet worden ist. Vielleicht interessiert es Sie auch, zu hören, daß die Zigarrenarbeiterinnen hauptsächlich frühere polnische Studentinnen sind.

Hinsichtlich der Finanzlage des Generalgouvernements ist somit festzustellen, daß das Generalgouvernement dem Deutschen Reich keinerlei finanziellen Schaden, sondern nur Nutzen gebracht hat. Die Etathoheit ist so aufgebaut, daß die Überwachung des Haushalts im engsten Zusammenwirken mit dem Reichsfinanzminister, der den Etat des Generalgouvernements zu genehmigen hat, stattfindet. Man soll zwar in allem großzügig sein, aber in finanziellen Dingen muß man gerade in einem neuen Gebiet, in dem das Wort von der kolonialen Großzügigkeit und der Weiträumigkeit die Formel ist, mit der alles unternommen wird, die peinlichste Ordnung und Sauberkeit walten lassen.

In Deutschland und in den von deutschen Truppen unter Einsatz ihres Lebens eroberten Gebieten können wir zwei Dinge nicht gebrauchen: Unordnung, vor allem aber Korruption in irgendeiner Weise. Daher ist denn auch die Kontrolle der Finanzen des Generalgouvernementsdurch das Reichsfinanzministerium von mir von Anfang an strengstens durchgeführt worden. Es ist für

uns

immerhin auch eine Genugtuung, zu wissen, daß das Reich in dieses sehr peinlich zu behandelnde Gebiet die Einblicke hat, die nun einmal gegeben sind.

Wir haben eine wichtige Position in unserer eigenen Verkehrshoheit. Die Bahnen des Generalgouvernements sind für die Betreuung des gesamten Eisenbahnverkehrs in dem Unternehmen der Ostbahn zusammengefaßt. Die Einnahmen der Ostbahn stellen heute einen völlig sicheren Faktor des Eigenlebens dieses Betriebes dar. Ich erinnere nur daran, daß gerade auf dem Gebiet der Eisenbahntransporte die Entwicklung weiter im Osten selbstverständlich von größter Bedeutung ist.

Die Post wurde unlängst von mir zum Nebenvermögen des Reiches erklärt, und zwar lediglich mit der Wirkung, daß dieses Nebenvermögen der Reichspost als "Deutsche Post Osten" einer eigenen Verwaltung unterliegt, daß aber der Reichspostminister die Entlastung für den Haushalt der Postverwaltung des Generalgouvernements zu erteilen hat. Das Generalgouvernement hat eigene Briefmarken. Ich verzichte auch nicht auf sie, weil sie mir ein Heidengeld einbringen.

(Heiterkeit)

Diese eigenen Briefmarken des Generalgouvernements sind eine wirklich beachtliche und wichtige Angelegenheit, und ich kann jetzt erst verstehen, was mir früher völlig schleierhaft war, daß etwa Staaten wie Andorra, wie der Vatikan und andere an der Aufrechterhaltung des Postregals das größte Interesse hatten. Ich glaube fast, daß ein Staat wie San Marino nur von seinen Briefmarken lebt.

(Erneute Heiterkeit).

Jedenfalls könnte ich es nur begrüßen, wenn die philatelistischen Neigungen in der Welt zunehmen, und ich bin immer bereit, durch geeignete Fehldrucke usw. dafür zu sorgen, daß das Geschäft weiterblüht.

(Erneute große Heiterkeit).

Diese Entwicklung der Post hat nun aber auch einen eigenartigen Einblick in die kulturelle Situation des regierungsmäßig betreuten Volkes gewährt. Verglichen mit der Benutzungsdichtigkeit der postalischen Einrichtungen in Deutschland beträgt die Benutzung im Generalgouvernement kaum 20 %. Das ist eigentlich noch mehr, als wir erwartet hatten. Immerhin hat es für uns eine kleine Enttäuschung bedeutet; denn die Post war für uns ein gefährlicher Etatpunkt.

Jedenfalls mußten wir für die deutschen Bedürfnisse in diesem Raum die postalischen Einrichtungen aufbauen. Oft ist es so gewesen, daß die postalischen Einrichtungen weit über die Bedürfnisse hinaus in Erscheinung getreten sind. Nunmehr steigert sich allerdings das Bedürfnis dieses Verkehrs, und ich glaube, daß auch hier allmählich ein erfreulicheres Bild sich bieten wird.

Wenn so die allgemeine Struktur des Landes durchaus klar ist, so könnte ich nur noch eins sagen: ich habe mir als Grundsatz gestellt, das Ziel muß immer sein, das Generalgouvernement vor allem im Hinblick auf die Bedürfnisse des Reiches so leistungsfähig wie möglich zu machen. Aber in der Methode wollte ich mich von vornherein nicht binden. Man soll es überhaupt ganz allgemein nicht tun. Man soll im Ziel immer fest sein, in der Methode soll und kann man nicht fest sein. Das Ziel kann sich jeder im Leben selber bestimmen, die Methode bestimmt uns das Leben.

So kommt es auch, daß eine gewiße Elastizität in der Entwicklung des Generalgouvernements spürbar ist. Ich halte etwas davon, daß man Begriffe wie etwa den der Einheit der Verwaltung nicht in "Zentralisierung der Verwaltung" umdeutet. Ich halte etwas davon, daß man den Begriff der Souveränität über ein Gebiet nicht umdeutet in ein "alles selber machen wollen."

Aufgrund der Erkenntnisse, die ich drüben gesammelt habe, steht immer die persönliche Arbeitsleistung und die Erziehung des Einzelnen zur Freude an der persönlichen Leistung im Vordergrund.

So hat die Entwicklung des Generalgouvernements auch dazu geführt, daß wir heute sagen können: es ist ein völlig befriedetes, seinen Aufgaben gerecht werdendes Gebiet. Die Entwicklung seit 1939 ist wirklich erfreulich, wenn man daran denkt, in welchem Zustand die deutsche Verwaltung das Generalgouvernement übernommen hat. Es waren drei- teilweise viermal kriegführende Armeen durch das Gebiet gezogen. Man muß sich daran erinnern, daß nahezu sämtliche Brücken des Generalgouvernements zerstört waren, daß Städte, Dörfer völlig zertrümmert lagen, daß sich auf allen Straßen wild herumziehende Horden sinnlos hin und her bewegten, und damals keinerlei irgendwie geeignete Wohnungen mehr übrig geblieben waren. Wenn man heute durch das Generalgouvernement fährt, kann man feststellen, daß die deutsche Verwaltung hier ihre Aufgabe gelöst hat.

Ich darf dafür einige Zahlen anführen. In diesen 2 Jahren des Bestehens des Generalgouvernements wurden 1.413 km für jeden Verkehr geeignete Straßen gebaut. Sämtliche Eisenbahnanlagen wurden überholt und eine Strecke von fast 1.700 km Länge neu angelegt. In sämtlichen großen Fabriken des Generalgouvernements wird zur Zeit in 2, ja 3 Schichten gearbeitet. Das ist natürlich unser großes Glück: einen Mangel an Arbeitskräften kennen wir nicht. Wir kennen ihn nicht, trotzdem das Generalgouvernement viele Hunderttausende polnische Arbeiter in das Reich geschickt hat. Die Gefangenen der früheren polnischen Armee, soweit sie

Generalgouvernement beheimatet sind, sind in diesen Arbeitsbereich einzurechnen. Die Zahl der allein der deutschen Landwirtschaft aus dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellten Polen und Ukrainer beträgt rd. 580.000.

Wenn wir von diesen Zahlen ausgehen, so ist es andererseits wichtig festzustellen, daß die Felder des Generalgouvernements restlos bestellt werden, und daß die Einbringung der Ernte einschließlich der Kartoffelernte vollkommen durchgeführt werden konnte. Daß es hierbei natürlich einer besonderen Methode bedurfte, will ich nur "beiläufig", wie unsere ostmärkischen Volksgenossen sagen, erwähnen. Es war nämlich so: Die Bauern in Polen sind die eigentlichen Nutznießer des Generalgouvernements. Sie waren früher die am tollsten unterdrückten Menschen im polnischen Volk, die man sich überhaupt denken kann. Wenn sich der Pole über seine Mitpolen erhebt, dann ist er der Tyrann des anderen. Ich kenne keine Völker in der Welt, deren Angehörige sich untereinander so haßerfüllt bekämpfen, wie die Polen es tun. Die polnische Geschichte ist eine Geschichte fortgesetzter Grausamkeit in der eigenen Nation. Erinnern Sie sich daran, wie etwa noch Pilsudski die Opposition aus dem eigenen Volk dadurch erledigt hat, daß er über Nacht sämtliche oppositionellen Führer in ein Gefängnis sperren und ein halbes Jahr so behandeln ließ, daß diese oppositionellen Führer für alle Zukunft erledigte Männer waren. Dieses Verfahren ist dort gang und gäbe. Wir Deutsche müssen dabei vor allem an die Behandlung denken, die unsere Volksdeutschen unter den Polen gefunden haben.

Die Bauern im Gebiet des Generalgouvernements erhielten für die Erträgnisse ihrer Arbeit im früheren Polen so gut wie nichts, es war ihnen nicht möglich, die notwendigsten Bedürfnisse, etwa an Kleidung, Schuhwerk und Wäsche, zu befriedigen, obwohl der Bedarf

an

1043

diesen Artikeln bei den Polen begreiflicherweise gering ist. Aber nicht einmal dieser geringe Bedarf konnte befriedigt werden. Deshalb war für uns folgende Überlegung von großer Wichtigkeit: wenn der Bauer seinen Arbeitsertrag zu den Sätzen abliefert, die die Regierung festgelegt hat, und die etwa 70 % der Sätze des Reiches betragen, dann mußte man ihm auch die Möglichkeit geben, sich die Gegenstände, die er zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft benötigte, in von der Regierung kontrollierten Läden zu kaufen. Das geht nun so vor sich: jeder Bauer, der bei einer staatlichen Ernährungsstelle seine Bodenfrüchte abliefert, erhält dafür 1. den von der Regierung festgesetzten Preis, 2. aber einen Gutschein, der ihm die Möglichkeit gibt, unter Zugrundelegung dieses Preises in einem Regierungsladen die notwendigen Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erwerben.

Natürlich haben wir in dieses System kleine Verlockungen miteingebaut. Wer z.B. über einen gewißen Betrag hinaus abliefert, bekommt Wodka extra oder einen schönen Tabak. In diesen Regierungsläden konnte der Bauer sich nun auch zu durchaus angemessenen Preisen seine Sensen und andere Geräte kaufen, soweit das Bedürfnis von ihm nachgewiesen wurde. Hier war es nun interessant, festzustellen, daß das Generalgouvernement vieles abgeben konnte, was im Deutschen Reich nicht zu haben war. Wir haben die wunderbarsten Baumwollhemdenwaren mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums gekauft. Das war für die Neger in den Kolonien bestimmte Ware, nur leider bedruckt mit Orden oder sonstigen schönen, das Negergemüt erfreuenden Symbolen aller Art. Sie waren gelb, rosa und gestreift wie Zebra und Tiger. Diese Ware konnten wir nun sehr gut im Generalgouvernement verwenden, und sie erregte dort als letzter Schrei der Wäschemode große Sensation.

Es ist sehr erfreulich, wenn man durch die Betriebe geht, und die Arbeiter, mit diesen Hemden bekleidet, arbeiten sieht. Für mich war es der gegebene Ausweg, und ich habe ihn sofort beschritten. Und so ist es auch gelungen, daß wir den dringendsten Bedürfnissen entsprechen konnten. Die Entwicklung in allen diesen Dingen ist durchaus befriedigend, und sie wird, wie ich glaube, in dieser Form auch weitergehen.

Was den Kulturaufbau im Generalgouvernement angeht, so sind selbstverständlich die deutschen Bedürfnisse in diesem Raum auf die Fortsetzung der deutschen Sendung eingestellt. Für die Volksdeutschen haben wir die Schulen wieder eingerichtet. Für die Volksdeutschen sind im Generalgouvernement über 2.000 Schulen wieder in Betrieb genommen worden. Ich darf dabei sagen, daß wir das Prinzip vollkommen polnisch gehalten haben: die von den Polen errichteten modernen Volksschulen sind nunmehr den volksdeutschen Kindern zur Verfügung gestellt worden, und die den volksdeutschen Kindern einmal zur Verfügung gestellten Schulbaracken werden jetzt von den polnischen Kindern benutzt. Darin ist eine gewiße Gerechtigkeit zu erblicken.

Diese Schulen werden nun mit einer - ich kann wohl ruhig sagen - rührenden Sorgfalt von allen deutschen Dienststellen betreut. Das volksdeutsche Leben im Generalgouvernement war ja das grauenhafteste Martyrium in den vergangenen Jahren. Es ist für mich immer ein erschütternder Eindruck, wenn ich in die kleinen Dörfer komme und dort die Gräber der von Polen ermordeten Volksdeutschen sehe. Wir dürfen nie vergessen, welch' ein Haß in der Welt gegen das deutsche Volk besteht, und daß dieser Haß in der Polackei sich geradezu in einer schaudererregenden Weise zeigte.

Wir haben in Krakau das Theater übernommen und es als Theater des Generalgouvernements ausgebaut. Wir können wohl sagen, daß dieses Institut zufriedenstellende Leistungen bietet. Das Theater hat ja gerade im Generalgouvernement seine besondere Bedeutung für unsere Soldaten, die, von der russischen Front zurückkommend, dringendst der Verbindung mit den Kulturleistungen unserer Künstler bedürfen. Wir haben auch ein Orchester aufgebaut, darunter vor allem die Philharmonie des Generalgouvernements, in die wir die führenden polnischen und ukrainischen Musiker hineingenommen haben, Professoren der früheren staatlichen Musikinstitute; die unter Leitung von Dr. Hanns Rohr stehende Philharmonie des Generalgouvernements ist heute eine wirklich alle Deutschen des Generalgouvernements mit den wertvollsten musikalischen Schöpfungen unserer Nation in steter Verbindung haltende Einrichtung. Weiter wurde im Generalgouvernement das Pressewesen aufgebaut. Unsere Krakauer Zeitung ist um die Ausgabe für Warschau und Lemberg erweitert worden. Es dürfte Sie interessieren, zu hören, daß die Krakauer Zeitung eine Auflage von 180.000 Exemplaren hat.

Das von mir gegründete Institut für Deutsche Ostarbeit ist bestimmt, die geistig schöpferische und lehrmässige Tradition des deutschen Arbeitens darzustellen.

Neben diesen kulturellen Leistungen auf allen Gebieten äußert sich auch das Bauwesen im Generalgouvernement in durchaus vollendeter Weise. Wir können, da ja alle unsere Bauten dringendst sind, den Gesichtspunkt der Kriegswichtigkeit für alle Bauten in Anspruch nehmen, sind auch hier im wesentlichen autark und belasten keinesfalls das Reich und die Reichsbedürfnisse. Die Bauten werden, soweit möglich, weitergeführt. Es entstehen und entstanden in allen Kreisstädten deutsche Häuser, in denen sich das gesellschaftliche

Leben

1046

der Deutschen abspielt, die auch zu Filmveranstaltungen, nationalen Kundgebungen usw. zur Verfügung stehen.

An der Weichsel und ihrem Ausbau wird ebenfalls weitergearbeitet. Die Weichsel wird demnach in absehbarer Zeit nach dem vom Reich und Generalgouvernement aufgestellten Programm eine große Verbindungswasserstraße darstellen, die nicht nur das gesamte Oberschlesische Industriegebiet mit dem Osten, zwar auf einem weiteren Weg als dem der Oder, aber doch immerhin brauchbaren Weg verbinden, sondern über die Weichsel Anschluß an das mittelrussische Kanalnetz haben wird, den man durch einen durchaus nicht sehr schwierigen Kanalbau nach dem Dnjepr erlangen kann. So ist also die Weichsel als kommende Wasserstraße des Ostens von größter Bedeutung und in jeder Weise eine Voraussetzung der Führung und Verwaltung dieses Raumes.

Wir haben in Krakau auch die alte Bibliothek wieder ausgebaut. In diesem Gebäude ist die Staatsbibliothek des Generalgouvernements untergebracht, die durchaus imstande ist, den Rang einer großen deutschen Staatsbibliothek auf dem Gebiet des Bücher- und Urkundenbestandes eihzunehmen.

Die Justiz hat sich im Generalgouvernement ebenso ausgebaut. Der Deutsche findet drüben sein Recht genauso, wie wenn er in der Heimat wäre; er ist in jeder Form so gestellt wie in der Heimat. Aus dem Generalgouvernement eine deutsche Heimat zu machen, ist ja überhaupt die Aufgabe. Wir haben die deutschen Gerichte und Obergerichte eingeführt, die vollständig getrennt von den einheimischen polnischen und ukrainischen Gerichten ihre Aufgabe erfüllen.

Ich könnte Ihnen noch weitere Einzelbeispiele anführen. Aber ich wollte das alles nur gewissermaßen stichwortartig vortragen, um Ihnen gerade im Rahmen der Verwaltungsakademie zu zeigen, daß die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement auf dem Posten ist

und

ihren Aufgaben entspricht.

Die allgemeine politische Aufgabe des Generalgouvernements ist die, nunmehr für alle Zeiten den Führungsanspruch des Reiches auf diesen Raum sicherzustellen. Das bedeutet, daß wir fortan in diesem Raum die absolut der deutschen Führung unterstellte Position einzunehmen haben. Man kann diese Aufgabe heute als im wesentlichen erfüllt ansehen. Ich habe den Polen erklärt: wenn ihr euch loyal den Notwendigkeiten der deutschen Führung in diesem Raum nicht verschließt, dann gebe ich euch geregelte Arbeit, geregelte Ernährung und die mit diesen Aufgaben zusammenhängende Befriedung aller geistigen, kulturellen und religiösen Bedürfnisse. Ich kann ruhig sagen, daß damit im wesentlichen das Polenproblem im Generalgouvernement als abgeschlossen gelten kann. Wir haben keinerlei spürbare Gegenbewegung mehr. Wir können heute in diesem Raum, mit allen Mitteln der Staatsautorität ausgestattet, auf die disziplinierte Art des Verhaltens der polnischen Bevölkerung hinweisen. Dafür möchte ich einige Beispiele geben. Die Ostbahn des Generalgouvernements beschäftigt insgesamt 112.000 Menschen, von denen nur 9.300 Reichsdeutsche oder Volksdeutsche sind. Bei der Ostbahn arbeiten 70.000 Polen, und der Rest besteht aus Ukrainern. Sie können daraus ersehen, wieweit diese Führungsaufgabe geglückt ist, wenn trotz dieser ungeheuren Zahl im Dienst der Eisenbahn stehenden Fremdvölkischen der Eisenbahnverkehr ohne jede Sabotage, ohne jeden Störungsfaktor im Generalgouvernement durchgeführt wird.

Wir können aber auch das eine sagen: ein Weltreich, wie das nunmehr entstehende nationalsozialistische Weltreich Adolf Hitlers, vermag entsprechend den Richtlinien, wie sie der Führer und der Duce bei ihrem letzten Zusammensein aufgestellt haben, auf die Dauer

nur

so zu bestehen, daß die diesem Weltreich angehörigen Völker einen das Leben noch lebenswerter erscheinen lassenden Sinn in der Zugehörigkeit zu diesem Weltreich erblicken. Daher wird, solange die Polen in diesem Raume sind, und wir diese Methode beibehalten, die Gewähr gegeben sein, daß sich die Polen in zunehmendem Maße mit dieser jetzigen Lage abfinden. Wir sind nach Niederringen der Feinde Deutschlands und nach völliger Beseitigung jeglicher oppositioneller Elemente - mögen sie sich bezeichnet haben wie immer - nunmehr der großen Masse der polnischen Bevölkerung gegenüber einen anderen Standpunkt einzunehmen in der Lage. Und ich muß immer wieder betonen: zu Hunderttausenden arbeiten diese fremdvölkischen Menschen in unseren Betrieben und erfüllen im Dienste des Reiches, der Verteidigung und des Sieges die ihnen vom Reich gestellten Aufgaben. Das kann man feststellen. Ich muß dabei auch immer wieder sagen: Möglichkeiten, politisch irgendwie anders zu handeln, wären nicht gegeben.

Die Ukrainer genießen als eine von alter Tradition her mit dem deutschen Volk auch gesinnungsmäßig verbundene völkische Gemeinschaft eine Sonderstellung. Wir haben den Ukrainern in weitem Umfang die Möglichkeit einer Selbstverwaltung auf allen Gebieten gegeben. Vor allem in dem neuen Distrikt haben wir einige Millionen Ukrainer bekommen. Dort drüben herrschte zunächst die Angst und die Sorge, daß die Ukrainer irgendwie nach dem Osten umgesiedelt werden sollten. Sie können selbstverständlich im Generalgouvernement bleiben, müssen sich nur, wie die anderen auch, daran gewöhnen, daß das Generalgouvernement zunächst und in erster Linie eine Einrichtung des Deutschen Reiches ist, der sich die Fremdvölkischen zu fügen haben.

Ein uns besonders beschäftigendes Problem sind aber die Juden. Dieses lustige Völklein, das in Schmutz und Dreck herumpilgert, ist von uns in Ghettos und

Wohnbezirken

zusammengefaßt und wird wohl nicht mehr allzu lange im Generalgouvernement anwesend sein.

(Lebhafter Beifall).

Wie werden diese Juden in Marsch setzen und sie veranlassen, nachdem sie schon die Strecke von Jerusalem nach Polen gewandert sind, nun einige tausend Kilometer nach Osten zu marschieren. Diese Juden sind aber für uns nicht nur die schmarotzenden Burschen, sondern es gibt merkwürdigerweise, was wir erst drüben gemerkt haben, auch noch eine eigene Kategorie von Juden, etwas, was man garnicht für möglich hält, - es gibt drüben arbeitende Juden, solche, die als Transportarbeiter, Bauarbeiter in einem Betriebe arbeiten, solche, die sich auch als Facharbeiter wie Schneider, Schuster usw. betätigen. Wir haben mit Hilfe dieser jüdischen Facharbeiter jüdische Werkstätten zusammengestellt, in denen nunmehr gegen Lieferung von Lebensmitteln und desjenigen, was sonst die Juden zum Leben dringend gebrauchen, die Artikel geschaffen werden, die für die deutsche Produktion wiederum eine große Entlastung darstellen. In diesem Sinne kann man ruhig die Juden arbeiten lassen; denn so, wie wir sie jetzt verwenden, bedeutet es für die Arbeitsjuden selber eine gewiße Leistung, für die übrigen Juden aber muß man entsprechende Regelungen vorsehen. Es ist eben immer eine Gefahr, wenn man die Heimat verläßt. Seitdem die Juden aus Jerusalem weggegangen sind, gab es für sie eben nichts weiter als Schmarotzertum; das ist nun vorbei. Und wenn man heute das Ghetto von Warschau sieht, in dem 480.000 Juden zusammen- sagen wir einmal - leben, dann muß man erkennen, daß die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Revolution allein imstande war, auch mit diesem Problem sich auseinanderzusetzen. Wir haben 1919 in unseren ersten Versammlungen in München die Devise vernommen: mit der Judenherrschaft

in

Europa muß Schluß gemacht werden.

Im Generalgouvernement lagen früher die sämtlichen Handelsfunktionen in der polnischen Wirtschaft ohne jede Ausnahme in den Händen der Juden. Infolge der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben mußten nun zunächst einmal von uns die Ersatzkräfte aus den Polen herangezogen werden. Es gab keine polnischen Kleinhändler. Alle die Kleinkrämereien und der Kolonialwarenhandel in den kleinsten Dörfern Polens lagen in den Händen von Juden. Das war ein Strukturproblem, mit dem wir uns sehr ernst auseinandersetzen mußten. Damit stand natürlich auch unter Umständen die Möglichkeit in Verbindung, daß sich das fremdvölkische Element wieder in eine wirtschaftliche Machtposition eingeschlichen hätte.

Dies alles kann man in einem bisher fremden Raum eben nur mit dem nationalsozialistischen Reich als Schutzmacht im Rücken gestalten. Wenn ich mir einmal vorstelle, was allenfalls aus dem besetzten Ostgebiet geworden wäre, wenn die alten parlamentarischen Parteiverhältnisse noch vorhanden gewesen wären, so kann ich erst ermessen, wie unmöglich in den letzten Jahrzehnten eine echte deutsche Politik in den damaligen Provenzen Posen usw. gewesen wäre.

Es

Es war damals selbstverständlich, daß die Beziehungen hin und her gingen, da der polnische Adelige, ebenso wie der polnische Pfarrer ihren Rückhalt in persönlichen oder sonstigen Beziehungen hatten. So konnte und durfte es selbstverständlich nicht weitergehen. Wir sind drüben auch nicht die Vertreter eines deutschen Landes oder eines deutschen Stammes, sondern wir sind dort, gleichviel, aus welcher Gegend Deutschlands wir kommen, als Deutsche den Fremdvölkischen gegenübergestellt. Das ist eine völlig neue Situation, wie wir sie früher vielleicht in den Kolonien hatten. Es ist aber auch einer der geistigen Impulse, die drüben den Atem geben. Man spürt die deutsche Führungsrolle legitimiert. Ganz gleich, aus welchem Teil Deutschlands der einzelne Mitarbeiter stammt, - wenn sie sich um den Tisch herum versammeln, dann kann kein Dialekt die Vorherrschaft für sich beanspruchen.

(Heiterkeit)

Es ist sozusagen üblich, daß man nicht im Dialekt, sondern Deutsch spricht.

(Heiterkeit)

Und nicht nur das, - es kann sich dort nicht etwa eine Art von politischem Naturschutzpark, auch nur in derwinzigsten Form, fortsetzen. Ich sehe sehr darauf, daß das, was die Wehrmacht schon mit Erfolg angeordnet hat, auch im Generalgouvernement geschieht, daß jeweils möglichst eine Vielfalt von Menschen aus dem gesamten deutschen Volk zusammenkommt und sich findet. Das ist wirklich auch eine für die Verwaltung außergewöhnlich erfreuliche Schule.

Die Verwaltung im Generalgouvernement hat nun eine Bedeutung als Vorschule für andere Aufgaben. Was wir drüben exzerziert und ausgebaut haben, könnte als eine Art kolonialer Verwaltungstechnik in der

Führung

fremder Völker angesehen werden. Dabei sei aber ausdrücklich festgestellt, daß sich auch diese Führungs- und Verwaltungsart gegenüber den fremden Völkern, die dem Großdeutschen Reich angehören, selbstverständlich jeweils nach Raum und Volksart zu richten hat. So kann es denn für uns nicht infrage kommen, daß etwa die Behandlung der Polen auf die Ukrainer und die Behandlung von Ukrainern bzw. Polen auf die Juden übertragen wird. Man lernt vielmehr sofort in diesem Raum, daß die Verwaltung eine ungeheure Einfühlung in die volksgegebene Art des Empfindens und Handelns mit sich bringt. Man kann Gewalt auch nicht übersteigern, soll sie nicht ihre segensreiche Funktion verlieren. Man muß die Zügel lockern, vor allem muß man dafür sorgen, daß sich eine Art Vertrauensverhältnis zwischen dem fremden Volkstum und der deutschen Führung entwickelt, in der Richtung, daß der Loyale auch loyal geschützt wird.

Das halte ich vor allem im Generalgouvernement für notwendig, weil dort die Umstellung so blitzartig erfolgen mußte. Hätten wir das Gebiet völlig auf sich gestellt gelassen in seiner Zerstörtheit, so hätten wir jetzt im Generalgouvernement, wenn es nicht irgendwie zur Ordnung gebracht worden wäre, eine ungeheure Belastung. Denken Sie nur an die Krankheiten der Fremdvölker, an die typische Verschmutzung, an dieses sich im Dreck wohlfühlen. Sie sind ja die Voraussetzung dafür, daß diese polackischen Völker gegen Krankheiten immun sind, die für die Deutschen die größte Gefahr darstellen. Nehmen wir z.B. das Fleckfieber, die typische Winterkrankheit der östlichen Völker, so müssen wir feststellen, daß die Sterbeziffer bei dieser Krankheit in der polnischen Bevölkerung etwa zweimal so hoch ist wie bei den Juden. Aber bei den Deutschen wäre diese Krankheit absolut tödlich. Schon daraus allein

erkennt

man, wie notwendig es ist, bei dem dauernden Durchzug von Truppen und Deutschen aller Art, die Verbindung mit dem Volk in solchen Grenzen zu halten, daß diese Krankheitskeime nicht übertragen werden können. Daraus folgt aber wieder indirekt, daß man die Bevölkerung selbst erziehen muß. So haben wir auch in Warschau allein 700.000 Impfungen vorgenommen, im ganzen Generalgouvernement einige Millionen. Die Verbesserung der völlig verwahrlosten Trinkwasserversorgung, die Errichtung von Lagern für Kranke usw. sind Maßnahmen, die angesehen werden können nicht nur lediglich als Fürsorge für die Fremdvölker, sondern als Schutzmaßnahmen für das deutsche Element.

Das gleiche gilt nun auch für das Problem der Ernährung. Wenn ich von dem Fremdvolke Arbeit in den Fabriken, in wehrwichtigen Anlagen aller Art, selbst auch in der Verwaltung verlange, dann muß ich auch dafür sorgen, daß diese Angehörigen eines Fremdvolkes so gestellt sind, daß sie nicht zusammenbrechen. Daran wird nun manchmal Kritik geübt. Man fragt, warum das eigentlich notwendig sei. Demgegenüber kann ich nur sagen: daß die Fabriken arbeiten, daß die Verwaltung läuft. Die Arbeiter stehen im Dienste des Generalgouvernements, und deshalb müssen wir für sie so weit sorgen, daß sie arbeitsfähig bleiben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch die Einwirkungen hineinnehmen, die in erster Linie aus den Notwendigkeiten des Krieges entstehen. Das Generalgouvernement produziert Erdöl, und zwar nunmehr in außerordentlich starken Mengen, seitdem Galizien zum Generalgouvernement gekommen ist. Wir können jetzt im Jahr annähernd 800.000 ts. Erdöl liefern. Das ist schon eine beachtliche Menge, und für den Krieg in Rußland sind die neuen Erdölgebiete, wie das Erdölgebiet Jaslow, die bislang frontnächsten Erdölgebiete.

Wir produzieren auch im großen Umfang Eisen und haben gewaltige Werke in Stalowa-Wola und Stachanowice in den Dienst der Kriegswirtschaft stellen können.

Was wir nicht haben, ist die Kohle. Die Grenzen des Generalgouvernements sind so gezogen worden, daß auch nicht 1 To. Kohlen im Generalgouvernement produziert werden kann. Gleichwohl halte ich mir eine Reihe von Kohlenfachleuten, die fortdauernd unsere Erde durchwühlen, und bin immerhin schon auf eine Jahresförderung von 8.000 ts. gekommen.

(Heiterkeit)

Lachen Sie nur, ich lache auch, - das ist sehr viel. Aber wir wühlen weiter, und ich hoffe, daß ich eines Tages in dieser Beziehung das Reich werde entlasten können.

Diese ganze Form der unmittelbaren Verbundenheit des Verwaltungslebens mit dem Leben, seinen Nöten und Sorgen ist das ausgeprägte Merkmal des Generalgouvernements. Theorien über ostpolitische Gestaltung liegen mir nicht. Wir haben wenig Zeit für Theorien, wir haben auch nicht die Absicht, Theorien aufzustellen. Wir sammeln Erfahrungen, um diese Erfahrungen dann so auszuwerten und nutzbringend zu machen, daß daraus eine Schule werden kann.

Im übrigen ist das Kennzeichen des Generalgouvernements die Praxis. Wir sind in das Amt berufene Soldaten. Wir alle, die Führer und verantwortlichen Männer des Generalgouvernements, sind aus der kämpfenden Truppe vom Führer herausgeholt worden, um dort drüben die Aufgabe zu lösen. Wir spüren die Sendung, die drüben gegeben ist, und wir danken dem Reich und der Heimat für die Unterstützung, die uns fortgesetzt zuteil wird. Wir haben den Atem der neuen Ordnung verspürt. So, wie Europa nun auf den Führer schaut, schauen wir bereits heute auf dieses Reich, das wieder aufsteigt und seine herrliche Ordnungsfunktion übernimmt. Der

größte

Krieg dieser Zeit soll auch der letzte Krieg Europas sein. Damit scheint mir für das Generalgouvernement der einzige Sinn gegeben zu sein: im Reich, für das Reich bis ans Ende aller Zeiten. Unser Glaube an das Reich muß eine der Wurzeln sein, aus denen gerade die Jugend und Sie, meine Kommilitonen und Kommilitoninnen, das Interesse an diesen Neugestaltungen nehmen. Die Universitäten unseres Reiches sollen jetzt die Künder jenes alten Losungswortes sein: "Nach Ostland wollen wir reiten." Der Streit um Universitäten, um akademische Bildung und all' das andere verklingt dort, wo jeder Einzelne in sich die universitas des Deutschtums darzustellen hat. Wir stehen heute wieder so wie vor 2000 Jahren die Ersten, die den Urwald rodeten, an dem Beginn einer neuen Epoche. Alles steigt wieder aus dem Urgrund der unverbrauchten Rasse auf.

Und daher, glaube ich, ist es auch eine Sendung dieses Ostraumes und des Generalgouvernements, einen kleinen Beitrag zu dieser Weltreichsideeologie zu geben, die nicht nur darin besteht, daß man das Alte irgendwie mit Gewalt auf etwas Neues überträgt, nein, daß aus dem Neuen rückstrahlend und aus dem Erlebnis dieses Krieges hinein in die Verhältnisse, die manchmal noch alt und überaltert sind, der neue moderne Schwung kommt. Wenn ich diese oder jene Debatte lese, dann muß ich mich doch zuweilen wundern, daß dieser Geist vielleicht doch überall noch nicht so richtig verstanden wird. Man kann die Wissenschaft nicht reglementieren, man kann den Geist auch nicht kommandieren. Sind in einem Volk irgendwie Genies vorhanden, dann soll man sie dankbar begrüßen und ihnen das Werk ermöglichen. Gerade auch wir Nationalsozialisten sollen den Mut haben, Meinungen anzuhören. Darum sehe ich im Generalgouvernement darauf, daß jeder zu einer offenen Diskussion beitragen soll. Man darf in

der

abweichenden Meinung des anderen nicht nur den schlechten Willen sehen. Wenn aber die Entscheidung gefallen ist, dann gibt es keine Debatte mehr.

Für mich ist es nun eine schöne Genugtuung, dem Recht und der Rechtsidee anzugehören. Ich habe meinen Lebenskampf im Bereich des Führers dem Rechte verschrieben und werde auch niemals von der Rechtsidee weichen. Das Recht des Reiches muß auch das Recht der Bürger des Reiches sein.

Und gerade wir, die wir das Glück hatten, einmal einer Universität als Studenten angehört zu haben, können in uns immer wieder die Mahnung spüren: Deutsche sein heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun, heißt: sie tun aus dem ewigen Recht, da das Reich nicht den Geist an sich zu reglementieren vermag. Wir wollen nur wünschen, daß im größten und höchsten Geist unseres Volkes die höchste kulturelle Erfülltheit das Reich erfaßt. Wir können an diesem Platz, in dieser Universität, in diesem Aufbruch einer neuen Generation, in diesem Ringen um die neuen Formen des Rechts nicht verharren. Einen kleinen Beitrag zu diesem wahrhaften Recht des Reiches hat das Generalgouvernement geliefert.

(Anhaltender stürmischer Beifall).

============

1057

Berlin

Haus des N.S.R.B.
Tiergartenstr. 20

IV/3

Mittwoch, den 19. November 1941

10[15] Tagung der Hauptabteilungsleiter und Reichsgruppenwalter des N.S.R.B.

Die Tagung wird durch Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank mit folgender Ansprache eröffnet:

Ich freue mich außerordentlich, meine lieben Kameraden und Kameradinnen, daß wir uns nach geraumer Zeit wieder einmal hier im Hause der deutschen Rechtsfront zusammenfinden. Ich habe mit Absicht eine grössere Zeit der Entwicklung vorüberfließen lassen, vor allem im Hinblick darauf, daß ich durch den mir vom Führer gegebenen Kriegsauftrag im Osten nun wirklich volle 2 Jahre so sehr in Anspruch genommen war, daß es unbillig wäre, nur sozusagen nebenher bei Ihnen vorstellig zu werden. Dieser Kriegsauftrag hat nunmehr Formen angenommen, die es mir als dem Staatschef eines Nebenlandes des Großdeutschen Reiches ermöglichen, mit einer mittlerweile festgefügten Verwaltung und Regierung rechnen zu können. Das hat zur Folge, daß ich mich wieder den Problemen zuwenden kann, denen ich mich in der Durchsetzung der nationalsozialistischen Rechtsidee nach wie vor verbunden halte.

Ich bin besonders glücklich darüber, heute am Schluß der Tagung vor Ihnen einige Ausführungen machen zu können, die vielleicht der Programmatik des nationalsozialistischen Rechtsideals entsprechen werden. Ich möchte Sie aber vorher bitten, uns in diesem Gremium über das Bericht zu erstatten, was Sie im einzelnen geleistet haben, was Sie an Wünschen und Nöten besonders bewegt. Ich freue mich vor allem, daß ich Sie alle wieder begrüßen kann, und möchte annehmen, daß dieser heutige Tag den Wiederbeginn einer möglichst eindrucksvollen Fortsetzung der Rechtsarbeit darstellt.

19.11.1941

Einer fehlt in unserem Kreise, der Pg. Schneider, zu dessen Ehrung wir uns erheben. - Er ist wie viele Tausende für den Führer gefallen. Sein Andenken wird in unserer Gemeinschaft niemals untergehen.

Am Schluß der Tagung ergreift Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich bin allen Beteiligten für den Einblick außerordentlich dankbar, den sie mir und den wir uns gegenseitig gegeben haben. Ich glaube, es ist ein schönes Zeichen für die Fruchtbarkeit und Nichthemmbarkeit der Entwicklung unserer Rechtsidee im nationalsozialistischen Sinne, daß wir mitten in dem größten Kriege aller Zeiten unter den wuchtigsten weltgeschichtlichen Ereignissen doch in Ruhe feststellen können: Die Arbeit wird nicht etwa nur vorwärts geführt, um sie überhaupt weiterzuleiten, sondern sie entwickelt sich - man möchte fast sagen - friedensmäßig im geordneten Wege weiter, sie steigert sich in ihren Erträgen und ist in der Wucht ihres Einsatzes ein Sammelbecken regster ideeller Bewußtheit, sie wirbt darüber hinaus zunehmend für die Rechtsidee und damit für die Reichsidee.

Ich glaube, daß damit nun eigentlich der N.S.R.B. als Sammelorganisation origineller Art des gesammten Rechtslebens in ständischer Beziehung seine Existenzberechtigung schon längst bewiesen, daß er sich aber durch dieses sichere autarke Beharrenkönnen in seiner Entwicklungslinie für alle Zukunft bewährt hat. Denn nunmehr ist ja für uns eine Fülle von Problemen gelöst, mit denen wir immer noch zu rechnen hatten.

Wenn ich mich erinnere, daß im Jahre 1926 die ersten Versuche der beginnenden Organisation unternommen wurden, deren es bedurfte, um ein erstes organisatorisches Sammelbecken für jene zu haben, die unter den Juristen sich für die Idee Adolf Hitlers,

seiner Bewegung und seiner Bewegungsmitglieder geeignet zeigten, so kann ich sagen: heute ist aus diesem Anfang ein einzigartiges Machtgebilde der Rechtsidee geworden. Wir haben dabei die Stimme des Volkes für uns; wir haben die Rechtsseele unseres nationalen, unseres rassisch-germanischen Empfindens für uns. Wir brauchen nicht die große Werbetrommel zu schlagen. Wir brauchen, um für die Durchsetzung dieses Rechtsideales zu werben, nicht mit irgendwelchen Gewaltmitteln hervorzutreten. Das kommt aus der Not der Zeit ebenso wie aus der Not des deutschen Gemeinschaftslebens in rechtlicher Beziehung. Denn das herbe Produkt der notwendigen Zusammenballung aller Energien in Vorbereitung dieses doch berechenbaren Kriegsausbruchs 1939 ist nun leider eine überstarke Betonung der Gewaltinstrumente des Reiches gegenüber den Rechtsinstrumenten.

Das will sagen, daß es nach der Meinung des Führers notwendig war, daß in großem Umfange an die Stelle der Rechtssicherheit von früher die Staatssicherheit als Ziel getreten ist. Man sagte: jetzt kommt es mir nicht darauf an, mit welchen Mitteln ich diese Staatssicherheit in jedem Fall erziele, ich will nur eine weit über das Normalmaß hinausgehende Sicherheit haben, damit nunmehr in diesem schicksalhaften Ringen mit den Todfeinden des deutschen Volkes unter allen Umständen die Autorität der Reichsführung aufrecht erhalten wird. Daher mußten wir es hinnehmen, daß durch die Einrichtung verschiedener polizeilicher Zuständigkeiten in das Rechtsleben des Deutschen Volkes eine kaum erträgliche Unsicherheit eingedrungen ist. Immer wieder ist es für uns die letzte Frage - und unsere Pflicht ist es, sie immer wieder zu stellen und sich in ihrem Sinne zu betätigen -, daß Autorität nicht mit Gewalt, daß Gewalt wiederum nicht mit Macht verwechselt werden darf. Wir haben uns nun in all' diesen Jahren systematisch bemüht, klar zu legen, daß unsere Anschauung von der autoritären Reichsführung, nämlich als derjenigen, die es dem Einzelnen immer noch ermöglicht, in jedem Fall, in welchem er sich ungerecht behandelt fühlt, sein Recht bei einem unabhängigen Richter

1060

19.11.1941

zu finden, genau so nationalsozialistisch ist wie die Methode der Gewalt. Wir müssen uns davor hüten, etwa zu glauben, daß wir eine Art Fremdkörper in der nationalsozialistischen Staatsauffassung wären, wenn wir in dieser Linie unsere Idee weiterentwickeln.

Ich bin sehr glücklich, daß der Führer jetzt verschiedentlich von der Rückkehr zum Parteiprogramm und von der weiteren Durchführung des Parteiprogramms gesprochen hat. Der Punkt 19 des Parteiprogramms enthält sehr vieles und ungeheuer Wichtiges. Er ist die große Karte, auf die ich ja auch meinen eigenen Rechtskampf gestellt habe. Dieses Wort vom deutschen Gemeinrecht leuchtet über unserer Arbeit. Es bedeutet, daß der, der nicht selbst nachweisbar Unrecht tut, auch von der Staatsführung und ihren Organen Unrecht nicht erfahren soll. Es bedeutet, daß man unter allen Umständen eine unabhängige Rechtspflege aufrecht zu erhalten hat. Es bedeutet weiter, daß der Richter des deutschen Staates in jedem Fall eine von allen Stellen des Reiches und der Partei unangefochtene eigene Position in unserer Gemeinschaft mit höchster Autorität auszufüllen hat. Es bedeutet endlich, daß auf keinen Fall ein polizeiliches Willkürregiment, ein massenweises Verschwindenlassen von irgendwelchen Opponenten aus irgendwelchen Gründen in den Konzentrationslagern an die Stelle einer Rechtsfindung im Kultursinne treten darf.

Das ist der Inhalt des Punktes 19 des Parteiprogrammes; ihm hat der Rechtskampf zu dienen. Wohl uns, daß es Nationalsozialisten sind, die diese heilige Idee, die mit zu den tiefsten Offenbarungen des germanischen Geistes gehört, vertreten! Wehe uns, wenn in absehbarem Jahrzehnten bei Fortführung einer irgendwie in dieser Richtung liegenden Entwicklung weiterer Verkümmerung des allgemeinen Rechts dann nicht mehr aus der Bewegung der NSDAP., sondern aus einer völlig neuartigen und nicht mehr kontrollierbaren Massenbewegung die Opposition gegen den Staat käme.

5

19.11.1941

Daher ist es eine sehr ernste Aufgabe, die wir uns gestellt haben, und wir müssen immer betonen, daß sie nur mit Mut und absoluter Einsatzbereitschaft erfüllt werden kann. Ich sehe mit größter Aufmerksamkeit diese Entwicklung; ich verfolge jede Strömung im gegenrechtlichen Sinne. Ich kenne wie Sie alle aus der Geschichte zu sehr die Versuche, deshalb, weil man Waffen hat, mit denen man schießen kann, deshalb, weil man irgendwelche Vollmachten hat, auf Grund deren man verhaftete Menschen verschwinden lassen kann, sich eine weitreichende Macht in den allgemeinen Zuständen mehr und mehr anzueignen. Da meine ich vor allem die Versuche, die nun nicht etwa nur von der SS, vom S.D. und von der Polizei-Zentrale allein ausgehen, sondern die Versuche vieler anderer Dienststellen des Staates und des Reiches, sich von der allgemeinen Rechtsübung zu befreien. Wir haben es ja heute gehört, daß das Reichsfinanzministerium beginnt, einen Steuerberatertyp durchzudrücken, der die letzte Instanz sozusagen des Hineinragens einer allgemeinen rechtlichen Betrachtung ähnlicher Vorgänge völlig ausschalten soll. Beim Reichsnährstand, bei den Ministerien, bei der Polizei, bei der Partei, bei unendlich vielen anderen Stellen ist ganz allgemein die Tendenz die: man will in eigner Person und in eigner Sache Gesetzgeber, Chef der Verwaltung und oberster Richter sein. Wir erleben jetzt eine Entwicklung, die dahin führt, daß wir wohl nach außen fiktiv das einheitliche Reich haben, aber innerhalb dieses Reiches an die Stelle der früheren territorialen Zersplitterung nun eine völlige institutionelle Zersplitterung tritt. Diese Entwicklung wird dahin führen, daß der Begriff des Rechtes selbstverständlich auch nicht mehr aus der einheitlichen Quelle der Rechtsbewußtheit, der völkischen oder gar rassischen Rechtsbewußtheit etwa im Sinne der Bewegung gebildet, sondern daß der Rechtsbegriff seinen allgemeinen Charakter verliert und zu einer reinen Nützlichkeitsform herabgewürdigt wird.

Es gilt, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen. Sie kleidet sich in die harmlosesten Formulierungen. Man

19.11.1941

sagt vor allem: der Rechtsweg ist in diesem oder jenem Fall ausgeschlossen; es ist allgemeine Übung, daß in diesem Verfahren Rechtsanwälte nicht zugelassen sind. Man braucht auch die andere Formel: In der und der Sache entscheidet das und das Ministerium endgültig. Ein weiterer Versuch ist unlängst gemacht worden in Gestalt des großen Vorstoßes, den die Sicherheitspolizei mit dem Gesetzentwurf über die Gemeinschaftsfeinde gemacht hatte, einem Gesetzentwurf, der die totale Macht des Reichssicherheitshauptamtes hergestellt hätte. Der Gesetzentwurf wurde zwar zunächst nicht weiter behandelt, er soll aber meines Wissens demnächst wieder in Angriff genommen werden. Nach diesem Gesetzentwurf könnte sich ein Gemeinschaftsfeind, zu dem jedermann deklariert werden könnte, bei einer Spruchkammer des Reichssicherheitshauptamtes beschweren, die aus 3 Mitgliedern bestehen soll, von denen einer sogar die Befähigung zur Ausübung eines richterlichen Amtes besitzen muß. Darin sehe ich nun erneut wieder den Versuch einer Tarnung. Man will um keinen Preis der Welt einen ordentlichen Richter in diese Dinge hineinblicken lassen und will unter allen Umständen auch die Gerichtsbarkeit in die eigene Hand bekommen.

Angesichts des Ernstes dieser Situation in der Rechtsentwicklung glaube ich nun allerdings nicht, daß eine solche Aufgabe vom Staat gelöst werden könnte, etwa von einem Ministerium. Denn die innere Lage der ministeriellen Verfassung des Deutschen Reiches ist äußerst beklagenswert. Die Ministerien stehen kaum mehr im notwendigen Kontakt. Kabinettssitzungen finden überhaupt nicht mehr statt. Eine Gemeinschaftsausrichtung über die allernotwendigsten täglichen Dinge gibt es auch nicht mehr. In den Ministerien bilden sich jene eigenen Festungen, die kaum mehr Kontakt zueinander haben und die alle versuchen, möglichst in unmittelbarster Verbindung nach oben zu bleiben. Aus dem Umstande, daß der Führer durch den Krieg an der Front festgehalten wird, ergibt sich die Möglichkeit, daß auf dem Umwege über verschiedene Zwischeninstanzen partei-

politischer oder sonstiger Art Einflüsse spürbar werden, die von den Ministern, die meist keinen persönlichen Kontakt mit dem Führer haben, als Führerentscheidungen betrachtet werden müssen.

Eine Fülle von Zuständigkeiten ist neu gebildet worden, die nun wieder unter dem Druck des Krieges oder behaupteter Kriegsnotwendigkeiten eine Fülle von Zuständigkeiten an sich reißen, so daß der Wirrwarr nicht mehr überbrückt werden kann, und wir eigentlich nicht in einer irgendwie geordneten Verwaltungssphäre leben, sondern in einem Chaos. Daß dabei die einzelnen Ministerien es schwer genug haben, ihren eigenen amtlichen inneren Betrieb aufrecht zu erhalten, ist begreiflich. Daher gebührt allen Parteigenossen, die sich in den Ministerien bemühen, angesichts dieser Schwierigkeiten die Autorität des Amtes aufrechtzuerhalten, auch unsere Anerkennung.

Aber die Hauptaufgabe liegt bei uns, beim Rechtswahrerbund, bei der Führung des Rechtskampfes im ständischen Sinne. Uns ist es gegeben, den Inhalt des Staatshandelns ideell vorzubereiten. Das ist die Aufgabe unserer politischen Bewegung. Wir sind daher auch als Nationalsozialisten verpflichtet, zu bekennen, daß wir, solange wir atmen, in dem N.S.R.B. nicht nur eine ständische, gewerkschaftsartige Gehaltsklassenkampforganisation sehen, sondern eine weit hinreichende, mit welthistorischen Aspekten versehene entschlossene Kampfbewegung zur Durchsetzung des Punktes 19 des Parteiprogramms.

Ich denke gar nicht daran, vor irgend jemandem zurückzuweichen. Ich bin genau so Nationalsozialist wie der andere, genau so Reichsleiter wie der andere, genau so lange, ja vielleicht viel länger in der Bewegung als andere und habe genau so das Vertrauen des Führers wie die anderen. -

Gegenüber diesen Erscheinungen dürfen wir nun nicht etwa müde zusammensinken und nachgeben oder resigniert sagen: dagegen läßt sich doch nichts machen. Nein, wir müssen es sagen: die Berufung und die Aufgabe des Rechtswahrer-

bundes ist es, immer wieder darauf hinzuweisen: ohne Recht ist das Reich nicht existierbar, ohne Recht kann es nicht sein, ohne Recht in jenem Sinne, daß der deutsche Volksgenosse, der recht handelt, auch Recht erfährt und nur der, der unrecht handelt, Unrecht erfährt. Den Schutz der eigenen Ehre, den Schutz von Freiheit und Leben, muß ihm die Gemeinschaft gewähren. Wehe dem Recht, wehe uns, wenn die Willkür siegt, wenn die Gefahr siegt, daß wirklich der Begriff der Macht durch den Wahnsinn der Gewalt abgelöst wird! Ich habe, seit ich in der Bewegung stehe, also seit nunmehr 22 Jahren, nie etwas anderes getan als das Recht vertreten und mich bemüht, gemeinsam mit vielen anderen in der Partei diesen Rechtsgedanken durchzusetzen. Ich bin absoluter Optimist und habe allen Anlaß dazu, auch nach meinen persönlichen Besprechungen mit dem Führer, insbesondere nach meiner letzten Besprechung in München vor einigen Tagen, anzunehmen, daß die Entwicklung in unserem Sinne gehen wird. Es ist immer nur so: es schwingen in der Luft die großen gewaltigen Mächte der Weltordnung und warten darauf, daß sich ihrer die Verkörperer annehmen. Diese Idee des Rechts geleitete unser Volk durch die Jahrtausende. Die Gewalt siegt immer nur von Tag zu Tag, aber eines Tages versinkt sie im Nichts, wenn die wahre Kultur wieder ersteht.

Ich habe diesen Kampf nun 22 Jahre geführt. Manche sind vielleicht müde geworden. Wir haben ja keine Unterstützung gehabt, wir mußten uns aus dem Nichts aufbauen, wie Dr. Heuber richtig sagte. Sie haben immer treu zur Sache gestanden. Gerade das Gremium, das sich heute hier versammelt hat, kann für sich in vollem Umfange in Anspruch nehmen, daß es sich immer für die Aufgaben des N.S.R.B. eingesetzt hat. Und so glaube ich auch, daß der Sieg Adolf Hitlers auch der Sieg des deutschen Rechtslebens sein wird. Das Recht kann man nicht zum Handelsobjekt degradieren; man kann es nicht verkaufen; es ist da oder es ist nicht da. Das Recht ist keine Börsenware. Wenn das Recht nicht gestützt wird, dann verliert auch der Staat den moralischen Halt, dann sinkt er in den Abgrund der Nacht und des Grauens. Er ist seiner Gemeinschaft kein Glück mehr, sondern

das furchtbarste Belastungsmoment. Daran zerbricht die Sowjetunion.

Wir wollen unermüdlich dieses Rechtsideal aufflammen lassen, wir wollen fanatische Propagandisten des Rechtsgedankens sein. Ich freue mich jetzt schon darauf, daß wir nach dem Krieg den ersten großen Tag des deutschen Rechts in Leipzig erleben werden.

Ich kann bestätigen, was hier gesagt wurde, daß das Interesse am Rechtsleben zunimmt, daß das deutsche Volk Interesse an dem Wirken des Rechtslebens hat, daß die Sehnsucht immer stärker wird, die Verwirklichung des Punktes 19 des Parteiprogramms möge eine totale sein. Das paßt vielen nicht. Die Gewalt ist vielen sehr bequem und sehr gelegen. Gewiß, das Recht ist auch schwieriger; aber es ist dauerhafter und vor allem kulturfördernd. Das Recht ist eine geistige Macht. Diesen Glauben an das Recht müssen wir in unserer Seele erhalten; wir dürfen - jeder Einzelne von uns - keinen Augenblick daran zweifeln lassen. Ich selber setze mich in diesem Kampf bis zum letzten ein. Sie können damit rechnen, daß ich lieber falle, als daß ich die Rechtsidee aufgebe. Daß weiß man auch. Ich selber stehe ja in der Gesetzgebungsarbeit. Gerade wenn wir die gemeinschaftsschädlichen Handlungen zum Anlaß nehmen und alles das, was wir sonst als Verlustliste der Rechtswahrer bezeichnen müssen, dann kommen wir zu der Feststellung, daß wir in den letzten Jahren seit 1933 nicht immer so stark waren, um uns durchsetzen zu können. Heute hört man uns.

In dem Zusammenhang möchte ich auch betonen, daß gerade die Aufgaben, die uns etwa im Osten gestellt werden, immer einen Beweis damit erbrachten, was Rechtswahrer können, und was es bedeutet, wenn es sich um Fachleute handelt, die mit Recht gleichzeitig von sich sagen können, sie seien Nationalsozialisten; Nationalsozialisten und Fachleute - das heißt: Nationalsozialisten und Rechtskenner, Rechtskönner, Rechtsdiener, Rechtsverwirklicher, Rechtsfanatiker. Immer aber müssen wir uns darüber klar sein, daß der Staat, dem wir dienen, das Reich Adolf Hitlers, ein Reich des Rechtes ist und daß es sich in diesem weitgespannten Rahmen auch entwickeln möge.

<u>19.11.1941</u>

Ich danke Ihnen, Kameraden, und möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß alle die Fragen, die heute im einzelnen erörtert wurden, in weiteren Beratungen gelöst werden. Die Lage der Rechtswahrer ist ja gegenüber früher weitaus gebessert. An vielem, was früher gewesen ist, sind wir selber bezw. die Justiztradition schuld, etwa die Gutmütigkeit mancher Landesjustizminister oder Reichsjustizminister, die in Etatsfragen immer die Opfer waren, die sich immer bereit erklärt haben, nachzugeben, und von denen jedes Opfer angenommen wurde. Was in Jahrzehnten versäumt wurde, muß nun endlich korrigiert werden. Wenn das Recht nie im Mittelpunkt gestanden hat, dann gehört es jetzt in den Mittelpunkt. Es ist klar, daß man dabei nicht nur an die Juristen zu denken braucht. Das Recht gehört um so mehr in den Mittelpunkt; denn wenn man die Rechtswahrer ausschalten würde, dann würde das Recht eine noch monumentalere Notwendigkeit werden. Man täusche sich nicht darüber. Darum ist auch der Kampf gegen den Rechtswahrer eigentlich lächerlich, ebenso lächerlich wie der Kampf gegen die Akademiker überhaupt. Er ist unserer Bewegung unwürdig. Unsere Bewegung ist keine Proletenbewegung, sie ist eine aristokratische Bewegung, eine Bewegung von leuchtender Größe und nicht verkümmernder Kleinlichkeitsduselei. Dies gilt um so mehr, als wir uns jetzt anschicken, das größte Weltreich der deutschen Nation aufzurichten. Dieses Weltreich bedarf einer Rechtsgeordnetheit. Daher wird unsere Aufgabe nach dem Kriege auch ungemein schöpferischer Art sein. Wir werden positivste Dinge zu tun bekommen. Allüberall wird es sich rühren und regen. Das Bedürfnis nach dem Recht wird aus allen Zonen unseres Gemeinschaftslebens aufsteigen, und ich glaube, daß die größte Stunde der Erfüllung unserer Aufgabe nunmehr mit dem Siege Adolf Hitlers vor uns liegt.

Man kritisiert nicht im Kriege, man treibt im Kriege auch keine Opposition, man will vor allem nicht irgendwelche Schwierigkeiten machen. Darum können wir auch ge-

wisse Dinge nicht öffentlich austragen. Wir haben mehr Geschmack als das Schwarze Korps. Aber es ist klar: die Zeit kommt, in der diese Dinge einmal mit der ganzen Wucht einer kaum erwarteten Energie ausgetragen werden. Denn man hat sich bis jetzt in dem Typ des Juristen getäuscht. Der bisherige Typ mochte dazu Anlaß geben, den Juristen einer gewissen weichlichen spießbürgerlichen Haltung, einer etwas gleichgültigen von politischen Dingen Abseitsgehaltenheit zu zeihen. Der Typ, den wir erziehen werden, wird genau so aufrechte starke Persönlichkeiten bringen, wie wir sie in allen anderen Bereichen des Gemeinschaftslebens haben. Wir haben die herrliche Geschlossenheit des Rechtslebens aus der Justiz, aus der Wirtschaft, aus der Verwaltung usw. Aus allen Bereichen haben sie sich zusammengefunden und haben doch in diesem Rechtsstand eine große, schöne soziale organisatorische Einstellung gefunden. Und damit können wir uns wirklich sehen lassen. Schauen Sie doch nur nach Italien oder den anderen Ländern, die vergleichbar sind. Wie kläglich sieht es doch dort aus, wo die ganze Rechtswelt völlig und ausschließlich von den zwei Komponenten Ministerium und Wissenschaft allein getragen wird. Daraus können Sie ermessen, welche Bedeutung dieser Rechtsstand hier besitzt, der sich allerdings nicht anmaßen soll, staatliche Dinge zu machen, der aber, wenn er in seinem eigenen Bereiche bleibt, die große Organisation der NSDAP. zur Durchführung des Punktes 19 des Parteiprogrammes ist. Ich nenne es den Rechtsturm, aus dem wir uns nicht herausbringen lassen wollen, zu dem auch die Akademie für Deutsches Recht und das Reichsrechtsamt gehören.

Der Führer hat unseren Bund gegründet, er hat selber seinen Namen unter die Gründungsurkunde gesetzt, er hat uns immer arbeiten lassen. Alle Versuche, uns durch hämische Verächtlichmachung herabzudrücken, sind mißglückt, weil es bei solchen Dingen nicht darauf ankommt, wer sie macht, sondern nur darauf, auf wen sie keinen Einfluß haben. Uns kann man nicht in die öde Ebene eines lächerlichen Revolver-

blattwesens herabholen. Wir stehen zu hoch. Wir berufen uns auch nicht auf unsere juristische Tradition,- denn die ist erst 400 Jahre alt, - wir berufen uns auf das germanische Rechtsempfinden, das so alt ist wie die germanische Rasse, nämlich viele tausend Jahre.

So wünsche ich denn, daß die Arbeit des N.S.R.B. weitergehen möge. Auch wenn ich im Osten viel zu tun habe, so können Sie doch damit rechnen, daß ich mich in zunehmendem Maße mit den Dingen beschäftigen werde. Ich werde mich bei Euch in Eurem Kreise immer am wohlsten fühlen und hier zu Hause sein; denn das ist meine und unsere Heimat, aus der heraus jeder ins große Leben getreten ist. Ich wünsche Euch für diese Arbeit weiter alles Beste.

Mit einem von Dr. Heuber auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil findet die Tagung ihren Abschluß.

(Schluß der Tagung: 13^{20} Uhr).

Nachmittags: Besuch der Werbestelle des Generalgouvernements in Berlin durch den Herrn Generalgouverneur in Begleitung des Reichsministers Funk und Dr. Heubers.

23^{17} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

Krakau

IX/3

Donnerstag, den 20. November 1941

12^{30} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den ungarischen Oberstleutnant Vitéz Kisgeszényi Szabo Andor in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Oberstleutnant Vitéz Kisgeszényi Szabo Andor überbringt dem Herrn Generalgouverneur die Einladung zu einer Reise nach Ungarn.

16^{10} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

16^{25} Besprechung mit Gesandtem von Wühlisch und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{40} Besprechung mit Stabsleiter Stahl.

17^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generaldirektor des spanischen Gesundheitswesens Professor Dr. Pallanca und zwei Begleiter in Anwesenheit von Obermedizinalrat Dr. Walbaum.

Die spanischen Herren befinden sich zur Besichtigung der gesundheitlichen Einrichtungen auf einer Reise durch das Generalgouvernement.

19^{30} Abendessen.

20^{30} Vorführung des Karl Ritter-Films "Kadetten" und der neusten Wochenschau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

IX/3 Krakau

Freitag, den 21. November 1941

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{40} Präsident Dr. Frauendorfer hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über eine Sitzung bei Reichsmarschall Göring, an der Präsident Dr. Emmerich und er, Dr. Frauendorfer, teilgenommen hätten. In dieser Sitzung seien von Reichsmarschall Göring klare Richtlinien über Arbeitseinsatzfragen gegeben worden. Nach den Worten des Reichsmarschalls müsse die gesamte europäische Kapazität in Bezug auf Nahrungsmittel, Rohstoffe und Bodenschätze restlos für die deutsche Kriegswirtschaft eingespannt werden. Der Führer habe seine bisherige Einstellung dahin abgeändert, daß nun die russischen Kriegsgefangenen auch in der Rüstungsindustrie Verwendung finden sollten. In diesem Entschluß habe ihn die Tatsache bestärkt, daß die russische Rüstungsindustrie modernsten Anforderungen genügte und unter den russischen Kriegsgefangenen sich sehr viele Facharbeiter befänden, die nun für die gleichen Zwecke in deutschen Diensten arbeiten könnten. Der Reichsmarschall habe sich auch für die Beibehaltung des bisherigen Lohnniveaus im Osten ausgesprochen.

Das Generalgouvernement habe bisher die meisten Arbeiter zum Einsatz ins Reich geschickt. Man sei sehr zufrieden und habe keinerlei Beschwerden geäußert, im Gegenteil von fast sämtlichen Reichsstellen lägen ihm Dankschreiben vor. In den wenigen Wochen seien bereits über 50 000 Landarbeiter aus Galizien ins Reich vermittelt worden.-

Präsident Dr. Frauendorfer wirft dann die Frage auf, ob die von der Partei geplante Einsetzung von Betriebsobmännern durch die Partei zweckmäßig sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, daß er in seiner Eigenschaft als Reichsleiter eine diesbezügliche Anordnung noch nicht erlassen habe und daß er vorher die maßgeblichen Betriebsleiter hören wolle.

21.11.1941

Das Vorgehen einer politischen Beurteilung der einzelnen im Generalgouvernement tätigen Parteigenossen durch politische Leiter, das Präsident Dr. Frauendorfer in der Art und Weise der Durchführung als bedenklich bezeichnet, solle in einer Besprechung erörtert werden.

Präsident Dr. Frauendorfer kommt zum Schluß auf die Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen des Generalgouvernements zu sprechen, die früher viel kameradschaftlicher gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Frauendorfer, Schwierigkeiten dieser Art dem Herrn Staatssekretär vorzutragen.

11.10 Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Aufstellung über den Notenumlauf vor. Bis zum 30. Juni sei dieser Umlauf ansteigend, in den nachfolgenden Monaten rückläufig und in der letzten Zeit wieder ansteigend gewesen.- Vom Reichsfinanzminister sei die regelmäßige Zusendung der Ausweise der Emissionsbank angefordert worden. Die Ausweise würden bis jetzt vertraulich an die Reichsbank gegeben und er sehe keine Veranlassung zu einer direkten Übersendung an das Reichsfinanzministerium.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung an und fordert Bankdirigent Dr. Paersch zu einem Antwortschreiben an den Reichsfinanzminister auf, in welchem ihm die Anforderung der jeweiligen Ausweise von der Reichsbank anheim gestellt wird. Von einer Veröffentlichung des Ausweises vom vorigen Jahr solle man absehen.

Für die beabsichtigte Änderung der Aufschriften der Notenbank ersucht der Herr Generalgouverneur Bankdirigent Dr. Paersch um Vorbereitung eines diesbezüglichen Verordnungsentwurfs.

3

21.11.1941

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt weiter, daß man wegen der Wehrmachtszahlungen unbedingt mit Reichswirtschaftsminister Funk in Verbindung treten müsse, um die Möglichkeiten einer Entlastung für das Generalgouvernement zu prüfen.

11[20] Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

11[45] Besprechung mit Präsident Spindler, Präsident Senkowski und Oberregierungsrat Frhr. von Streit.

Gegenstand der Besprechung ist die Erhöhung des Kriegszuschlags auf Tabakwaren und Alkohol.

Präsident Senkowski führt einleitend aus, daß der Kriegszuschlag, der bisher bei Tabakwaren und Bier 20 % und bei Alkohol und Schaumwein 1.-RM pro Liter und Flasche betragen habe, im Reich im Rahmen der Maßnahmen zur Abschöpfung der Kaufkraft erhöht worden sei, und zwar bei Tabakwaren auf 50 %, bei Schaumwein auf 3.-RM pro Flasche und bei Alkohol auf 2.-RM pro Liter. Diesen Maßnahmen wolle das Generalgouvernement folgen. Die im Generalgouvernement gültigen Preise seien den im Reich geltenden Verkaufspreisen dieser Erzeugnisse bisher angeglichen gewesen. Man müsse also auch hier eine entsprechende zusätzliche Belastung bei Tabakwaren und Alkohol eintreten lassen. Die polnische Bevölkerung solle durch die Nichteinführung des erhöhten Kriegszuschlags auf diese Genußmittel nicht besser gestellt werden als die deutsche. Die Erhöhung des Preises für Schaumwein scheide wegen zu geringer Produktion aus. Bei Bier sei eine zusätzliche Belastung durch Erhöhung des Kleinverkaufspreises nicht zweckmäßig, da der hiesige Bierpreis an und für sich schon über dem des Reiches liege. Wenn anzustellende Untersuchungen ergäben, daß der Kriegszuschlag im derzeitigen Bierpreis ohne Be-

lastung der Konsumenten eingesetzt werden könne, dann solle auch hier eine Erhöhung des Preises durchgeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen die Übung, alles, was im Reich geplant würde, auch im Generalgouvernement kritiklos nachzuahmen. Man müsse genaue Untersuchungen zwischen der Kaufkraft und den Preisen machen. Die Löhne lägen im Generalgouvernement viel niedriger als im Reich, und daher könne man nicht schematisch mit den Maßnahmen des Reiches auf diesem Gebiet konform gehen. Praktisch sehe es so aus, daß die Arbeiter in zunehmendem Maße ihre Arbeitsstätten verließen, weil sie zu wenig verdient hätten. Diese Entwicklung sei bedrohlich. Die Situation der polnischen Bevölkerung sei miserabel. Von einer Besserstellung der Polen durch die Nichteinführung des erhöhten Kriegszuschlags könne also keine Rede sein. Das Generalgouvernement sei ein vollkommen selbstständiges Gebilde und brauche auf keine Stelle des Reiches Rücksicht zu nehmen.

Präsident Spindler und Frhr. von Streit erklären dazu, daß unter den Polen viel Geld vorhanden sei, daß vor allem 4/5 des Hauptbestandteils der polnischen Bevölkerung, die Bauern, sehr viel Bargeld besäßen.

Präsident Senkowski äußert dazu, daß die wehrwirtschaftlichen und wichtigen Versorgungsbetriebe Sonderzuteilungen von Zigaretten erhielten, die die Arbeiter zum Lebensmitteltausch verwendeten. Eine Gefahr, daß durch die geplanten Maßnahmen die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert werde, bestehe nicht. Bei Tabakwaren betrage der neue Kriegszuschlag 50 %, bei 100 %igem Alkohol 4,- Zl. pro Liter und bei Wodka 2,- Zl. pro Liter. Als Termin sei der 1. Dezember 1941 in Aussicht genommen.

21.11.1941

Präsident Spindler weist daraufhin, daß diese Erhöhung eine jährliche Mehreinnahme von 300 Millionen Zloty ausmache, auf die die Hauptabteilung Finanzen großen Wert lege.

Der Herr Generalgouverneur gibt sein grundsätzliches Einverständnis und will die Angelegenheit mit den zuständigen Fachabteilungen durchgesprochen wissen. Ausgangspunkt der ganzen Maßnahmen dürfe nicht die Anschauung einer Besserstellung der polnischen Bevölkerung gegenüber der Bevölkerung im Reich sein, die anscheinend nach Ansicht der reichsdeutschen Stellen durch die Nichteinführung einer solchen Erhöhung bestehe.

Die Besprechung wendet sich dann den kommenden Leistungen des Generalgouvernements zur Reichsverteidigung zu.

Der Herr Generalgouverneur will hierfür das Guthaben des Generalgouvernements beim Reich in Höhe von 500 Millionen Zloty verrechnet wissen. Weiter müßten vom Reich einmal die ungeheueren bisherigen Leistungen des Generalgouvernements anerkannt werden. Es gehe nicht an, daß man in Berlin erkläre, das Generalgouvernement möge einmal mit seinem Reichsverteidigungsbeitrag beginnen. In einem völlig verwahrlosten Lande habe man eine wohlgeordnete Verwaltung aufgebaut und zugleich vom ersten Tage mit Leistungen an das Reich begonnen. Nunmehr müsse vor weiteren Leistungen unter diese erst ein Schlußstrich gemacht werden. Das Reichsfinanzministerium müsse sich zu einer schriftlichen Anerkennung all' dieser Beiträge des Generalgouvernements bequemen. Der Staatssekretär der Regierung solle ein Schreiben, in dem die bisherigen Leistungen des Generalgouvernements festgelegt seien, nach Berlin richten.

21.11.1941

Auf eine Frage des Präsident Spindler gibt der Herr Generalgouverneur seine Zustimmung zum Beginn von Verhandlungen über weitere Leistungen des Generalgouvernements zur Reichsverteidigung unter der Voraussetzung, daß die bisherigen ausdrücklich anerkannt werden.

Zu der vom Herrn Generalgouverneur angeschnittenen Frage des Polizeietats gibt Präsident Spindler seiner Meinung Ausdruck, daß eine Herabsetzung der Polizeikosten zur Zeit nicht erreicht werden könne, da dauernd 8 Bataillone im Lande seien.

Der Herr Generalgouverneur trifft daraufhin die Entscheidung, daß die am 1. Dezember fälligen Verhandlungen ausfallen sollten, daß aber der 1.April 1942 als nächster Verhandlungstermin ausdrücklich vorbehalten werden müsse.

In diesem Zusammenhang ersucht der Herr Generalgouverneur die Herren der Finanzabteilung, dem Ausbau des Sonderdienstes in finanzieller Hinsicht besonderes Augenmerk zu schenken.

12[15] Besprechung mit Generaldirektor Zangen, Leiter der Gruppe Industrie in der Reichswirtschaftskammer, Herrn Guth, Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, Regierungsrat Dr. F. Neupert, Geschäftsführer der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft, in Anwesenheit von Ministerialrat Plodeck und Frhr. von Gregory.

Der Herr Generalgouverneur geht davon aus, daß das Generalgouvernement in einer Entwicklungspause stehe. Aus einem toten Winkel sei es ein Zwischenland geworden. Das Generalgouvernement sei

21.11.1941

jetzt der letzte Ausläufer einer unmittelbar nach Reichsmethoden geführten Verwaltung. Östlich von ihm beginne die koloniale Landschaft. Seiner Meinung nach müßten alle wichtigen Industrien ihre Positionen nach dem Osten verschieben. Infolge der während des Krieges andauernden Schwierigkeiten habe man einen Übergangsstatus gewählt: Das Generalgouvernement stelle seine Werke reichsdeutschen Unternehmungen mit Vorkaufsrecht pacht- und leihweise zur Verfügung. Die im Lande vorhandenen Möglichkeiten seien bis jetzt bei weitem nicht ausgenützt worden. Man könne hier auf einen großen Bestand von Facharbeitern zurückgreifen, Ausbaumöglichkeiten beständen in großem Maße. Das Generalgouvernement stehe dem Einsatz reichsdeutscher Unnehmungen in diesem Gebiet absolut positiv gegenüber.

Generaldirektor Zangen erklärt, daß durch die Einführung der deutschen Arbeitsmethoden unter Leitung von deutschen Unternehmern die Leistung um mindestens 50 % gesteigert werden könnte. Von hier aus könne dann nach der Slowakei und dem Osten exportiert werden. Seiner Ansicht nach werde wahrscheinlich in nächster Zeit ein Konkurrenzkampf auftreten: in den neuen Ostgebieten, in den Randstaaten, in der Ukraine, überall müsse man deutsche Unternehmer für die vorhandenen Betriebe einsetzen. Wichtig sei daher, daß die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten des Generalgouvernements bekannt würden und daß das Generalgouvernement als erstes Gebiet zum Zuge komme. Auf Grund seiner verschiedenen Unterredungen glaube er feststellen zu können, daß die zuständigen Stellen des Generalgouvernements mit den Plänen seiner Wirtschaftsgruppe einverstanden seien.

Auf die Einwendung des Herrn Generalgouverneurs, daß man eine gemeinsame Linie des Vorgehens klarlegen müsse, berichtet Ministerialrat Plodeck, daß Verhand-

lungen in diesem Sinne gepflogen würden. Wohl fundierte, gute Betriebe des Reiches müßten die Möglichkeit bekommen, sich im Generalgouvernement niederzulassen. Unternehmungen träten bereits jetzt schon mit weitgehenden Pachtwünschen mit Einräumung eines Vorkaufsrechts und Kaufabsichten an seine Abteilung heran. Erst am vorigen Tage habe man mit einem großen Reichsunternehmen einen Vertrag geschlossen. Er sei überzeugt, daß dadurch eine höchst gedeihliche Entwicklung eingeleitet werde.

Den Einwand Ministerialrats Plodeck, daß allerdings für die Kriegsteilnehmer Betriebe freigehalten werden müssen, entkräftet Generaldirektor Zangen mit dem Hinweis, daß für sie wohl in erster Linie kleinere Unternehmen in Frage kämen. Er habe sich auch mit Präsident Dr. Emmerich eingehend über den ganzen Fragenkomplex unterhalten. In dieser Unterredung sei vor allem über die Organisation gesprochen worden. Die zuständigen Regierungsstellen sollten beim Aufbau die allgemeinen Richtlinien bestimmen, nach denen dann der Industrielle die Ausführung bewerkstellige.

12⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant Sommé in Begleitung von Major von Dazur.

Generalleutnant Sommé berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der Verlegung des Luftgaukommandos, das eine Belegschaft von 2 500 Menschen habe, nach Krakau. Er bittet den Herrn Generalgouverneur um seine Stellungnahme, ob es im Interesse des Generalgouvernements sei, daß ständige Garnisonen ins Generalgouvernement gelegt würden.

Der Herr Generalgouverneur ist mit diesen Plänen des Generalleutnants Sommé völlig einverstanden, denn er sieht darin die einzige Möglichkeit, das deutsche

21.11.1941

Element in diesem Lande zu verankern. Er sieht darin eine große Aufbauarbeit für das Generalgouvernement, da in absehbarer Zeit für die Angehörigen dieser Garnisonstruppen Wohnungen, Schulen usw. errichtet werden müßten.

Generalleutnant Sommé äußert den Wunsch, in Krakau eine Armeefliegerschule, in Krosno eine technische Schule und in Lemberg eine Jagdfliegerschule einzurichten. Außerdem plane er, nach Przemysl ein Ausbildungsbataillon und nach Krakau und Lemberg je ein Flugzeugführeranwärter-Bataillon zu legen.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Regierungspräsident Reitter in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{20} Besprechung mit Geheimrat Rattinger in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt Geheimrat Rattinger den Auftrag, sich wegen der nötigen Mittel zur Weiterführung der Arbeiten am Bau von Gouverneur Wächter mit der Hauptabteilung Finanzen in Verbindung zu setzen. Weiter trifft er die Entscheidung, daß vor dem nächsten Finanzjahr nicht mit dem zweiten Bauabschnitt des Staatskasinos (Repräsentationsräume) begonnen wird.

Zum Betreten des Staatskasinos solle man den hierzu Berechtigten einen besonderen Ausweis geben.

Geheimrat Rattinger erklärt, daß ihm von Professor Buchner, mit dem er nach Warschau gefahren sei, um mit Stadthauptmann Leist die Frage der Errichtung eines Ratskellers und eines großen Konzertsaals zu prüfen, für den Herrn Generalgouverneur ein militärisches Geheimpapier übergeben worden sei. Dieses Geheimdokument übergebe er hiermit dem Herrn Generalgouverneur und betrachte sich als seines Auftrages entbunden.

21.11.1941

In Warschau sei ihm von den dortigen Archikten über Unzuträglichkeiten unter dem Hauspersonal des Belvedere berichtet worden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Geheimrat Rattinger, diese Angelegenheit mit Kammergerichtsrat Dr. Keith zu besprechen, der für Abhilfe sorgen solle.

Herr Geheimrat Rattinger berichtet dann weiter von der von ihm erreichten Beilegung einer strittigen Frage zwischen Stadtkommandant General von Höberth und Ministerialrat Plodeck wegen des Park-Hotels in Krakau. - Der Kanzleineubau auf der Burg solle bis zum 10. Dezember unter Dach gebracht werden, sofern nicht unerwarteter Frost eintrete. Er sei jedoch entschiedener Gegner einer Fortsetzung der Maurerarbeiten, wenn mehr als 10° Frost herrschten. Die Firma arbeite mit unzulänglichen Mitteln. Auch hier könne man die Erfahrung machen, daß die Übertragung solcher großen Bauvorhaben an eine mittlere Firma vorteilhafter sei als an eine Großfirma, da erstere bei Ausführung eines solchen Projektes mehr Ehrgeiz zeige. Für den Notfall habe man für Bretter zur Zunagelung der beiden offenen Dachflanken des Längsbaues gesorgt.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Kenntnis von seinem Plan, mit Beginn des nächsten Frühjahrs ein riesiges Wohnungsbauprogramm in Angriff nehmen zu lassen.

Zur Eröffnung des Staatskasinos schlägt Staatssekretär Dr. Bühler eine Weihnachtsfeier der Gefolgschaft vor. Mit Inbetriebnahme des Staatskasinos würden von der Regierung mindestens 30 Spezialkasinos in Krakau geschlossen werden, deren Räume dann für Wohnzwecke zur Verfügung stünden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Staatssekretär Dr. Bühler weiter, daß im

Staatskasino

21.11.1941

innerhalb von 2 Stunden dreimal je 800 Personen verpflegt werden könnten. Das nötige Personal sei vorhanden.

16^{40} Besprechung mit Präsident Westerkamp und Rechtsrat Dr. Hammerle in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Präsident Westerkamp führt aus, daß der Entwurf für die Schaffung eines einheitlichen Polizeiverwaltungsrechts fertiggestellt sei, durch den das Polizeirecht auf eine feste Grundlage gestellt werden solle. Bisher erließen die Gouverneure und Kreishauptleute ihre Anordnungen ohne jede Rechtsgrundlage. In dieser neuen Verordnung sei auch die Aufhebung des polizeilichen Verordnungsrechts der SS und Polizei und die Unterstellung der Formationen der Ordnungspolizei, soweit sie dem Einzeldienst zugeteilt seien, unter die Kreis- und Stadthauptleute vorgesehen.

Staatssekretär Dr. Bühler erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, dem Höheren SS- und Polizeiführer die unbedingte Notwendigkeit einer solchen die Befugnisse der Polizei einschränkenden Regelung klarzumachen und eine Einigung mit ihm zu erzielen.-Der Entwurf, für dessen Inkrafttreten der 1. oder 15. Dezember 1942 vorgesehen ist, wird von Präsident Westerkamp an Staatssekretär Dr. Bühler übergeben.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Westerkamp, daß die Verhandlungen über den Stellenplan positiv abgeschlossen seien und man nur noch auf den Abdruck im Reichsbesoldungsgesetzblatt warte. Es fehle nur noch eine Einigung auf dem polizeilichen Sektor, die sich aber unschwer in Besprechungen regeln lasse.

Der Herr Generalgouverneur regt auf Grund dieser Sachlage die Vorbereitung der Personalvorschläge im Stellenplan an.

12

21.11.1941

Im Anschluß kommt sodann die Tätigkeit der Polizei im Generalgouvernement zur Sprache. Hier wird besonders der in Lublin vorgekommene Fall einer ganz kurzfristigen Evakuierung von 2 000 polnischen Bauern erörtert, die auf Anordnung des SS- und Polizeiführers Globocnik ohne Wissen der Verwaltung durchgeführt wurde.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, daß diese Angelegenheit Gegenstand von Besprechungen zwischen Staatssekretär Dr. Boepple und dem Höheren SS- und Polizeiführer Krüger sei. Das Verhalten Globocniks sei dabei von General Krüger mißbilligt worden.

Präsident Westerkamp glaubt, daß in der Polizei eine gewisse selbständige Aktivität einsetze, die z.B. in einer Anordnung des Kommandeurs der Ordnungspolizei über das Dirnenunwesen zum Ausdruck komme.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt dazu fest, daß er Schritte zur Abstellung dieser und zur Vermeidung kommender selbständiger Anordnungen der Polizei unternommen habe.

Rechtsrat Dr. Hammerle macht davon Mitteilung, daß auf Befehl des Reichsführers SS alle SS-Führer aus dem Sonderdienst zurückgezogen worden seien. Diese SS-Männer habe man im Osten eingesetzt, wo ebenfalls eine Art Sonderdienst, nur unter anderem Namen, aufgestellt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur hebt angesichts der zu geringen Polizeikräfte im Generalgouvernement die Wichtigkeit des Sonderdienstes hervor und ersucht Dr. Hammerle, über den augenblicklichen Stand dieser Truppe zu berichten.

Rechtsrat Dr. Hammerle führt aus, daß nach der durchgeführten Reinigung und Ausmerzung aller, die nicht als Volksdeutsche gelten können, momentan 2 600 Sonderdienstmänner eingezogen seien. Er glaube nicht,

daß der Wunsch des Herrn Generalgouverneurs, in 2 bis 3 Jahren Jahren ungefähr 10 000 Mann zusammen-zubringen, bei der bisher geübten Beschränkung auf Volks- und Reichsdeutsche durchgeführt werden könne. Das brennendste Problem sei zur Zeit der Einsatz von Führern. Vor 14 Tagen habe er in Berlin mit dem Personalamt des OKW verhandelt und die Zusage erhalten, daß weitere Offiziere für den Sonderdienst zur Verfügung gestellt werden sollten. Auch der MiG wolle den Sonderdienst weiter wie bisher unterstützen. Das wichtigste Erfordernis sei die Bereitstellung von Unterführern für eine gewisse Zeit und von Offizieren für dauernd. Beides habe er in seinen letzten Verhandlungen erreicht. Künftig würden auch keine Volksdeutschen mehr durch die Wehrmacht eingezogen werden.

Die Angehörigen des Sonderdienstes erhielten die gleiche Löhnung wie die der Wehrmacht, auch die Familienunterstützung werde nach den gleichen Sätzen bezahlt. Die Verpflegung sei gut. In 14 Tagen könne ein großes Barackenlager vom Sonderdienst bezogen werden. Weiter bestehe eine Sonderdienstschule sowie eine eigene Musikkapelle. Eine einheitliche Disziplinarstrafordnung komme bereits zur Anwendung.- Im Krakauer Ersatz-Bataillon befänden sich zur Zeit 370 Mann, von denen 150 für Wachgestellungen benötigt würden.

Die Frage der Uniformierung sei das am schwersten zu bewältigende Problem gewesen. Der Erlaß des Führers, daß Uniformierte außerhalb der Wehrmacht alle militärischen Rangabzeichen abzulegen hätten, gelte aber nach Vereinbarungen mit dem OKW nicht für den Sonderdienst.

Der Herr Generalgouverneur äußert seine Freude über die aufwärtssteigende Entwicklung des Sonderdienstes und ersucht Dr. Hammerle um seine weitere

tatkräftige Aufbauarbeit. Alle zuständigen Stellen in der Regierung mit Staatssekretär Dr. Bühler an der Spitze würden die Belange des Sonderdienstes weitgehend fördern. Als zusätzliches Reservoir für Einziehung zum Sonderdienst könne man die Volksdeutschen in der Slowakei betrachten, und Rechtsrat Dr. Hammerle solle die nötigen Schritte in dieser Richtung unternehmen. Er selber habe jederzeit ein offenes Ohr bei auftretenden Schwierigkeiten. Er sei auch gern bereit, die Führer des Sonderdienstes einmal zu empfangen. Für die kasernierten Sonderdienstmänner wolle er eine kleine Weihnachtsgabe zur Verfügung stellen. Auch eine Besichtigung der Kasernen könne man ins Auge fassen. Zu empfehlen sei weiter die Vornahme einer öffentlichen Vereidigung in feierlichem Rahmen. Die Uniform des Sonderdienstes müsse ein besonders geschmackvolles Aussehen erhalten. In Zukunft solle der Sonderdienst auch Ehrenformationen stellen. Diese Abteilung könne man vielleicht durch Ausstattung mit weißen Schnüren etwas aus dem allgemeinen Rahmen herausheben. -

Rechtsrat Dr. Hammerle betont, daß es ihm notwendig erscheine, daß er bei wichtigen Verhandlungen als offizieller Beauftragter des Generalgouverneurs für den Sonderdienst auftreten könne. Als Sachbearbeiter einer Fachabteilung werde er sonst als letzte Instanz in diesen Verhandlungen nicht angesehen.

Präsident Westerkamp sieht darin den Beginn von gewissen Bestrebungen des Sonderdienstes, sich aus der Hauptabteilung Innere Verwaltung herauszulösen. Dieses Beispiel würde bei anderen Unterabteilungen wie z.B. dem Baudienst, Gesundheitswesen usw. Schule machen.

21.11.1941

Staatssekretär Dr. Bühler spricht sich für das Weiterverbleiben des Sonderdienstes in der Hauptabteilung Innere Verwaltung aus, ist aber für eine gewisse selbständige Stellung des Sonderdienstinspekteurs nach außen hin. Das könne man dadurch erreichen, daß man Dr. Hammerle einen speziellen Auftrag innerhalb des Staatssekretariats für die Angelegenheiten des Sonderdienstes gebe.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Regelung für angebracht:

1. Der Sonderdienst bleibt eine zuständige Angelegenheit der Hauptabteilung Innere Verwaltung (auch etatmäßig);
2. der Inspekteur des Sonderdienstes untersteht dem Hauptabteilungsleiter Innere Verwaltung;
3. unabhängig von dieser Klarlegung kann der Staatssekretär der Regierung dem Inspekteur des Sonderdienstes einen Sonderauftrag geben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß Dr. Hammerle auch in Zukunft bei Verhandlungen mit Reichsstellen als amtlicher Beauftragter des Generalgouverneurs für den Sonderdienst auftreten könne.

Als Briefkopf für schriftliche Verhandlungen mit Instanzen des Reiches hält der Herr Generalgouverneur

Regierung des Generalgouvernements
Hauptabteilung Innere Verwaltung
Abteilung Sonderdienst } in schwarzer Schrift

Beauftragter des Generalgouverneurs für den Sonderdienst } in roter Schrift

für ratsam.

Die Befehle für eine truppenmäßige Zusammenfassung des Sonderdienstes bei außerordentlichen Maßnahmen behält sich der Herr Generalgouverneur vor. Im übrigen müsse der Sonderdienst in der Hauptsache den Kreishauptleuten zur Verfügung stehen.

21.11.1941

Präsident Westerkamp berichtet zum Schluß, daß zur Zeit 6 Kreishauptmannschaften unbesetzt und 5 Kreishauptmannschaften mit völlig ungeeigneten Leitern besetzt seien. Er habe nun von Berlin Regierungsräte zur Verfügung gestellt erhalten und wolle die fraglichen Kreishauptmannschaften mit diesen Beamten besetzen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hierzu sein Einverständnis.

17^{40} Besprechung mit Präsident Hofrat Watzke.

Präsident Watzke bittet den Herrn Generalgouverneur, die Eröffnung der Bücherei des Generalgouvernements, die am 1. Dezember vormittags 11 Uhr stattfinden solle, persönlich vorzunehmen. Mit diesem Akt sollten im Generalgouvernement 12 große Stadtbüchereien zu je 2 000 Bänden und 200 kleinere zu je 150 Bänden der Öffentlichkeit übergeben werden. -

Die Durchführung der Eröffnung von Instituten, die augenblicklich von der Wehrmacht belegt seien, würde bis zum Frühjahr vorbereitet sein. Jetzt schon kämen von den verschiedensten Stellen Forderungen nach ausgebildeten Fachkräften. So verlangten z.B. die Ostbahn, die Abt. Innere Verwaltung und die Abt. Justiz dringend nach Juristen. Die Organisation sei so weit gediehen, daß nach Freiwerden der Räume im März der Lehrbetrieb beginnen könne. Die Institute würden in "Appartements" geteilt, man spreche nicht von Semestern, sondern von Kursen, die 3, 5 und 7 Monate dauerten. Die Kursusteilnehmer müßten eine Eignungsprüfung zu Beginn und eine Abschlußprüfung ablegen. Im tierärztlichen und landwirtschaftlichen Institut liefen die Kurse 3 Jahre, im medizinischen Institut 4 Jahre. Unterrichtssprache sei deutsch. -

In Borislaw sei auf Grund von Vereinbarungen der Abt. Bergbau mit Vertretern der Beskiden-Gesell-

schaft eine Höhere Bohrmeisterschule ins Leben gerufen worden. -

Der Ausbau des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens sei vor der Vollendung. Die ganze Landjugend würde durch diese Schulen erfaßt werden. Man habe in den einzelnen Sammelgemeinden einen Ort ausgewählt, der ungefähr in der Mitte von 5 bis 6 Ortschaften läge, um allzulangen Schulweg zu ersparen. Im Distrikt Krakau beständen 160 derartige Schulen mit 35 000 Schülern, im Distrikt Radom bereits 115 mit 20 000 Schülern. Ähnliche Ziffern müsse man für die Distrikte Lublin und Warschau annehmen, so daß bereits über 600 Schulen im ganzen Generalgouvernement in Betrieb seien. Im Distrikt Galizien beginne die Arbeit in den nächsten Wochen. Bis Ende des Jahres hoffe man in den fünf Distrikten ungefähr 120 000 Schüler erfaßt zu haben.

Seine Hauptabteilung arbeite aufs engste mit der Abt. Ernährung und Landwirtschaft zusammen. So sei es möglich gewesen, alle Maßnahmen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft über diese Schulen in der ländlichen Bevölkerung bekanntzumachen. -

Präsident Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur die ersten 4 Blätter des Beheim-Codex. Die Arbeiten für die zu errichtende Krakauer Universität gingen in aller Stille weiter. Für die geplante Sternwarte in Mogilani habe man einen deutschen Leiter gewonnen. Leider sei das beste Instrument, das die Polen gehabt hätten, in Lemberg vernichtet worden. Bei Zeiß-Jena seien 3 solche Instrumente in Auftrag gegeben worden, deren Herstellung aber Jahre dauern würde.

Der Herr Generalgouverneur wünscht ein stilles, aber stetiges Aufbauen der zu einer Universität führenden Institutionen. Eine öffentliche Diskussion solle man vermeiden.

21.11.1941

Die Pläne für den Aufbau eines Technikums in Warschau seien, wie Präsident Watzke ausführt, so weit gefördert, daß der Betrieb in einigen Monaten aufgenommen werden könne. Man habe sich weitgehend an das Technikum in Nürnberg, das sich in 5 Abteilungen gliedere, angelehnt. - Die Ostbahn habe bereits zum zweiten Mal eine dringende Anforderung von polnischen Gymnasiasten an ihn gerichtet.

Der Herr Generalgouverneur will diese polnischen Schüler nach Besuch eines Vorbereitungskursus zur Verfügung gestellt wissen.

Mit der Aufnahme des Betriebes von drei Lehrerbildungsanstalten für den dringendsten Lehrernachwuchs in Galizien ist der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Präsident Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur zum Schluß das Monatsheft der Staatsbibliothek, die zwei neusten Hefte des "Ster", ein Heft für die gewerblichen Schulen und die neue polnische Rechenfibel.

In diesem Zusammenhang regt der Herr Generalgouverneur an, das bisher erschienene polnische Schrifttum zusammenzustellen und in der Berliner Pressekonferenz zu zeigen.

19¹⁰ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Liste über die geplanten kulturellen Veranstaltungen im Generalgouvernement vor.

19³⁰ A b e n d e s s e n .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg Krakau).

..../3

Krakau

Sonnabend, den 22. November 1941

12^{30} F r ü h s t ü c k .

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg Krakau).

1089

IX/3

Sonntag, den 23. November 1941

13^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kattowitz.

Abends: Rückfahrt nach Kressendorf.

1091

Krakau

IX/3

Montag, den 24. November 1941

16^{20} Ankunft auf der Burg zu Krakau.

17^{00} Diktat eines Aufsatzes über "Die Technik des Staates".

(Übernachtung auf der Burg zu Krakau).

1091

XX/3 Krakau

Dienstag, den 25. November 1941

10^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Regierungsrat Arnold und Herrn Gerdes (Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda).

Der Herr Generalgouverneur ordnet für den nächsten Tag eine gemeinsame Besprechung zwischen den anwesenden Herren und Ministerialrat Plodeck und Direktor Trinks unter seinem Vorsitz zur Neuregelung des Filmwesens im Generalgouvernement an.

10^{50} Besprechung mit Pressechef Gaßner.

10^{55} Besprechung mit Parteirichter Dr. Nosko.

Gegenstand der Besprechung ist das Verhältnis Zörner-Globocnik im Distrikt Lublin.

Der Herr Generalgouverneur gibt die Erlaubnis zu einer Besprechung an Ort und Stelle in Lublin, bei der Parteirichter Dr. Nosko versuchen soll, durch unmittelbare Besprechungen mit Gouverneur Zörner und SS- und Polizeiführer Globocnik strittige Fragen zu klären.

11^{45} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. der Fünften Verordnung über die Sozialversicherung im Generalgouvernement (Zuschläge zur Renten- und Unfallversicherung) vom 14. November 1941,
2. der Verordnung über Unterstützung an Militärrentenempfänger des ehemaligen polnischen Staates und ihrer Hinterbliebenen im Distrikt Galizien,
3. der Verordnung über die Bestätigung von Schecks im Distrikt Galizien,

4. der Dritten Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien,
5. der Verordnung über die vorläufige Regelung von Unterstützungszahlungen an Pensionsempfänger des ehemaligen polnischen Staates und der polnischen Selbstverwaltungsverbände im Distrikt Galizien,
6. der Verordnung über Viehzählungen im Generalgouvernement,
7. der Verordnung über die Bewirtschaftung von Gold, sonstigen Edelmetallen, Edelsteinen, Perlen sowie daraus gefertigten Waren im Distrikt Galizien,
8. des Erlasses zu der Verordnung über die vorläufige Sicherstellung des gesamten sowjetrussischen Staatsvermögens im Distrikt Galizien

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Ent-Entwürfe.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt SA-Oberführer Dr. Gstöttenbauer zur Verabschiedung und überreicht ihm sein Bild mit Unterschrift für verdienstvolle Mitarbeit.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten des Reichsverwaltungsgerichts Sommer.

12^{45} Besprechung mit Obermedizinalrat Dr. Walbaum, Oberstarzt Dr. Becker und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt General Winkler, Oberst Müller, Major von Peschke und Hauptmann Kiep.

Der Herr Generalgouverneur drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Abberufung des Hauptmanns Kiep

als seinem persönlichen Adjutanten in einer etwas unziemlichen Form geschehen sei. Als Generalgouverneur vereinige er alle Machtbefugnisse in seiner Person. Keine Instanz des Reiches könne in diese Befugnisse eingreifen. Auf Grund eines Briefes des Generals der Polizei Daluege, in dem die Gründe, die zur Abberufung des Hauptmanns Kiep führten, dargelegt seien, entlasse er diesen hiermit, um ihm Gelegenheit zur Frontbewährung zu geben. Er gebe Hauptmann Kiep seine besten Wünsche mit auf den Weg.

Bei dieser Gelegenheit spricht der Herr Generalgouverneur General Winkler seine Anerkennung über die vorbildliche Haltung des Offizierkorps im Generalgouvernements aus. Er läßt sich sodann von General Winkler eingehenden Vortrag über die neu eröffnete Polizeischule in Lemberg halten.

13.15 F r ü h s t ü c k .

15.30 Baubesprechung im Kasino der Burg.
Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Wächter
Staatssekretär Dr. Mühlmann
Präsident Bauder
Stadthauptmann Pavlu
Oberregierungsrat Frhr. von Streit
Geh. Oberbaurat Rattinger
Oberbaurat Dr. Eckert
Oberbaurat Hofer.

Eingangs legt der Herr Generalgouverneur den Zweck der Sitzung dar, der in der Hauptsache darin bestehen soll, eine gewisse Ordnung in das Bauwesen des Generalgouvernements zu bringen. Für alle kommenden

<u>25.11.1941</u>

Bauten müsse die Kriegswichtigkeit oberstes Prinzip sein. Darüber hinaus müsse das Generalgouvernement ohne Rücksicht auf die Kriegswichtigkeit da bauen, wo dies weder transportmäßig noch arbeitspolitisch eine Belastung des Reiches darstelle. In der Wohnungsfrage sei die Situation kaum noch tragbar. Die Veranlassung zu diesem Notstand gebe das Reich, da immer neue Werke im Generalgouvernement im Reichsinteresse aufgebaut werden sollen. Man müsse daran gehen, die Fertigstellung der angefangenen Bauten anzustreben, für die das Baumaterial bereits vorhanden sei. Eine weitere Aufgabe sei die Erstellung dringend notwendiger Bauten, wie z.B. Kasernen, Schulen, Straßen, Brücken usw. Die Luftwaffe wolle mehrere Garnisonen ins Generalgouvernement verlegen. Für den neuen Luftgau mit dem Sitz in Krakau benötige man allein 700 Nutz- und 400 Wohnräume.

Die Bausituation des Generalgouvernements müsse daher anders beurteilt werden, als das vom Reich her geschehe. Im Generalgouvernement müsse man das große deutsche Reich einer fremden Welt gegenüber in großzügigstem Stil repräsentieren. Er lasse sich in seinen Maßnahmen von keiner Instanz des Reiches etwas dreinreden. Die Finanzabteilung in der Regierung des Generalgouvernement erhalte von ihm den Auftrag, reichliche Mittel für geplante unbedingt notwendige Bauten zur Verfügung zu stellen. In den kommenden Wintermonaten müßten die Planungen so vorbereitet werden, daß man mit Beginn des Frühjahrs den Wohnungsbau beginnen könne. Alle Kräfte seien für diese Aufgaben zusammenzufassen.

Leider begegneten diese Pläne ungeheuren Schwierigkeiten, weniger auf finanziellem als auf dem Gebiete des Transportwesens. Hier müsse man sehen, wie eine möglichst baldige Abhilfe aus eigener Kraft zu erreichen sei.

25.11.1941

Stadthauptmann Pavlu bezeichnet die Wohnungsknappheit in Krakau als so groß, daß unbedingt in naher Zukunft eine Abhilfe herbeigeführt werden müsse. Einige Monate könne man durch die jetzt angeordnete möglichst strenge Bewirtschaftung von Räumen noch überbrücken. Zwei Jahre habe man aus dem Wohnungsbestand einer Provinzstadt geschöpft. 1 658 Wohnungen würden heute für Dienstzwecke gebraucht. Heute seien mit bestem Willen keine weiteren Räume mehr verfügbar. Den Bedarf an Wohnraum für die nächsten zwei Jahre schätze er auf 4 000 Wohn- und 3 000 Nutzräume. Zum Bauen fehle aber Material. Ziegeleien und Zementfabriken könnten infolge Kohlenmangel ihre Kapazität bei weitem nicht ausnutzen. Innerhalb der Stadt Krakau seien eine Menge von Baulücken zu schließen. Auch eine große Wohnbauanlage und die Errichtung von Versorgungsbetrieben an der Reichstraße seien geplant.

Der Herr Generalgouverneur kommt darauf zu sprechen, daß auch in den anderen Distrikten, vor allem im Distrikt Radom und Lublin der Wohnungsbedarf ungeheuer groß sei. Nach seinen Schätzungen benötige man für das gesamte Generalgouvernement mindestens 100 000 Wohnungen. Vielleicht könne man im nächsten Frühjahr 10 % dieser Bauten in Angriff nehmen.

Präsident Bauder erklärt, daß das Bauen im Generalgouvernement ausschließlich eine Transportfrage sei. Die Schwierigkeiten beständen darin, daß die Kohlen entweder nicht an die Zementwerke und Ziegeleien herangeführt werden oder die produzierten Baustoffe von ihren Ursprungsstätten nicht zu den Bedarfsstellen gebracht werden können. Alle anderen Fragen seien zu lösen. Die Bauverwaltung habe das Tausendfache an Eisen und Holz zur Verfügung gegenüber einer Bauver-

waltung im Reich. Zu große Kontingentsorgen beständen nicht. Im Moment, da das Transportproblem zufriedenstellend geregelt sei, könne im Generalgouvernement in weitestem Maße gebaut werden und dann müßten vor allem kleinere Wohnungen errichtet werden.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er in Oberschlesien persönlich die Verhandlungen zwecks Lieferung von Kohle an das Generalgouvernement aufgenommen habe und die ausreichende Versorgung mit Kohle auch für Zement- und Ziegelfabriken in naher Zukunft liege. Trotz aller Schwierigkeiten müsse aber im kommenden Frühjahr der Plan für ein großzügiges Wohnungsbauprogramm fertig sein. Präsident Bauder solle eine Organisation zur Ausarbeitung der einzelnen Vorarbeiten für das große Vorhaben, wie z.B. Bedarf, Lage, Typ dieser Häuser aufziehen. Für die einzelnen Gebiete der Materialbeschaffung könne man eigene Fachleute berufen. In engster Fühlungnahme mit allen zuständigen Stellen, vor allem auch mit den Distrikten sei der große Plan aufzustellen. Der möglichsten Beseitigung von all zu großen Transportschwierigkeiten und der Ergänzung von Baugerätematerial aus dem Reich solle die Regierung ihr besonderes Augenmerk schenken. Dieser unter Präsident Bauder neu erstehende Apparat solle ein Vorbild für das Reich werden.

Der Herr Generalgouverneur trifft sodann folgende Anordnung:"Der Leiter der Hauptabteilung Bauwesen Präsident Bauder wird vom Generalgouverneur als Wohnungsbaukommissar des Generalgouvernements in unmittelbarer Unterstellung unter den Staatssekretär der Regierung eingesetzt und beauftragt, angesichts der wichtigen und dringend notwendigen Umbauten das gesamte Wohnungsbauwesen zu einem Wohnungsbauprogramm des Generalgouvernements zusammenzufassen. Er wird ermächtigt, einen Beirat zu berufen, in dem er die einzelnen großen Bau-

aufgaben aufteilt und die einzelnen Sondergebiete besonderen Unterkommissaren überträgt. In diesem Wohnungsbauprogramm sollen alle Aufgaben des Wohnungsbauwesens des Generalgouvernements zusammengefaßt werden."

Der Herr Generalgouverneur will in Zukunft über Wohnungsbaufragen nur mit Präsident Bauder Verbindung halten. Er empfiehlt diesem, die Gouverneure und Städte zu hören, um deren Vorschläge berücksichtigen zu können. Sollten zusätzliche finanzielle Mittel nötig sein, so sollten Vorschüsse gegeben werden.

Präsident Bauder sieht es als seine ~~sieht als seine~~ Hauptaufgabe an, die Fragen der Materialbeschaffung und des Transports zentral und einheitlich zu steuern. Die Ausführung der Bauvorhaben sei Sache der Distrikte, der Stadt- und Kreishauptleute.

Der Herr Generalgouverneur regt einen von dem Staatssekretär im Benehmen mit Präsident Bauder verfertigten Runderlaß an, in dem die neu geschaffene Stelle des Wohnungsbaukommissars generell geregelt wird und der Begriff des Wohnungsbauwesens in gemeinverständlicher Weise dargelegt wird. An den Großbauten werde er nach wie vor sein größtes Interesse bekunden. Präsident Bauder solle möglichst noch vor Weihnachten eine größere interne Sitzung veranstalten. Vielleicht könne man an den finanziellen Lasten für die Bauten auch die einzelnen Bauherren beteiligen. Das Finanzierungsproblem müsse von der Hauptabteilung Finanzen vorbereitend bearbeitet werden. Grundsatz dabei müsse sein, daß kein Bauvorhaben aus finanziellen Gründen scheitern dürfe. Er hoffe, daß dieser schwierige Auftrag, den er damit erteilt habe, nach besten Kräften gefördert werde.

25.11.1941

Geheimer Oberbaurat Rattinger berichtet, daß hinsichtlich der Fertigung von Stadtbauplänen eine starke Verwirrung bestehe, da verschiedene amtliche Stellen, - wie das Stadtbauamt, das Bauamt des Distrikts, die Baudirektion und das Amt für Raumordnung - sich gleichzeitig mit städtebaulichen Aufgaben befaßten. Es erscheine ihm richtig, daß diese Aufgaben in eine Hand gelegt würden. Die Fertigung von Stadtbauplänen solle eine Aufgabe des Amtes für Raumordnung sein und könne auch dorthin verlegt werden, weil dieser Stelle nunmehr in der Person des Oberbaurats Stürzenacker ein auf dem Gebiete des Städtebaues erfahrener Architekt beigegeben sei.

Der Herr Generalgouverneur erkennt die Notwendigkeit der Lösung dieser Frage an und beauftragt Geh. Oberbaurat Rattinger mit der Vorbereitung einer in der zweiten Hälfte des Januar anzusetzenden Besprechung, in der in einem diese Frage interessierenden Kreise Oberbaurat Stürzenacker ein Referat über das fragliche Gebiet halten und seine Stellung hierzu bekannt geben soll.

Der nächste Besprechungspunkt ist die Errichtung eines großen "Osthotels" auf dem Grundstück der halb im Rohbau fertiggestellten früheren polnischen Agrarbank.

Staatssekretär Dr. Mühlmann stellt die zur Besprechung hinzugezogenen Schöpfer eines Entwurfes für dieses Hotel, Professor Dr. Herschel von der Wiener Kunstakademie und Baumeister Franzmeier (Hotelfachmann), vor. Das Projekt sei städtebaulich einwandfrei und solle in 1 1/2 Jahren fertiggestellt werden. Die Baukosten sollen 19 Millionen Zloty betragen. Die Kreditanstalt in Wien sei bereit, 50 % als kurzfristiges Baudarlehen zu 5 % Verzinsung zu gewähren unter der Bedingung, daß ~~ihr~~ dann 50 % als verlorener Bauzuschuß von der Regierung des Generalgouvernements gegeben werden sollten. Eine Rechtsperson für den Bau müsse

gefunden werden. - Das Hotel verfüge über 184 Zimmer mit 233 Betten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob im Rahmen des geplanten Wohnungsbauprogramms die Möglichkeit der Erstellung eines zweiten Hotels gegeben sei, bejaht Präsident Bauder mit der Einschränkung, daß ein weiterer Großhotelbau auf Kosten von Wohnungsneubauten durchzuführen sei.

Geheimer Oberbaurat Rattinger wirft ein, daß Präsident Senkowski von der Monopolverwaltung größtes Interesse an dem Bau geäußert habe.

Der Herr Generalgouverneur hält die von Staatssekretär Dr. Mühlmann vorgeschlagene Finanzierung nicht für ratsam und beauftragt Präsident Bauder mit den Verhandlungen mit Präsident Senkowski über eine Vollfinanzierung durch die Monopolverwaltung. Oberregierungsrat Frhr. von Streit solle an Präsident Senkowski die Ermächtigung des Generalgouverneurs zur Gewährung eines Betrages bis zu 20 Millionen Zl. überbringen. Die Frage sei zu prüfen, ob man nicht statt der im Entwurf vorgesehenen Geschäftslokale im Erdgeschoß ein Kaffelokal einrichten könne.

Professor Dr. Herschel erläutert an Hand der vorliegenden Pläne die technischen Einzelheiten des Baues.

Bedenken, die der Herr Generalgouverneur über die Möglichkeit einer Herbeischaffung von Einrichtungsgegenständen, wie z.B. für die Bäder, äußert, zerstreut Staatssekretär Dr. Mühlmann mit dem Hinweis auf die in den besetzten westlichen Gebieten bestehenden Möglichkeiten.

Die notwendigen Baumaterialien wolle Baumeister Franzmeier in der Weise heranschaffen, daß er dauernd bei den einzelnen Kontingentsträgern Nachschau halte, ob sie ihre

25. [illegible]

[illegible]ente voll ve[illegible]n könnten. Da dies häufig nicht [illegible]l sei, könne[illegible]se nicht verbrauchten Zutei[illegible] für den Hote[illegible]schöpfen.

[illegible]r Herr Genera[illegible]eur ersucht sodann die ein[illegible] Herren um[illegible]ahme zu dem geplanten Bau, [illegible] sämtlic[illegible]rren positiv ausfällt; Prä[illegible] Bauder b[illegible]s Fehlen von Garagen.

[illegible]rau[illegible]ouverneur folgende [illegible]

[illegible]rf eines "Ost[illegible]nze und über[illegible]n des großen [illegible] Wohnungswesen [illegible]r.

[illegible]schel und sein Mit[illegible]ter [illegible]er von ihnen vorge[illegible]ngenen u[illegible] zu genehmigenden Weise [illegible] die Bauleiter [illegible]au mitwirken.

[illegible]m Bau nehme ich persönliches Interesse, und Geheimrat [illegible]inger soll deshalb als Beauftragter des Generalgou[illegible]urs über die künstlerische Gestaltung auf dem lau[illegible]n gehalten werden.

[illegible]ührung des Baues und das Eigentum wird von mir der [illegible]ung für die Monopole in der Regierung des General[illegible]ements übertragen mit der Ermächtigung, daß sie [illegible] 20 Millionen Zloty für die Baukosten aufwenden [illegible] Bau muß für diesen Betrag schlüsselfertig er[illegible]en.

[illegible] den Bau betreffenden Fragen werden von [illegible] Bauder übertragen.

[illegible] am 1. Dezember 1941 hat der Herr [illegible] einzuwenden. Bei auftretenden

25.11.1941

Kontingente voll verbrauchen könnten. Da dies häufig nicht der Fall sei, könne man diese nicht verbrauchten Zuteilungen für den Hotelbau abschöpfen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht sodann die einzelnen Herren um ihre Stellungnahme zu dem geplanten Bau, die bei sämtlichen anwesenden Herren positiv ausfällt; Präsident Bauder bemängelt hierbei das Fehlen von Garagen.

Daraufhin trifft der Herr Generalgouverneur folgende Entscheidung:

1. Ich genehmige den mir vorgelegten Entwurf eines "Osthotels" von Professor Dr. Herschel zur Gänze und übertrage die Durchführung des Baues im Rahmen des großen Wohnungsbauprogramms dem Kommissar für Wohnungswesen im Generalgouvernement Präsident Bauder.
2. Ich genehmige, daß Professor Dr. Herschel und sein Mitarbeiter Ingenieur Franzmeier in der von ihnen vorgeschlagenen und von der Regierung zu genehmigenden Weise als die Bauleiter an dem Bau mitwirken.
3. An dem Bau nehme ich persönliches Interesse, und Geheimrat Rattinger soll deshalb als Beauftragter des Generalgouverneurs über die künstlerische Gestaltung auf dem laufenden gehalten werden.
4. Die Führung des Baues und das Eigentum wird von mir der Abteilung für die Monopole in der Regierung des Generalgouvernements übertragen mit der Ermächtigung, daß sie bis zu 20 Millionen Zloty für die Baukosten aufwenden darf. Der Bau muß für diesen Betrag schlüsselfertig erstellt werden.
5. Alle sonstigen den Bau betreffenden Fragen werden von mir Präsident Bauder übertragen.

Gegen einen Baubeginn am 1. Dezember 1941 hat der Herr Generalgouverneur nichts einzuwenden. Bei auftretenden

11

25.11.1941

Schwierigkeiten stellt der Herr Generalgouverneur seine Mithilfe in Aussicht und ersucht alle beteiligten Stellen um kameradschaftliche Zusammenarbeit.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Mühlmann, ob seine Vollmacht für die Betreuung der Hotelbauten aufrechterhalten bleibe, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß hierin keine Änderung eintreten solle.

17^{00} Vorführung der neusten Wochenschau, eines erbeuteten russischen Propagandafilms der russischen Flotte und des Films "Heimkehr" (1. Teil).

20^{00} Vortrag des Präsidenten des Reichsverwaltungsgerichtshofes Sommer im Ostinstitut über das Thema "Vom Staat zum Reich".

Der Abend wird vom Herrn Generalgouverneur mit folgender Begrüßungsansprache eröffnet:

Herr Präsident des Reichsverwaltungsgerichts Parteigenosse Sommer!

Wir alle heißen Sie hier in Krakau aufs herzlichste willkommen. Es ist für uns immer eine Freude, wenn wir die prominenten Männer des Reiches, seiner Verwaltung und Rechtsprechung begrüßen dürfen. Über Ihre freundlichen Worte, die Sie schon wiederholt über die Aufgaben Ihres so außerordentlich wichtigen Gerichts geäußert haben, nach denen dieses Gericht keine Heimstätte altmodisch gewordener Verwaltungsprozeduren, sondern eine Art Revolutionstribunal gegen die Bürokratie werden solle, bin ich sehr beruhigt; denn als uns Ihr Besuch angekündigt wurde, hatte ich die Befürchtung, daß Sie uns etwas am Zeuge flicken wollen. Nun weiß ich, daß Sie als alter Vorkämpfer dafür sind, die Verwaltungsdinge mehr vom praktischen Leben her zu fördern, und die Ansicht vertreten, daß, da auch das Leben der Natur Ordnung ist, auch das Leben des Staates nichtohne jene Ver-

25.11.1941

wirklichung formaler Grundsätze durchkommt, die, einmal aufgestellt, befolgt und in ihrer Befolgung überprüft werden sollen.

Die Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts ist daher für diese Fundamentierung einer modernen Verwaltung im Deutschen Reich eine hervorragende Tat des Führers. Sie können überzeugt sein, Herr Präsident, daß wir in dem Nebenland des Deutschen Reiches mit vollem Verständnis Ihnen und Ihrer Arbeit folgen werden. Die Aufgaben, die Ihnen der Führer dabei gestellt hat, sind die der Organisation des Gerichts, das ja das erste große zusammenfassende Verwaltungsgericht des Reiches in seiner Geschichte darstellt und darüber hinaus die Befruchtung des verwaltungsrechtlichen Daseins unserer völkischen Gemeinschaft. In dieser gewaltigen Entwicklung zu einer völlig neuen Formung des verwaltungsrechtlichen Denkens treffen sich unsere Aufgaben.

Das Generalgouvernement ist verwaltungsrechtlich und verwaltungsgeschichtlich ebenso wie staatsführungsmäßig ein völlig eigenartiges Gebilde. Das ist es auch geblieben angesichts der Neueroberungen weiter im Osten von uns. Der Generalgouverneur faßt in sich sämtliche Hoheiten des Reiches in seiner Person, in seiner Regierung zusammen und darum ist er sein eigenes Verwaltungsgericht. Wenn Sie aber Lust und Liebe haben, Ihr Augenmerk in dieses Laboratorium einer völlig eindeutigen Kolonialpolitik moderner hartentschlossener und dabei doch - sagen wir ruhig - persönlichkeitsgerechtwerdender Form der Verwaltung zu lenken, so ehrt uns das. Daß Sie hier erschienen sind, um sich an Ort und Stelle vom Leben der "Wilden" zu überzeugen, das freut uns. Hoffentlich nehmen Sie in diesem Sinne für die Rechtsprechung des Reiches möglichst fruchtbare und nutzbringende Eindrücke mit nach Hause. Ich bitte Sie nun, Herr Präsident, zu uns zu sprechen.

13 1103

25.11.1941

Die Veranstaltung schließt mit Dankesworten des Direktors des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

Krakau

Mittwoch, den 26. November 1941

10^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{40} Besprechung mit Stabsleiter Stahl und Bereichsleiter Ollesch.

Der Herr Generalgouverneur teilt zunächst mit, daß einige Hauptabteilungsleiter bei ihm Protest gegen die von dem Generalgouverneur nicht vollzogene Anordnung über die Bezirkseinteilung des Arbeitsbereichs eingelegt hätten. Der Herr Generalgouverneur weist Stabsleiter Stahl an, dem Dienstleiter Schalk zu eröffnen, daß Anordnungen mit allgemeiner Wirksamkeit für die Partei nur der Reichsleiter erlasse. Alle an solchen Anordnungen interessierten Stellen müßten fürderhin beteiligt werden. Ferner müsse die Bestellung von Beauftragten der Partei in den Betrieben mit den maßgebenden Stellen der Wirtschaft besprochen werden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der Frage der Gestaltung der diesjährigen Weihnachtsfeiern Stellung genommen.

Bereichsleiter Ollesch will mit einem Vertreter des M.I.G. darüber sprechen, wie die Soldaten-Weihnachtsfeiern möglichst zentral gestaltet werden könnten.

Stabsleiter Stahl unterbreitet dem Generalgouverneur sodann seine Vorschläge für die Gestaltung der Volksweihnachten. Sein Vorschlag, gegebenenfalls die Tatsache der Einweisung von volksdeutschen Familien in Höfe in den Mittelpunkt einer Weihnachtsfeier zu bringen, findet nicht den Beifall des Herrn Generalgou-

verneurs, der der Ansicht Ausdruck gibt, daß diese Einweisung im Rahmen eines feierlichen Aktes im Staatstheater vorgenommen werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt als Termin für die volksdeutsche Weihnachtsfeier den 20. Dezember 1941, nachmittags 5 Uhr; dabei sollen nach dem Wunsche des Herrn Generalgouverneurs hervorragende Künstler des Staatstheaters ein Märchenspiel aufführen.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann seine Absicht zur Kenntnis, einen Preis des Arbeitsbereichs der NSDAP für die hervorragendste geschichtliche Darstellung des Kampfes der Polen gegen das Deutschtum, bzw. ein diesem Kampf gewidmetes dichterisches Werk zu stiften, der am 4. August, dem Tag der Gründung des Arbeitsbereichs, verteilt werden soll. Dieser Preis in Höhe von 20.000 Zloty soll den Namen eines für das Deutschtum gefallenen Kämpfers erhalten, und er denke etwa an die Stiftung eines Albert-Breyer-Preises.

Der Herr Generalgouverneur gibt weiter seinem Wunsche Ausdruck, daß das Schulungsblatt "Das Vorfeld" den Namen "Ostruf" erhält. Dabei geht er auch auf die Frage ein, in welcher Weise dieses Schulungsblatt inhaltlich gestaltet werden soll, und er betont, daß ein solches Blatt volksnahe sein, und vor allem im Dienste der Bewegung stehen müsse. Jede Spezialisierung sei hier vom Übel. Der Elastizität der Partei müsse auch der Inhalt eines solchen Schulungsblattes entsprechen. Die Partei könne und dürfe sich unter keinen Umständen immer nur nach dem Vorbild des Staates richten. Der Staat sei eine Maschine, ein technisches Aggregat, Aufgabe der Partei aber sei es, das Volk zu führen. So müsse sich auch dieser "Ostruf" sein eigenes geistiges Programm gestalten, wie überhaupt das geistig

26.11.41

Führungsmässige stets von der NSDAP ausstrahlen müsse.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Hauptabteilungsleiter Präsidenten Ohlenbusch und Sendeleiter Jansen.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptabteilungsleiter Präsidenten Ohlenbusch an, die Frage der Rundfunksender des Generalgouvernements einer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Auch der Rundfunk sei ein Bestandteil der dem Generalgouvernement zugewiesenen Verwaltung, für die er als Generalgouverneur aufgrund seiner Vollmachten die Verantwortung zu tragen habe. Er habe zu seinem Befremden festgestellt, daß das Ein- und Abschalten der Sender des Generalgouvernements von Einflüssen abhängig sei, die außerhalb des Generalgouvernements lägen. Vor allem müsse endlich mit der Abhängigkeit vom Breslauer Sender unter seinem Intendanten Fricke gebrochen werden.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs erwidert Sendeleiters Jansen, daß die technischen Belange des Rundfunks im Generalgouvernement in den Händen der Deutschen Post Ost bzw. des zuständigen Sachbearbeiters Postrat Kundt lägen. Das Ziel müsse nunmehr sein, daß die Sendergruppe des Generalgouvernements genauso wie diejenige des Ostlands trotz ihres Anschlußes an das Reich unbedingt der Führung des Herrn Generalgouverneurs unterstehe.

Der Herr Generalgouverneur erläßt hierauf folgende Anordnung:

1.) Auf Vorschlag des Präsidenten der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements wird Sendeleiter Jansen zum Intendanten der Sender des Generalgouvernements Krakau, Warschau und Lemberg berufen.

2.) Solange das Reich ein dringendes Bedürfnis an der ausschließlichen Führung des Senders Warschau I (zur Zeit Reichssender Weichsel genannt) hat, bleibt es bei der bisherigen Regelung.

26.11.41

3.) Die Unterstellung der Sender des Generalgouvernements unter den Sender Breslau wird mit Wirkung ab 1. Dez.41 im Benehmen mit dem Reichspropagandaministerium aufgehoben. Von diesem Tage ab bilden die Sender des Generalgouvernements eine eigene Sendergruppe, die zwar dem Reichsprogramm angeschlossen ist, aber im übrigen unter einem eigenen Intendanten stehend, ihre Programmgestaltung selbständig vornimmt.

4.) Der Leiter der Rundfunkabteilung in der Postverwaltung des Generalgouvernements (Rundfunkabteilung) erhält die Weisung, sich bezüglich Ein- und Abschaltens von Sendern ausschließlich an die Weisungen des Rundfunkintendantens des Generalgouvernements zu halten.

5.) Präsident Ohlenbusch wird beauftragt, sich wegen dieser Regelung sofort mit der zuständigen Stelle in Berlin und mit dem Breslauer Intendanten Fricke in Verbindung zu setzen. Ebenso ist sofort ein Einvernehmen mit Postrat Kundt herzustellen.

11^{30} Besprechung mit Präsidenten Ohlenbusch, Ministerialrat Plodeck, Regierungsrat Arnold, Referent Gerdes, Referent Dr. Rüchel.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Gestaltung des Filmswesens im Generalgouvernement.

Regierungsrat Arnold führt einleitend aus, dass der Film im Generalgouvernement eine Bedeutung etwa ähnlich derjenigen des landwirtschaftlichen Vermögens haben müsse. Während es Aufgabe der Landwirtschaft sei, das deutsche und polnische Volk zu ernähren, sei der Film dazu berufen, das polnische Volk zu erziehen, aufzuklären und ihm zu verdeutlichen, daß jeder Versuch,

sein

Schicksal zu ändern, unmöglich sei. Soweit es sich um die gesetzliche Regelung dieser Dinge handele, bestehe eine Verordnung der Regierung des Generalgouvernements, nach welcher jede Betätigung auf dem Gebiet des Filmwesens der Aufsicht der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda unterliege. Unter diese Aufsicht fielen sämtliche Personen, die auf dem Gebiet des Films tätig seien, darunter auch die Filmtheaterbesitzer. Nun seien allerdings sämtliche Filmtheater beschlagnahmt und unterständen der, von Ministerialrat Plodeck geleiteten, Treuhandstelle. Die Filmtheater im Distrikt Galizien seien verstaatlicht, sichergestellt und ebenfalls der Treuhandstelle überantwortet. Die Filmproduktion, den Filmvertrieb und Filmeinsatz regele die dafür zuständige Instanz der Propagandaabteilung. Der Filmtheaterbesitzer unterstehe wieder der Reichsfilmkammer. Die treuhänderische Verwaltung der Filmtheater des Generalgouvernements habe bisher in den Händen des Direktors Trinks gelegen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß im Interesse einer organischen Gestaltung des Films, Direktor Trinks seiner überragenden Machtstellung enthoben werden, und diese Generalvollmacht der staatlichen Propagandaabteilung übertragen werden sollte, die sich offenbar bereit erkläre, sich in allen treuhänderischen Fragen an die einschlägigen Bestimmungen zu halten.

Ministerialrat Plodeck gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es in dieser Frage zu gewissen Unstimmigkeiten zwischen der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda und der Abteilung Treuhandstelle gekommen sei. Er selber habe nur das größte Interesse daran, von dieser Verantwortung so schnell wie möglich befreit zu werden, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine völlige Klärung der sämtlichen finanziellen Fragen vorgenommen werde. Die Dinge seien im übrigen schon eingehend mit Staatssekretär Dr. Bühler besprochen worden. Zwischen der Filmvertriebsgesellschaft

(Fib)

26.11.41

und der Treuhandstelle sei es über die Abgrenzung der Zuständigkeit zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. In der letzten Rücksprache bei Staatssekretär Dr. Bühler sei Präsident Ohlenbusch gebeten worden, binnen weniger Tage einen Vertragsentwurf darüber vorzulegen. Dieser Entwurf sei bisher nicht vorgelegt, auch sei man nicht auf die Besprechung bei Staatssekretär Dr. Bühler zurückgekommen. Man sei aber übereingekommen, ein schiedsgerichtliches Verfahren in die Wege zu leiten. Im übrigen müsse er Gewicht auf die Feststellung legen, daß der Treuhänder Trinks bisher immer seine Zahlungen in der richtigen Höhe, ja sogar Vorschüsse geleistet habe. Jedenfalls könne ihn, Ministerialrat Plodeck, niemand anweisen, Staatsgelder auszugeben, wenn er den Nachweis führe, daß die Auszahlung unberechtigt sei. So habe auch Staatssekretär Dr. Bühler, der die Auszahlung von 1 Million Zloty angeordnet habe, diese Anweisung zurückgezogen. Das Geld werde auch nicht ausgezahlt werden, wenn nicht etwa der Herr Generalgouverneur selber die Zahlung anordne. Jetzt müsse das Schiedsgericht in Aktion treten. Mittlerweile habe auch eine Revision der Fib von der Berliner zuständigen Stelle aus eingesetzt. Die mit dieser Revision Beauftragten hätten sich ein erstes Urteil gebildet, das seiner Auffassung sehr nahe komme. Diese Beauftragten würden ihre Arbeit in den nächsten Tagen fortsetzen und dann im Auftrage der Reichsfilmkammer ein Endergebnis festzustellen imstande sein. Er habe den Eindruck, daß man in Berlin etwas anderes wolle, als was hier vorgeschlagen werde. Es sei nicht einzusehen, weshalb man sich nicht an den Berliner Willen anlehnen sollte. Er sei einigermaßen erstaunt, daß nun die Dinge so kurzfristig geregelt werden sollten. Es sei ihm jedenfalls unmöglich, wie man das von ihm verlangt habe, innerhalb 5 Tagen Stellung zu nehmen. Gleichwohl werde die Abteilung Treuhandstelle bemüht sein, bald möglichst eine klare Antwort auf die gemachten Vorschläge zu erteilen.

26.11.41

Präsident Ohlenbusch bezieht sich auf einen von seinem Amtsvorgänger Dr. Frhr. du Prel mit Direktor Trinks geschlossenen Vertrag. In diesem Vertrag sei eine 15 %ige Filmmiete festgelegt, während im Reich 33 % Filmmiete gezahlt würden. Schon daraus ergebe sich für die Fib die Unmöglichkeit einer geordneten Geschäftsführung. Direktor Trinks habe direkte Verhandlungen mit Berlin geführt, wogegen er sich unbedingt wenden müsse. Offenbar wolle Trinks jetzt die Fib ausschließlich in seine Hand bekommen. Außerdem habe er durchblicken lassen, daß die Einnahmen aus den Lichtspielhäusern restlos der Filmindustrie des Reiches zugeführt werden müssten, während er, Präsident Ohlenbusch, auf dem Standpunkt stehe, daß das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches in diesen Dingen eine gewiße Selbständigkeit genießen müsse.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß in dem Vertrag, der ihm von Präsidenten Ohlenbusch vorgelegt werden sollte, die kulturellen Aufgaben der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda gegen die Verwaltungsaufgaben des Treuhänders abgegrenzt werden sollten. Wenn allerdings Herr Trinks dauernd mit Schmutz beworfen werde, und auch er, Ministerialrat Plodeck, in eine zweifelhafte Situation komme, wenn ein äußerst heftiger, persönlich gehaltener Schriftwechsel stattfinde, dann sei an eine befriedigende Regelung dieser Dinge nicht zu denken.

Präsident Ohlenbusch glaubt angesichts seiner Haltung in dieser Frage, angesichts auch der Tatsache, daß er einige Persönlichkeiten, die offenbar die Grenzen des Zulässigen weit überschritten hätten, ausgeschaltet habe, feststellen zu können, daß ihn persönlich keinerlei Vorwurf treffe, da er vielmehr im Interesse der Stellung des Ministerialrat Plodeck gearbeitet habe.

26.11.41

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß zwischen den beiden Abteilungsleitern die Linie einer vertrauensvollen, der Sache dienenden Zusammenarbeit hergestellt werde. Jedenfalls bedürften die Dinge noch einer Klärung, bevor das Schiedsgericht seinen Spruch fälle. Für ihn stehe der Gesichtspunkt auch im Vordergrunde, daß die eigentliche Filmbetreuung als eine kulturelle Aufgabe nach Möglichkeit aus kommerziellen und ähnlichen Erwägungen herausgenommen werden müsse. Wenn noch aus früheren Zeiten finanzielle Punkte vorhanden seien, die der Aufklärung bedürften, so müsse von beiden Seiten zu dieser Klärung beigetragen werden.

Dr. Rüchel bemerkt in diesem Zusammenhang, daß zur Zeit Prüfer der Reichsfilmkammer das Material sichteten, um dem Wunsche des Staatssekretärs entsprechend, Grundlagen für die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Fib und Propagandaabteilung zu finden.

Präsident Ohlenbusch will von einer solchen Abgrenzung der Kompetenzen nichts wissen. Im übrigen habe er ausdrücklich betont, daß die gegen Trinks erhobenen Vorwürfe unberechtigt gewesen seien, deshalb habe er auch die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Das zeige z.B. die Tatsache, daß er Dr. Gerdes als Abteilungsleiter eingesetzt habe. Die Fib werde jetzt von Herrn Busch geleitet, der der Hauptabteilung unterstehe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Direktor Trinks in Berlin Verhandlungen geführt habe.

Dr. Rüchel betont demgegenüber, daß Herr Trinks bestreite, solche Verhandlungen geführt zu haben. Trinks sei auch bereit, diejenigen Personen, mit denen er verhandelt habe, als Zeugen zu benennen.

26.11.41

Präsident Ohlenbusch ist der Auffassung, daß der bisherige Vertrag mit dem Treuhänder Trinks, der auf einer Filmmiete von 15 % basiere, nicht weiterlaufen könne, umso weniger, als die Schulden der Fib an das Reich von Monat zu Monat wüchsen. Eigentlich bestehe auch der Vertrag seit dem 30. Juni 1941 nicht mehr.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob es möglich wäre, einen Vertrag Fib - Trinks unter der aufhebenden Bedingung zu schließen, daß der Vertrag solange Geltung habe, wie Trinks als Treuhänder eingesetzt sei.

Regierungsrat Arnold kündigt die Neuregelung der gesamten Filmwirtschaft aufgrund einer Verordnung an, nach welcher auch die treuhänderische Verwaltung zur Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda komme. Wenn Präsident Ohlenbusch auch für die treuhänderische Verwaltung verantwortlich sei, dann werde er einen gerechten Ausgleich zwischen den beiden Stellen im Wege der Weisung finden.

Der Herr Generalgouverneur hält diesen Weg jedoch nicht für gangbar, weil die Abteilung Treuhandwesen mit Recht darauf hinweise, daß sie ohne genaue Prüfung der Sachlage eine Änderung des bisherigen Systems nicht zulassen könne, weil ja immerhin der Vorwurf noch nicht ganz beseitigt sei, daß etwa der bisherige Treuhänder unzuverlässig gearbeitet habe. Vorab müsse natürlich dem Direktor Trinks der dienstliche Befehl gegeben werden, keinerlei Verhandlungen wegen Abschließung von Filmverleihverträgen zu führen.

Hauptabteilungsleiter Präsident Ohlenbusch und Ministerialrat Plodeck geben die Erklärung ab, daß eine Einigung auf dieser Grundlage möglich sei.

26.11.1941

Der Herr Generalgouverneur stellt als Ergebnis der Besprechung fest:

1.) Ministerialrat Plodeck verschließt sich nicht der Erwägung, daß die Gesamtführung des Filmwesens in der Hand der Propagandaabteilung liegen muß.

2.) Den Weisungen des Ministerialrats Plodeck über die Behandlung der Angelegenheit Trinks ist unbedingt Rechnung zu tragen. Direktor Trinks wird mit sofortiger Wirkung ein direktes Unterhandeln mit Berliner Stellen untersagt.

3.) Präsident Ohlenbusch und Ministerialrat Plodeck werden sich bemühen, eine Einigung über die Abgrenzung der kommerziellen und führungsmäßigen Aufgaben auf dem Gebiet des Filmwesens herbeizuführen.

4.) Vor der erwünschten endgültigen Regelung ist das Ergebnis des Schiedsgerichtsverfahrens abzuwarten.

13⁰⁰ F r ü h s t ü c k .

15⁰⁰ Baubesprechung mit Staatssekretär Mühlmann, Geheimrat Rattinger, Baurat Panther.

15⁵⁰ Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe über

1. die Verordnung über Waffenbesitz im Generalgouvernement,
2. die Zweite Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten im Generalgouvernement,
3. die Zweite Verordnung über das berufsbildende Schulwesen im Generalgouvernement,
4. den Erlaß über die Änderung der Grenzen zwischen den Distrikten Krakau und Galizien,
5. die Verordnung über die Bildung der Stadtgemeinde Przemysl,

11 1114

26.11.1941

6. die Verordnung über die Einführung des gesamten Rechts des Generalgouvernements in den neuen Teilen der Kreishauptmannschaften Jaroslau, Krosno, Przemysl und Sanok,
7. die Verordnung über beschleunigte Ent- und Beladung von Güterbeförderungsmitteln.

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

16[00] Gesundheitssitzung im Königssaal der Burg.
(s. beigefügte Anwesenheitsliste)

Der Herr Generalgouverneur:

Die Frage, die in dieser Besprechung behandelt werden soll, führt uns in eines der wichtigsten und mir in den letzten Tagen mit besonderer Sorge vorgetragenen Probleme. Ich heiße alle Erschienenen, die Herren der Regierung, der Wehrmacht und der Polizei herzlich willkommen. Es ist ganz offensichtlich, daß nach den bei den Ärzten des Staates, der Wehrmacht und Polizei eingelaufenen Meldungen und Beobachtungen der Seuchen im Generalgouvernement, die Lage ernst geworden ist, nicht nur wegen des akuten Zustandes, sondern auch im Hinblick auf das angekündigte Hereinkommen von Truppen und damit das weitere Zunehmen krankheitsübertragender Momente. Wir müssen auch im Reich mit einer Zunahme der Infektionskrankheiten rechnen.

Für uns im Generalgouvernement bedeutet diese Zunahme eine doppelte Gefahr, und zwar

1. weil die Widerstandskraft der einheimischen Bevölkerung, die an und für sich gegenüber der deutschen bis jetzt diesen Krankheiten gegenüber größer war, infolge der schlechten Ernährungssituation beginnt, geringer zu werden,
2. weil das Generalgouvernement infolge des Kriegsgeschehens nicht mehr ein toter Winkel ~~ist~~, sondern

jetzt ein nach Osten, Westen und Norden offenes Land ist. Ich bin absolut entschlossen, jedes Machtmittel des Staates einzusetzen, um den Ärzten bei der Bekämpfung der Seuchen zu helfen. Ich weiß auch, daß die Wehrmacht das größte Interesse daran hat, daß von Seiten des Staates alles getan wird, um bei den sicherlich wenig beliebten aber unbedingt notwendigen Bekämpfungsmaßnahmen mitzuhelfen.

Ich bitte zunächst Herrn Präsident Dr. Walbaum, uns einen Überblick über die jetzige Lage zu geben.

Präsident Dr. Walbaum geht davon aus, daß er bereits auf einer der letzten Sitzungen auf das Ansteigen der Fleckfieberkurve hingewiesen habe. Schon damals habe er dem Direktor des Seucheninstituts in Warschau Professor Dr. Kudicke alle Vollmachten zu einer wirksamen Bekämpfung gegeben. Durch die Kriegsereignisse habe sich die Lage aber weiter verschlimmert. Eine Reihe von russischen Kriegsgefangenen, denen es gelinge, aus verseuchten Lagern in das Land zu flüchten, erweise sich als gefährlicher Bazillenträger. Er wolle ausdrücklich betonen, daß die Wehrmacht wesentlich stärker bedroht sei als die deutsche zivile Bevölkerung, da das enge Zusammenleben die Ansteckungsgefahr begünstige.

Hier müsse die Propaganda durch ständige Aufklärung der Bevölkerung mithelfen. Da das Fleckfieber nur durch den Kontakt mit Infektionsträgern übertragen werden könne, müsse man die deutsche Bevölkerung von ihrer polnischen Umgebung möglichst isolieren. Eine reinliche Trennung vor allem auch von den Juden sei auch in den Läden bei den Einkäufen, in Straßenbahnwagen anzustreben. Er richte an die Zivilstellen die Bitte um tatkräftige Unterstützung, die ihm auch der Herr Generalgouverneur zugesagt habe. Die Abteilung Gesundheitswesen werde mit den einzelnen Abteilungen Sitzungen abhalten, in denen die einzelnen Bekämpfungsmaßnahmen festgelegt werden sollen.

Professor Dr. Kudicke wolle nun als Fachmann auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung eingehenden Vortrag halten.

13

26.11.1941

Nach Eingehen auf die Lage des Fleckfieberstandes in der polnischen Zeit erklärt Professor Dr. Kudicke zur jetzigen Situation, daß im Generalgouvernement der Distrikt Radom am stärksten infiziert sei, während der Distrikt Krakau eine Sonderstellung einnehme. Zur Zeit habe man im ganzen Generalgouvernement wöchentlich über 2 000 Fälle (Zugänge). Man müsse daher ungefähr mit 10 000 Erkrankten rechnen. Im vergangenen Jahr seien 8 bis 10 % der Fälle tödlich verlaufen, und diese Zahl habe sich auch in den ersten Monaten dieses Jahres nicht geändert. Eine Zunahme der Sterblichkeit könne man aus den gegenwärtigen Meldungen noch nicht erkennen.

Die Grundlage der Krankheit sei die Zunahme der Verlausung, die wiederum ihre Ursache in den allgemeinen Kriegsnöten habe. Während im vorigen Jahr etwa 90 % der Fleckfieberfälle bei Juden aufgetreten seien, habe sich das Verhältnis jetzt zu Ungunsten der Polen stark geändert. Diese Tatsache sei nur so zu erklären, daß gleichzeitig mit der Zunahme der Verlausung unter den Juden auch die Verlausung der polnischen Bevölkerung stärker geworden sei. Man habe versucht, durch Ghettobildung in den verschiedenen Distrikten die Gefahr durch Juden abzudämmen. Während diese Aktion im weniger verseuchten Distrikt Krakau von Erfolg gewesen sei, könne man das von Warschau nicht behaupten. Die schwierige Ernährungslage im Warschauer Ghetto habe viele Juden zur Flucht aus dem Ghetto aufs Land bewogen. Diese Flüchtenden stellten den ärmsten Teil der Bevölkerung dar, der vom Fleckfieberstandpunkt aus der gefährlichste sei. Dadurch sei die Zahl der Fleckfieberherde gewachsen; diese Entwicklung hätten die Gefangenenlager, deren Insassen in starkem Maße verlaust seien, noch beschleunigt. Durch diese würde das Fleckfieber von Ort zu Ort geschleppt. So zeige sich die gegenwärtige Lage.

Die Frage sei nun, welche Maßnahmen durchgeführt werden müßten, um die Deutschen vor dem Fleckfieber zu bewahren. Die möglichste Abschließung von den Juden und das Ver-

bot des Verkehrs mit der polnischen Bevölkerung hätten sich in den letzten zwei Jahren bestens bewährt. Da hier aber eine gewisse Nachlässigkeit in manchen Kreisen zu beobachten sei, müssten diese Maßnahmen erneut in Erinnerung gebracht werden. Die Abschließung der Deutschen von den Polen sei aber nur in beschränktem Maße möglich, während sie bei den Juden leichter durchzuführen sei. Notwendig sei, daß ein Abgehen von der eingebürgerten Praxis, daß deutsche Beamte sich eine Art Hofjuden hielten, daß deutsche Behörden, vor allem auch die Wehrmacht und Unternehmungen der Industrie glaubten, auf die Dienste der Juden nicht verzichten zu können, durchgesetzt werde. Freilich würde sich das nicht völlig durchführen lassen. Aber auf anderen Gebieten, z.B. dem des Verkehrswesens lasse sich das erreichen. Die schon im Jahre 1939 eingeführten besonderen Eisenbahnabteile für Deutsche müßten auch wirklich nur Deutschen zur Verfügung stehen. Auch der Überfüllung der Transportmittel, z.B. der Straßenbahn, müsse entgegengetreten werden. Das könne man eventuell durch eine Erhöhung der Fahrpreise erreichen. Ganz allgemein sei eben eine möglichste Auflockerung des Verkehrs anzustreben.

Eine Verstärkung aller Abwehrkräfte und aller gegebenen Möglichkeiten, um der Verläusung vorzubeugen oder die weitere Zunahme zu verhindern und ein verstärkter Einsatz der Mittel, die unmittelbar den Erkrankten dienen, müsse erreicht werden. Durch ständige Aufklärung müsse die Bevölkerung in ihren Keimzellen, den Familien, mit den Entlausungsmaßnahmen bekannt gemacht werden. Billige Mittel, die zur Not mit einer geringen staatlichen Unterstützung von jedem angewendet werden könnten, müßten bereitstehen. Eine wichtige Rolle spiele die Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial. Die Vernichtung der Läuse, die sich in Tuchanzüge eingenistet hätten, sei z.B. ohne Plätteisen undenkbar. Neben Kohle sei auch für Holz und Torf zu sorgen. Vielleicht könne durch behördliche Maßnahmen erreicht werden, daß vor allem das Holz auf dem Wege seines Ursprungs

bis zum Verbraucher nicht so sinnlos verteuert werde. Das natürlichste Mittel, die Läuse zu vernichten, sei das Auskochen der Wäsche und das Plätten der Kleider. Daraus ersehe man, daß für die Bekämpfung die ganze Bevölkerung eingespannt werden müsse. Das gelinge nicht allen durch Flugblätterverteilung, sondern nur durch dauernde Bearbeitung der Menschen.

Die weiteren Maßnahmen würden sich auf die eigentliche Seuchenabwehr zu erstrecken haben. Hier müsse man erreichen, daß die Diagnose der Erkrankung möglichst schnell gesichert werde. Er wolle durchsetzen, daß die Diagnose nicht erst nach mehreren Tagen auf Grund des Ergebnisses der Blutuntersuchung gestellt werden könne. Ein wichtiges Kapitel sei die Dezentralisierung der staatlichen Entlausungsanstalten. In jeder Gemeinde solle eine einfache Einrichtung bestehen, mit deren Hilfe die Menschen entlaust werden könnten und ein Fleckfiebererkrankter sofort von dem größten Teil seiner Läuse befreit werden könne, bevor der Kreisarzt zu ihm komme. Eine solche Organisation, die früher bis zu einem gewissen Grade schon bestanden habe, müsse neu aufgezogen werden. In größeren Städten müsse man zu großen Entlausungsanstalten übergehen, die noch nicht zahlreich genug seien und die im vorigen Winter wegen Kohlenmangel stillgelegen haben. Weiter sei es notwendig, zur Unterbringung der vielen Erkrankten die Zahl der Krankenhäuser durch sogen. Notkrankenhäuser zu vermehren, die man mit primitiven Mitteln an den passenden Orten errichten könne und die errichtet werden müßten, weil fast alle Erkrankten so hilflos seien, daß sie ohne Hilfe die Krankheit nicht überstehen könnten.

Hierzu gehöre das entsprechende Personal. An diesem Problem arbeite das Hygiene-Institut in Warschau bereits seit vorigem Jahr. Zur Zeit werde dort der 11. Kursus für Desinfektoren abgehalten. In diesem Jahr habe man 450 Leute ausgebildet, die leider fast alle nur aus dem Warschauer Distrikt stammten. Eine Erhöhung dieser Zahl, vor allem auch

26.11.1941

für die Seuchenkrankenhäuser sei anzustreben. Die Ärzte müßten über das Fleckfieber besonders instruiert werden. Alle diese Maßnahmen stellten an sich nichts Neues dar, sondern nur eine Erweiterung.

Schwierigkeiten, die bei der Durchführung der Abwehrmaßnahmen in den letzten zwei Jahren aufgetreten seien, müßten beseitigt werden. Dazu gehöre vor allem die durch mangelnde Transportmittel hervorgerufene Unbeweglichkeit der polnischen Kreisärzte. Diese seien gar nicht in der Lage, rechtzeitig von einem Ort zum anderen zu kommen. Politische Rücksichten dürften hier nicht im Vordergrund stehen. Es sei daher die Frage zu prüfen, ob man diesen Ärzten durch Gestellung von Autos und Benzin die Durchführung ihrer Aufgaben ermöglichen könne. Alle Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung müßten als vordringlich behandelt werden. Eine große Belastung stellten die vorübergehenden Verkehrsbeschränkungen dar, da hierdurch die notwendigen Geräte nur mit großen Verzögerungen zu beschaffen seien. Er denke z.B. an fahrbare Desinfektionsanlagen. Der jetzige Vorrat an diesen Apparaten reiche bei weitem nicht aus. Besonders wichtig sei das Verfahren, das man gegenüber Krankheitsherden, die man als besonders gefährlich erkannt habe, nämlich die jüdischen Siedlungen und die Gefangenenlager, einzuschlagen habe. Bei letzteren habe die Wehrmacht die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zugesichert. In den Ghettos könne man die Bekämpfung der Seuche den jüdischen Ärzten überlassen. Eine strikte Überwachung und Unterstützung durch Desinfektionsapparate sei aber von Nöten.

Da nach den Worten des Herrn Generalgouverneurs das Generalgouvernement nicht mehr Grenzland, sondern Durchgangsland geworden sei, müßten die Sicherungsmaßnahmen nach zwei Seiten getroffen werden, einmal zur Sicherung der engeren Heimat und weiter zur Sicherung der kämpfenden Truppe. Arbeitertransporte, die ins Reich gingen, müßten an der Reichsgrenze unbedingt einer Quarantäne unterworfen

werden. Auf die Notwendigkeit einer solchen müsse das Reich hingewiesen werden.

In diesem Zusammenhang berichtet Präsident Dr. Frauendorfer von seiner Vereinbarung mit dem Reichsarbeitsminister, nach welcher diese Arbeiter der geforderten Quarantäne unterzogen werden sollten. Die Entlausung finde bereits im Generalgouvernement statt. Das Fleckfieber sei leider durch gefangene Russen ins Reich eingeschleppt worden.

Professor Dr. Kudicke geht sodann auf Maßnahmen, die die Justiz betreffen, ein. Vagabunden, Landstreicher, Bettler und Gefangene seien schon früher in den Ländern, in denen Fleckfieber aufgetreten sei, Brutstätten dieser Seuche gewesen. Maßnahmen gegen das Vagabunden- und Bettlerunwesen müßten daher ergriffen werden. Vielleicht könne man diese Kategorie von Menschen in Arbeitshäuser bringen. Auf derselben Linie lägen Maßnahmen gegen die Zigeuner. Alle Gefängnisse müßten mit Entlausungseinrichtungen versehen werden. In manchen seien die Einrichtungen zwar vorhanden, aber nicht betriebsfertig. Das Gefängnispersonal müsse in der Technik des Entlausens unterwiesen werden. Für den Distrikt Warschau sei bereits ein Kursus durchgeführt worden, für die übrigen Distrikte ständen diese Kurse in Aussicht. Ein sehr schwieriger Punkt sei die Frage der Haftzellen in den Polizeistationen, die in den großen Städten eine besondere Rolle als Durchgangsstation spielten. In Warschau habe man die Beobachtung gemacht, daß gerade von einer solchen Polizeistation die Seuche verbreitet wurde.

Der Herr Generalgouverneur dankt Professor Dr. Kudicke für seine ausführlichen Darlegungen.

Auf seine Frage, ob Lymphe zu Impfungen gegen das Fleckfieber in ausreichenden Mengen vorhanden sei, erklärt Professor Dr. Kudicke, daß die Herstellung sehr kompliziert

und daher sehr teuer sei. Es sei aber möglich, eine gewisse Kategorie von Beamten schon jetzt zu impfen.

Der Herr Generalgouverneur regt die Ausarbeitung eines Projektes zur Versorgung der wichtigsten Verkehrspunkte, wie z.B. Polizeistationen, mit Entlausungsanstalten an. Die Kohlenfrage werde gelöst werden müssen und auch die technischen Schwierigkeiten zur Herstellung von Entlausungsapparaten müßten überwunden werden. Man sollte einen Standardtyp von Entlausungsanstalten entwerfen und die dafür benötigten Materialien ihm mitteilen. Weiter macht er Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Walbaum die Auflage, eine große Aktion zur Steigerung der Anzahl gebrauchsfertiger Entlausungsanstalten durchzuführen. Vor allem müsse man feststellen, wo Entlausungsanstalten bereits vorhanden seien, und wo solche ausgebaut werden könnten. Die technischen Dinge müßten mit der Bauabteilung geregelt werden. Sodann müsse man prüfen, ob die bereits in Betrieb befindlichen Anstalten betriebssicher seien und ob die nötigen Kohlenmengen vorhanden seien. Wenn das nicht der Fall sei, müsse man eine außerordentliche Kohlenzuteilung genehmigen. Vielleicht könne man für diese Anstalten aus Oberschlesien zusätzlich Kohlen beziehen.

Präsident Dr. Frauendorfer berichtet, daß 95 % der Bevölkerung verlaust seien. Große Entlausungsanstalten beständen in Przemysl, Lemberg und Drohobycz, eine weitere sei im Bau. Die von der Wehrmacht ins Auge gefaßten Maßnahmen müßten mit den Maßnahmen des Generalgouvernements abgestimmt werden.

Präsident Gerteis erklärt, daß die Juden so gut wie gar nicht mehr mit der Bahn befördert würden. Die Trennung der Deutschen von den Nichtdeutschen sei vom ersten Tage an durchgeführt worden. Tatsache sei, daß die Personenzüge

ungeheuer überfüllt seien. Man könne schon von einem Überschreiten der Betriebssicherheit sprechen.

Neuerdings plane die Ostbahn die Einführung von Zulassungskarten. Augenblicklich würden 9/10 aller Reisenden zu ermäßigten Preisen befördert. Von jetzt ab gebe die Ostbahn keine Teilmonatskarten mehr aus, um diese Reisenden zum Kauf von Einzelkarten, für die Zulassungskarten vorgesehen seien, zu zwingen. Durch diese Maßnahmen, die allerdings nur eine kurze Zeit möglich seien, da sicherlich bald eine Fälschung der Zulassungskarten einsetze, strebe man die Abstellung der Überfüllung der Züge an.

General Winkler macht Ausführungen über Verhütungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Seuche auf der Burg. Der Polizeiwachtmeister, der auf der Burg an Fleckfieber erkrankt sei, habe die Krisis noch nicht überstanden. Die von Professor Dr. Kudicke erwähnten Maßnahmen auf polizeilichem Gebiet zur Bekämpfung des Fleckfiebers habe er sich notiert. Vom Reichsführer-SS sei die Zusage erteilt worden, daß kein unentlauster Fronturlauber ins Generalgouvernement geschickt werde. Im Generalgouvernement werde eine weitere Entlausung dieser Soldaten durchgeführt, so daß die Polizei auf diesem Sektor alles in ihrer Macht stehende zum Schutze der Heimat tue.

DRK-Oberstführer Dr. Heller verliest ein Schreiben des Vereinigten Hilfs-Komitees in Genf an das Deutsche Rote Kreuz, in dem dieses Komitee bei der Bekämpfung des Fleckfiebers im Generalgouvernement, besonders unter der jüdischen Bevölkerung Warschaus seine Hilfe zusagt. An diese Hilfe seien jedoch ~~unannehmbare~~ Bedingungen geknüpft, die teilweise von deutscher Seite nicht angenommen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur ist mit einer Inempfangnahme des zur Verfügung gestellten Serums ohne Eingehen von Bin-

dungen, die vom deutschen Standpunkt aus nicht tragbar sind, einverstanden und ersucht Dr. Heller, die Angelegenheit mit diplomatischer Hilfe zu regeln. Weiterhin solle Staatssekretär Dr. Bühler die Frage prüfen, ob angesichts der außerordentlichen Notlage, für die polnische Bevölkerung nicht eine Seifensonderzuteilung möglich gemacht werden könne.

Medizinalrat Dr. Orloff erwähnt noch Übertragungsquellen, die die Trödelmärkte z.B. darstellten und berichtet dann vom Seuchenstand in Krakau. Vom 1. Januar bis 26. November 1941 seien 135 Fleckfieberfälle gemeldet worden. Augenblicklich befänden sich in den vereinigten Krankenanstalten 30 sichere und 4 Verdachtsfälle, in den jüdischen Krankenhäusern seien 30 Fälle gemeldet.

Der Herr Generalgouverneur will in Verhandlungen mit der Wehrmacht die Verlegung der von Präsident Gerteis erwähnten Entlausungsanstalt in Przemysl für die Frontsoldaten weiter nach dem Osten erreicht wissen. Er beauftragt abschließend den Staatssekretär, in Verbindung mit den zuständigen Stellen konkrete Beschlüsse vorzubereiten. Dafür solle die Hauptabteilung Finanzen im außerordentlichen Etat außerordentliche Mittel zur Verfügung stellen. Die vom Vereinigten Hilfskomitee in Aussicht gestellten Mittel sollten in vorsichtig geführten diplomatischen Verhandlungen angenommen werden. Alle Mittel und Möglichkeiten müßten zur Bekämpfung der Seuche erschöpfend ausgenutzt werden.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

Anwesenheitsliste

Ministerbesprechung v. 26.11.1941.

Frank

Bühler — Dr. Boepple

[illegible] — [illegible]

[illegible] — [illegible]

[illegible] — Winkler

[illegible] — [illegible]

[illegible] — [illegible]

[illegible] — [illegible]

[illegible] — [illegible]

[illegible] — [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

IX/9

Donnerstag, den 27. November 1941

11[27] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Wien und Budapest.

IX/9

Wien -
Budapest

Freitag, den 28. November 1941
und
Sonnabend, den 29. November 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Wien.

15^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Budapest.

20^{00} Feierliche Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs auf dem Bahnhof in Budapest.

Abendessen, gegeben von Generaloberst Szombathely.

1126

IX/3 Budapest

Sonntag, den 30. November 1941

Ausflug des Herrn Generalgouverneurs an den Plattensee.

1127

IX/3 Budapest

Montag, den 1. Dezember 1941

Der Herr Generalgouverneur und seine Begleitung sind am Abend Gäste des ungarischen Ministerpräsidenten und Außenministers von Bardossy.

1121

IX/3

Budapest

Dienstag, den 2. Dezember 1941

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Budapest nach München.

1129

IX/3 München

Mittwoch, den 3. Dezember 1941
bis
Sonntag, den 7. Dezember 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München.

IV/3

München

Sonnabend, den 6. Dezember 1941

10[00] Gründung des Instituts für die Technik des Staates.

F e s t a k t im Großen Hörsaal der Technischen Hochschule zu München. Rektor Professor Dr. Ing. L. Pister begrüßt den Herrn Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank mit folgenden Worten:

Herr Reichsminister! Ich habe die besondere Ehre und Freude, Sie heute zum zweiten Male im Rahmen einer Veranstaltung auf dem Boden unserer Technischen Hochschule zu München begrüßen zu dürfen. Die richtunggebenden Ausführungen, die wir von Ihnen im vorigen Jahre hören durften, haben sich in der Zwischenzeit zur Gründung eines Instituts für die Technik des Staates verdichtet. Der Grundgedanke und die Anregung dazu gingen von Ihnen aus. Wir danken Ihnen hierfür ebensosehr wie für die Bereitwilligkeit, die Sie gezeigt haben, uns anläßlich dieser Gründung des Instituts weitere grundlegende Ausführungen zu machen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank ergreift hierauf das Wort zu folgender Rede:

Magnifizenz! Meine Herren Reichsstatthalter und Professoren Kommilitonen!

Im Rahmen der Jahrestagung der Technischen Hochschule München 1940 hatte ich Gelegenheit, über das Thema "Die Technik des Staates" einem größeren Kreis offensichtlich sehr interessierter Zuhörer einige Grundsätze klarzulegen, die meines Erachtens in zunehmendem Maße bei Betrachtung der inneren Formung des Staatslebens Gewicht erlangen werden. Der Begriff, den ich dabei dieser in ihrer Zusammenfassung neuartigen Betrachtungs- und Arbeitsmethode voranstelle, bedeutet an sich die knappste Formulierung des Programms, das ich mit der hervorragenden Unterstützung

durch verschiedene prominente Staats- und Parteistellen, allen voran den Reichsminister Dr. Todt und den Rektor der Technischen Hochschule München Professor Dr. Pistor, nunmehr dem neu zu gründenden Institut zu Grunde lege.

Man kann bei der Betrachtung des Staates die verschiedensten Methoden einschlagen. Man spricht von Staatskunst, man spricht von Architektur des Staates, von der Philosophie des Staates, vom Recht des Staates, von der Geschichte des Staates, man spricht von dem Organismus des Staates. Und so sprechen wir nunmehr von der Technik des Staates. Ich wünschte sehr, daß dabei in Anwendung dessen, was ich bereits vor einem Jahr an dieser Stelle gesagt habe, die knappste und nüchternste Aufgabenstellung dieser Betrachtungsweise zu Grunde gelegt wird. Daß dabei die Vorstellung des Staates als einer nach eigenen technischen Regeln sich betätigenden Maschine nichts Despektierliches für den Menschen bedeutet, der innerhalb dieser Technik des Staates sich als Bewegungselement eines der vielen Tausende und Abertausende von Zuständigkeitsrädern betätigt, sei ausdrücklich gesagt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß ein Mann wie Bismarck im Zusammenhang mit vielen seiner Reden und Briefe diese technische Betrachtung des Staates in Anwendung bringt. Er spricht wiederholt wortwörtlich von dem großen offiziellen Räderwerk der "administrativen Maschinerie", er spricht ganz plastisch von der Staatsführung als einer Maschine, vom Königtum als einem Maschinenteil des Mechanismus des Regiments.

6.12.1941

Wir haben in der Literatur des Staatsrechts und der Staatswissenschaften ununterbrochen die Anwendung des technischen hilfsbegrifflichen Vergleichs. So spricht etwa der berühmte Rechtslehrer Jhering von einer eigenen "sozialen Mechanik", in der er das Bild der Maschine auf den Gesamtbereich des Staates anwendet. Er sagt:

"Das ist das Bild der Gesellschaft, wie die Wirklichkeit es uns täglich vor Augen führt. Rastlos bewegen sich wie in einer gewaltigen Maschine Tausende von Walzen und Rädern, die einen in dieser, die anderen in jener Richtung, Harmonie zu einem Zweck - ein einziger Plan regiert das Ganze: die Maschine muß dem Meister gehorchen, die Mechanik setzt ihn instand, sie zu zwingen."

Nach Jhering haben sich also alle diese Walzen und Räder als Maschine des Staates zu bewähren. Er spricht weiter davon, daß es ebensogut eine soziale Mechanik, die den menschlichen Willen zwingt, gibt, wie es eine physikalische Mechanik gibt, die die Maschine zu zwingen vermag.

In der Literatur wie auch in der Praxis haben wir eine Fülle solcher Betrachtungen. Der berühmte Soziologe Max Weber spricht wiederholt in seinen Abhandlungen davon, daß "keine Maschinerie der Welt so präzis arbeitet wie diese Menschenmaschine". Wir haben in den ganz großen Formungen der europäischen Philosophie die Betrachtung des Staates als Maschine. Ich kann im Zusammenhang meiner heutigen Erörterungen selbstverstädlich nur ganz im Vorübergehen zu diesen Dingen Stellung nehmen. So sagt zum

6.12.1941

Beispiel Karl Schmidt:

"Die innere Logik des von Menschen hergestellten Kunstprodukts "Staat" führt nicht zur Person, sondern zur Maschine. Nicht die Repräsentation durch eine Person, sondern die faktisch-gegenwärtige Leistung des wirklichen Schutzes ist das, worauf es ankommt. Diese aber wird nur durch den wirksam funktionierenden Befehlsmechanismus sichergestellt."

"Der Staat ist Menschenwerk". Er ist, wie man damals schon sagte, "erstes Produkt des technischen Zeitalters; er ist der erste moderne Mechanismus großen Stils, ja, er ist in dieser Form eine Voraussetzung des technischen Zeitalters, geradezu ein prototypisches Werk der technischen Zeit schlechthin."

Hugo Fischer, ein anderer bedeutender Gelehrter bezeichnet den Staat schlechterdings als "machina machinorum", und Hobbes wendet eine gleichsam naturwissenschaftliche Begriffsbestimmung an, indem er den Staat als Ganzes, mit Leib und Seele, als "homo artificialis" und als solchen als Maschine bezeichnet. Diese Beispiele seien hier nur angeführt, um zu betonen, daß es auch geistesgeschichtlich höchst beachtlich erscheint, einigen Formen dieser besonderen Betrachtungsweise des Staates als einer Maschine wissenschaftlich nachzuspüren.

So, wie der sogenannte technisch-maschinelle Krieg des modernen Zeitalters gerade wegen der technischen Höchstformung der vollendeten maschinellen Kunst des modernen

Waffenwesens eine Höhersteigerung der Leistungsfähigkeit des diese Kriegsmaschine bedienenden Menschen notwendig macht, genau so bedarf auch die Entwicklung der Technik des Staates, also der Funktionsgesetze der Staatsmaschine, der absolut sicheren, erfahrenen Persönlichkeit des Staatsdienstes. Jede Form von Dilettantismus ist ja in der allgemeinen technischen Beherrschung irgendwelcher maschinellen Vorgänge vom Übel. Man täuscht sich darüber nicht, wenn etwa ein maschinell völlig Unerfahrener in das Rädergetriebe eines Autos oder eines Uhrwerks hineingreift und bei seinen krampfhaften dilettantischen Versuchen, ein solches maschinelles Phänomen in Gang zu setzen oder zu reparieren, mit der Maschine, die er bedienen will, nicht fertig wird. Man täuscht sich aber sehr leicht, wenn eine aus menschlichen Energien heraus in deren logischem inneren Sachzusammenhalt sich maschinengleich betätigende Gesamtapparatur wie der Staat von, staatstechnisch gesehen, Dilettanten bedient werden soll. Denn hierbei ist eine Tarnung durch allzu laute Fähigkeitsberufung leichter möglich; ist doch der Schaden, den eine dilettantisch falsch betreute Staatsmaschine verursacht, nur auf so vielen Umwegen festzustellen, daß zumeist die Reparatur nicht gelingt. Das Auto indessen bleibt einfach stehen.

(Beifall und Heiterkeit)

Auch für die Technik des Staates gilt daher, daß man sie beherrschen muß, und zwar fachmännisch beherrschen muß, und daß jeder Dilettantismus hier vom Übel ist, mag er sich in noch so hochtrabende Worte flüchten.

6.12.1941

Die Technik des Staates umfaßt die Gesamttätigkeit der Staatsapparatur, die zwischen dem das Gesamtstaatsgetriebe in Gang haltenden Führerwillen und dessen Verwirklichung im einzelnen Lebensvorgang liegt. Dabei ist eben diese Un- und Überpersönlichkeit des technischen Bereiches auch für die Staatstechnik anwendbar. Man sagt ja zu einem Auto nicht, es sei böse, sondern man sagt, es sei schlecht. Das heißt: man nimmt die Kriterien der Beurteilung eines technischen Vorganges nicht aus der Charakterologie des Menschen, sondern aus der mechanischen Zweckmäßigkeitsbeurteilung. So kann man auch nicht von einer Staatstechnik sagen, sie sei gut oder böse, sondern man kann nur sagen: sie ist gut oder schlecht. Die berühmten antibürokratischen Komplexe vergessen dies zumeist. Denn nur ein wirklich staatstechnisch Erfahrener kann auch mehr als nur im Wege des Schlagwortes eine echte Kritik am Funktionieren und Nichtfunktionieren der staatstechnischen Apparatur üben.

(Beifall)

Alles Geschehen dieser Zeit im Staat untersteht dem Führerprinzip. Der Führer als oberster Schicksalsgestalter des deutschen Volkes ist auch der oberste Chef der gesamten unter dem viel zu engen Begriff der Verwaltung zusammengefaßten Apparatur des Staates.

Dieser Führerprinzip ist nun an verschiedene Voraussetzungen geknüpft:

Der Führer ist völlig herausgehoben aus dem ihm unterstehenden Verantwortungsbereich dem Sinne nach. In Wirklichkeit gibt es natürlich keinen verantwortungsbewußteren

und verantwortlicheren Mann in der ganzen Geschichte als den Führer; aber seine Entscheidung ist schicksalsgleich und daher jeder Kritik entzogen.

Diese Art des Führerprinzips kann selbstverständlich nur für den einen, den obersten einer Nation gelten. Und in diesem Sinne kann es daher auch nicht innerhalb des Staatslebens übertragen werden. Das Führerprinzip in der Verwaltung heißt demnach: an die Stelle des Ergebnisses einer Mehrheitsabstimmung jeweils die Entscheidung einer bestimmten mit klaren Vollmachten versehenen Persönlichkeit unter deren Eigenverantwortung nach oben zu setzen und ihrer Autorität die Verwirklichung nach unten anzuvertrauen.

Gerade weil die Technik des Staates voraussetzt, daß ein klares, immanentes, geradezu eigengesetzliches Ineinandergreifen des Wirkens von Einzelpersönlichkeiten in einen funktionellen Zusammenhang gebracht werden muß, müssen verantwortungsbewußte, mit deutlichen Vollmachten und mit sicherer Autorität den Unterstellten gegenüber versehene Persönlichkeiten vorhanden sein. Alles Verschwommene ist hier vom Übel und staatstechnisch störend.

In diesem Vorrang der Persönlichkeit liegt auch die absolute Ablehnung des alten liberalistischen Grundsatzes von der Teilung der Gewalten. Nicht die Teilung der Gewalten nach Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive kann der Sinn des inneren Staatslebens sein - denn sie widerspräche aufs schärfste dem eben dargelegten Grundsatz des Führerprinzips,- sondern aus der einheitlichen Führungsmacht folgt auch die jeweils einheitlich aufgebaute Zuständigkeit,

zusammengefaßt. Man könnte daher wohl, wie ich glaube, unter diesem Gesichtspunkt der Dreiheit aus dem Begriff "Reich" eine klare Umschreibung und Inhaltstellung vermitteln, deren er bisher noch zu harren scheint. Man könnte auch etwa an die berühmte Begriffsauseinandersetzung zwischen Form und Lebensinhalt des Staatsbereiches denken. Der Formenkult ist die Entartung des Staatswillens zum Abstrakten und gehört in die Bücherstube, aber nicht ins Leben. Dieses Leben aber gibt uns die Form auf. Es ist undenkbar, die Technik eines Staates ohne klare Richtlinien für das allgemeine und das Einzelverhalten in Gang zu halten, sowohl als technische Regelung für das Funktionieren der Staatsmaschine - als da etwa sind Zuständigkeitsverteilungen - aber auch als Regelung für die Aufgaben, in deren Dienst die Technik des Staates in Erscheinung treten soll.

Die Technik ist in keinem Fall ein Selbstzweck - auch die Technik des Staates nicht. Sie muß für sich die Betreuung und die Wirkensstoffe beanspruchen, die zu ihrem eigenen maschinellen Gang notwendig sind. Ihr Funktionieren und ihre Bewertung können aber immer nur von den Aufgabenstellungen abhängen, die man mit dieser Apparatur verbindet. In gewissem Sinne muß mit dem allzu vielen Schluß gemacht werden, was man in den Staat hineingeheimnißt. Wir müssen die völlige Entzauberung der Staatsarbeit an sich herbeiführen, und zwar im Hinblick auf ihr technisches Funktionieren, selbstverständlich nicht im Hinblick auf die Erfüllung der Aufgaben. Denn der Staat soll dem Glück und einer idealen Schicksalsgestaltung der völkischen Gemein-

schaft dienen und so, wie alle Technik, dem Fortschritt den Weg bahnen. Die Form gestalten wir Menschen, das Leben aber wird uns gegeben. Für die Form auch des technischen Bereiches gelten die nüchternen Erkenntnisse aus der Kombination von Erfahrungen und jeweils gestellten Aufgaben; für das Leben aber gilt schlechthin das Prinzip der schicksalhaften Unberechenbarkeit. Die Maschine kann man stilllegen, eine Technik kann man zerstören, - das Leben selbst aber ist als allgemeine Erscheinung über die Bedingtheit des Individuums hinaus von Ewigkeit.

Und daraus ergibt sich denn auch die Behandlung der geradezu als Ablehnung des Staates zu definierenden Einstellung vieler Dienststellen. Es ist nicht wahr, daß jeder Beamte nur deshalb, weil er im Staate arbeitet, ein Bürokrat ist; es ist nicht wahr, daß ein Staat unter allen Umständen eine Belastung der Gemeinschaft darstellt. Es ist nicht möglich, daß man sich der uns alle als Volk am wichtigsten angehenden Gemeinschaftstechnik unseres staatlichen Daseins gegenüber nur ablehnend verhält. Hier muß eine völlig neue Form des Bekennens zum Staate im nationalsozialistischen Reich eintreten.

Freilich muß dann auch dieser Staat den Aufgaben entsprechen, die ihm diese Zeit stellt. Und hier ist nunmehr eine große Schule der Osten, der große, gigantische Osten unseres Großdeutschen Reiches. Ich kann ruhig sagen, daß das, was in den Ostgauen, im Generalgouvernement und in den neuen Reichskommissariaten uns an rein technisch-logischem Aufbau einer neuen Verwaltungsart durch die Sachlage

deren Gesamtwirken aus sämtlichen Zuständigkeiten, allerdings in gegenseitiger Wohlabgeglichenheit, zu sichern ist.

Nun sind ja die verschiedenen Vorfragen einer Betrachtung des inneren Staatslebens von uns Nationalsozialisten schon des öfteren klargelegt worden, so etwa die Erkenntnis, daß Gewalt und Macht nicht identisch sind. Die Staatsgewalt ist eine Bezeichnung für die technische Vollzugseinrichtung, die dem Staatswillen jeweils Verwirklichung sichert. Die dauernde Staatsmacht hingegen ist nur dann vorhanden, wenn die Staatsgewalt nicht im Dienste einer isolierten Willküraktion, die nur die Ausnutzung einer jeweiligen Waffenlage darstellt, sondern im Dienste eines die gesamte Nation höher führenden schöpferischen Prinzips steht, also im Dienste der allgemeinen Freiheit, der allgemeinen Wohlfahrt, der allgemeinen Rechtssicherheit oder überhaupt im Dienste des nationalen Aufstiegs. Der gräßlichste Schaden entsteht dann, wenn die Staatsgewalt, tschekistisch entartet, zum Instrument atomistischer Willkürdilettanten herabsinkt.

Ebenso wichtig ist das so wiederholt erörterte Problem des Verhältnisses der Begriffe "Staat und Reich". Es muß klargelegt werden, daß der Staat an sich ein allgemeiner technischer Begriff ist, der allüberall da Anwendung findet, wo im Namen einer machtmäßig zusammengeschlossenen völkischen Gemeinschaft eine Gruppe oder ein Einzelner überpersönlich handelt.

Auch das Reich ist demnach ein Staat. Das Deutsche Reich ist aber eben die geschichtliche Formung der grossen zusammenfassenden Staatseinrichtung des deutschen

Volkes, deren wirkliche und nominelle Autorität von dem jeweiligen Geiste, von der jeweiligen Stärke abhängt, mit denen dieses Reich bedient wird. Zwischen Staat als Begriff und Reich als Begriff kann demnach kein Gegensatz konstruiert werden, sondern das Reich ist der für das Deutschtum allein maßgebende geschichtliche Anwendungsfall des Staates..

Es ist nun interessant, daß wir Nationalsozialisten mit dem Begriff des Reichs sämtliche bisherigen Staatstheorien völlig zu kombinieren vermögen. Wenn man bislang in der Theorie davon ausging, daß der Staat 1. eine gigantische Persönlichkeit, 2. einen Organismus, also etwas Naturgewachsenes, 3. eine Mechanik darstelle, so können wir sagen: für uns Nationalsozialisten liegt in dem Begriff "Reich" diese Dreiheit zusammengefaßt. Für uns ist die Vorstellung der Führerpersönlichkeit schlechthin identisch mit der Vorstellung der geschichtlichen Macht des Staates. Das Führerprinzip wäre demnach der Ausdruck der Persönlichkeitslehre des Staates. Für uns ist weiter die Vorstellung der Volksgemeinschaft, des Volkes, identisch mit der Kraft unseres Reiches. So wäre dann auch der Organismus dieses Reiches, das Volk, die Erfüllung dessen, was man in früheren Zeiten als organische Staatstheorie bezeichnete.

Für uns ist endlich der Staat an sich - diese Technik des Staates, diese Apparatur des Staates - eine sinngegebene Aufgabe des Reiches selbst. Unter einem Führer wären demnach die Staatspersönlichkeit im Führer, der Staatsorganismus im Volk und die Staatstechnik in der Staatsapparatur

abgezwungen wurde, in großem Umfange für eine künftige Verwaltungsstruktur des Reiches Vorbild werden kann. Wenn ich mir erlauben darf, mich hier auf das Generalgouvernement zu beschränken, so darf ich als Verwaltungsfachmann wohl feststellen, daß im Generalgouvernement zur Zeit etwa der Grundsatz der Technik des Staates als möglichster Sicherung der Einheit, Einfachheit, Klargegliedertheit, Einlinigkeit ebenso erfüllt ist, wie der absolute Vorrang des Persönlichen vor dem Institutionellen und des Lebens vor der Form gewährleistet ist. Ich bezeichne daher diese Erfahrungen, die wir im Osten machen können, als Schule einer neuen modernen Technik des Staates.

Deshalb auch sehen wir vom Osten aus die schweren Schäden in der teilweise überalterten und unmodernen technischen Apparatur der binnendeutschen Staatlichkeit besonders scharf.

Wer diese Technik des Staates nun als Gesamtwirkung betrachtet, wird aus der Geschichte des Staates immer wieder feststellen, daß sich Fehler der Staatstechnik insgeheim länger und quälender fortschleppen können als jeder große politische Fehler, der zumeist unmittelbar der Rache des Verlustes geschichtlicher Positionen verfällt.

Es gibt eine echte Geschichte der Fehlerquellen der Staatstechnik. Hierher gehört etwa das Problem, das ja immer am nächsten liegt, daß sich nämlich ein Staat im Staate bildet, daß aus der ursprünglich einheitlichen Befehlsführung durch Sondervollmachten oder außerordentliche Vollmachten eine zweite oder gar dritte von der gemein-

schaftlichen Staatslebensart abweichende Herrschaftsform gebildet wird, die dann unweigerlich zu schweren Störungen des Staatsbetriebes führen muß. Der Staat im Staate - das heißt: die gewächsartige Heranzüchtung eines von Außenstehenden völlig unkontrollierten eigenen Befehlsapparates, zwar innerhalb des Staatsbetriebes, aber außerhalb der eigentlichen normalen Staatsapparatur, ist einer der Schäden, die, wenn sie nicht rechtzeitig beseitigt werden, zum Untergang des Staates führen.

Wenn man einmal, da uns ja diese Bildhaftigkeit ohne weiteres zur Verfügung steht, den Staat nun nicht als Maschine, sondern als Organismus betrachtet, - dazu besteht jede Möglichkeit; denn mit derselben Bevollmächtigung, mit der wir den Hilfsbegriff "Technik" auf den Staat anwenden, kann man den Begriff des organischen Lebens auf seine Erscheinung anwenden, - so müßte man den Staat im Staate als jene Schmarotzerpflanze im Organismus des Staatslebens bezeichnen, die den Urorganismus eines Tages überwindet und zum Absterben bringt, wenn sie nicht vorher ausgerottet wird.

So ergibt sich aus der Geschichte der Staatstechnik, daß wir die eigentlichen modernen Prinzipien des Staatslebens aufzustellen haben, nach denen dann die Technik des Staates im Ziel eindeutig gut funktioniert, wenn sie

1. methodisch einfach,
2. sachlich jeweils klar,
3. zeitlich knapp ist,
4. dem materiellen Aufwand nach möglichst gemeinwirtschaftlich arbeitet,

6.12.1941

5. diese Gesamtgrundsätze im Dienste einer totalen Verbundenheit des Aufgabenkreises der Staatsapparatur mit dem Volksinteresse stehen.

Die gigantischen Umwälzungen wahrhaft einzigartiger weltgeschichtlicher Wucht, die wir nunmehr seit dem Eintritt Adolf Hitlers in das politische Geschehen unserer Zeit erleben, haben zu einer völligen Umgestaltung der Ausgangspunkte, des Inhalts und der Erscheinungsformen staatlichen Lebens geführt. Späteren Generationen wird es kaum vorstellbar sein, wie überhaupt, zusammengeballt in den Ablauf eines Bereiches von wenigen Jahren, eine derartige totale Neudurchdringung des Lebensgefühls unseres deutschen Volkes ohne Katastrophe ertragen werden konnte. Adolf Hitler steht am Anfang einer neuen weltgeschichtlichen Epoche auch des Staatsgebildet schlechthin. Und wir alle, die wir Zeitgenossen dieser einzigartigen Genialität sein dürfen, die unser Schiksal meistert und weit darüber hinaus sich anschickt, zusammen mit dem faschistischen Imperium Mussolinis eine endgültige Gesamtregelung des Völkerlebens unseres Kontinentes herbeizuführen, haben dabei das Gefühl einer inneren logischen Aufeinanderfolge dieser Entwicklung.

Von der ersten Keimzelle, dem Entschluß des Führers im Lazarett in Pasewalk, "Politiker zu werden" - jenes grandiose Kapitel des Buches "Mein Kampf" sei dabei in Erinnerung gebracht, das von diesem Entwicklungspunkt handelt, - über die Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, über die Erringung der aus-

schließlichen staatlichen Führung durch Adolf Hitler bis in die jetzige, Raum und Zeit sprengende Periode gewaltigsten Ausstrahlungsvermögens unserer Nation liegt eine Handlung des Führers nach der anderen, und sie alle hängen nach dem Gesetz der rein logischen Folge miteinander zusammen.

Mit der Errichtung der Weltanschauung des Nationalsozialismus ist dem Jahrhunderte alten Ringen unserer Geistesgeschichte um die Findung eines einheitlichen allumfassenden deutschen Daseinsinhalts Erfüllung geworden. Mit der Aufrichtung des machtvollen Reiches Großdeutschlands hat die staatliche Geschichtsfigur unseres Volkes eine endgültige Prägung erlebt und mit der totalen Wehrhaftmachung unserer Nation in sämtlichen erziehungsmäßigen, organisatorischen, waffentechnischen Voraussetzungen eine sieghaft heroische Höchstgestalt des rassisch-germanischen Charakters des Deutschtums erhalten.

Die stürmische Entwicklung dieser Jahre brachte damit eine solche kaum meß- und überschaubare Fülle des neuen, im besten Sinne des Wortes revolutionären Gestaltens und Wirkens in alle Teile unseres Volkes, daß das Tempo des Einzelschicksals wie des völkischen Gemeinschaftserlebens, die blitzartig oft erfolgenden Neugestaltungen aller Art unser Gemeinschaftsleben mit Höchstankurbelung aller nur irgendwie verwertbaren Energien durchzucken. Die behäbige, ruhige Gemächlichkeit früheren geschichtlichen Zeitmaßes erscheint, daran gemessen, wie ein idyllischer Ruhepunkt friedlicher Beschaulichkeit. Die Anforderungen an den Einzelnen wie an die Gemeinschaft sind nicht nur im Vergleich

zu diesen früheren Entwicklungstempi in jeder Weise gesteigert, sie sind dem Verbrauch nach auch intensiviert. Denn trotz der ungeheuren Beschleunigung aller Entwicklung und trotz der ungeheuren Anforderungen ist keine Schleuderarbeit eingerissen, sondern eine wahrhaft ideale Kombination von bestmöglicher Ausgleichung des nach der geschichtlichen Erkenntnis jeweils Notwendigen mit der zur Erfüllung der daraus resultierenden Aufgabe jeweils zu findenden höchstwertigen persönlichen und technischen Erfüllungsmöglichkeit aufrechterhalten. Was der Führer selber in unermüdlicher Einsatzbereitschaft durch die Hingabe seiner ganzen persönlichen Kräfte dem deutschen Volke nun seit Jahren vorlebt und vorschafft, hat das deutsche Volk zu unvergleichlichen Leistungen emporgehoben. Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau, ganz gleich, in welcher Stellung des Reiches oder der persönlichen privaten Sphäre stehend, sind vom Führer zu dieser gewaltigen einmaligen, alle Bisherige übersteigenden Leistung aufgerufen worden und haben sich diesem Appell des Führers leistungsmäßig voll würdig gezeigt.

Daher ist es durchaus an der Zeit, den inneren mechanischen Gesetzen des Ablaufs zwischen Gestaltungswillen und Verwirklichung im Rahmen unserer völkischen Gemeinschaft auf den verschiedensten Gebieten das Neue nachzutragen. Die Überlegung, wie sich nun gegenüber dieser durch den Impuls einer einmaligen Persönlichkeit unserem Volke vermittelten Energienbeschleunigung die traditio-

6.12.1941

nellen Mächte der Ordnung und der Beharrung verhalten, führt zu verschiedenen Fragestellungen. Eine dieser Fragestellungen war das Problem der Einheit von weltanschaulichen Ordnungen unseres Volkes und den staatlichen Arbeitsnotwendigkeiten. Dieser konkreten Frage soll nun im Institut für die Technik des Staates eine besondere geistige Forschungsstätte bereitet werden, ist es doch offensichtlich, daß nunmehr dem stürmischen Tempo dieser Zeit traditionelle Beharrungsbereiche nachgeformt werden müssen, soll nicht vielleicht die Gefahr entstehen, daß auf die Dauer das Neue in seinen Bedürfnissen nicht mehr von dem Umfang bisheriger traditioneller Führungs-, Regierungs- oder Verwaltungsmethodik gedeckt werde. Es könnte nämlich sein, daß man bei Durchdenkung dieses Problems zu dem Ergebnis käme: all das Raunen von verstaubter Bürokratie, die sich immer wieder dem jungen Leben hemmend in den Weg legt, die so häufig angewendete kritische Variante, nach welcher die Augenblicksbedürfnisse einer aufgewühlten Zeitentwicklung nicht in Anwendung von Methoden befriedigt werden können, die ihrer Art, ihrer Erscheinung und ihrer Arbeitsmöglichkeit nach jener oben erwähnten idyllischeren, friedlicheren, ruhigeren geschichtlichen Lage wohl entsprochen haben mochten, mit denen man aber heute nicht mehr nachzukommen vermag, - sie haben wenig Sinn. Denn schließlich geht doch alles hierbei um die Angleichung eben der Verwirklichungstechnik des nationalen Führungswillens an seine jetzigen oder künftigen Erfordernisse.

Die Fragen, die dabei hineinspielen, sind Legion. Sicherlich besteht Klarheit darüber, daß die technische Anschauung des Staates, wie sie ja in dem Begriff der viel zitierten Staatsmaschine schon seit langem in Übung ist, einmal einer grundsätzlichen Durchdenkung bedarf. Dabei geht es nicht um die Neuauflage einer allgemeinen Staatslehre; denn die Frage nach Wesen, Sinn und Zweck des Staates ist für uns Deutsche durch die Errichtung des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers beantwortet. Ihm hat in Zukunft alle Staats- und Volksarbeit in Deutschland zu dienen.

Auch das Problem der innerräumlichen territorialen Organisation dieses Reiches scheidet dabei aus; denn daß dieses Großdeutsche Reich Adolf Hitlers ein von einer einzellig gedachten Führungsgewalt geleitetes Machtgebilde in stark einheitsstaatlicher Ausprägung ist und daher die Bundeskonstruktion eigener Stammesstaaten oder sonstiger staatlich selbständiger, nur durch irgendeine Vertragsform untereinander gebundener Spezialgebilde endgültig überwunden hat, ist ebenfalls klar. Dieses Großdeutsche Reich Adolf Hitlers ist ein Einheitsstaat.

Ebenso scheidet das Problem etwa des Einflusses weltanschaulicher, religiöser oder sonstiger Ideengruppen aus; denn für alle Zukunft wird es in Deutschland keine Staatskonfession mit direkter Anteilnahme an der Staatsführung, keinerlei Literaten- oder Denkerklub mit fortgesetzter Beunruhigung des öffentlichen Lebens geben. Das Programm

6.12.1941

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist die den geistigen Inhalt des Reiches formende totale Weltanschauung, wobei selbstverständlich Reich wie Bewegung jede mit diesen Prinzipien vereinbare positive und loyale Geisteshaltung gewähren.

Um alle diese bis jetzt bei den Staatsrechtstheoretikern im Vordergrund stehenden Probleme, die unter den alten Schlagworten: Unitarismus oder Föderalismus, Einheitsstaat oder Bundesstaat usw. - gingen, handelt es sich bei dem Thema unseres neuen Instituts nicht im entscheidenden.

Man kann sehr wohl von einer Kultur des Staates im Sinne jenes völlig geistigen Phänomens sprechen, das dem im Namen des Staates Handelnden die höhere Bewußtheit eines Dienstes am Besten der Allgemeinheit verleiht, zweifellos natürlich auch im Hinblick auf die Kulturleistungen des Staates, der ja als der Hauptgestalter der allgemeinen Bildungseinrichtungen ebenso wie als Träger des gehäuften Einzelschicksals eines der wichtigsten Kulturereignisse im Völkerleben darstellt. Vielfach ist demnach auch die Erörterung des Staates in allen geistigen Bereichen der Wissenschaft, der Dichtung und sonstiger Kulturbezogenheit.

Aber in der Technik versagt jede Ehrfurcht vor der Tradition. Ebenso, wie der allgemeine Fortschritt innerhalb des technischen Geschehens nicht dadurch gehemmt wird, daß man eine frühere maschinelle Apparatur aus Ehrfurcht

vor der Tradition in Anwendung halten will, statt sie an das Deutsche Museum abzugeben und eine neue Maschine herzustellen, so müssen wir auch der Staatstechnik gegenüber mit überalterten Formen und Erscheinungen aufzuräumen vermögen, um einer technischen Gestaltung zum Durchbruch zu verhelfen.

(Lebhafter Beifall)

So kann man denn mit dem Argument der Tradition im Bereiche der staatstechnischen Kriterien nicht weiterkommen. Man

Man könnte als Grundsatz aufstellen: die Entstehung des Staatswillens sowie die Formulierung desselben in der Form des allgemeinen Befehls sind Sache der politischen Führung; Verwirklichung dieses allgemeinen Befehls ist Sache der Staatstechnik. Führung und Beherrschung der Staatstechnik zusammen bilden das Gesamtgebiet der Regierung. Verwaltung ist der Teil der Staatstechnik, der die Regierung konkretisiert. In der Regierung herrscht der Wille, ein Ziel, das man sich führungsentsprechend gestellt hat, zu erreichen. In der Verwaltung muß dieses Ziel den Notwendigkeiten des Lebens gegenüber durchgesetzt werden.

So soll die Technik des Staates als Aufgabestellung die Schlußfolgerung aus diesen allgemeinen Voraussetzungen zu der Fragestellung sein: in Anwendung welcher staatstechnischer Grundsätze funktioniert die allgemeine Staatsmaschine so, daß sie diesen geschichtlichen Aufgaben im Dienste unseres Volkes zu entsprechen vermag?

6.12.1941

Ich habe in meinem im vorigen Jahre aus Anlaß der Jahrestagung 1940 der Technischen Hochschule München gehaltenen Vortrag - der auch im Druck erschienen ist - +) schon meine Ansicht über diese Dinge niedergelegt.

So wird sich die Arbeit in unserem Institut im Rahmen der Technischen Hochschule abspielen. Ich habe mit vollem Bewußtsein die Technische Hochschule München gewählt und den Rektor Professor Dr. Pistor ersucht, ein solches Institut ins Leben zu rufen. Ich glaube, gerade ich bin dazu berufen, einmal einer nicht nur aus der juristischen Konstruktion kommenden Staatsbetrachtung eine Grundlage zu geben.

(Lebhafter Beifall)

Diese Betrachtung der Technik des Staates müßte demnach ohne jedes ideelle Pathos, ohne jeden dramatischhistorischen Akzent, ohne jede weltanschauliche Empfindsamkeit eine nüchterne Konstruktionsaufgabe darstellen. Wir müssen uns von der leider in der deutschen Staatsgeschichte schon so oft in Erscheinung getretenen Art freimachen, über die Form der Verwaltung geistige Riesenkämpfe zu führen, wie sie früher gerade mangels eines großzügigen einheitlichen geschichtlichen Aspektes immer wieder als ungefährliches Streitspiel geübt wurden. Erst aus diesen Erwägungen heraus wird sich eine vollkommene Ergänzung

---

Mühlthaler, Buch- und Kunstdruckerei G.m.b.H.
...chen 2.

auch zur rechtlichen Betrachtung des Staates ermöglichen lassen, deren Bedeutung in Ausgangspunkt und Zielrichtung von niemandem ernsthaft wird bestritten werden können.

Die Technik des Staates wird aus der Tradition der bisherigen Staatsverwaltungskunst jene Erfahrungen zu folgern haben, die man einer künftigen, so oft und viel erörterten Verwaltungsreform zu Grunde zu legen hat. Dabei darf es weder persönliche noch standes- noch ressortmäßige Ressentiments geben. Man muß gleichsam den Mut haben, sich einmal von alledem, was auf dem Gebiet des staatstechnischen Geschehens wurde, freizumachen und nur die Frage zu untersuchen: wie soll die Staatsmaschine konstruiert sein, die den aus den allgemeinen politischen und weltanschaulichen Ergebnissen der nationalsozialistischen Revolution Adolf Hitlers und dem Sieg der deutschen Waffen entstehenden deutschen Reichsaufgaben zu dienen hat? Freilich wird dabei vieles Altgewohnte in Zukunft endgültig stürzen müssen. Viel sich weiterschleppender Verwaltungsum- und -irrweg wird zu kürzen oder zu sperren sein. Es wird manch' barockes Gebilde verwaltungsstruktureller Überwüchsigkeit niederzureißen und viel üppiger Formalgebrauch zu beenden sein.

Aber nicht alles, was als Bürokratie verschrieen ist, gehört in diese Kategorie des geschichtlich Überfälligen. Und damit ergeben sich die großen Konstruktionsaufgaben für die Technik des Staates im Reich Adolf Hitlers, so etwa die Frage des Ausgleichs zwischen Zentral-

6.12.1941

instanzen des Reiches und den Reichsgauen oder den ihnen entsprechenden mit autonomen Selbstverwaltungsvollmachten versehenen Teilbereichen. Hier muß der Entwicklung in jeder Weise Rechnung getragen werden, die auf der einen Seite zu einer oft viel zu sehr ins Detail gegangenen Anhäufung von Zentralzuständigkeiten ebenso führt wie zu Verunklarung hervorrufenden Zuständigkeitsüberschneidungen in den mittleren und unteren Instanzen. Hierher gehört auch die Frage, welche Einwirkung jeweils etwa nach dem Grundsatz der Einheit von Partei und Staat die Partei in ihren Instanzen auf das Geschehen des Staates in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen nimmt, weiter das Auseinanderordnen der Fülle von konkurrierenden Zuständigkeiten auf allen Gebieten und die dringend notwendige Wiedereinholung von neu entstandenen, selbstherrlich sich gerierenden Verantwortungszonen in klar aufgeteilte, eindeutig unterscheidbare, scharf abgegrenzte größere, dem Zweck und Inhalt nach elementar zusammengehörige Zuständigkeitskreise, - dies alles aber immer unter dem Gesichtspunkt der reinen Zweckmäßigkeit.

Der moderne Staat ist eben nicht mehr das innenpolitische kämpferische Austobungsfeld gegnerischer Gruppierungen gegen die jeweils Regierenden mit dem Ziel, deren Ablösung durch eine neue gewalt-machtsehnsüchtige Gruppe herbeizuführen, sondern eine nur nach dem Gesichtspunkt des Bestfunktionierens zu wertende Einrichtung.

Dabei muß man den Staat als solchen aus der Beunruhi-

gungszone politischer Willensbildung völlig herauslassen, man darf seinen Wert oder Unwert nur darin sehen, ob er sich jeweils der ihm vorgezeichneten geschichtlichen, der ihm vorangestellten Führungsaufgabe entsprechend bewährt oder nicht.

Im Rahmen dieser Ausführungen ist es nicht möglich, auf die Fülle der Teilprobleme, die diese neuartige Einstellung ergibt, in vollem Umfange einzugehen. Daß aber das Bedürfnis nach Klarlegung nicht etwa nur dieses Unterschiedes zwischen den Möglichkeiten des Staates einerseits und den Notwendigkeiten der geschichtlichen Schicksalsgestaltung des Volkes andererseits immer dringender wird, ist unbestreitbar.

Was heute etwa bei der untersten Verwaltungsinstanz der Städte und Kreise an Überfülle unmittelbarer Verwirklichungsweisungen von allen Führungszentralen herab sich unausgesetzt sammelt, macht eine endgültige Untersuchung der Staatstechnik zur unabweisbaren Pflicht aller hierzu Berufenen. Dabei ist es mit der Formulierung von der Notwendigkeit der "Einheit der Verwaltung" an sich nicht getan. Denn die traditionellen Beharrungskräfte sind gerade auf dem Gebiet der staatlichen Zuständigkeiten nicht dadurch zu überwinden, daß man sie fortwirken läßt und sie nur wieder irgendwo und irgendwie in einer Instanz bündelt. Da alles Geschehen im Deutschen Reich, in welcher Zone des Weltanschaulichen, Geschichtlichen oder Staatlichen immer, soweit es auf verantwortungsvolle Führung von oben

ankommt, vom Führer ausgeht, ist ohnedies diese Einheit in der Spitze unseres völkischen Geschehens restlos gewährleistet. Diese Einheit in die unteren Instanzen, vom Führer aus gesehen also schon in die Reichsregierung weiter zu übertragen, bedeutet aber schon ein erstes Kernproblem. Neben den Reichsministern steht heute eine ganze Reihe von ihnen völlig gleichrangigen und gleich bevollmächtigten Sonderbeauftragten des Führers, die mit ihren Belangen einen Einbau in die bisherige Ministerialverfassung nicht gefunden haben. Und außer diesen Zentralbevollmächtigten aller Art gibt es wiederum wie etwa in der Persönlichkeit des Reichsmarschalls in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung einen für die sämtlichen Belange der Kriegsverwaltung allen anderen Reichsinstanzen vorangestellten Chef. In den nächsten Instanzen der territorial gegliederten Bereiche gibt es desgleichen eine Reihe von nebeneinander sich ausbreitenden Zuständigkeiten: Reichsstatthalter oder Oberpräsidenten, Präsidenten der einzelnen Fachverwaltungen, Oberbürgermeister der Städte usw. Sie alle sind einheitsverwaltungsmäßig gedachte, aber doch in ihren gegenseitigen Beziehungen, vor allem in den Beziehungen zwischen den territorialen Gliederungschefs und den Fachchefs durchaus nicht geklärte Zuständigkeiten. Wenn daher Einheit der Verwaltung bedeuten sollte die Übertragung von fachlichen Spezialzuständigkeiten auf den Repräsentanten eines Ressorts, etwa des Innenministeriums des Reiches, so würde

dieser Gedanke nur dann in die Tat umzusetzen sein, wenn eben sämtliche anderen Reichszentralfachverwaltungen ihren eigenen Territorialrepräsentanten in dieser Form nur auf dem Umweg über den Vertreter des Reichsinnenministeriums in den Territorien, also in den Reichsgauen, den Städten oder Landkreisen, würden mit Anordnungen versehen können. Dies kann aber um so weniger der Fall sein, als ja die Zweckmäßigkeit einer solchen meist doch fachlich ungeheuer verantwortungsvollen und reifste Spezialerfahrung voraussetzenden Spezialaufgabe nicht von dem allgemeinen Verwaltungsfachmann schlechthin beurteilt werden kann, es ja auch andererseits zu einer völligen Aufhebung der Regierungsmöglichkeit der Reichsinstanzen führen könnte.

Wir brauchen - der Führer hat es durch Einberufung des Reichsministers Dr. Todt zum Ausdruck gebracht - eine völlige Durchdringung der nationalsozialistischen Belange des Gesamtlebens unserer Gemeinschaft in einem eigenen Zuständigkeitsbereich.

(Lebhafter Beifall)

Wir brauchen alle diese neuen Formen, weil sie Ausdruck der Entwicklung sind und weil die einheitliche Zusammenfassung aller dieser Fach-Spezialverwaltungen im Wege der Heraushebung eines Fachgelehrten nicht möglich ist, sondern nur durch die Einsetzung einer vom Führer bestimmten politischen Persönlichkeit.

So sehr dabei auch das Neue jeweils die Tendenz hat, sich völlig autark zu entwickeln, und zwar von der Spitze des Reiches bis hinab zur untersten Fachinstanz,

so wenig kann ein Zweifel darüber bestehen, daß auch dieses Extrem nicht ideal sein kann. Denn angesichts der völligen Ausschaltung einer zwischen der Reichsgeschlossenheit und den untersten Instanzen liegenden Verwaltungszuständigkeit muß doch einmal noch eine Zusammenfassung etwa in der Größe des Reichsgaues oder, unter dem jetzigen Stand der Dinge, im Rahmen noch bestehender Landesregierungen irgendwie stattfinden.

Aber gerade hierin liegt eines der großen Kernprobleme der Technik des Staates: wie soll nämlich die zweckmäßige Aufteilung der Zuständigkeiten der Reichszentrale unter sich, zwischen den Reichsfachzentralen und den territorial doch mehr oder weniger das gesamte Staatsgeschehen zusammenfassenden Repräsentanten des Reiches unten und zwischen diesen wiederum mit den territorialen Fachverwaltungen vorgenommen werden? Für die Lösung dieses Problems stehen viele Wege offen. Den besten und technisch zweckmäßigsten auszuarbeiten und vorzuschlagen, soll eine der Aufgaben des Instituts für die Technik des Staates sein an der Technischen Hochschule zu München sein.

Aber die Untersuchung der Technik des Staates muß sich auch noch mit einer Fülle anderer Fragen beschäftigen, etwa dem Problem der Entscheidungsmethode im Einzelfall, also der Frage: welche Voraussetzungen müssen formal und sachlich gegeben sein, damit eine Entscheidung als wirksam ergehen kann? Hierbei vermag die Frage eine große

Rolle zu spielen, inwieweit eine Kontrolle über diese Gestaltung der Entscheidung im Aufsichtswege oder im Wege einer Art richterlicher Nachprüfung stattfindet. Die Tendenz ist stark spürbar, daß der einheitliche Begriff der Verwaltung ebenso wie der einheitliche Begriff des Rechts nach ihrer Taglichkeit im Gesamtrahmen der Technik des Staates untersucht werden müssen. Niemand soll Richter in eigener Sache sein, niemand soll aber auch auf dem Umweg über die Rechtsabhängigkeit von einer der eigenen Verwaltung fremden Instanz in der Erfüllung lebensnotwendiger Aufgaben unseres Volkes gehindert sein.

Vor allem ist hier vom Übel die Entwicklung der Fülle von Einschaltungen in den Zuständigkeitsrahmen. Damit eine Entscheidung von irgendeiner Instanz getroffen werden kann, müssen bis zu 24, 26, ja 28 Zwischeninstanzen eingeschaltet werden, die alle um ihr Gutachten angegangen werden müssen, ob und wie sie einer Entscheidung zustimmen. Dies führt zu einer Überfülle an Rückfragen und leeren Schreibkram, ganz abgesehen davon, daß es unwürdig ist, wenn in geradezu fanatischer Art hier eine Nachschnüffelei und übersteigerte persönliche Nachprüfung stattfindet, die manchem deutschen Volksgenossen die Lust zum Eintritt in den Staatsdienst überhaupt nehmen.

(Stürmischer Beifall)

Hier wird eine völlig neuartige, den modernen Erfordernissen der Zeit entsprechende Abgrenzung zwischen freiem Ermessen, Befehlsgebundenheit und richterlicher Kontrolle

stattzufinden haben.

Endlich wird die Untersuchung der Technik des Staates den Alltäglichkeiten, den akten- oder betriebsmäßigen Erfordernissen der Staatsapparatur Aufgaben stellen; denn ohne diese Fülle präziser, geradezu feinmechanischer Arbeit im Formalen kann keine Staatsarbeit bestehen. Es ist zwar vieles in der Welt, und es geschieht in der Welt auch das meiste, ohne daß es in den Akten voraus behandelt wurde, aber in der Regel nichts, ohne daß es nicht früher oder später in den Akten in Erscheinung träte. Nicht die Form soll das Leben beherrschen, aber das Leben kann ohne Formung auch im Staat nicht gedeihen. In wohlgemessenem Umfange hat das Formale in allen Erscheinungsformen ein notwendiges Daseinsrecht. Der Beamte und Angestellte im Büro des Staates vollführt dann eine jeweils lebensbedingteste Arbeit, wenn ihm in diesem Sinne die Form zur Meisterung der dem Gemeinschaftsleben drohenden Gefahren, zur Erfüllung der dem Leben dienenden Notwendigkeiten wird und in dem Bild des Verwaltungsaktes allgemeiner wie konkreter Art eine dem politischen Führungsgrundsatz unseres Volkes entsprechende staatliche Willensverwirklichung als traditionelle Übung erscheint. So werden die großen Fragen der Staatsbuchhaltung, der Staatskontrolle, der Staatsarchive und auch des Einbaues eines klare Gerechtigkeit sichernden Prinzips rechtlicher Überwachung irgendwie vom Institut einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen sein.

Aufgabe der Untersuchung der Technik des Staates wird auch die Verwirklichung des Grundsatzes sein, daß mit einem bestimmten Personal- und Sachaufwand eine möglichst eindeutige und umfassende Verwaltungsleistung erzielt wird. Die viel erörterte Frage der Vereinfachung der Verwaltung ist uns ja durch die wachsende Größe des Reiches in einem früher nicht einmal geahnten Umfang geradezu aufgenötigt. Der Bedarf der neuen Gebiete des Reiches an deutschen Verwaltungsleistungen aller Art zwingt zu einer Reduzierung des Personalbestandes, die notwendigerweise, da ja die Arbeitslast in der Heimat gleichfalls in steigendem Maße bewältigt werden muß, zur Steigerung der Wirksamkeit des Einzelhandelns innerhalb des Verwaltungsbereichs durch geschickte und zweckmäßige Zuständigkeitsverteilung führen muß, um den Ausgleich in der Sicherstellung des Verwaltungserfolgs zu gewährleisten. Deshalb ist die Frage der Erziehung des die Technik des Staates beherrschenden Verwaltungsnachwuchses in allen Bereichen eine wahrhafte Lebensfrage unserer völkischen Gemeinschaft.

Damit zeigt sich nun die Notwendigkeit, der Technik des Staates Persönlichkeiten als Meister im Dienste dieser gigantischen Maschinerie zu geben, die nicht unter dem sinnlosen Dauervorwand des Bürokratismus zu leiden hätten, sondern die als sachlich erprobte stille und opferbereite Walter des Gemeinwohls auch mit Fug und Recht ihre Anerkennung verlangen können.

Das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers muß eine Technik

des Staates erhalten, die unserer Zeit, ihrer Größe und den Zukunftsnotwendigkeiten unseres Volkes restlos mit der Sicherheit eines maschinellen Funktionierens entspricht. Auf jeden Fall muß vermieden werden, daß so, wie früher das Reich in territoriale Einzelstaaten aufgespalten war, das Reich als ganzes nunmehr in eine institutionelle Aufspaltung verfiele.

Zu dieser Aufgabe will das Institut für die Technik des Staates an der Technischen Hochschule zu München seinen Beitrag liefern. Mit großzügigen Mitteln ausgestattet, werden im allgemeinen wie im besonderen die Untersuchungen zu diesem Thema durch hervorragende Einzelarbeiten so zu fördern sein, daß sich aus der Arbeit in diesem Institut an der Technischen Hochschule zu München, der Hauptstadt der Bewegung, die Fruchtbarkeit des nationalsozialistischen Programms auch im Rahmen des staatlichen Tagewerkes immer mehr zum Segen unseres Volkes entwickelt.

Mit diesem Institut ist nun eine völlig neuartige Einrichtung ins Leben gerufen worden. Etwas Ähnliches hat es bisher in der deutschen Geistesgeschichte nicht gegeben. Gerade ich als früherer Assistent an dieser Technischen Hochschule bin glücklich, daß wir diesen Rahmen für unsere Arbeit gefunden haben. Ich bin auch glücklich darüber, daß damit eine neue weitere Steigerung der Bedeutung der Technischen Hochschule ganz allgemein von uns wenigstens betont wird.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube daran, daß aus diesem frischen Luftzug,

daß aus diesem Geisteshauch des nunmehr begonnenen neuen Zeitalters gerade der Staat eine neue Inhaltsgestaltung erfahren wird. Er bedarf ihrer sehr. Daß aber dadurch, daß nunmehr die Technik des Staates neben allen anderen wissenschaftlichen Aufgaben zur ernsten Betrachtung wissenschaftlicher Zusammenhänge, völlig im Stile und in der Form der Technischen Hochschule führt, der Idealismus akademischer Geprägtheit auch in dieser Aufgabe zu Hause sein soll, das wollen wir uns bei Beginn dieser Arbeit schwören. Aus der Technik des Staates soll das Glück unseres Volkes nicht minder blühen. Gerade wir wollen es aussprechen, daß der Staat, je besser er technisch funktioniert, auch desto menschlicher zu werden verspricht.

(Lebhafter Beifall)

Denn es gibt Werte, die höher sind als alle politischen Werte: die ewigen Bewußtseinsinhalte unseres deutschen Idealismus, unseres deutschen Glaubens! Das Wort von der Menschlichkeit darf uns nicht verloren gehen, auch nicht als Ausdruck des Staatshandelns. Der Gedanke darf uns nicht verloren gehen, daß diese Technik des Staates auch einen Staat gewährleisten soll, in welchem jeder ehrliche, brave deutsche Volksgenosse Gerechtigkeit findet, damit unser nationalsozialistisches Reich auch die Bestätigung erlangt, die gewaltigste Bestätigung, die ein politisches Gebilde erlangen kann, nämlich die durch den Geist und durch die Träger der weit über die Generationen hinausreichenden geistigen Zusammenhänge unseres Volkes. Wir können jede

Macht staatlich meistern, wir wollen aber auch vor den kommenden Generationen als Gestalter dieses Staates bestehen.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Der Festakt wird durch Professor Dr. Letzgus mit folgenden Worten geschlossen:

Herr Reichsminister! Herr Reichsstatthalter! Magnifizenz!

Die Technik des Staates, wie sie Herr Reichsminister Generalgouverneur Dr. Frank in seinen Reden an dieser Stelle heute und im letzten Jahr entwickelt hat, auf die gestern auch Reichsminister Dr. Ohnesorge eingegangen ist, gilt es zu erforschen, es gilt, in nüchterner Zweckbetrachtung aus früheren Erfahrungen, aus Erfolgen und Mißerfolgen die Fehlerquellen der Staatstechnik kennen zu lernen und daraus für die Zukunft die erforderlichen Schlußfolgerungen zu ziehen. Nur so wird es möglich sein, nicht bloß einzelne Fehler zu vermeiden, sondern die Technik des Staates von Grund auf neu zu gestalten und den Erfordernissen des Kulturstaates anzupassen. Es muß auf diese Weise gelingen, im Großdeutschen Reich und Raum den Willen des Führers durch verantwortungsbewußte und verantwortungsfreudige Persönlichkeiten rasch und zuverlässig, einfach und sparsam, lebensnah und gerecht zu verwirklichen, Staatsführung, Staatsorganismus und Staatstechnik zu einer Einheit zu verbinden.

Es gereicht mir zur höchsten Ehre, das Institut, welchem Herr Reichsminister Dr. Frank die hohe Aufgabe anvertraut hat, die Technik des Staates zu erforschen und Vorschläge für eine Neuordnung zu machen, unter seiner Führung und in engster Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Staates, der Partei, der Wehrmacht und der Wirtschaft leiten zu dürfen.

Wenn ich nun die Leitung dieses Instituts übernehme, bin ich mir der hohen Verantwortung und des hohen Vertrauens bewußt, das mir geschenkt wird. Ich bitte aber zugleich, unsere Arbeit nach Kräften zu unterstützen, damit wir in der Gegenwart für die Zukunft im Dienste und Geiste des Führers zum Wohle von Volk und Reich wirken können.

(Beifall)

IX/3 Krakau

Montag, den 8. Dezember 1941

19^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Krakau.

20^{00} Besuch des Konzerts der Philharmonie.
Solist: Siegfried Borries (Violine).
Aus Anlaß der Mozart-Woche gelangen Werke von Wolfgang Amadeus Mozart zur Aufführung.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg Krakau)

II/3 Krakau

Dienstag, den 9. Dezember 1941

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

10^{45} Besprechung mit Dienstleiter Schalk.

11^{25} Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Bankdirigent Dr. Paersch schwebende Verhandlungsfragen mit dem Reich.

11^{30} Besprechung mit Präsident Lauxmann und Pg. Stahr.

Gegenstand der Besprechung ist die Einführung des Leistungskampfes der deutschen Betriebe.

Wie Präsident Lauxmann erklärt, will die Deutsche Post Osten als erster Betrieb des Generalgouvernements den Leistungskampf beginnen. Zu diesem Zwecke hätten Besprechungen mit der Partei stattgefunden.

Der Herr Generalgouverneur schildert die Licht- und Schattenseiten eines solchen Planes: auf der einen Seite sehe er wohl den Ansporn, den diese Aktion für die einzelnen Betriebe mit sich bringe; andererseits dürfe man nicht übersehen, daß bei der Durchführung das Beschaffen von zweckschönen Möbeln und die Verschönerung der Arbeitsräume große Schwierigkeiten bereiten würde. Er beauftragt Präsident Lauxmann und Pg. Stahr, mit seinem Einverständnis die Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär eingehend darzulegen und dann erneut bei ihm Vortrag zu halten.

12^{00} Besprechung mit Finanzpräsident Spindler, Oberregierungsrat Frhr. von Streit und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

13^{00} Besprechung mit Finanzpräsident Spindler in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

9.12.1941

13^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches "Generalgouvernement" der NSDAP. Dienstleiter Schalk, Stabsleiter Adolf Stahl, Oberbereichsleiter Kobusch in Anwesenheit von Pressechef Gaßner.

Der Herr Generalgouverneur verabschiedet den zur Wehrmacht einberufenen Dienstleiter Schalk mit den besten Wünschen für sein persönliches Wohlergehen.

Für die Zeit der Abwesenheit des Dienstleiters Schalk trifft der Herr Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsleiter folgende Anordnung:

1. Der bisherige Stabsleiter Adolf Stahl übernimmt ab sofort die Geschäfte des stellv. Leiters des Arbeitsbereiches und übt seine Tätigkeit als Vertreter im Amt aus.
2. Oberbereichsleiter Kobusch übernimmt mit sofortiger Wirkung die Dienststelle des Stabsleiters im Arbeitsbereich der NSDAP. "Generalgouvernement".

13^{15} F r ü h s t ü c k .

15^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

23^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

1167

IX/3 Berlin

Mittwoch, den 10. Dezember 1941
bis
Sonnabend, den 13. Dezember 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

Teilnahme an der Reichstagssitzung vom 11. Dezember 1941.

Kressendorf

Sonnabend, den 13. Dezember 1941

7^00 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia. Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

14^00 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

14^40 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple

15^20 Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Gesandten von Wühlisch den Grafen di Fossombrone.

Graf die Fossombrone überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Anzahl Bücher.

20^00 Aufführung des "Requiem" von Mozart in der Urania. Die Leitung hat Prof. Fritz Lubrich, die Mitwirkenden sind:

Gerda Lammers (Sopran)
Elsa Cavelti (Alt)
Arturo Scalorbi (Tenor)
Gerhard Bertermann (Baß)

Der Meistersche Gesangverein (Städtischer Chor Kattowitz).

Die Philharmonie des Generalgouvernements.

Dem "Requiem" geht der Vortrag des gemischten Chores "Ave verum" von W.A. Mozart voran.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

1169

Kressendorf

Sonntag, den 14. Dezember 1941

12^{45} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Telegramms:

An Seine Exzellenz den Botschafter O s h i m a
B e r l i n
Japanische Botschaft

Euer Exzellenz! Zu der hohen und sehr verdienten Auszeichnung sende ich Ihnen meine herzlichsten, kameradschaftlichen Glückwünsche.
Auf baldiges Wiedersehen!
Heil Japan, Deutschland, Italien!
Heil dem Führer!

Mit freundlichsten Grüssen
stets Ihr

Dr. Frank, Generalgouverneur.

13^{15} F r ü h s t ü c k,
an dem teilnehmen:

Staatssekretär Mühlmann
Präsident Senkowski
Gesandter von Wühlisch
Graf di Fossombrone
Gouverneur Dr. Lasch
Präsident Ohlenbusch
Stabsleiter Stahl
Stadthauptmann Pavlu
Direktor Herbst
Prof. Lubrich und Frau
Konzert- und Opernsängerin Gerda Lammers
Verwaltungsdirektor Haslinde

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

IX/3 Krakau

Montag, den 15. Dezember 1941

11^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{45} Oberstleutnant Fischer hält Vortrag über die Kriegslage im Osten.

11^{55} Besprechung mit Präsident Westerkamp.

12^{10} Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet Rechtsrat Dr. Hammerle, daß er dessen Aufgabe des Aufbaues des Sonderdienstes als absolute Sondermission betrachte, und ersucht Dr. Hammerle, sich in dieser Arbeit durch nichts beirren zu lassen und alle Schwierigkeiten, vor allem alle politischen Fragen dem Staatssekretär der Regierung vorzutragen.

Rechtsrat Dr. Hammerle erwidert, daß er sich in seiner Arbeit in der letzten Zeit immer mehr an die Dienststelle des Staatssekretärs angelehnt habe.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den ehemaligen polnischen Gesandten von Wisocki in Begleitung von Gesandtem von Wühlisch und in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Gesandten von Wisocki seine Genugtuung für das loyale Verhalten der polnischen Bevölkerung im Generalgouvernement aus. Vor allem treffe dies für die polnischen Eisenbahner zu, die bei der Vorbereitung des deutschen Aufmarsches an der Ostfront treu und brav ihre Pflicht er-

füllt hätten und von Tag zu Tag aufs neue erfüllten. Das gleiche gelte für die polnische Polizei und für alle anderen dem Gemeinwohl dienenden Beamten. Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß bei vernünftigem beiderseitigen Verständnis die Möglichkeit der Befriedung in diesem Raum gegeben sein. Die Ernährungslage sei zwar zur Zeit sehr angespannt, er hoffe aber, daß diese Lage mit der Zeit verbessert werden könne.-Durch Besprechungen im Reich habe er das Los der dort tätigen Polen wesentlich günstiger gestalten können. So kämen in diesem Winter zum ersten Mal 40 000 Polen zum Urlaub in ihre Heimat.

Für die deutsche Verwaltung, vor allem für die Polizei- und Sicherheitskräfte seien die im Generalgouvernement zu bewältigenden Aufgaben sehr schwierig. Ununterbrochen versuche die Widerstandsbewegung unter Einflüssen, die besonders von Herrn Sikorski ausgehen, innere Unruhe in das Land zu tragen. Für die polnische Bevölkerung würde es das größte Unglück bedeuten, diesen Einflüsterungen nachzugeben. Die Einstellung der öffentlichen Reichsstellen, vor allem der Parteistellen gegenüber den Polen sei eine viel günstigere geworden und irgendwelche Widersetzlichkeiten der Polen würden einen furchtbaren Rückschlag bedeuten.

Der Herr Generalgouverneur sieht in dem Gesandten von Wisocki den Verbindungsmann der polnischen Bevölkerung und ermächtigt Staatssekretär Dr. Bühler, den Gesandten jederzeit zu empfangen.

Gesandter von Wisocki weist darauf hin, daß nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung an dieser Wühlarbeit der Widerstandsbewegung beteiligt sei. Die illegalen Schriften nähmen von Tag zu Tag ab; auch die Annahme, daß eine Verbindung mit der Londoner Regierung bestehe, nehme in den Kreisen der polnischen Widerstandsbewegung immer mehr ab. Das

sei vor allem darauf zurückzuführen, daß in der polnischen Regierung in London gänzlich unbekannte Männer säßen, die über keinerlei Autorität verfügten.

Viele Polen, bei denen man illegale Flugblätter finde, würden verhaftet. Seiner Ansicht nach seien die meisten von ihnen ganz zufällig in den Besitz dieser Flugblätter gelangt und hätten keinerlei Verbindung mit der Widerstandsbewegung. Er bitte daher den Herrn Generalgouverneur, die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht zu Weihnachten eine Reihe dieser Inhaftierten, deren Schuld nicht erwiesen sei, freigelassen werden könnten. Eine solche großzügige Geste werde das wärmste Echo unter der einheimischen Bevölkerung finden. Er denke vor allem an das Lager in Auschwitz.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Staatssekretär Dr. Bühler, im Verein mit den polizeilichen Stellen diese Bitte des Gesandten zu prüfen. Das Lager in Auschwitz sei zwar seiner Zuständigkeit wegen seiner Lage im Reich entzogen, man könne jedoch in den Gefängnissen, die im Generalgouvernement lägen, die Freilassung von Häftlingen ins Auge fassen.

Als zweite Bitte bringt Gesandter von Wisocki eine Ausgleichung der Gegensätze zwischen Polen und Ukrainern im Distrikt Galizien vor. Besonders auf dem Lande sei das Verhalten der ukrainischen Polizisten und Funktionäre gegenüber der polnischen Bevölkerung sehr rigoros.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber auf die großen Leiden der Ukrainer während der Zeit der polnischen Herrschaft hin und äußert seine große Überraschung über den Haß, der zwischen den Polen und Ukrainern bestehe. Er stelle dem Gesandten frei, die Angelegenheit mit Gouverneur Dr. Lasch in Lemberg zu besprechen und über die Möglichkeiten einer Befriedung zu beraten. Im Rahmen der großen europäischen

15.12.1941

Ordnungsfunktion des Deutschen Reiches wolle auch er seine Kräfte im Raum des Generalgouvernements für eine Konsolidierung der Verhältnisse einsetzen. Den loyalen Polen würden von deutscher Seite alle Lebensmöglichkeiten gegeben werden. So habe er, der Generalgouverneur, jetzt schon in Lemberg auch den Polen das medizinische, tierärztliche und technische Studium eröffnet. Die ganze deutsche Aufbauarbeit in diesem Raum komme ja auch den Polen zugute. Einen Aufruhr werde die deutsche Führung mit allen Mitteln zu unterdrücken wissen.

Gesandter von Wisocki verspricht, die Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs den einzelnen Mitgliedern des polnischen Hilfskomitees mitzuteilen.

Der Herr Generalgouverneur stellt einen Empfang dieses Hilfskomitees für später in Aussicht.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt General SS-Obergruppenführer Reinhard in Begleitung von Oberstleutnant von Tschammer und Osten.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

16^{00} Vorführung der neuesten Wochenschau und des Films "Alles für Gloria".

Abends: Abfahrt nach Kressendorf.

IX/3 Krakau

Dienstag, den 16. Dezember 1941

10^{30} Regierungssitzung im Regierungsgebäude Krakau.
(Protokoll s. Beiakten)

17^{45} Sitzung im Regierungsgebäude.
Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Gesandter a.D. Dr. Rümelin
Präsident Westerkamp
Gouverneur Zörner
SS-Oberführer Dr. Schöngarth
SS- und Polizeiführer Globocnik.

18^{30} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler.

19^{10} Abendessen für Offiziere des Sonderdienstes auf der Burg.

22^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

KODAK SAFETY FILM

IV/3 Krakau

Mittwoch, den 17. Dezember 1941

11^{15} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{25} Besprechung mit Regierungsbaurätin Löv.

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Bahnhof Krakau zur Begrüßung von Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller.
Anschließend Fahrt nach der Burg.

12^{00} Besprechung mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller und Oberregierungsrat Krämer in Anwesenheit von Präsident Gerteis.

13^{30} Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller folgende Worte der Begrüßung:

Herr Reichsverkehrsminister! Ich habe den großen Vorzug, Sie hier im Namen der Regierung und der Deutschen des Generalgouvernements aufs herzlichste willkommen zu heißen. Sie haben als oberster Chef des deutschen Verkehrswesens nunmehr Ihren Besuch bei der Ostbahn durchgeführt und sind nun auch zu uns nach Krakau, der Hauptstadt des Generalgouvernements, gekommen. Ich möchte den Anlaß benutzen, um Ihnen, Herr Reichsverkehrsminister, unser aller Dank für die so hervorragende Förderung des Eisenbahnwesens zum Ausdruck zu bringen, die Sie vor allem auch unserer von so außerordentlich schweren Problemen durchzogenen Verkehrssituation zuteil werden lassen.

17.12.1941

Was wäre wohl aus diesem völlig zerstörten, von Krieg und technischem Unvermögen zerrotteten Eisenbahnwesen der früheren polnischen Republik geworden, wenn es damals, als wir es übernahmen, nicht von so hervorragenden, technisch und charakterlich bedeutsamen Männern wieder instand gesetzt worden wäre! Das war jene hervorragende Garnitur von Männern, die uns die Deutsche Reichsbahn für das Generalgouvernement zur Verfügung gestellt hat. Ich erinnere mich noch mit dankbarer Freude des Wirkens des ersten Präsidenten der Ostbahn Beck, möchte im Anschluß daran aber auch meiner großen Freude darüber Ausdruck verleihen, daß Sie uns in dem Präsidenten Gerteis einen weit über das Fachliche hinaus uns als hervorragenden Mitarbeiter höchstwerten Chef des Eisenbahnwesens zur Verfügung gestellt haben. Ich möchte Ihnen in dieser Form auch den Dank für die unsagbar aufopferungsbereite treue und dienstliche Hingabe übermitteln, die Tausende und Abertausende deutscher Eisenbahner aller Beamtenkategorien, vom höchsten Verwaltungsbeamten bis hinab zum kleinsten Weichensteller, für die Durchführung unserer Führungs- und Ordnungsaufgabe an den Tag gelegt haben. Bei der unvorstellbaren Schlechtigkeit des gesamten Verkehrswesens der früheren polnischen Republik war die Bahn der Lebensstrang, auf dem das Leben überhaupt erst aufgebaut werden konnte. Und es ist gar kein Zweifel, daß jene Bemerkung den Nagel auf den Kopf trifft: wären wir ohne diese hervorragenden Eisenbahnfachkönner im Generalgouvernement auf uns allein angewiesen, wären wir angewiesen gewesen etwa auf den Kraftwagen oder ein anderes Verkehrsmittel, so wäre unsere gesamte Gemeinschaftsarbeit nicht möglich gewesen.

Was die Ostbahn, die ja ganz und gar ein Kriegskind der Reichsbahn ist, nun bei dem Aufmarsch der deutschen Heere geleistet hat und seit Beginn des sowjetrussischen Krieges in ununterbrochener Nachschubarbeit nach jeder Richtung leistet, das hat mir gegenüber auch der Führer wiederholt in sehr schönen Worten anerkannt. Wir liegen jetzt

17.12.1941

nicht mehr im toten Winkel des großdeutschen Machtbereichs, sondern sind zusammen mit Ostpreußen zur großen Verkehrsbrücke zwischen Osten und Westen geworden. Ostpreußen gegenüber haben wir allerdings den doppelten Anteil am Verkehr, wie ja durch das Generalgouvernement überhaupt der gesamte Menschen- und Sachverkehr an die Ostfront läuft.

So ist es denn eine ungeheuer verantwortliche Aufgabe, die die Ostbahn im gesamten Verkehr erfüllt. Ich als Generalgouverneur darf Ihnen, Herr Reichsverkehrsminister, aus übervollem Herzen dafür danken, daß Sie sich auf Grund der Erfahrungen Ihres eigenen Lebens dieses oft so verspottetem Verkehrsinstruments der Eisenbahn angenommen haben, jenes Instruments, dem man einmal gegenüber dem Automobilismus kaum mehr eine rechte Zukunft zutraute. Sie waren ein steter, treuer unermüdlicher Sachwalter des Eisenbahnverkehrs. Ihr großes Lebenswerk, die Gestaltung der Deutschen Reichsbahn, ist eine der fundamentalsten Voraussetzungen der Ewigkeit des Reiches Adolf Hitlers. So sind Sie denn auch durch die Entwicklung in allen Ihren Kämpfen um die Durchsetzung Ihrer Ideen vollauf gerechtfertigt. Heute ist es ja allgemein anerkannt, daß die Eisenbahn das einzig dauernd zuverlässige Verkehrsinstrument darstellt. Sie können daher überzeugt sein, Herr Minister Dr. Dorpmüller, daß von Seiten des Generalgouvernements und aller staatlichen Instanzen dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches alles geschehen wird, damit den uns anvertrauten Männern Ihrer Verwaltung die Durchführung ihrer Aufgaben so leicht wie möglich gemacht wird. Diese Aufgaben bleiben ohnedies noch schwer genug. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß wir für die Belange des Eisenbahnwesens das größte Interesse aufbringen. Es wird unser Stolz sein, wenn einmal das Generalgouvernement staats- und verwaltungsmäßig völlig in das Großdeutsche Reich eingefügt werden wird, daß sich diese Ostbahn dann würdig neben die anderen Reichsbahndirektionen des Großdeutschen Reiches stellen wird.

17.12.1941

Ich erhebe mein Glas auf Ihr persönliches Wohl und auf das Wohl aller deutschen Eisenbahner!

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Die Worte, die Sie eben ausgesprochen haben, haben meinem Herzen wohl getan. Ich freue mich darüber um so mehr, als Sie vor allem neben meiner Person auch meinen Mitarbeitern gegolten haben.

Herr Generalgouverneur, Sie haben Recht: wir haben sehr schwere Zeiten hinter uns. Wir haben uns nicht so entwickeln können, wie wir eigentlich gewollt hätten. Ich danke Ihnen daher für das große Interesse, das Sie an unseren Aufgaben genommen haben.

Seit dem Jahre 1935 ist es der Eisenbahnverwaltung nicht vergönnt gewesen, ihren Lokomotiven- und Wagenpark, ihre Bahnhofsanlagen usw. so zu vervollkommnen, wie es entsprechend dem Fortschritt des Verkehrs in Deutschland nötig gewesen wäre. Es war vielmehr notwendig, daß aller Stahl und alle Metalle, die vorhanden waren, für die Aufrüstung eingesetzt wurden. Was damals uns Eisenbahnern an Zurückhaltung zugemutet wurde, war deshalb auch vollauf gerechtfertigt. In erster Linie handelte es sich darum, daß die Waffen geschmiedet wurden, mit denen wir den Krieg führen konnten.

Als dann die Zeit immer weiter fortschritt und man erkennen mußte, daß die Reichsbahn nicht mehr im Rückstand bleiben durfte, als man sah, daß das Transportproblem im Kriege eine gewaltige Rolle spielen würde, da haben wir unsere schwerste Zeit durchmachen müssen. Denn wir haben nicht das bekommen können, was wir notwendig gebraucht hätten. Das ist nun anders geworden. Meine Herren, Ihnen ist bekannt, daß jetzt der Führer folgende Parole ausgegeben hat: alle anderen Arbeiten haben hinter der Fabrikation von Panzern, von Flugzeugen und Transportmitteln zurückzustehen. Diese wichtige Waffe der Transportmittel muß jetzt

1171

17.12.1941

im Vordergrund stehen. Wir wissen, daß wir in Zukunft mit einer verdoppelten Zahl von Wagen und Lokomotiven rechnen können, als wir sie bis dahin gehabt haben. Der Feldzug gegen Rußland ist uns Lehrmeister geworden.

Daß sich meine Herren mit Feuereifer in die Arbeit gestürzt haben, ist mir bekannt geworden, als ich meine erste Reise durch die ehemals polnischen Gebiete machte. Ich habe die Dinge kennen gelernt, als wir einen Freundschaftsvertrag mit Polen abgeschlossen haben. Dann bin ich im Kriege in diesem Gebiet gewesen, nachdem Polen zusammengebrochen war. Damals habe ich gesehen, wie die Gleise aufgerissen und viele Bahnhofsanlagen zerstört waren, Ich bin die Weichsel entlang gefahren und habe dort die zersprengten Brücken gesehen. Ich habe auch beobachtet, daß beim Eisgang das Eis sich staute, das Land überschwemmt wurde und Eisenbahndämme weggespült wurden. Dank der Tätigkeit der Brückenbauer und Eisenbähner ist es geglückt, alles wieder so herzustellen, daß wir dem nächsten Eisgang mit absoluter Ruhe entgegensehen können. Die Eisenbahnbeamten, die hier tätig geworden sind, haben das Doppelte von dem leisten müssen, was vordem auf diesem Gebiet geleistet wurde. Da hat es Tage gegeben, Tage voller großer Sorge, und manches harte Wort ist damals gefallen. Die Herren, die ich Ihnen hergeschickt habe, werden sich jener stürmischen Sitzungen noch erinnern.

Als ich dann zum dritten Mal hierher gekommen bin und gesehen habe, daß der größte Teil der Strecken für den Verkehr wieder hergestellt war, habe ich gesagt: Hut ab vor den Leuten, sie haben ihre Sache brav gemacht. Und so soll es bleiben. Aber das ist ja auch der große Vorteil: diese Männer sind ja alle aus unserer schönen Deutschen Reichsbahn hervorgegangen. Die Beziehungen zwischen der Reichsbahn und der Ostbahn bleiben bestehen. Und wenn wir hier eine filia haben, dann ist die Liebe dieser filia zur Mutter und die Liebe der Mutter zur filia so groß, daß wir lieber bei uns die Anlagen für Lokomotivstationen, die Wasser- und Kohlenanlagen abbrechen und sie hierher bringen,

als daß wir die Ostbahn im Stiche lassen. Das alles ist aber nur möglich, weil eine so enge Verbindung besteht, wie sie sich tatsächlich hier dokumentiert hat.

Wir stehen aber noch nicht am Ende unserer Arbeit. Ich habe erfahren, daß der Führer meinen Staatssekretär ins Hauptquartier berufen hat. Es handelt sich offenbar um die Transporte, die in dem russischen Gebiet durchgeführt werden sollen. Was hier zu schaffen war, das haben wir, abgesehen von einigen Engpässen, geleistet. Was aber noch in dem weiten russischen Netz an Arbeit vor uns liegt, stellt eine gewaltige Aufgabe dar. Bedenken Sie dabei, daß wir auch mit einer kolossalen Kälte zu rechnen haben. Jeder Soldat weiß, daß er bei solcher Kälte kein Maschinengewehr bedienen kann. Die Panzerwagen bleiben stehen, weil der Treibstoff nicht mehr gebrauchsfähig ist. Das gleiche gilt auch für die Arbeit unserer Eisenbahner. Auch für die Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahner gibt es eine Grenze. Wenn wir trotz alledem schlecht und recht durchgekommen sind, so haben wir es eben der vorbildlichen Tätigkeit unserer Eisenbahner zu danken. Und so bin ich denn fest überzeugt, daß wir auch die große vor uns liegende Aufgabe meistern werden.

In der letzten Zeit habe ich vom Führer zu verschiedenen Malen Worte der Anerkennung gehört. Ich habe mich auch gefreut, daß Reichsmarschall Göring, nachdem er lange Zeit hindurch böse Urteile über uns gefällt hat, nunmehr Worte der Anerkennung für uns gefunden hat, wie wir sie uns nicht schöner denken können,- sprach er doch direkt von einem Triumpf der Eisenbahn. Sie werden verstehen, daß man, wenn man eine solche Vergangenheit hinter sich hat, diese Anerkennung um so höher schätzt. Diese Worte der Anerkennung werden jedoch ein Ansporn sein, uns nunmehr so wie bisher zum Besten unseres deutschen Vaterlandes, zum Besten des kommenden Sieges einzusetzen.

Heil Hitler!

1181

7

17.12.1941

16^{00} Filmvorführung. Zur Aufführung gelangt der Film vom Parteitag des Arbeitsbereichs im August 1941.

17^{00} Besprechung mit Stabsleiter Stahl.

17^{30} Besprechung mit Abschnittsleiter Stahr und Standartenführer Peltz.

17^{45} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Erhebung eines Kriegszuschlags auf Tabakwaren und Branntweinerzeugnisse,
2. einer Verordnung über Kartelle im Generalgouvernement,
3. einer Verordnung über die Nichterhebung der Verbrauchssteuer für Weingetränke,
4. einer Verordnung über die Aufhebung von Mieterschutzbestimmungen,
5. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr,
6. einer Vierten Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien,
7. einer Zweiten Verordnung über die Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Galizien,
8. einer Verordnung über die Ausgabe von Münzen von 1 Groschen im Generalgouvernement,
9. einer Verordnung über das Meldewesen im Generalgouvernement,
10. einer Verordnung über die Zuerkennung der Fähigkeit zum Richteramt, Notaramt und zum Berufe des Advokaten in der nichtdeutschen Gerichtsbarkeit,

17.12.1941

11. einer Verordnung über deutsche Notare im Generalgouvernement,

12. einer Zweiten Verordnung über die Arbeits- und Sozialverwaltung im Distrikt Galizien,

13. einer Verordnung über den Ausweiszwang im Generalgouvernement,

14. eines Zweiten Erlasses über Quartierleistungen an die Wehrmacht,

15. eines Erlasses über die Aufstellung der Wehrschützenbereitschaften im Generalgouvernement,

16. einer Verordnung über die Führung von Dienstsiegeln im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

18^{00} Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Luxenberg.

18^{10} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Watzke.

18^{30} Besprechung mit Architekt Koettgen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

1182

IX/3

Krakau

Donnerstag, den 18. Dezember 1941

9^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur diktiert einen Aufsatz für die Januar-Nummer der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht "Das Recht im Neuen Jahr".

17^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

20^{00} Abendessen zu Ehren von Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

Freitag, den 19.12.1941

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. **Bühler** und Staatssekretär Dr. **Boepple.**

11^{00} Besprechung mit den Präsidenten **Spindler** und **Senkowski** in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

11^{45} Besprechung mit Stabsleiter **Stahl** in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

12^{00} Besprechung mit Oberstleutnant **Fischer**.

12^{05} Besprechung mit Hofrat **Watzke** und Direktor Dr. **Coblitz** in Anwesenheit von Dr. Boepple. Gegenstand der Besprechung ist die Beseitigung von **Differenzen**, die zwischen dem Direktor des Ostinstituts Dr. Coblitz und dem Vizepräsidenten des Instituts Hofrat Watzke bestehen.

Der Herr **Generalgouverneur** ersucht Staatssekretär Dr. **Boepple**, im Benehmen mit den beiden Herren eine beide Teile zufriedenstellende Lösung zu finden. Dabei müßten auch Fragen, die die Organisation und die sachliche Arbeit des Institutes betreffen, geregelt werden. Das Ergebnis seiner Verhandlungen solle Staatssekretär Dr. Boepple dann dem Herrn Generalgouverneur vorlegen.

Der Herr **Generalgouverneur** legt größten Wert darauf, daß die Unterredungen in kameradschaftlichem Geiste unter Hintanstellung alles Persönlichen und besonders im Interesse einer gedeihlichen Weiterentwicklung des Institutes geführt werden.

1185

19.12.41

12³⁰ Besprechung mit Stabsleiter Stahl, Hauptschriftleiter Müller ("Vorfeld"), Dr. Nosko (Parteigericht

16²⁰ Abfahrt zum Besuch von Verwundeten im Kriegslazarett an der Breslauer Straße.

18³⁰ Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Weihnachtsfeier einer Polizei-Nachrichtenkompanie in Monte Lupich teil und hält dabei folgende Ansprache

Herr Oberst, Herr Major, Kameraden der Polizei!

Es ist mir eine große Freude, angesichts des Lichterbaums deutscher Bewußtheit in Eurer Mitte zu weilen. Ich bin der Einladung gern gefolgt, denn das Gefühl, daß die Männer der Polizei, als die Soldaten der Ordnung des Staates, die großen Bannerträger der Idee von Macht und Größe des Reiches Adolf Hitlers sind, verbindet uns besonders stark gerade hier an diesem Vorplatz deutschen östlichen Ringens.

Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um über den Kreis der hier anwesenden Polizeikameraden hinaus als Generalgouverneur und als Chef der Landesführung Dank und Anerkennung für das hervorragende Verhalten der SS und Polizei im Generalgouvernement zum Ausdruck zu bringen. In diesen außerordentlichen, jede Dienstleistung bis aufs Äußerste erfordernden Zeitläuften ist es ein hervorstechendes Verdienst, daß es der deutschen Polizei im Generalgouvernement geglückt ist, mit verhältnismäßig wenig Mannschaften eine Bevölkerung von nunmehr 19 Millionen Fremdvölkischen in einem Raum, der fast so groß wie Ungarn ist – das General

gouvernement hat heute etwa diese Größe - so zu führen, und - man kann fast sagen - so in Schach zu halten, daß unsere Aufbauarbeit möglich war.

Das Jahr, das nunmehr zu Ende geht, war eines der schwersten und grandiosesten der deutschen Geschichte. Für das Generalgouvernement war dieses Jahr von besonderer Bedeutung: aus dem toten Winkel in den wir infolge der früheren Grenzziehung mit Sowjetrußland geraten schienen, sind wir eine Brücke zwischen dem Reich der Heimat und dem Reich des Ostens geworden. Damit sind unsere Aufgaben vervielfacht worden, und unsere Pflichten haben sich vermehrt.

Ich darf daher meiner Erwartung Ausdruck geben daß auch im kommenden Jahr, entsprechend der Härte dieser Zeit, die Pflichterfüllung so wie bisher von Euch allen, Offizieren und Mannschaften, geleistet werden wird. Der Geist, der Euch beseelt, ist ein ausgezeichneter. Ich freue mich auch über Eure echte soldatische Haltung, und ich weiß, daß Ihr vielen im Land Vorbild sein könnt. Die Polizei hat ihren großen Anteil an unserer Aufbauarbeit.

Wir haben die Straßen, Brücken, das Eisenbahnwesen, Städte, Dörfer, Häuser und Wohnungen, Kasernen wieder in Ordnung gebracht. Wir haben Heimstätten geschaffen und haben schon viel von unseren uns gesteckten Zielen erreicht, aus diesem Land der Weichsel eine deutsche Heimat zu machen. Dieses Gebiet wird nämlich von uns niemals wieder hergegeben werden. Es ist deutsches Land, und wird es in alle Zukunft bleiben. Wir sind nicht Fremde in diesem Raum, sondern sind als die Vollstrecker einer über Jahrtausende sich hinziehenden harmonischen Entwicklung in diesen Raum gekommen.

19.12.1941

Das ist mir eine besondere Freude, heute bei Euch weilen zu können. Zu den schönen Worten, die Euer Kommandeur gefunden hat, als er davon sprach, daß die Gedanken der meisten von Euch in der Heimat sind, möchte ich hinzufügen: das Opfer des Fernseins von ihren Angehörigen bringen heute Millionen und Abermillionen im Dienste des Reiches. Wir haben das dritte Kriegsjahr: Schwerstes wird an der Front geleistet, unerhört ist der Einsatz des deutschen Volkes, seiner Männer im Kampf um die Freiheit und die dadurch notwendig gewordene Zerstörung des bolschewistischen Systems, unvorstellbar und von uns kaum jemals richtig erkannt, sind die Strapazen dieses russischen Krieges.

Wir gehen einem Jahr mit härtesten Kämpfen und unerhörtesten Kriegsleistungen entgegen. Vielleicht ist es aber gerade deswegen wahrscheinlich, daß das Ende des Krieges und der Frieden näher sind, als wir uns das vorzustellen getrauen. Ich habe vor wenigen Tagen Gelegenheit gehabt, in Berlin mit dem Führer über alle Probleme eingehend zu sprechen. Beeindruckt durch diese Unterredung kann ich immer wieder nur sagen: wir alle können uns den Führer so voll und ganz als Vorbild nehmen. Dieser Mann, der jetzt daran geht, seinem Volk das grandioseste Reich zu schmieden, ist der eherne Vollstrecker des deutschen Schicksals. Seine unbändige Siegeszuversicht, sein blinder Glaube an sein Volk in dieser Zeit, da schwerste Entscheidungen zu treffen sind, müssen uns alle erheben. Die Grüße, die er mir für die Deutschen im Generalgouvernement mitgab, gelten auch für Euch, Männer der deutschen Polizei.

KODAK SAFETY FILM

19.12.1941

Ich wünsche Euch allen Kraft und Stärke zum Durchstehen dieser Zeit. Hoch aufgerichtet, im Bewußtsein des Schweren, was die Generationen vor uns geleistet haben, treten wir den Gang in die große Zukunft an. Der jetzige Krieg ist der größte aller Zeiten, und er wird auch der letzte Krieg dieses Kontinents sein.

Nach der siegreichen Beendigung wird der Frieden kommen, und mit dem Frieden werden die großen Aufbauarbeiten beginnen. Der Führer hat schon bestimmt, daß die Autostraßen des Reiches auch das Generalgouvernement durchziehen sollen. An diesen Autostraßen werden dann deutsche Siedlungen angelegt. Es wird ein deutsches Weltreich entstehen, an dessen Aufbau auch Ihr mitgewirkt habt.

Her Oberst, Herr Major, Offiziere und Männer der Polizei, ich wünsche Euch ein frohes Fest und ein stolzes glückliches Neues Jahr und unserem Führer und unserem herrlichen deutschen Vaterland den Sieg!

20[10] Weihnachtsfeier in der Artillerie-Kaserne in Rakowice bei der 2. Kompanie des Landesschützenbataillons 994.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Herr General, Herr Hauptmann, Kameraden! Ich bin mit großer Freude Ihrer Einladung gefolgt, denn für mich ist es eine seltene und große Erlebnisstunde, wenn ich wieder einmal inmitten der Soldaten weilen darf, aus deren Reihen mich der Führer auf diesen Posten als Generalgouverneur berufen hat.

Als ich damals in den letzten Tagen des Septembers 1939 von meiner Kompanie weg zum Generalgouverneur berufen wurde, war es für mich ein schwerer Abschied. Immer wieder sind meine Gedanken bei dieser Kompanie und gerade heute ist es für mich in Ihrem Kreis ein trauriges Gedenken, da von der ersten Kompanie des 9. I.R. Potsdam, mit dem ich ausgezogen bin, nur noch ein kleiner Teil aktiven Dienst leistet. Die anderen haben ihr Leben für unsere Volksgemeinschaft gelassen. Der Lichterbaum möge an ihren Gräbern erstrahlen. Unentwegt wandern unsere Gedanken zu den Gefallenen, die überall, vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer, von den Pyrenäen bis nach Afrika, ruhen.

Heute gibt es nur einen Dienst, den Kriegsdienst; auch der Verwaltungsdienst muß direkt oder indirekt dem Siege gelten. Heute ist das Gesetz des Krieges das oberste Gesetz. Mit Dankbarkeit habe ich aus Ihren Worten, Herr Hauptmann, entnommen, daß der alte frische deutsche Soldatengeist weiterhin lebendig ist.

Erst vor wenigen Tagen war ich beim Führer in der Reichskanzlei, wo der Führer mir sagte, was ihn unaufhörlich bewegt. Er ist durch und durch Soldat. Es ist ein gewaltiges Erlebnis, wenn man sehen kann, wie dieser Schicksalswalter unseres Volkes blitzenden Auges von unserem kommenden größten weltgeschichtlichen Sieg spricht, wie dieser Mann von einem Glauben an seine Berufung erfüllt ist, der etwas Erschütterndes hat. Und wenn er sagt: "Ich glaube an den Willen der Vorsehung, wir haben eine hohe Sendung zu erfüllen, und wir müssen dafür sorgen, daß die größte Weltpest, die scheußlichste Krankheit auf dieser Erde, der

Bolschewismus und seine Helfershelfer in England und Amerika beseitigt werden, damit für uns das Glück ersteht."

Ihr bringt große Opfer, jeder Einzelne von Euch hat seine Familie, seinen Beruf, sein Gewerbe, seinen Hof oder die Stelle verlassen, in der er sein Lebensziel und Lebensglück sieht. Jeder von Euch denkt daran; wir denken gemeinsam an unsere Heimat: Deutschland, an das Glück unseres friedlichen Daseins, an die Sendung dieses braven deutschen Volkes. Niemals in der Welt haben wir einem anderen etwas genommen. Durch unsere - fast möchte ich sagen - schicksalgewollte Leichtgläubigkeit haben wir alles verloren, als wir 1918 diesem Schwindler Wilson auf den Leim krochen. Heute ist das deutsche Volk in einer machtvollen einheitlichen Bewegung, die der Führer aus der rassischen Kraft unseres Volkes geschaffen hat, geeint und fest zusammengefügt.

Die Waffenträger dieses Volkes seid Ihr. In diesem schicksalgewollten Ringen tragt Ihr die Entscheidung, ganz gleich, ob an der Front oder in einer anderen militärisch-soldatischen Beziehung. Jeder hat die Pflicht zu tun, die der Führer ihm gibt, tapfer, treu, hingebungsbereit. Dann wird uns der ewige Himmel segnen. Nach diesem Krieg werden wir keinen mehr auf dem europäischen Kontinent erleben. Und, Herr Hauptmann, wir alle haben den Eindruck, daß durch den Kriegseintritt Japans, dieser großen Weltmacht, der Frieden näher ist, als wir alle glauben.

Ich bin fest überzeugt, Kameraden, daß im kommenden Jahr 1942 die große Entscheidung, die an sich schon gefallen ist, noch deutlicher in Erscheinung treten wird. Es ist nicht ausgeschlossen -, man soll ja nicht prophezeien -, daß die

Entscheidung auch nach außen hin durch die siegreiche Beendigung des Krieges näher liegt, als wir alle glauben.

Kameraden! Als Generalgouverneur, als der Vertreter des Führers in diesem Nebenland des Großdeutschen Reiches möchte ich Euch danken für die vielfachen Dienste, die die Wehrmacht der Verwaltung leistete. Ich wünsche Euch allen von ganzem Herzen alles Gute und über Euch der ganzen Wehrmacht im Generalgouvernement. Möge uns das kommende Jahr den Sieg erleben lassen und möget Ihr alle unsere Heimat glücklicher wiedersehen als Ihr sie verlassen habt!

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau).

.../9 Krakau

Samstag, den 20.12.1941

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Abfahrt zur Besichtigung des neuen Salonwagens des Herrn Generalgouverneurs in Begleitung des Präsidenten der Ostbahn Gerteis.

13^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Lasch.

15^{00} T e e m p f a n g .
Gäste sind: DRK-Schwestern und Mütter von Verwundeten.

IV 17^{15} Weihnachtsfeierstunde im Staatstheater zu Krakau.

Zunächst begrüßt Oberbereichsleiter Ollesch den Herrn Generalgouverneur, der in der ersten Reihe des Parketts Platz genommen hat. Er weist dann darauf hin, daß es schon zu einer guten Tradition des Generalgouvernements gehöre, daß sich in den letzten Tagen vor dem Weihnachtsfest die Deutschen dieses Raumes zu einer Feierstunde zusammenfinden. Auch heute seien wieder Tausende deutscher Menschen in allen Standorten zusammengeströmt, um durch den Rundfunk mit uns verbunden zu sein. Im Mittelpunkt unseres Weihnachtsfestes steht die Familie und als Sinnbild der Familie das Kind, das Leben und Zukunft unseres Volkes trägt. Den Kindern gelte unsere ganze Liebe und Sorge. So ständen auch die Kinder heute im Mittelpunkt unserer Feierstunde. Ihre strahlenden Augen zeigten, in welch festlich freudiger Erwartung sie hier seien. Aber auch das ganze Volk fühle sich

bei diesem Fest mehr denn je verbunden. Nicht weichliche Friedenssehnsucht, sondern harte, entschlossene Kampffreudigkeit und Siegeswille bewegten heute alle Deutschen. Aus dieser weihnachtlichen Verbundenheit erwüchsen jene Kräfte, die uns unbesiegbar machten.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Deutsche Männer und Frauen! Liebe Kinder! Das Fest, das nunmehr kommt, dieses größte deutsche Familienfest der Weihnacht, ist durch die Jahrtausende hindurch das sinnigste und tiefstempfundene Fest unserer völkischen Gemeinschaft. Der Lichterbaum erstrahlte in jener Zeit, da die Germanen in diesen winterlichen Tagen das Jahr mit einer Hoffnung auf das Licht begrüßten. Die Lichter am Baume sind ein weit in die Geschichte unseres Volkes, über das christliche Zeitalter hinaus zurückreichendes Bekennen des Germanentums zum Lichte in der Welt, zum Hohen in der Welt, zum Glauben an das Große und Schöne dieser Welt.

Das Licht, von dem der Führer in seiner letzten Rede auch sprach, das nun durch die Jahrtausende hindurch menschlich erhellend aufsteigt und unser Europa, diesen Kontinent, zum großen Ort germanischer Kultur gemacht hat, - dieses Licht scheint auch in der schlichten Form des Baumes.

Ihr, liebe Kinder, seid die Hauptträger dieses Festes. Euer Fest ist es. Ihr seid die Lichtlein unseres Volkes. Eure leuchtenden Augen sind die Flammen, in die ein Volk schaut, das an das Helle glaubt. Eure Seelen, Eure Herzen sind es, die den

20.12.1941

milden sonnigen Strahl in die Nacht der Sorge bringen. Ihr seid die vom ewigen Herrgott an unserem Volksbaum angezündeten Lichter. Ihr seid uns die köstlichen Zeugen der Ewigkeit unserer Nation. Und Euch, liebe Kinder, gilt dieser Tag des Lichtes. Wir danken dem Himmel dafür, daß wir Euch haben. Denn was wäre all' unser Ringen, Sorgen und Mühen, wenn Ihr nicht wäret, Ihr kleinen, aber so starken Zeugen, daß Gott mit uns ist.

Und so können auch wir hier in Krakau und weit über Krakau hinaus in dem weiten Bereich des Generalgouvernements unsere Augen zum Herrgott erheben. Uns leuchtet das Bewußtsein, die größte Zeit unseres Volkes angebrochen zu sehen. Der Tag, der nun beginnt, und dessen erste symbolische Kennzeichen die Lichter dieser Weihenacht sind, wird nimmermehr vergehen. Denn aus diesem schwersten Krieg aller Zeiten wird der größte Sieg, aus dieser Not wird der ewige Frieden kommen. Wir sind als Volk dem Ziele nahe. Wir im Generalgouvernement, die wir dem Kampfgeschehen des Ostens am nächsten stehen, denen im unausgesetzten Kontakt mit dieser Front die Schmerzen und Leiden des Kampfes und des Ringens unserer Brüder und Väter besonders ans Herz dringen, wir wissen, daß diese Millionen Männer dort draußen dieses innere Licht in sich tragen, daß ihnen die Not ihres Kämpfens den schimmernden Erinnerungszauber ihrer eigenen Jugend bringt. Da sieht sich der bärtige Mann mit der Waffe in der Hand einem scheusalgleichen Drachen von Volk gegenüber. Wenn er am Tage der Weihnacht in seinem Graben, in seinem Erdloch, in seinem Lager irgendwo die stille Stunde des Erinnerns spürt,

20.12.1941

dann werden ihn die Tränen übermannen vor Sehnsucht nach dem Gesicht seiner Volksfamilie.

So ist denn dieses Fest nicht nur im kleinen das Fest der Weihnacht, sondern ein feierliches Fest dieser menschlichen Zusammengehörigkeit einer Nation. Gerade wir hier im Generalgouvernement glauben auch berufen zu sein, von hieraus die Stimme ertönen zu lassen, daß dieses Licht der Weihnacht im Kriege nicht ein müdes Volk findet, sondern ein stählern aufgerichtetes, daß aus dem Erlebnis dieser Weihe, aus dem Gesamtimpuls unserer volksfamiliären Geschlossenheit unsere Gedanken zum ewigen Herrgott empor sich lenken, daß wir die eine Bitte haben: lieber Herrgott im Himmel, segne unsern Führer! Denn dieser unser Führer Adolf Hitler ist das größte Geschenk, das der ewige Herrgott jemals unserem Volke gemacht hat. Ihm allein danken wir es, daß wir heute Weihnachten feiern können. Ihm allein danken wir es, daß nicht die bolschewistische Weltpest alles das weggefegt hat, was den seelischen Gehalt unseres kulturellen völkischen Daseins ausmacht. Dieser Mann ist uns das Zeichen, daß der liebe Herrgott im Himmel es mit dem deutschen Volke gut meint. Und gerade wir hier im Osten können auch sagen: daß wir hier feiern, daß alle Deutschen allmählich hier eine Heimat finden, daß wir hier eine Art besonderer Gruppe unseres Volkes darstellen, ist auch das Werk des Führers. Gerade wir können ihm in diesen Tagen dafür danken, daß er uns in diesem Lande eine Heimat gegeben hat.

Ihr lieben Kinder, denkt daran! Ihr werdet einmal groß und erwachsen sein. Das Leben wird Euch viel Glück und Freude bringen und das uns

20.12.1941

allen bestimmte Maß von Sorge und Kämpfen. Bleibt aber immer des frohen Glaubens an die Kraft des Lebens über die Schlechtigkeit dieser Welt. Glaubt immer daran, daß, wenn Ihr selbst brav und gut und menschlich seid, Euch auch der liebe Gott im Himmel hilft, wie er unserem Führer und unseren Soldaten hilft. Denkt immer daran, was würde der Führer zu Euch allen sagen, wie würde er zu jedem einzelnen von Euch sprechen, wenn er hier hineinkommen, Euch sehen und Euch fragen würde, und wie würdet Ihr ihm antworten, was würdet Ihr ihm alles von Euren großen und kleinen Sorgen und Nöten sagen. Er gehört zu uns und wir zu ihm.

Ihr Kinder seid in die größte Zeit unseres Volkes hineingeboren, damit in Eurem Leben das Licht desto heller strahle, darum kämpfen heute Eure Väter und Brüder. Damit in Eurem Leben einmal die Hoffnung besonders reich Euch segne, deshalb opfern viele deutsche Männer heute Leben und alles, was sie sonst besitzen.

Dieses Licht soll daher gerade an den Gräbern der Gefallenen dieses Krieges flammen. Ihnen sind wir nun alle verbunden, an ihren Gräbern weilen wir. Ihnen den Baum des Lichtes anzuzünden, ist unsere größte Sendung, unsere große Aufgabe. Wieviele Eltern trauern heute um den Sohn, wieviele Mütter, wieviele Frauen und wieviele Kinder auch unter uns hier trauern um den Vater, der irgendwo draußen ruht! Aber so, wie dieses Licht des Weihnachtsbaumes, des Julfestbaumes unserer Altvorderen, seit je immer wieder die Herzen aufgerichtet hat und über Gräber und Opfer hinweg unser Volk in die

göttliche Höhe der Erlösung führt, so steigt auch aus dem Opfertod der besten Männer unseres Volkes das Licht der Verheissung auf. Und diese Verheissung lautet: durch das gemeinschaftliche Opfer unserer Zeit vereint bleiben wir eine große Volksfamilie.

Sammeln wir uns darum immer wieder in Gedanken um diesen Lichterbaum. Vergessen wir nie, daß wir nur deshalb, weil wir durch Adolf Hitler in unserem Volk wieder eine große Familie wurden, erst die Möglichkeit hatten, den Segen des Himmels wieder zu erhalten. Lassen wir nie wieder diese seelisch-geistig-kulturelle, nationalsozialistische Volksgemeinschaft auseinanderbrechen, denn sonst würde das Licht zum Erlöschen gebracht werden, dieses Licht, das so unendlich schwer wieder angezündet werden konnte, das nun aber niemand mehr auszulöschen vermag.

Ich bin in dieser Stunde glücklich und froh, glücklich, daß ich schon so viele Kinder deutscher Eltern im Generalgouvernement weiß, denen dieses Land nun Heimat werden wird. Ich bin den Eltern für den Mut dankbar, ihre Kinder ins Generalgouvernement gebracht und damit uns die Freude und Gewähr gegeben zu haben, daß wir hier ein deutsches Land werden. Ihr, meine Jungen und Mädchen, seid mir die wertesten Gäste in diesem Land. Euch möchte ich den Weihnachtsgruß des Führers überbringen. Und ich möchte das Bild sehen, das uns zeigt, wie aus allen unseren Herzen zum Himmel empor eine einzige glühende Flamme der Liebe zum Führer loht, der Entschlossenheit, ihm zu folgen, der starken Inbrunst des Glaubens an den Sieg unseres Führers Adolf Hitler und seiner Wehrmacht, diesen Sieg, der

uns dann für alle Zukunft glücklich und froh machen wird.

Ich wünsche allen Deutschen des Generalgouvernements, allen Männern und Frauen, die in treuer, selbstloser, aufopfernder Arbeit hier ihre Pflicht erfüllt haben, - ich wünsche Euch Kindern ein frohes glückliches kriegs- und siegbewußtes Weihnachtsfest!

(Stürmischer Beifall).

Pg. Ollesch bringt das Siegheil auf den Führer aus. Mit den Liedern der Nation findet der erste Teil der Weihnachtsfeier seinen Abschluß.

19^{00} Eröffnung des Staatskasinos.

Nach Begrüßungsworten des Leiters des Betriebsamtes der Regierung des Generalgouvernements Notar Gutbrod ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Kameradinnen und Kameraden!

Am Ende eines der schicksalgewaltigsten Jahre der deutschen Geschichte obliegt es mir, der gesamten Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements eine Heimstätte zu übergeben, in der die Gefolgschaftsmitglieder endlich einmal eine der Arbeit und der Berufung in diesen Raum als Regierungsmitarbeiterinnen und - mitarbeiter würdige Stätte finden sollen. Als ich dieses Gebäude zum erstenmal in seinem Rohzustand sah, waren verschiedene Pläne zu erörtern. Ursprünglich war dieses Gebäude zu einem Museum bestimmt. Man hatte sich dann später überlegt, ob man aus ihm nicht ein Amtsgebäude für eine der großen Zentralbehörden

20.12.1941

machen sollte. Weiterhin wurde der Gedanke erwogen, ob man hier nicht eine Flügelanlage eines großen kommenden Regierungsgebäudes errichten solle.

Als ich aber im Keller des jetzigen Regierungsgebäudes die notdürftigen Räumlichkeiten sah, in der die Gefolgschaftsmitglieder ihre Mahlzeiten einnehmen mußten, war ich entschlossen, für sie eine repräsentative und dabei doch behaglich-vornehme Stätte zur Verfügung zu stellen, in der die Gemeinschaft sich immer wieder erholen, in der sie Frische für ihr Tagewerk finden kann, und in der vor allem den Menschen der Atem einer großen Aufgabe entgegenleuchtet. Ich bin glücklich, daß es trotz der vielfachen Schwierigkeiten in diesen Kriegszeiten, trotz der unüberwindlich scheinenden Einzelprobleme der Bauausführung möglich war, vor Ablauf dieses Jahres dieses Gebäude seiner Bestimmung zu übergeben, mindestens insoweit als es das bisherige völlig ungeeignete Kasino ablösen kann.

Ich übergebe Euch, Kameradinnen und Kameraden, dieses stolze und, wie ich wohl sagen kann, im großdeutschen Machtbereich einzigartig schöne und großzügige Gebäude. Ihr wollt daraus erkennen, wie dankbar ich Euch für Eure Arbeitsleistung, Euren Fleiß und Euren Opfermut bin. Ihr sollt aber auch daraus erkennen, daß der nationalsozialistische Staat nicht nur mit Worten von Volksgemeinschaft und der Gemeinschaft der Arbeiter der Stirn und der Faust spricht, sondern, daß es ihm damit, getreu dem Befehl und der Lehre des Führers bitterster Ernst ist.

20.12.1941

Ich wünsche, daß Ihr Euch in diesen Räumen alle Zeit stolz als deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an dem großen uns vom Führer gestellten Aufbauwerk fühlt. Mögt Ihr hier immer wieder Kraft finden für Eure Aufgabe, mögt Ihr hier immer wieder die Sorgen des Alltags durch die Lichterfülle und strahlende Schönheit dieser Räume ausgleichen! Möge dieses Haus auch dazu beitragen, daß Ihr unser Krakau, die Hauptstadt des Generalgouvernements, auch als Dienstsitz lieben lernt!

In dieser Stunde möchte ich ganz besonders Ihnen, Staatssekretär Dr. Bühler, als dem Leiter der Regierungsgeschäfte und dem Betreuer der Gesamtarbeit im Generalgouvernement, soweit sie von der Regierung direkt ausgeht, meinen Dank aussprechen. Sie tragen die Hauptlast meiner Vertretung, Sie sind allen Männern und Frauen der Gefolgschaft ein Vorbild an Pflichterfüllung und großer Dienstfreude. Ich weiß, Staatssekretär Dr. Bühler, daß der von Ihnen in alle Abteilungen ausstrahlende Geist höchster Pflichtauffassung, verbunden mit echter nationalsozialistischer Schlichtheit, für uns alle ein Vorbild sein kann.

Ich möchte aber auch den Herren Abteilungsleitern und allen anderen Leitern danken, die uns immer wieder als tüchtige, tapfere Steuermänner durch den Ozean der Schwierigkeiten, mit denen wir im Generalgouvernement unausgesetzt zu kämpfen haben, gesteuert haben. Ihnen, Parteigenosse Gutbrod,

20.12.1941

und den einzelnen Architekten dieses Hauses spreche ich meine besondere Anerkennung aus für ihre hervorragende Leistung, die in der unmittelbaren Bewältigung der baulich-technischen Schwierigkeiten bestanden hat.

Kameradinnen und Kameraden! Wir stehen nun im dritten Jahr des Generalgouvernements in einer bitterernsten Zeit, in einer Zeit, in der die letzte Entscheidung heranreift, und in der sich der Einzelne durch die Sorgen und Nöte einer gewaltigen Kriegserlebnisfülle immer wieder hereingestellt sieht in die Schicksalsverstricktheit seines eigenen Daseins mit dem Schicksal seines Volkes. Ich bin sicher, daß in diesen ernsten Zeiten im ganzen Großdeutschen Reich die Errichtung eines Gefolgschaftshauses, wie des Staatskasinos zu Krakau, als ein Zeichen dafür gewertet wird, daß im Osten die unbrechbare Entschlossenheit, Siegessicherheit und Zielklarheit des nationalsozialistischen Führertums verankert ist. Wir sind hier eine Gemeinschaft, der der Führer eine gewaltige Aufgabe übertragen hat. Die dienstlichen Schwierigkeiten laufen jetzt aber allmählich in die Bahnen der Wohlgeordnetheit. Wir wollen uns davor hüten, daß sich in das immer mehr dem Reich sich angleichende Betriebsdasein alles mit einschleicht, was dem Behörden- und Amtsdasein im Reich Schwierigkeiten bietet. Ich wünsche nicht, daß sich der wohl notwendige dienstliche Ehrgeiz und Leistungswettbewerb etwa da und dort in der wenig erfreulichen Erscheinung persönlicher Angriffe, dienstlicher Eifersucht oder derartigem zeigen. Ich möchte auch bitten, daß jeder seine Nerven fest in der Hand behält, daß jeder festbleibt und daß nicht das Gerüchtewesen, die Schwatzhaftigkeit und die übersteigerte Kritisiersucht hier erstehen.

20.12.1941

Unser Dienst findet unter Voraussetzungen statt, wie sie in dieser Möglichkeit heute nicht überall vorhanden sind; wir haben es nunmehr fertiggebracht, daß im allgemeinen die Möglichkeiten des dienstlichen und persönlichen Lebens in diesem Raum angesichts der Kriegslage beginnen durchaus zufriedenstellend zu werden. Es wäre daher wenig schön, wenn da und dort Keime eingeschleppt würden, die den kämpferisch aufgeschlossenen, modernen und frischen Geist dieses Jahrhunderts wieder mit den barocken Fassaden einer müde gewordenen bürokratischen, neidischen Welt überziehen würden. Wir stehen hier in einem Neuland unserer kolonialen Verwaltung, und wir sollen Vorbild sein für die deutschen Verwaltungsbereiche, die nachkommen werden. Darum bitte ich Euch, Kameradinnen und Kameraden, nie wieder abzusinken in das Kleinliche, in das Müde, in das Alltagstaubige, in das Persönlichkeitsbesessene, an dem man im Reich vielfach leidet. Wie wollen uns geloben, daß, wie die Soldaten an der Front ihr Letztes hergeben, auch wir uns der Arbeit verschrieben haben, und somit die Kameradschaft der Truppe auch hier die Kameradschaft sein soll, nicht nur zwischen den Menschen, sondern auch zwischen den Abteilungen, nicht nur zwischen den Akademikern und sogenannten Nichtakademikern. Unsere Kameradschaft muß unter dem großen Gesichtspunkt stehen, daß im Generalgouvernement der Deutsche schlechthin einen besonderen Rang gegenüber einer fremden Bevölkerung besitzt und ihn auch zu wahren hat.

Mit der Eröffnung des Staatskasinos möchte ich daher meiner Erwartung Ausdruck verleihen, daß aus dieser Stätte und aus dem Gefühl, einer großen Sache

20.12.1941

verschworen zu sein, die Herzen und Gemüter der hier tätigen Deutschen immer größer und höher schlagen und nicht zurücksinken in den Dunst einer behördenmäßigen Geschäftigkeit und eines ressort-partikularistischen gegenseitigen Nichtverstehenkönnens. Wir sind eine Einheit, der sich keiner entziehen kann. Diese Einheit ist gewährleistet durch die einheitliche Autorität von Regierung und Exekutive. Die Ausmaße dieses Hauses sind so groß gedacht, daß alle Platz haben, und wir die Möglichkeit besitzen, einige dieser Spezialzirkel und Stammtischklubs, die sich zu meinem Mißvergnügen gebildet haben, zur Auflösung zu bringen.

Ich habe Ihnen diese offenen Worte gesagt, weil ich weiß, daß dieses der Ton ist, in dem wir uns gegenseitig verstehen. Wir können stolz sein auf diese Gemeinschaftsleistung, und wir können stolz sein, in dieser Großzeit einer großen Aufgabe verpflichtet zu sein.

Ich bin stolz auf Euch und auf Eure Arbeit; denn Ihr habt ein Übermaß an Leistungen vollführt, das in der Geschichte der deutschen Staatsführung und Verwaltung ohne Beispiel ist. Wir haben kein Vorbild gehabt, wir mußten unsere Methoden neu ersinnen und in die Tat umsetzen. Und wir haben es geschafft! Ihr habt Euch daher dieses Geschenk verdient, das ich im Namen des Führers Euch, als der Gefolgschaft des Generalgouvernements, zu Eurer Freude und Eurer persönlichen Erholung übergebe.

20^{29} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

1244

Sonntag, den 21. Dezember 1941

bis

Mittwoch, den 31. Dezember 1941

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.